

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

15. April 2015
1 von 2

zur **45.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen lade ich ein für

**Mittwoch, 22. April 2015, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des
Arbeitsmarktbudgets 2015 -
Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung /
nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk
GaLaMa 2020**
Vorlage des Magistrats
Berichtersteller/in: Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel
- 101.17.1626 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport)
- 2. 12. Beteiligungsbericht 2013**
Vorlage des Magistrats
Berichtersteller/in: Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel
- 101.17.1652 -
- 3. Erhaltung der Freibäder Harleshausen und Bad Wilhelmshöhe**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Dezember 2013
Bericht des Magistrats
- 101.17.1137 -

4. **Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs** 2 von 2
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17. November 2014
Bericht des Magistrats
- 101.17.1416 -
5. **Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Axel Selbert
- 101.17.1518 - und gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der
SPD und B90/Grüne
(gleichzeitig im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung)
6. **ÖPNV**
Antrag der FDP-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Frank Oberbrunner
- 101.17.1625 -
7. **Kosten Gutachten**
Anfrage der FDP-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Frank Oberbrunner
- 101.17.1627 -
8. **Sporthalle Marbachshöhe**
Antrag der FDP-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Frank Oberbrunner
- 101.17.1650 -
9. **Friedrich-Ebert-Straße Umbau fortsetzen - Geld bereitstellen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Axel Selbert
- 101.17.1657 -

Mit freundlichen Grüßen

gez. Petra Friedrich
Vorsitzende

Niederschrift

über die 45. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

am **Mittwoch, 22. April 2015, 17:00 Uhr**

im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

30. April 2015

1 von 11

Anwesende:

Mitglieder

Petra Friedrich, Vorsitzende, SPD

Dorothee Köpp, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne

Bernd-Peter Doose, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU

Anke Bergmann, Mitglied, SPD

Wolfgang Decker, Mitglied, SPD

Christian Geselle, Mitglied, SPD

Hermann Hartig, Mitglied, SPD

Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD

Dieter Beig, Mitglied, B90/Grüne

Ruth Fürsch, Mitglied, B90/Grüne

Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne

Karl Schöberl, Mitglied, B90/Grüne

Birgit Trinczek, Mitglied, CDU

Dr. Norbert Wett, Mitglied, CDU

Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke

Frank Oberbrunner, Mitglied, FDP

Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

Teilnehmer mit beratender Stimme

Marina Kuchminskaja-Eimer, Vertreterin des Ausländerbeirates

Klaus Hansmann, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, SPD

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD

Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Edith Schneider, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Georg Lewandowski, Mitglied, CDU

Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Peter Schaumburg, Kämmerei und Steuern

Stefan Rios, Kämmerei und Steuern

Frank Grützmacher, Kämmerei und Steuern

Wolfram Schäfer, Revisionsamt

Gabriele Steinbach, Schulverwaltungsamt

Ute Pähns, Sozialamt

Tagesordnung:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Arbeitsmarktbudgets 2015 - Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020 | 101.17.1626 |
| 2. 12. Beteiligungsbericht 2013 | 101.17.1652 |
| 3. Erhaltung der Freibäder Harleshausen und Bad Wilhelmshöhe | 101.17.1137 |
| 4. Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs | 101.17.1416 |
| 5. Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern | 101.17.1518 |
| 6. ÖPNV | 101.17.1625 |
| 7. Kosten Gutachten | 101.17.1627 |
| 8. Sporthalle Marbachshöhe | 101.17.1650 |
| 9. Friedrich-Ebert-Straße Umbau fortsetzen - Geld bereitstellen | 101.17.1657 |

Vorsitzende Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 15. April 2015 ordnungsgemäß einberufene 45. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

Vorsitzende Friedrich gibt bekannt, dass die Mitteilungen über die Mitgliedschaften und Tätigkeiten nach § 26 a HGO der Stadtverordneten und des Magistrats für das Jahr 2014 vorliegen und im Büro der Stadtverordnetenversammlung eingesehen werden können. Es fehlen lediglich die Mitteilungen der Stadtverordneten Dr. Bernd Hoppe, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler, und von Stadtverordneten Olaf Petersen, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler.

1. **Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Arbeitsmarktbudgets 2015 - Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.1626 -

3 von 11

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Die Stadt Kassel beteiligt sich an der Umsetzung des ab 2015 neuausgerichteten Arbeitsmarktbudgets 2015 des Landes Hessen.
2. Im Arbeitsmarktbudget 2015 wird das Projekt: „Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration – Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020“ mit bis zu 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, vorerst befristet für die Dauer von zwei Jahren, durchgeführt.
3. Das Projekt wird zu 45 % aus weitergeleiteten Finanzmitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Die Stadt Kassel übernimmt die Kofinanzierung, soweit sie nicht durch Dritte sichergestellt wird.
4. Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2015 für das Haushaltsjahr 2015 im Teilhaushalt 50004 zur Verfügung. Die voraussichtlichen Projektaufwendungen für 2016 und 2017 sind bei der Haushaltsplanung für 2016 und der mittelfristigen Finanzplanung für 2017 berücksichtigt.“

Oberbürgermeister Hilgen und Frau Pähns, Amtsleiterin Sozialamt, beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

4 von 11

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Arbeitsmarktbudgets 2015 - Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020, 101.17.1626, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hartig

2. 12. Beteiligungsbericht 2013

Vorlage des Magistrats
- 101.17.1652 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 12. Beteiligungsbericht 2013 der Stadt Kassel zur Kenntnis und hat ihn gemäß § 123 a Abs. 3 HGO erörtert.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. 12. Beteiligungsbericht 2013, 101.17.1652, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

3. Erhaltung der Freibäder Harleshausen und Bad Wilhelmshöhe

5 von 11

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Dezember 2013

Bericht des Magistrats

- 101.17.1137 -

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, die Erhaltung der beiden Freibäder Harleshausen und Wilhelmshöhe wie folgt zu gestalten:

1) Freibad Harleshausen

a) Das Freibad Harleshausen wird im Jahr 2015 für 3,3 Mio. € (Preisbasis 2012 zuzüglich Baupreisindexsteigerung) gemäß der Variante 1 mit einem 25-Meter-Becken erneuert.

b) Die Maßnahme wird von der Städtische Werke AG vorfinanziert.

c) Zur Endfinanzierung erhält die Städtische Werke AG in den Jahren 2015 bis 2019 jeweils 600 T€ Gesellschafterdarlehen der Stadt Kassel zu Lasten des Kreditrahmens von 16,25 Mio. €.

d) Kosten, die über die 3,3 Mio. € hinausgehen, müssen über den Förderverein und bürgerschaftliches Engagement finanziert werden.

2) Freibad Wilhelmshöhe

a) Für die Erhaltung des Freibades Wilhelmshöhe wird im Haushaltsjahr 2016 das gleiche Budget wie für Harleshausen zur Verfügung gestellt (ebenfalls erhöht um die Baupreisindexsteigerung).

b) Die Finanzierung soll über Gesellschafterdarlehen außerhalb des Kreditrahmens von 16,25 Mio. erfolgen, insofern die Kommunalaufsicht ihre Zustimmung erteilt und die Haushaltsjahre 2013 und 2014 mit einem positiven ordentlichen Ergebnis abschließen. Der Magistrat wird gebeten, hierfür in Verhandlung mit dem RP zu treten.

c) Kosten, die über die 3,3 Mio. € (Preisbasis 2012 zuzüglich Baupreisindexsteigerung) hinausgehen, müssen aus den Erlösen für Teilflächen des Freibadgrundstückes sowie über den Förderverein und bürgerschaftliches Engagement finanziert werden.

d) Das zu realisierende Konzept wird unter Einbeziehung des Fördervereins und des Ortsbeirates auf der Basis gesicherter Finanzierungsbeiträge bis spätestens 31.03.2015 geklärt.

3) Die Maßnahmen zu 1) und 2) werden jeweils in einem Stück ohne Aufteilung über mehrere Teilprojekte ggf. mit einem Jahr Schließung realisiert.

4) Vor Beginn der Maßnahmen müssen mit den Fördervereinen belastbare Vereinbarungen über ihren Finanzierungsbeitrag zu den laufenden Betriebskosten (auch in Form von Arbeitsleistungen möglich) abgeschlossen worden sein.

5) Des Weiteren wird der Magistrat gebeten, über die in 1) – 4) genannten Schritte einmal im Quartal im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu berichten.

Stadtkämmerer Dr. Barthel berichtet über die Umbaumaßnahmen im Freibad Harleshausen und über den aktuellen Stand im Freibad Wilhelmshöhe. Er erklärt, dass die Umsetzung der Maßnahmen entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erfolgen. Im Anschluss an den Bericht beantwortet Stadtkämmerer Dr. Barthel die Fragen der Ausschussmitglieder.

6 von 11

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17. November 2014

Bericht des Magistrats

- 101.17.1416 -

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel fordert die Hessische Landesregierung und den Hessischen Landtag auf, bei der durch das Urteil des Staatsgerichtshofes notwendigen Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleiches folgende Grundsätze zu beachten:

1. Alle Hessischen Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie nicht nur ihre Pflichtaufgaben, sondern auch die gesellschafts- und sozialpolitisch notwendigen freiwilligen Aufgaben erfüllen können.
2. Kultur und Sport dürfen nicht als ausschließlich freiwillige Aufgaben aus dem Kommunalen Finanzausgleich ausgeklammert werden **und auch die oberzentrale Funktion der Städte muss diesbezüglich Berücksichtigung finden.**
3. Auch für weitere gesellschafts- und stadtpolitisch unverzichtbare „freiwillige“ Aufgaben müssen den Kommunen hinreichend Mittel zur Verfügung stehen.
4. Mit Spitzabrechnungen müssen Prognoseirrtümer – insbesondere hinsichtlich der kommunalen Erträge und Sozialausgaben – ausgeglichen werden, damit nicht erneut Fehlbeträge und Schulden auflaufen.
5. Auf der Basis der Doppik sind alle Aufwandspositionen zu berücksichtigen, also auch Rückstellungen und Abschreibungen. **Solange dies dem Hessischen Statistischen Landesamt technisch nicht möglich ist, muss ein angemessener Ausgleich hergestellt werden.**

Die KFA-Strukturreform ist **weiterhin** mit den kommunalen Spitzenverbänden abzustimmen.

Dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen ist **in seiner nächsten Sitzung** über den aktuellen Stand zum Thema zu berichten.

Stadtkämmerer Dr. Barthel berichtet über den aktuellen Stand zum Thema Kommunalen Finanzausgleich. Dabei legt er insbesondere die bisherigen Kritikpunkte dar. Er macht auf die Stellungnahme des Hessischen Städtetages zum Gesetzesentwurf aufmerksam. Oberbürgermeister Hilgen gibt eine Ergänzung ab. Im Anschluss an den Bericht beantworten Stadtkämmerer Dr. Barthel und Oberbürgermeister Hilgen im Rahmen einer regen Diskussion die Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Rahmen der Diskussion fragt Stadtverordneter Dr. Hoppe, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler, wie hoch die Grundsteuern und die Gewerbesteuern bei der Stadt Kassel sein müssten, damit der Stadt Kassel nichts gekürzt wird. Stadtkämmerer Dr. Barthel sagt eine schriftliche Antwort zu.

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

5. Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1518 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird beauftragt eine Beratungsstelle einzurichten, in der Eltern von Kindern mit Behinderung eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen.

Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag.

Die Ausschussmitglieder erhielten mit der Einladung einen gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke. Der gemeinsame Änderungsantrag wird von Stadtverordneter Bergmann, SPD-Fraktion, begründet.

- **Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke**

8 von 11

Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit Behinderung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, **im Zusammenhang mit der Umsetzung der Inklusion zu prüfen, ob** eine Beratungsstelle (**Inklusionsbüro**), in der Eltern von Kindern mit Behinderung eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen, **und eine Ombudsstelle zur Moderation von Konflikten, am Standort der Astrid-Lindgren-Schule, an der ein zentrales Beratungs- und Förderzentrum aufgebaut werden soll**, eingerichtet werden kann.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU

Ablehnung: Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern, 101.17.1518, wird **zugestimmt**.

- **Durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke**

Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit Behinderung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, **im Zusammenhang mit der Umsetzung der Inklusion zu prüfen, ob** eine Beratungsstelle (**Inklusionsbüro**), in der Eltern von Kindern mit Behinderung eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen, **und eine Ombudsstelle zur Moderation von Konflikten, am Standort der Astrid-Lindgren-Schule, an der ein zentrales Beratungs- und Förderzentrum aufgebaut werden soll**, eingerichtet werden kann.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

9 von 11

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke,
Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: FDP

Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern, 101.17.1518, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Trinczek

6. ÖPNV

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.1625 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, Vertreter der Geschäftsführung von NVV und KVG einzuladen, um darzulegen, wie sich die Deckelung der Regionalisierungsmittel des Bundes auf das ÖPNV-Angebot der Gesellschaften im städtischen Bereich auswirken wird, und welche Maßnahmen ergriffen werden, um die fehlenden finanziellen Mittel auszugleichen.

Der Antrag wird von Stadtverordneten Oberbrunner, FDP-Fraktion, begründet. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Oberbürgermeister Hilgen beantwortet.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP,
Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: CDU

Enthaltung: --
den

Beschluss

10 von 11

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der FDP-Fraktion betr. ÖPNV, 101.17.1625, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

7. Kosten Gutachten

Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.17.1627 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Wie hoch waren die Kosten für die Erstellung von Gutachten im Bereich Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr in den Jahren 2012-2014 insgesamt sowie aufgeschlüsselt im Einzelnen auch nach Anzahl und Aufgabenstellungen im selben Zeitraum?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage und sagt eine schriftliche Beantwortung mit der Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzende Friedrich die Anfrage für erledigt.

8. Sporthalle Marbachshöhe

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.17.1650 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, noch in diesem Jahr die finanziellen Mittel zur Sanierung der Sporthalle Marbachshöhe bereitzustellen und mit der Planung der Durchführung zu beginnen.

Stadtverordneter Oberbrunner, FDP-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Stadtbaurat Nolda nimmt dazu Stellung und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Sporthalle Marbachshöhe, 101.17.1650, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

9. Friedrich-Ebert-Straße Umbau fortsetzen - Geld bereitstellen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1657 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Petra Friedrich
Vorsitzende

Cenk Yildiz
Schriftführer

Vorlage Nr. 101.17.1626

24. März 2015
1 von 4

**Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Arbeitsmarktbudgets 2015 -
Projekt: Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung /
nachhaltige Integration - Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa
2020**

Berichtersteller/-in: Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Die Stadt Kassel beteiligt sich an der Umsetzung des ab 2015 neuausgerichteten Arbeitsmarktbudgets 2015 des Landes Hessen.
2. Im Arbeitsmarktbudget 2015 wird das Projekt: „Ö-KOST - Ökologische Stadt - Beschäftigung / Qualifizierung / nachhaltige Integration – Projekte "Biologischer Vielfalt" im Netzwerk GaLaMa 2020“ mit bis zu 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, vorerst befristet für die Dauer von zwei Jahren, durchgeführt.
3. Das Projekt wird zu 45 % aus weitergeleiteten Finanzmitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Die Stadt Kassel übernimmt die Kofinanzierung, soweit sie nicht durch Dritte sichergestellt wird.
4. Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2015 für das Haushaltsjahr 2015 im Teilhaushalt 50004 zur Verfügung. Die voraussichtlichen Projektaufwendungen für 2016 und 2017 sind bei der Haushaltsplanung für 2016 und der mittelfristigen Finanzplanung für 2017 berücksichtigt.“

Begründung:**Projektskizze:**

Das Projekt wird im Hessischen Arbeitsmarktbudget 2015 durchgeführt, voraussichtliche Laufzeit vom 1. Mai 2015 bis 30. April 2017. Es ist der Maßnahmenart 7: „Beratung, Begleitung, Coaching und Qualifizierung für den zeitnahen Wiedereinstieg in eine Berufstätigkeit“ zugeordnet. Ziel des Arbeitsmarktbudgets ist es, die Beschäftigungsfähigkeit benachteiligter Personen durch präventive, flankierende, kultursensible und/oder sozialintegrative Beratungs- und Qualifizierungsangebote zu erhöhen.

Für die Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen an der Grenze zwischen Leistungsbezug nach SGB II oder SGB XII werden – von Ausnahmen abgesehen – nur Teilziele und individuell messbare Integrationsfortschritte auf dem Weg zum ersten Arbeitsmarkt erreichbar sein. Der Garten- und Landschaftsbau bietet, insbesondere unter ökologischen Gesichtspunkten, auch zukünftig gute Integrationschancen für angelernte ehemalige Arbeitslose mit Qualifikationsnachweis und Arbeitserfahrung. Das Projekt ist in die kommunale Gesamtstrategie gegen Arbeitslosigkeit und insbesondere gegen Langzeitarbeitslosigkeit eingebunden.

Bei Ö-Kost im städtischen GaLaMa-Projekt laufen verschiedene Netzwerkfäden zusammen. Es ist ein Baustein in den vielfältigen Aktivitäten der „urban gardening Bewegung“, „essbare Stadt“, und den Projekten zur Förderung einer nachhaltigen ökologischen und biologisch vielfältigen Entwicklung des Gemeinwesens. Der Projektzugang ist „inklusiv“ und „diskriminierungsfrei“. Durch Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote wird hier ein Beitrag zum sozialen Frieden geleistet.

Alle durchgeführten Arbeiten werden im Vorfeld auf Zusätzlichkeit, Gemeinnützigkeit, Wettbewerbsneutralität und öffentliches Interesse geprüft. Es wird auch geklärt, dass durch die Projekte keine Arbeitsplätze vernichtet werden. Personal- und Betriebsräte werden umfassend beteiligt. Die Beschäftigungsangebote reichen von niedrighwelligen Tätigkeiten bis hin zu anspruchsvollen, qualifizierenden Projekten. Neben den Maßnahmenteilnehmerinnen und -teilnehmern profitieren die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kassel von Ö-Kost-Projekten.

Im Jahr 2015 und in den Folgejahren sind für die Gruppen im Betätigungsfeld „Ökologische Stadt“ Arbeiten in folgenden Einsatzbereichen geplant:

- Kooperationen mit Schulgärten fortsetzen und ausweiten
- Das Thema: „Essbare Stadt“ aufgreifen und bestehende gemeinnützige Initiativen unterstützen

- Biodiversität (biologische Vielfalt) nachhaltig fördern
- Innerstädtisches Baustoffrecycling

3 von 4

Ö-Kost ist als arbeitsfördernde Maßnahme mit aktuell zwei eng kooperierenden angeleiteten Arbeitsgruppen mit je zehn Teilnehmenden organisiert. Die Beschäftigung weiteren Personals zur Ausweitung der Anleitung und zur Erweiterung der fachlichen Kompetenz ist geplant. Die Teilnehmenden werden sozialpädagogisch betreut und begleitet. Die Steuerung erfolgt durch die Abteilung Kommunale Arbeitsförderung des Sozialamtes. Die durchschnittliche Verweildauer der Teilnehmenden beträgt sechs Monate.

Die beiden für das Projekt vorgesehenen Fachanleiter sind bereits im städtischen Dienst beschäftigt. Die für das Vorhaben eingeplante sozialpädagogische Fachkraft wird zum Projektbeginn eingestellt.

Ö-Kost als Teilprojekt von GalaMa 2020 arbeitet u. a. mit verschiedenen städtischen Ämtern, der documenta GmbH, Fördervereinen von Schulen und Kitas, verschiedenen Museen, Sport- und Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche wie der Freestyle-Halle und dem Skater-Projekt Mr. Wilson, dem Nordhessischen Verkehrsverbund oder der Kasseler Werkstatt für behinderte Menschen, den Vereinigungen im Netzwerk „essbare Stadt“ zusammen. Die Kooperationsbeziehungen haben noch erhebliches Ausbaupotential.

Die aktuelle Kostenplanung beläuft sich für die Laufzeit von zwei Jahren auf 434.600 €. Hiervon werden 46,72 % aus kommunalen Haushaltsmitteln, 45 % aus weitergeleiteten ESF-Mitteln im Hessischen Arbeitsmarktbudget und 8,28 % als Mehraufwandsentschädigungen aus dem Eingliederungstitel des Jobcenters getragen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2015 für das Haushaltsjahr 2015 im Teilhaushalt 50004 zur Verfügung. Die voraussichtlichen Projektaufwendungen für 2016 und 2017 werden bei der Haushaltsplanung für 2016 und der mittelfristigen Finanzplanung für 2017 berücksichtigt. Im Folgenden ist der städtische Eigenmitteleinsatz zur Umsetzung für das Vorhaben dargestellt:

Ausgabenplan	2015	2016	2017	Insgesamt
---------------------	-------------	-------------	-------------	------------------

Personalkosten	110.767 €	163.854 €	51.546 €	326.167 €
Mehraufwandsentschädigungen	12.000 €	18.000 €	6.000 €	36.000 €
Materialaufwand	2.700 €	4.500 €	0 €	7.200 €
Verwaltungsausgaben	22.153 €	32.771 €	10.309 €	65.233 €
Gesamtaufwendungen	147.620 €	219.125 €	67.855 €	434.600 €

Finanzierungsplan	2015	2016	2017	Insgesamt
--------------------------	-------------	-------------	-------------	------------------

Beantragte ESF-Mittel	66.429 €	98.606 €	30.535 €	195.570 €
Agentur für Arbeit / Jobcenter	12.000 €	18.000 €	6.000 €	36.000 €
Kommunale Mittel	69.191 €	102.519 €	31.320 €	203.030 €
Gesamterträge	147.620 €	219.125 €	67.855 €	434.600 €

Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 23. März 2015 beschlossen.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 101.17.1652

20. April 2015
1 von 1

12. Beteiligungsbericht 2013

Berichtersteller/-in: Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 12. Beteiligungsbericht 2013 der Stadt Kassel zur Kenntnis und hat ihn gemäß § 123 a Abs. 3 HGO erörtert.“

Begründung:

Mit dem 12. Beteiligungsbericht 2013 wird, wie in den Vorjahren, in den Einzeldarstellungen der städtischen Beteiligungen ein Überblick über wichtige Stammdaten und ausgewählte Kennziffern gegeben. Daneben wird eine Beschreibung der Unternehmenslage und evtl. bestehender Risiken aus Unternehmens- bzw. Gesellschaftersicht vorgenommen.

Im Anhang wird die Offenlegung der Bezüge gem. § 123 a Abs. 2 HGO abgebildet, die auf den Zahlen des Wirtschaftsjahres 2013 basieren.

Der Magistrat hat diese Vorlage in seiner Sitzung am 20. April 2015 beschlossen.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

12. Beteiligungsbericht 2013

Dezernat für Finanzen,
Beteiligungen und Soziales



Inhaltsverzeichnis	
Vorwort	3
Gesetzliche Grundlagen	5
Nachweis der Kapitalbeteiligungen	7
Gesundheit Nordhessen Holding AG –Konzernstruktur–	9
Gesundheit Nordhessen Holding AG – Konzern –	10
Gesundheit Nordhessen Holding AG	17
Klinikum Kassel GmbH	24
Krankenhaus Bad Arolsen GmbH	31
Kreiskliniken Kassel GmbH	37
Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH	43
Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH	48
Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH	54
ökomed® GmbH	59
ZMV Zentrum für medizinische Versorgung GmbH	63
Kassel School of Medicine gGmbH	67
Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH	73
Blutspendedienst Hessen & Baden-Württemberg des DRK gGmbH	76
MVZ für Reproduktionsmedizin am Klinikum Kassel GmbH	80
Casalis Facility Services GmbH	82
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH Konzernstruktur	83
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH Konzern	84
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	90
Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG	98
Kasseler Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH	102
KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH	105
Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH	108
Regionalbahn Kassel GmbH (RBK)	111
RegioTram Betriebsgesellschaft mbH	115
RegioTram Gesellschaft mbH	117
Müllheizkraftwerk Kassel GmbH	119
items GmbH, Münster	122
Städtische Werke AG	124
Städtische Werke Energie + Wärme GmbH	129
Städtische Werke Netz + Service GmbH Kassel	133
Städtische Werke Intelligent messen GmbH Kassel	138
Biogas Homberg GmbH & Co. KG	141
Biogas Homberg Verwaltungs GmbH Kassel	143
Schwälmer Biogas Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH Kassel	146
Schwälmer Biogas GmbH & Co. KG	150
KBG Karbener Biogas GmbH & Co. KG	152
Karbener Biogas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	154
Kellerwald Biogas GmbH & Co. KG Borken-Kerstenhausen	156

Biogas Müritz Verw.- u. Beteiligungs-GmbH	158
Biogas Müritz GmbH & Co. KG	161
Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH	162
Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG	165
SUN Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG	168
SUN Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH	171
Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG	174
Stadtwerke Großalmerode Verwaltungs GmbH	177
Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG	180
Fulda-Eder Energie Verwaltungs-GmbH	183
Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH	186
Stadtwerke Sangerhausen GmbH	189
Gas-Union GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	191
Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	195
Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Kassel	199
Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH i. L.	202
documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungen-GmbH	203
EFN Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH	206
FIDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH	208
Flughafen GmbH Kassel	211
GRIMMWELT Kassel gGmbH	215
GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH	218
GHB GWG Haus- und Baudienste GmbH	221
HLG Hessische Landgesellschaft mbH	224
IdE Institut dezentrale Energietechnologien gemeinnützige GmbH	232
JAFKA – Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- u. Fortbildung mbH	236
StadtBild – Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- u. Fortbildung mbH	239
Kasseler Bank eG	242
Kassel Marketing GmbH	243
NB Nordhessenbus GmbH	246
Nordhessischer Verkehrsverbund & Fördergesellschaft Nordhessen mbH	249
Regionalmanagement Nordhessen GmbH	254
Parkhausgesellschaft der Stadt Kassel mbH	260
Projektentwicklungsgesellschaft Kassel Unterneustadt und Konversion in Kassel mbH i. L.	263
Schlachthof Kassel GmbH & Co. Verwaltungs-KG	264
Science Park Kassel GmbH	267
TSK Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH	270
Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH	273
GVZ-Projektgesellschaft Kassel mbH	279
Vereinigte Wohnstätten 1889 eG	282
WOHNSTADT Hessen GmbH	286
Übersicht über die Offenlegung der Bezüge	295
Gesundheit Nordhessen Holding AG	296
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs- GmbH	298
Sonstige Gesellschaften	302

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ich freue mich, Ihnen mit dieser 13. Auflage des Beteiligungsberichtes eine Übersicht über alle städtischen Beteiligungen zur Verfügung zu stellen.

Der Bericht ermöglicht einen Ausblick auf die weitere Entwicklung der Unternehmen und die wirtschaftliche Lage.

Auf der Grundlage der Jahresabschlüsse 2013 informiert der Bericht über die Aufgaben und Ziele der Gesellschaften, über den Geschäftsverlauf und über die betrieblichen Kennzahlen.



Das Jahr 2013 war ein Jahr der Höhepunkte. Neben dem 1100-jährigen Bestehen der Stadt Kassel und dem Grimm Jahr wurde auch der Hessentag in Kassel gefeiert. Zahlreiche Veranstaltungen zum Stadtjubiläum zogen sich wie ein roter Faden durch das Jahr. Auch die Gesellschaften der Stadt Kassel leisteten ihren Beitrag zum Gelingen der Veranstaltungen. Gerade zum Hessentag wurde deutlich, welche Anstrengungen die städtischen Unternehmen tätigten, um die 1,8 Mio. Besucher zu betreuen, zu versorgen, zu befördern und so Kassel einem weiteren Publikum zu präsentieren. Eine Belebung der Stadt war allenthalben spürbar, dies zeigten zum einen die Besucherzahlen und zum andern die vielen positiven Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kassel und ihrer Besucher.

Der Aufschwung der Stadt Kassel wurde auch vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) bestätigt. Erneut landete Kassel auf einen der vorderen Plätze im Ranking der dynamischsten Städte Deutschlands. In der Studie „Zukunftschancen für Großstädte“ bezeichnet das IW die Stadt Kassel als Best-Practice-Beispiel, deren Sozialindikatoren sich in den letzten fünf Jahren besonders dynamisch entwickelt haben.

Die städtischen Gesellschaften generieren ihre Umsätze zum überwiegenden Teil in der Region und tragen so zu einer wachsenden Wirtschaft und zur Belebung des Arbeitsmarktes bei. Die Aufgabenstellungen der Unternehmen sind dabei weit gestreut. Das Aufgabenspektrum reicht von der Wasser- und Energieversorgung über den weiten Bereich der Gesundheitspflege und Weiterbildungsangeboten, bis hin zu Forschung, Kultur, Wohnungsbau und Vermietung.

Die städtischen Unternehmen stellen sich in ihren Aufgabenfeldern dem Wettbewerb. Sie handeln dabei wirtschaftlich und nachhaltig, um so einen Nutzen für die Region zu generieren. Durch Gewinnabführungen bzw. Begrenzungen und Reduzierung von Verlusten, leisten die Gesellschaften einen bedeutenden Beitrag zum Haushalt der Stadt Kassel.

Ich bedanke mich auf diesem Wege bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Geschäftsführungen und Vorständen der Gesellschaften für die erfolgreiche Arbeit im Jahr 2013. Sie haben durch Ihre Arbeit die Grundlage für den Erfolg der städtischen Unternehmen gelegt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Barthel', written in a cursive style.

Dr. Jürgen Barthel
Stadtkämmerer

Gesetzliche Grundlagen

Das den Gemeinden durch Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz garantierte Selbstverwaltungsrecht umfasst auch das Recht auf wirtschaftliche Betätigung. Konkretisiert wird dieses Recht durch die §§ 121 ff der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), die mit dem „Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze“ vom 31.01.2005, zuletzt geändert 16.12.2011, wesentliche Änderungen erfahren haben. Hinter der dort normierten Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde steht das Ziel, ihr in möglichst optimaler Form zu ermöglichen, Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge zu erbringen.

Zur Erfüllung dieses Zwecks darf die Gemeinde auch Gesellschaften gründen oder sich an solchen beteiligen, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet sind (§ 122 Abs. 1 HGO). Allerdings müssen die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO erfüllt sein, wonach erforderlich ist, dass der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt, die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Mit § 121 Abs. 1 Nr. 3 HGO hat der Gesetzgeber im Jahr 2005 eine echte Subsidiaritätsklausel eingeführt, das heißt, die Gemeinde darf sich nur wirtschaftlich betätigen, wenn „der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann“. Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind diese ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

Neben den oben genannten Voraussetzungen des § 121 HGO muss sichergestellt sein, dass die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit begrenzt ist (§ 122 Abs. 1 Nr. 2 HGO) und die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält (§ 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO).

Weiterhin muss gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt und geprüft werden (§ 122 Abs. 1 Nr. 4 HGO).

Die bei der Stadt Kassel am häufigsten vorkommende Rechtsform ist die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), da hier den Anforderungen an eine Haftungsbeschränkung sowie an die Sicherung der Einflussnahme am besten Rechnung getragen werden kann. Die Einflussnahme erfolgt im Regelfall durch einen Aufsichtsrat. In den Fällen, in denen kein Aufsichtsrat gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, sieht das GmbH-Gesetz in § 52 die Möglichkeit eines freiwilligen Aufsichtsrates vor.

Seit der Änderung der HGO im Jahr 2005 hat der Gesetzgeber die Wahl der Aktiengesellschaft (AG) als Rechtsform eingeschränkt. Gemäß § 122 Abs. 3 HGO ist die Einrichtung, Übernahme oder Beteiligung an einer AG nachrangig gegenüber anderen Gesellschaftsformen.

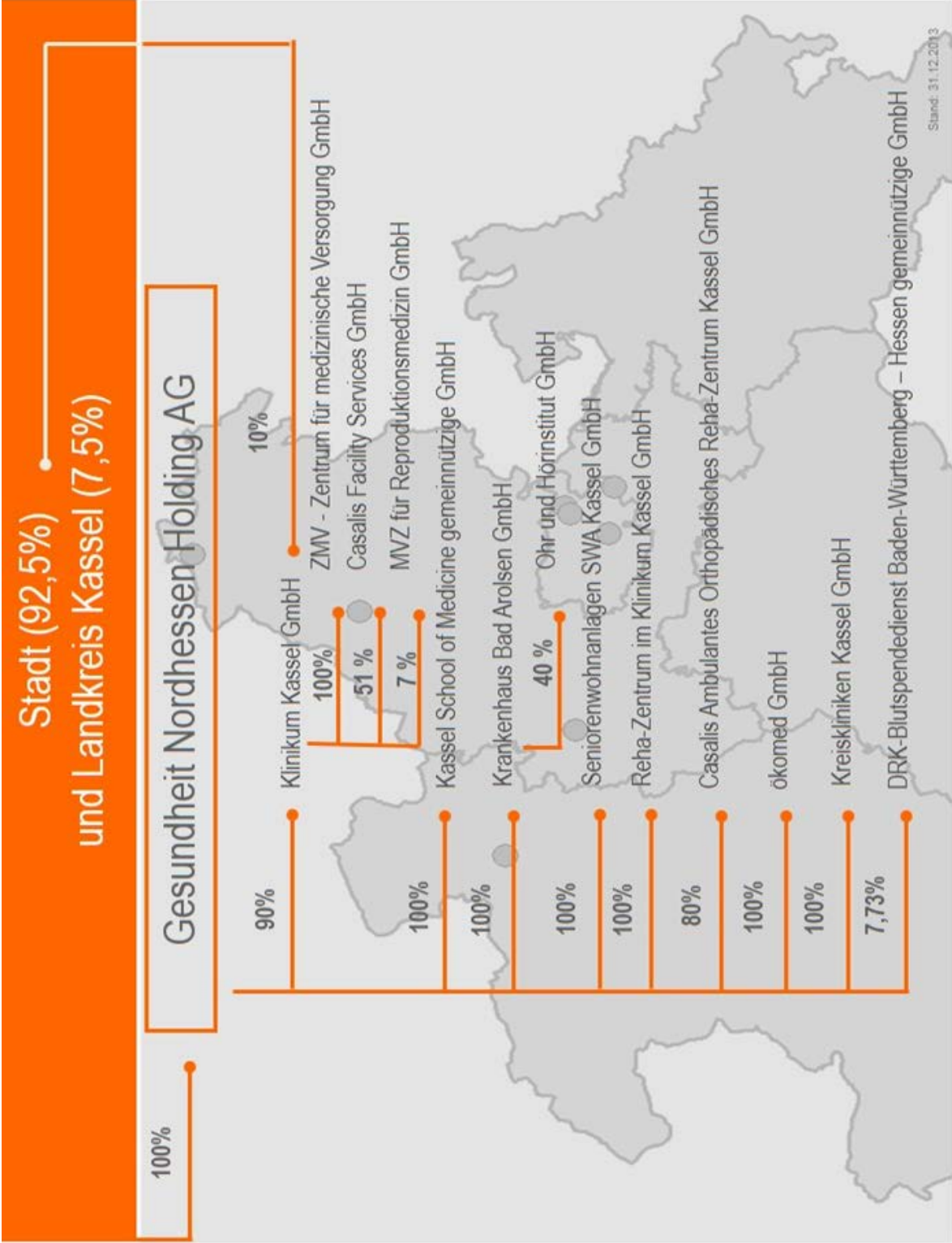
Eine weitere wichtige Änderung bzw. Ergänzung sieht die HGO nach ihrer Änderung im Jahr 2005 im neuen § 123 a HGO vor. Die Erstellung eines jährlichen Beteiligungsberichtes ist nun verpflichtend. Seit der letzten Änderung der HGO im Jahr 2011 hat die Gemeinde zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Der Regelung in § 123 a Abs. 2 HGO, wonach auf die Zustimmung der Geschäftsführung und Vorstände von Mehrheitsgesellschaften zur Veröffentlichung ihrer Bezüge im Beteiligungsbericht hinzuwirken ist, wurde seitens der Stadt Kassel Rechnung getragen. Die Veröffentlichung der Bezüge erfolgt im Anhang dieses Berichtes.

Nachweis der Kapitalbeteiligungen der Stadt Kassel gemäß Eintragung im Handelsregister zum 31.12.2013

Bezeichnung der Eigen- oder Beteiligungsgesellschaft	Höhe der Beteiligung		Geleisteter Anteil	
	€	%	€	%
AFK Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH i. L.	12.500	50,0	12.500	50,0
documenta und Museum Friedericianum Veranstaltungs-GmbH	12.800	50,0	12.800	50,0
EFN Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH	12.800	50,0	12.800	50,0
FiDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH	28.053	50,5	28.053	50,5
Flughafen GmbH Kassel	132.850	13,0	132.850	13,0
GNH Gesundheit Nordhessen Holding AG	100.000	92,5	100.000	92,5
GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH	10.600.000	100,0	10.600.000	100,0
Grimmwelt Kassel gGmbH	25.000	100,0	25.000	100,0
HLG Hessische Landgesellschaft mbH	3.067	0,1	3.067	0,1
IdE Institut dezentrale Energietechnologie gGmbH	625	2,5	625	2,5
JAFKA Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- und Fortbildung mbH	1.108.000	100,0	1.108.000	100,0
Kassel Marketing GmbH	500.000	100,0	500.000	100,0
Kasseler Bank eG	50	0,0	50	0,0
KVV Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	68.151.000	100,0	68.151.000	100,0
Kasseler Verkehrsgesellschaft AG	1.445.300	6,5	1.445.300	6,5
Klinikum Kassel GmbH	5.000	10,0	5.000	10,0
Müllheizkraftwerk Kassel GmbH	513.550	2,5	513.550	2,5
NB Nordhessenbus GmbH	50.000	100,0	50.000	100,0
NVV Nordhessischer Verkehrsverbund & Fördergesellschaft Nordhessen mbH	5.112	14,3	5.112	14,3
Parkhausgesellschaft der Stadt Kassel mbH	140.605	50,0	140.605	50,0

Bezeichnung der Eigen- oder Beteiligungsgesellschaft	Höhe der Beteiligung €		Geleisteter Anteil	
	€	%	€	%
Projektentwicklungsgesellschaft Kassel Unterneustadt und Konversion in Kassel mbH i. L.	52.152	100,0	52.152	100,0
Schlachthof Kassel GmbH & Co. Verwaltungs KG	767.000	58,3	767.000	58,3
Science Park Center Kassel GmbH	12.500	50,0	12.500	50,0
TSK Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH	7.209.400	100,0	7.209.400	100,0
Vereinigte Wohnstätten 1889 eG	6.200	0,0	6.200	0,0
Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH	18.410	25,5	18.410	25,5
Wohnstadt Stadtentwicklungs- und Wohnungsbau-gesellschaft Hessen mbH	478.500	1,3	478.500	1,3
Summen	91.390.474		91.390.474	

Gesundheit Nordhessen Holding AG -Konzernstruktur-



GNH

Gesundheit Nordhessen Holding AG – Konzern –

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	
Rechtsform:	AG	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand der Gesellschaft ist die einheitliche Leitung der mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen	
Eigentümer:	Stadt Kassel	92,5 %
	Landkreis Kassel	7,5 %
Beteiligungen:	Klinikum Kassel GmbH	90 %
	ZMV GmbH	100 %
	MVZ für Reproduktionsmedizin am Klinikum Kassel GmbH	7 %
	Casalis Facility Services GmbH	51 %
	ökomed GmbH	100 %
	Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH	80 %
	Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH	100 %
	Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH	100 %
	Krankenhaus Bad Arolsen GmbH	100 %
	Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH	40 %
	Kreiskliniken Kassel GmbH	100 %
	Kassel School of Medicine gGmbH	100 %
	Blutspendedienst Baden-W. Hessen gGmbH	7,73 %
Satzungen / Unternehmensverträge:	Satzung geändert am 14.12.2004 Fassung vom 26.06.2002/30.07.2002 Beherrschungs- u. Gewinnabführungsvertrag mit - Klinikum Kassel GmbH - ökomed GmbH - Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH - Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH - Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH - Krankenhaus Bad Arolsen GmbH - Kreiskliniken Kassel GmbH	
Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Vorstand:	Herr Dr. Gerhard M. Sontheimer Frau Birgit Dilchert	
Prokuristen:	Frau Dr. Daniela Stiegel	
Prokuristen:	Herr Harald Geipel	

Aufsichtsrat:	Herr Jürgen Kaiser, Kassel
	Herr Uwe Schmidt, Helsa
	Herr Dr. Jürgen Barthel, Kassel
	Frau Anne Janz, Kassel
	Herr Dr. Günther Schnell, Kassel
	Frau Anke Bergmann, Kassel
	Herr Dieter Mehlich, Kassel
	Herr Heinz Schmidt, Kassel
	Herr Thomas Koch, Kassel
	Herr Jürgen Blutte, Kassel
	Herr Matthias Dippel, Baunatal
	Frau Dr. Dorothee Dorlars, Kassel (bis 20.08.2013)
	Frau Marina Thiel-Mattes, Hofgeismar (ab 20.08.2013)
	Frau Stephanie Roß-Stabernack, Fulda
	Frau Heike Grau, Borken
	Frau Ute Saake, Korbach (bis 20.08.2013)
	Frau Sabine Akkan, Kassel (ab 20.08.2013)
	Herr Ralph Stiepert, Vellmar
	Frau Elke Engelbracht, Warburg
	Herr Dr. Kolja Deicke, Kassel
Herr Dr. Thomas Wagner, Kassel	
Frau Heidrun Blanckenburg, Habichtswald-Ehlen (bis 20.08.2013)	
Herr Klaus Weuffen, Kassel (ab 20.08.2013)	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	315.946,62	331.830,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	1.741,5	3.225,7
Bilanzsumme	TEUR	383.424,29	363.873,8
Investitionen	TEUR	16.627,80	11.627,4
Fremd-Darlehen	TEUR	85.327,02	87.656,16
Personal	Anzahl	3.160,34	3.218,0
Eigenkapitalquote	%	16,2	17,9
Cash flow DVFA	TEUR	5.710,8	7.348,5
Gesamtverschuldung	%	25,8	24,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	99,97	103,10
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,65	0,64

Lagebericht (Kurzfassung)

Zum Konzern gehören drei Kliniken mit fünf Krankenhausstandorten, eine Altenpflegeeinrichtung an zwei Standorten, zwei Medizinische Versorgungszentren (ZMV GmbH und eine Minderheitsbeteiligung an der MVZ für Reproduktionsmedizin GmbH), zwei ambulante Rehabilitationseinrichtungen und ein Dienstleistungsunternehmen.

Die Kassel School of Medicine gemeinnützige GmbH (kurz KSM) wurde am 21. März 2012 von der Gesundheit Nordhessen Holding AG mit einem Stammkapital von T€ 200 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist eine innovative Medizinerbildung in Kooperation mit der University of Southampton, England.

Die Casalis Facility Services GmbH wurde am 19.12.2013 von der Klinikum Kassel GmbH mit einem Stammkapital von T€ 50 gegründet. Die Gründungsphase wurde mit der Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister am 27.12.2013 abgeschlossen. Durch Verkauf von 49 % der Anteile an die Vamed Management und Service GmbH, Berlin (VAMED) wird in Zusammenarbeit mit (VAMED) und der Klinikum Kassel GmbH seit dem 19.12.2013 ein Gemeinschaftsunternehmen betrieben. Mehrheitsgesellschafter ist mit 51 % die Klinikum Kassel GmbH. Die Gesellschaft war im Jahr 2013 noch nicht aktiv und hat den Geschäftsbetrieb zum 1.01.2014 aufgenommen.

Mit Ausnahme der gemeinnützigen Kassel School of Medicine und der Casalis Facility Services GmbH bilden alle Beteiligungen der Gesundheit Nordhessen Holding AG eine umsatzsteuerliche Organschaft und sind wirtschaftlich, organisatorisch und finanziell voll umfänglich in die Holding eingegliedert

Zu den Organen der GNH gehört ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat mit 20 Mitgliedern. Zu dessen Aufgaben zählen die Beratung und Überwachung des Vorstandes, die Zustimmung zu wichtigen Unternehmensentscheidungen sowie die Kontrolle der Unternehmensziele. Der Aufsichtsrat ist das zentrale Kontrollgremium der GNH. Der Vorstand der GNH besteht aus dem Vorstandsvorsitzenden und der Arbeitsdirektorin/Personalvorstand.

Die GNH ist ein regionaler Gesundheitsdienstleister und bietet der Bevölkerung in Nordhessen kompetente Leistungen und höchste Qualität auf jeder Versorgungsstufe – von der Akutmedizin über die ambulante Versorgung bis hin zur Rehabilitation und Altenpflege.

Die Akutmedizin bildet den Kern der GNH. Drei Akutkrankenhäuser an fünf Standorten decken nahezu das gesamte medizinische Leistungsspektrum ab. Die GNH betreibt Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung und mit dem Klinikum Kassel auch das einzige Krankenhaus der Maximalversorgung in Nordhessen. Das medizinische Versorgungsangebot umfasst Einrichtungen zur ambulanten Behandlung vor und nach einem Klinikaufenthalt. Mit den Behandlungsmöglichkeiten im Krankenhaus, dem Medizinischen Versorgungszentrum und verschiedenen Kooperationen wird eine enge ambulante-stationäre Vernetzung angestrebt. Die Rehabilitation ergänzt zudem die stationäre und ambulante Versorgung.

Als Gesundheitsdienstleister bietet die GNH ein umfassendes Spektrum der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Versorgung an. Die Kernkompetenz besteht in der Etablierung von standardisierten und sektorenübergreifenden Prozessen. Die medizinischen Leistungen sollen auf höchstem Niveau angeboten werden und unterliegen einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

Moderne Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen benötigen eine zeitgemäße und zweckmäßige Infrastruktur. Nur wenn durch bestmögliche bauliche Strukturen und technische Voraussetzungen alle Abläufe reibungslos funktionieren, können sich Ärzte und Pflegekräfte ganz auf ihre Arbeit konzentrieren. Durch die angestrebte Profitabilität jedes Geschäftsfeldes und jedes Fachbereiches wird so die Investitionsfähigkeit gesichert und damit eine wirtschaftliche Struktur geschaffen. Das Klinikum Kassel hat bereits umfangreiche Baumaßnahmen in einem ersten Bauabschnitt abgeschlossen. Hierzu zählen ein neues Diagnostikzentrum, eine neue zentrale Notaufnahme, ein neues Zentrum für Frauen- und Kindermedizin sowie neue Intensiv und Intermediate Care Einheiten. Mit dem Ende 2014 fertiggestellten neuen zentralen Eingangsgebäude wird ein

weiterer Bereich der baulichen Zielplanung abgeschlossen und die Erreichbarkeit der Kliniken durch eine zentrale Steuerung der Patientenströme erheblich verbessert.

Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen, die sich einer medizinischen Einrichtung der GNH anvertrauen, haben oberste Priorität. Würde, Respekt und Selbstbestimmungsrecht bilden die Basis der Patienten- und Mitarbeiterbeziehung. Diagnostik, Pflege und Therapie auf höchstem Niveau bieten Sicherheit und schaffen Vertrauen. Patienten- und Mitarbeiterzufriedenheit sind untrennbar miteinander verbunden. Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein zentraler Erfolgsfaktor.

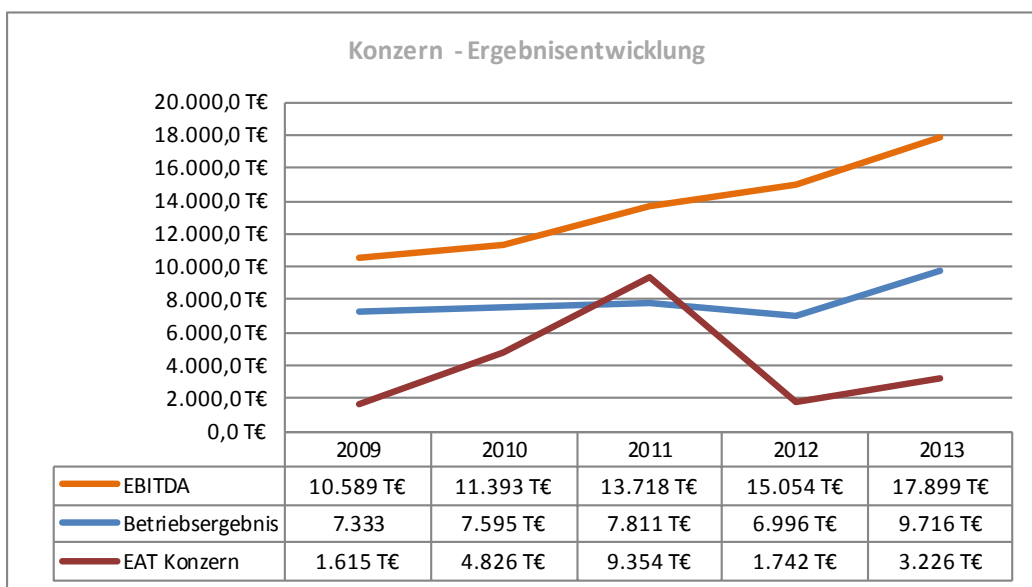
Sozialverantwortliche Unternehmenspolitik ist auch einem auf Profitabilität ausgelegten regionalen Gesundheitskonzern ein großes Anliegen. Es werden qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze angeboten und nach Möglichkeit auch langfristig gesichert. Partnerschaften und Kooperationen mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten sowie anderen Leistungserbringern haben einen hohen Stellenwert.

Der seit Jahren bestehende und zunehmende Kostendruck im Gesundheitswesen, der wesentlich von den gesetzlichen Rahmenbedingungen, der demographischen Entwicklung und den stetig komplexeren und kostenintensiveren Verfahren in Diagnostik und Therapie ausgeht, zwingt Krankenhäuser zur Leistungs- und Kostenanpassung und zur konsequenten Nutzung von Synergieeffekten. Mit modernen und leistungsfähigen Strukturen wird den aktuellen Herausforderungen und dem steigenden Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern begegnet.

Hierzu müssen alle Geschäftsfelder und Fachbereiche nachhaltig wirtschaftlich zu führen sein. Quersubventionierungen zwischen Standorten oder Fachabteilungen sind im begrenzten Maße aber nicht dauerhaft möglich. Der Weg zu weiterer Effizienzsteigerung muss über alle Ansätze der Kostenreduktion gesucht werden. Der wirtschaftliche Umgang mit allen Ressourcen von der Energie, über das Verbrauchsmaterial bis hin zur Arbeitszeit, ist von Geschäftsführung und Führungskräften sicherzustellen.

Analyse des Geschäftsverlaufs

Der Konzern hat zum 31. Dezember 2013 mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von T€ 3.225,7 (VJ: T€ 1.741,5) abgeschlossen. Es ist wieder geglückt das Vorjahresergebnis zu übertreffen und damit im fünften Jahr in Folge, trotz steigender Sach- und Personalkosten, bei effektiv sinkenden Preisen, einen Jahresüberschuss zu erwirtschaften. Das Betriebsergebnis konnte gegenüber dem schwächeren Vorjahr um 38,9 % und das EBITDA um 19,5 % gesteigert werden.



Das Jahresergebnis der GNH wird im Wesentlichen von Gewinn- und Verlustübernahmen der Beteiligungen geprägt. Das eigene operative Geschäft mit einem positiven Ergebnis in Höhe von T€ 715,1 entsteht aus der Geschäftsbesorgung für die Beteiligungen und den Apothekendienstleistungen.

Insgesamt ist zu erkennen, dass die Entwicklung der Verlust- und Gewinnübernahmen in der GNH AG immer weiter auseinandergeht. Den Verlusten des Jahres 2009 in Höhe von T€ 1.457,8 standen im Jahr 2012 bereits T€ 2.756,6 und im abgelaufenen Geschäftsjahr sogar Verluste in Höhe von T€ 5.286,2 gegenüber. Bisher ist es gelungen, diese negative Entwicklung durch noch positivere Gewinnentwicklungen insbesondere im Klinikum Kassel auszugleichen. Gewinnübernahmen zum Ausgleich der Verluste betragen im Jahr 2009 noch T€ 2.629,0 und im abgelaufenen Jahr bereits T€ 7.418,8.

Dauerhaft ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Jedes Geschäftsfeld, jede Beteiligung und jeder Fachbereich muss nachhaltig wirtschaftlich selbständig erfolgreich sein. Quersubventionierung zwischen Unternehmen oder auch Abteilungen sind nur noch in sehr begrenztem Umfang möglich

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die GNH hat sich mit ihren Beteiligungen in den letzten Jahren vergleichsweise gut positioniert. Die wirtschaftliche Situation ist durch die Etablierung neuer Fachgebiete und die Steigerung der budgetrelevanten Leistung (Case Mix) kontinuierlich verbessert worden, sodass ab dem Jahr 2009 – auch nach Rückzahlung des Zukunftssicherungsvertrag (Zusi) – ein Jahresüberschuss erzielt werden konnte. Die positive Entwicklung der Vorjahre wird zukünftig weiter schwierig. Verantwortlich hierfür ist eine Abschwächung der realisierbaren Leistungsausweitung in den Krankenhäusern einerseits und ein erheblicher Kostenauftrieb andererseits, sowohl im Bereich der Sachkosten (Materialkosten, Abschreibungen und Zinsen), als auch im Bereich der Personalkosten (Tarifsteigerungen). Gleichzeitig können die steigenden Kosten durch geringe Preissteigerungsraten und ein gesetzliches Bestrafungssystem für Mengensteigerungen (Mehrleistungsabschläge) nicht mehr gedeckt werden.

Im Jahr 2014 sowie in den Folgejahren wird das Ergebnis im Wesentlichen durch die Auswirkungen der jeweils geltenden Tarifverträge sowie die Entwicklung der Leistungsmengen und des Entgeltsystems beeinflusst. Die Leistungsentwicklung kann dabei die Auswirkungen der gesundheitspolitischen Rahmen- und Randbedingungen vor allem in den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung nicht mehr kompensieren. Nach über 20 Jahren Kostendämpfungsgesetzen sind die Effizienzreserven weitgehend gehoben. Auch wenn es zunehmend schwieriger wird, auf der Kostenseite Optimierungspotenziale zu erschließen, müssen hier alle Anstrengungen unternommen werden, die Sachkosten durch Preis- und Mengeneffekte weiter zu reduzieren.

Grundlage für die Geschäftsplanungen der Krankenhäuser ist ein Landesbasisfallwert von 3.126,17 Euro. In die Kalkulation des Landesbasisfallwertes ist eine Veränderungsrate von 2,81 % sowie eine Berichtigung von -12,71 Euro eingeflossen, die bei Überschreitung der landesweit festgelegten CM-Punkte von 1.417.200 fällig wird. Zum 01.01.2014 wird der Versorgungszuschlag auf 0,8 % gesenkt.

Im Planungsjahr 2014 ist die Tarifschere mit 0,27 % vergleichsweise niedrig. Die prognostizierte Steigerung der Personalkosten beträgt im Durchschnitt 4,39 % (3,39 % zzgl. 1 % aus dem Zukunftssicherungsvertrag im Jahr 2014) für den TVöD-Bereich und 2,5 % für den Bereich der TV Ärzte. Die Steigerung des Landesbasisfallwertes in Verbindung mit dem für das Jahr 2014 abrechenbaren Versorgungszuschlag liegt immerhin bei prognostizierten 2,74 %. Die durch den Versorgungszuschlag zusätzlich im Jahr 2014 bereit gestellten Mittel belaufen sich auf rd. T€ 1.260,0 stehen aber aufgrund des befristeten Effektes ab dem Jahr 2015 nicht mehr zur Verfügung.

Die Planung der Sachkosten für das Jahr 2014 basiert auf der Hochrechnung für das Jahr 2013. Der Posten „medizinischer Bedarf“ umfasst den größten Anteil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und wird entsprechend der geplanten CM-Leistungssteigerung mit rd. + 0,3 % zzgl. 2 % Preissteigerung geplant.

In der Stellenplanung für das Jahr 2014 sind in allen Unternehmen der GNH zusammen 3.173,3 Vollkräfte (Plan) berücksichtigt. Gegenüber den 3.218,0 Vollkräften (Ist) im Jahr 2013 ist das ein Rückgang von 44,7 Vollkräften. Im Vergleich zur Planung 2013 liegt der Stellenplan nach dem Anstieg in den Jahren 2007 bis 2013 für das Jahr 2014 durch die Situation in Helmarshausen 43,6 VK unter der Vorjahresplanung.

Wesentliche Effekte außerhalb des Krankenhaussegmentes: In der ZMV GmbH wurden Einsparungen im Personalkostenbereich der Strahlentherapie durch weniger Vollkräfte, gesunkene Personalkosten je Vollkraft und Personalnachbesetzung durch eigene Physiker statt durch Leihphysiker berücksichtigt. Im Segment der Rehabilitation wurden Erlössteigerungen durch gestiegene Leistungsanforderungen aus dem Klinikum Kassel am Wochenende geplant. In den Seniorenwohnanlagen ist eine sinkende Auslastung der Pflegeplätze einkalkuliert. Unter diesen Rahmenbedingungen und mit Rückblick auf das Berichtsjahr sind für die kommenden Jahre im Krankenhaussegment keine Mengensteigerungen wie in den Vorjahren zu erwarten. Für die Krankenhäuser ist für das Jahr 2014 nur eine geringe Steigerung der Leistungsvereinbarung mit den Kostenträgern angestrebt. Die erforderlichen Strukturen wurden dafür im Klinikum Kassel und in Bad Arolsen bereits unterjährig durch den Aufbau der Intensivkapazitäten und der Kapazitäten für die Stroke-Unit in Kassel geschaffen; diese Maßnahmen werden im Jahr 2014 ihre volle Wirkung entfalten. Damit können die überproportionalen Kostensteigerungen jedoch nicht mehr vorrangig durch Erlöszuwächse bei gleichzeitiger forcierter Effizienz- und Produktivitätssteigerung ausgeglichen werden. Der bewusste Umgang mit allen Ressourcen - von der Energie, über das Verbrauchsmaterial bis hin zur Arbeitszeit - gewinnt an Bedeutung.

Im nächsten Jahr werden nach der Planung die Verlustübernahmen jedoch stärker ansteigen und so erstmals seit 2008 zu einem negativen Gesamtergebnis für die GNH führen.

Dieser Erkenntnis folgend werden Lösungen und Konzepte und Entscheidungen für den Krankenhausstandort Helmarshausen, den Bestand der Seniorenwohnanlagen Kassel und die Kostenstruktur der ökomed GmbH in 2014 erforderlich.

Korruptions-Prävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie vor fünf Jahren erfolgten insgesamt sieben, überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche. In einem Fall wurde eine Beurteilung eines Autorenvertrages für einen Mitarbeiter angefragt. In einem anderen Fall ging es im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens um die Anfrage ob eine fremdfinanzierte Fortbildungsreise eines Oberarztes in die Vereinigten Staaten von Amerika genehmigungsfähig ist. Ein Medizintechnikhersteller hatte in diesem Zusammenhang eine pauschale Beteiligungssumme an den Reise- und Fortbildungskosten avisiert. Nach unserer Auffassung dürfte diese Summe geringer sein als die tatsächlich entstehenden Reisekosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbei-

ter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB kein Korruptionsverdacht ergeben. Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH.

Die Anti-Korruptionsbeauftragte der Gesundheit Nordhessen Holding AG kann wie folgt erreicht werden:

Postadresse: Anti-Korruptionsbeauftragte
 Gesundheit Nordhessen Holding AG
 Mönchebergstr. 48E
 34125 Kassel

Telefon: 0561 980-4825

Mail: akb@gesundheit-nordhessen.de

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesundheit Nordhessen Holding AG - Konzern keinen Zuschuss geleistet.

GNH

Gesundheit Nordhessen Holding AG

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 13132
Rechtsform:	AG	
Tätigkeitsbereich:	<p>Gegenstand der Gesellschaft ist einheitliche Leitung der mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen. Darüber hinaus soll die Gesellschaft die Beschaffungsaktivitäten für alle verbundenen Unternehmen im Konzernverbund bündeln, insbesondere in den Bereichen Beschaffung von Material, Arzneimitteln (einschließlich der Eigenherstellung von Rezepturarzneimitteln) und IT-Infrastruktur. Im Rahmen dieser Tätigkeit ist die Gesellschaft auch zu Handelsgeschäften mit konzernfremden Dritten befugt.</p>	
Eigentümer:	Stadt Kassel	92,5 %
	Landkreis Kassel	7,5 %
Beteiligungen:	Klinikum Kassel GmbH	90 %
	ZMV GmbH	100 %
	MVZ für Reproduktionsmedizin	7 %
	Casalis Facility Services GmbH	51 %
	ökomed GmbH	100 %
	Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH	80 %
	Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH	100 %
	Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH	100 %
	Krankenhaus Bad Arolsen GmbH	100 %
	Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH	40 %
	Kreiskliniken Kassel GmbH	100 %
	Kassel School of Medicine GmbH	100 %
	Blutspendedienst Baden-W. Hessen gGmbH	7,73 %
Kapitalangaben:	Grundkapital	108.108,00 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	<p>Satzung geändert am 14.12.2004 Fassung vom 26.06.2002/30.07.2002 Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Klinikum Kassel GmbH ökomed GmbH Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-</p>	

Zentrum Kassel GmbH
Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH
Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH
Krankenhaus Bad Arolsen GmbH
Kreiskliniken Kassel GmbH

Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Dr. Gerhard M. Sontheimer Frau Birgit Dilchert
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Herr Jürgen Kaiser, Kassel Herr Uwe Schmidt, Helsa Herr Dr. Jürgen Barthel, Kassel Frau Anne Janz, Kassel Herr Dr. Günther Schnell, Kassel Frau Anke Bergmann, Kassel Herr Dieter Mehlich, Kassel Herr Heinz Schmidt, Kassel Herr Thomas Koch, Kassel Herr Jürgen Blutte, Kassel Herr Matthias Dippel, Baunatal Frau Dr. Dorlars, Kassel (bis 20.08.2013) Frau Marina Thiel-Mattes, Hofgeismar (ab 20.08.2013) Frau Stephanie Roß-Stabernack, Fuldataal Frau Heike Grau, Borken Frau Ute Saake, Korbach (bis 20.08.2013) Frau Sabine Akkan, Kassel (ab 20.08.2013) Herr Ralph Stiepert, Vellmar Frau Elke Engelbracht, Warburg Herr Dr. Kolja Deicke, Kassel Herr Dr. Thomas Wagner Frau Heidrun Blanckenburg, Habichtswald-Ehlen (bis 20.08.2013) Herr Klaus Weuffen, Kassel (ab 20.08.2013)
Prokuristen:	Herr Harald Geipel Frau Dr. Daniela Stiegel

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	72.407,32	76.527,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	1.996,3	3.362,8
Bilanzsumme	TEUR	65.620,27	66.620,20
Investitionen	TEUR	1.145,29	559,0
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	195,99	199,29
Eigenkapitalquote	%	57,7	61,1
Cash flow DVFA	TEUR	1.687,3	4.580,5
Gesamtverschuldung	%	34	29
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	369,44	384,00
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,17	0,17

Lagebericht (Kurzfassung)

Zum Konzern gehören drei Kliniken mit fünf Krankenhausstandorten, eine Altenpflegeeinrichtung an zwei Standorten, zwei Medizinische Versorgungszentren (ZMV GmbH und eine Minderheitsbeteiligung an der MVZ für Reproduktionsmedizin GmbH), zwei ambulante Rehabilitationseinrichtungen und ein Dienstleistungsunternehmen.

Die Kassel School of Medicine gemeinnützige GmbH (kurz KSM) wurde am 21. März 2012 von der Gesundheit Nordhessen Holding AG mit einem Stammkapital von T€ 200 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist eine innovative Mediziner Ausbildung in Kooperation mit der University of Southampton, England.

Die Casalis Facility Services GmbH wurde am 19.12.2013 von der Klinikum Kassel GmbH mit einem Stammkapital von T€ 50 gegründet. Die Gründungsphase wurde mit der Eintragung der Gesellschaft ins Handelsregister am 27.12.2013 abgeschlossen. Durch Verkauf von 49 % der Anteile an die Vamed Management und Service GmbH, Berlin (VAMED) wird in Zusammenarbeit mit (VAMED) und der Klinikum Kassel GmbH seit dem 19.12.2013 ein Gemeinschaftsunternehmen betrieben. Mehrheitsgesellschafter ist mit 51 % die Klinikum Kassel GmbH. Die Gesellschaft war im Jahr 2013 noch nicht aktiv und hat den Geschäftsbetrieb zum 1.01.2014 aufgenommen.

Mit Ausnahme der gemeinnützigen Kassel School of Medicine und der Casalis Facility Services GmbH bilden alle Beteiligungen der Gesundheit Nordhessen Holding AG eine umsatzsteuerliche Organschaft und sind wirtschaftlich, organisatorisch und finanziell voll umfänglich in die Holding eingegliedert

Zu den Organen der GNH gehört ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat mit 20 Mitgliedern. Zu dessen Aufgaben zählen die Beratung und Überwachung des Vorstandes, die Zustimmung zu wichtigen Unternehmensentscheidungen sowie die Kontrolle der Unternehmensziele. Der Aufsichtsrat ist das zentrale Kontrollgremium der GNH. Der Vorstand der GNH besteht aus dem Vorstandsvorsitzenden und der Arbeitsdirektorin/Personalvorstand.

Insgesamt 13 direkt im Konzern angesiedelte administrative Zentralbereiche und vier Stabsstellen unterstützen die Geschäftsführungen der Einzelgesellschaften und den Vorstand bei ihren Aufgaben. Durch Zentralisierung der tertiären Dienstleistungen erfolgt innerhalb des Unternehmensverbundes eine optimale Ausschöpfung der Ressourcen, so dass kein Bereich doppelt vorgehalten werden muss. Die GNH AG als Holding widmet sich neben der strategischen Führung der Beteiligungen der Unternehmensplanung sowie der Integration von neuen Kliniken und der operativen Steuerung folgender Zentralbereiche:

- Apotheke (APO)
- Bildung und Personalentwicklung (BIPE)
- Controlling (CO)
- Einkauf (EK)
- Finanzen (FI)
- Betrieblicher Gesundheitsdienst (BA)
- Informationstechnologie (IT)
- Unternehmenskommunikation und Marketing (MARCOM)
- Personal (PER)
- Pflege und Patientenservice (PFPS)
- Recht und Organisation (RO)
- Bau und Technik (TECH)
- Unternehmensentwicklung (UE)

Hauptgrund für die Zentralisierung dieser Funktionen ist die Vernetzung von Strukturen und die Realisierung von Spezialisierungs- und Kostenvorteilen. Auf Basis eines mit den Geschäftsführungen der Tochterunternehmen erarbeiteten und abgestimmten medizinischen Gesamtkonzeptes werden einheitliche Standards in Verwaltung, Medizin und Pflege festgelegt und konzernweit angewandt.

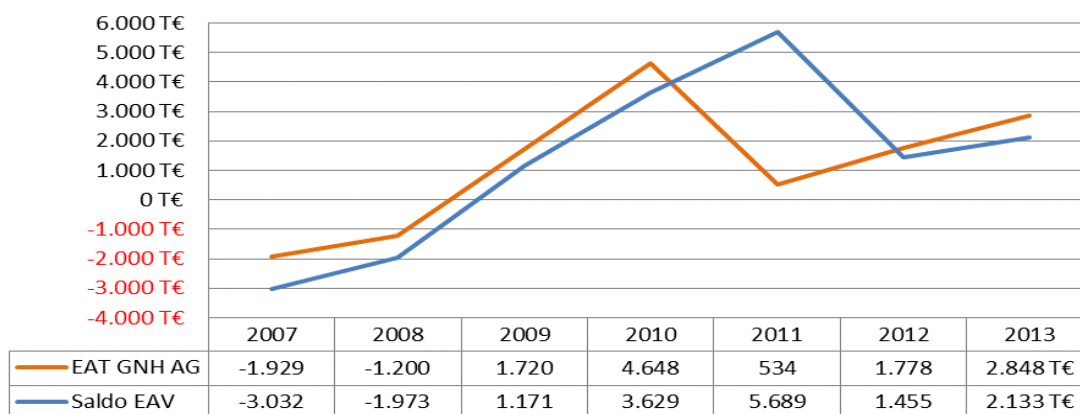
Analyse des Geschäftsverlaufs

Das Jahr 2013 war gemessen an den Vorjahren wieder ein sehr gutes Jahr. Der Jahresüberschuss in Höhe von T€ 2.848,0 (VJ: T€ 1.778,0) beinhaltet Verlustübernahmen in Höhe von T€ 5.286,2 und größere Gewinnübernahme in Höhe von T€ 7.418,8. Werden beide Effekte saldiert, ist der ergebniswirksame Saldo mit T€ 2.132,6 positiv.

Insgesamt ist zu erkennen, dass die Entwicklung der Verlust- und Gewinnübernahmen immer weiter auseinandergeht. Den Verlusten des Jahres 2009 in Höhe von T€ 1.457,8 standen im Jahr 2012 bereits T€ 2.756,6 und im abgelaufenen Geschäftsjahr sogar Verluste in Höhe von T€ 5.286,2 gegenüber. Bisher ist es gelungen, diese negative Entwicklung durch noch positivere Gewinnentwicklungen insbesondere im Klinikum Kassel auszugleichen. Gewinnübernahmen zum Ausgleich der Verluste betragen im Jahr 2009 noch T€ 2.629,0 und im abgelaufenen Jahr bereits T€ 7.418,8.

Dauerhaft ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Jedes Geschäftsfeld, jede Beteiligung, jeder Fachbereich muss nachhaltig wirtschaftlich selbständig erfolgreich sein. Quersubventionierung zwischen Unternehmen oder auch Abteilungen sind nur noch in sehr begrenztem Ausmaß möglich.

AG Jahresüberschuss und Ergebnisübernahme



Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die GNH hat sich mit ihren Beteiligungen in den letzten Jahren vergleichsweise gut positioniert. Die wirtschaftliche Situation ist durch die Etablierung neuer Fachgebiete und die Steigerung der budgetrelevanten Leistungen (Case Mix) kontinuierlich verbessert worden, sodass ab dem Jahr 2009 – auch nach Rückzahlung des Zukunftssicherungsvertrag (Zusi) – ein Jahresüberschuss erzielt werden konnte. Die positive Entwicklung der Vorjahre wird zukünftig weiter schwierig. Verantwortlich hierfür sind eine Abschwächung der realisierbaren Leistungsausweitung in den Krankenhäusern einerseits und ein erheblicher Kostenauftrieb andererseits, sowohl im Bereich der Personalkosten (Tarifsteigerungen) als auch im Bereich der Sachkosten (Materialkosten, Abschreibungen und Zinsen). Gleichzeitig können die steigenden Kosten durch geringe Preissteigerungsraten und ein gesetzliches Bestrafungssystem für Mengensteigerungen (Mehrleistungsabschläge) nicht mehr gedeckt werden.

Im Jahr 2014 sowie in den Folgejahren wird das Ergebnis im Wesentlichen durch die Auswirkungen der jeweils geltenden Tarifverträge sowie die Entwicklung der Leistungsmengen und des Entgeltsystems beeinflusst. Die Leistungsentwicklung kann dabei die Auswirkungen der gesundheitspolitischen Rahmen- und Randbedingungen vor allem in den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung nicht mehr kompensieren. Nach über 20 Jahren Kostendämpfungsgesetzen sind die Effizienzreserven weitgehend gehoben. Bei immer knapper werdenden personellen Ressourcen sowohl im ärztlichen als auch im pflegerischen Bereich werden die Krankenhäuser dennoch weiter gezwungen sein, Prozesse zu optimieren und zusätzlich Kosten- und Stellenpläne zu begrenzen. Auch wenn es zunehmend schwieriger wird, auf der Kostenseite Optimierungspotenziale zu erschließen, müssen hier alle Anstrengungen unternommen werden, die Sachkosten durch Preis- und Mengeneffekte weiter zu reduzieren.

Grundlage für die Geschäftsplanungen der Krankenhäuser ist ein Landesbasisfallwert von 3.126,17 Euro. In die Kalkulation des Landesbasisfallwertes ist eine Veränderungsrate von 2,81 % sowie eine Berichtigung von - 12,71 Euro eingeflossen, die bei Überschreitung der landesweit festgelegten CM-Punkte von 1.417.200 fällig wird. Zum 01.01.2014 wird der Versorgungszuschlag auf 0,8 % gesenkt.

Im Planungsjahr 2014 ist die Tarifschere mit 0,27 % vergleichsweise niedrig. Die prognostizierte Steigerung der Personalkosten beträgt im Durchschnitt 4,39 % (3,39 % zzgl. 1 % aus dem Zukunftssicherungsvertrag im Jahr 2014) für Nichtärzte und 2,5 % für Ärzte. Die Steigerung des Landesbasisfallwertes in Verbindung mit dem für das Jahr 2014 abrechenbaren Versorgungszuschlag liegt immerhin bei prognostizierten 2,74 %. Die durch den Versorgungszuschlag zusätzlich im Jahr 2014 bereit gestellten Mittel belaufen sich auf rd. T€ 1.260,0 stehen aber aufgrund des befristeten Effektes ab dem Jahr 2015 nicht mehr zur Verfügung.

Die Planung der Sachkosten für das Jahr 2014 basiert auf der Hochrechnung für das Jahr 2013. Der Posten „medizinischer Bedarf“ umfasst den größten Anteil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und wird entsprechend der geplanten CM-Leistungssteigerung mit rd. + 0,3 % zzgl. 2 % Preissteigerung geplant.

In der Stellenplanung für das Jahr 2014 sind in allen Unternehmen der GNH zusammen 3.173,3 Vollkräfte berücksichtigt. Gegenüber den 3.218,0 Vollkräften im Jahr 2013 ist das ein Rückgang von 44,7 Vollkräften. Im Vergleich zur Planung 2013 liegt der Stellenplan für das Jahr 2014 insgesamt 43,6 VK unter der Vorjahresplanung. Wesentliche Effekte außerhalb des Krankenhaussegmentes: In der ZMV GmbH wurden Einsparungen im Personalkostenbereich der Strahlentherapie durch weniger Vollkräfte, gesunkene Personalkosten je Vollkraft und Personalnachbesetzung durch eigene Physiker statt durch Leihphysiker berücksichtigt. Im Segment der Rehabilitation wurden Erlössteigerungen durch gestiegene Leistungsanforderungen aus dem Klinikum Kassel am Wochenende geplant. In den Seniorenwohnanlagen ist eine sinkende Auslastung der Pflegeplätze einkalkuliert

Unter diesen Rahmenbedingungen und mit Rückblick auf das Berichtsjahr sind für die kommenden Jahre im Krankenhaussegment keine Mengensteigerungen wie in den Vorjahren zu erwarten. Für die Krankenhäuser ist für das Jahr 2014 nur eine geringe Steigerung der Leistungsvereinbarung mit den Kostenträgern angestrebt.

Die erforderlichen Strukturen wurden dafür im Klinikum Kassel und in Bad Arolsen bereits unterjährig durch den Aufbau der Intensivkapazitäten und der Kapazitäten für die Stroke-Unit in Kassel geschaffen; diese Maßnahmen werden im Jahr 2014 ihre volle Wirkung entfalten. Damit können die überproportionalen Kostensteigerungen jedoch nicht mehr vorrangig durch Erlöszuwächse bei gleichzeitiger forcierter Effizienz- und Produktivitätssteigerung ausgeglichen werden. Der bewusste Umgang mit allen Ressourcen – von der Energie, über das Verbrauchsmaterial bis hin zur Arbeitszeit – gewinnt an Bedeutung.

Im nächsten Jahr werden nach der Planung die Verlustübernahmen jedoch stärker ansteigen und so erstmals seit 2008 zu einem negativen Gesamtergebnis für die GNH führen.

Dieser Erkenntnis folgend werden Lösungen und Konzepte und Entscheidungen für den Krankenhausstandort Helmarshausen, den Bestand der Seniorenwohnanlagen Kassel und die Kostenstruktur der ökomed GmbH in 2014 erforderlich.

Ergebnis in T€ der Unternehmen unter Mehrheitsbeteiligung der GNH AG	2011	2012	2013	Plan 2014
GNH AG operativ	-5.155,0 T€	541,3 T€	715,1 T€	449,0 T€
Klinikum Kassel GmbH	6.820,5 T€	3.681,0 T€	7.514,1 T€	5.972,9 T€
ZMV GmbH	-204,5 T€	-721,4 T€	-783,0 T€	-563,3 T€
KH Bad Arolsen GmbH	-135,5 T€	349,5 T€	-40,5 T€	22,0 T€
Kreiskliniken Kassel GmbH	129,9 T€	-550,4 T€	-2.864,5 T€	-3.495,5 T€
Seniorenwohnanlagen GmbH	49,9 T€	-667,9 T€	-312,1 T€	-1.426,2 T€
ökomed GmbH	-1.069,2 T€	-816,9 T€	-1.326,6 T€	-1.515,6 T€
Reha Zentrum GmbH	80,9 T€	162,2 T€	92,3 T€	28,7 T€
Casalis Reha GmbH	16,9 T€	18,9 T€	-147,1 T€	-25,7 T€
EAT GNH AG	534,0 T€	1.777,9 T€	2.847,7 T€	-553,7 T€
Ergebnis nach Konsolidierung	9.353,8 T€	1.741,5 T€	3.225,6 T€	-500,0 T€
<i>nachrichtlich Kassel School of Medicine</i>		-3,0 T€	-3,4 T€	-347,3 T€
<i>nachrichtlich AEMP GMBH (Sterilgutaufbereitung)</i>				50,0 T€

Die Suche nach weiterem Optimierungspotenzial wird konsequent geleitet vom Patientennutzen und Qualitätsgesichtspunkten. Alle realisierbaren und zulässigen Einsparmöglichkeiten müssen in Betracht gezogen werden. Dies erfordert für die Geschäftsführung gegebenenfalls auch einige schwere Entscheidungen.

Korruptions-Prävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufga-

be der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie vor fünf Jahren erfolgten insgesamt sieben, überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche. In einem Fall wurde eine Beurteilung eines Autorenvertrages für einen Mitarbeiter angefragt. In einem anderen Fall ging es im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens um die Anfrage ob eine fremdfinanzierte Fortbildungsreise eines Oberarztes in die Vereinigten Staaten von Amerika genehmigungsfähig ist. Ein Medizintechnikhersteller hatte in diesem Zusammenhang eine pauschale Beteiligungssumme an den Reise- und Fortbildungskosten avisiert. Nach unserer Auffassung dürfte diese Summe geringer sein als die tatsächlich entstehenden Reisekosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB kein Korruptionsverdacht ergeben. Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH.

Risikoeinschätzung der Verwaltung

Die Gesundheit Nordhessen Holding AG erzielte im fünften Jahr in Folge ein positives Jahresergebnis. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Konzerntochter Klinikum Kassel GmbH, als die Leistungsträgerin der Gesellschaft, dieses Ergebnis fast allein erwirtschaften musste. Alle anderen Konzerngesellschaften, mit Ausnahme der Reha Centrum GmbH, erzielten negative Jahresergebnisse. Vor diesem Hintergrund müssen der Vorstand und die Geschäftsführungen nach Wegen suchen, um hier eine deutliche Verbesserung der Ertrags- und Kostensituation zu erzielen. Eine dauerhafte Quersubventionierung zwischen Standorten und Fachabteilung kann so nicht fortgeführt werden. Bei Standorten und Abteilungen mit einer zu geringen Auslastung und erhöhten Kostenstruktur, sollte eine intensive Prüfung dahingehend erfolgen, ob hier noch Optimierungsmöglichkeiten bestehen mit einer positiven Zukunftsaussicht oder ob eine Zusammenlegung und Neuausrichtung mit anderen Standorten, Abteilungen und externen Partnern nicht zielführender ist.

Wo die Gesellschaft keine eigenen Ressourcen vorhalten kann, muss außerhalb der Gesellschaft nach strategischem Partner gesucht werden. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Gründung der Casalis Facility Service GmbH. Hier ist es gelungen, einen strategischen Partner zu gewinnen, welcher, zunächst die Klinikum Kassel GmbH, in einem Teilbereich unterstützt. Durch diese Kooperation kann eine Kostenreduzierung bei einer Verbesserung der erbrachten Leistungen ermöglicht werden.

Trotz der überaus erfreulichen Geschäftsentwicklung der Klinikum Kassel GmbH, bestehen auch hier noch Potentiale, welche gehoben werden können. Der Vorstand und Geschäftsführungen müssen auch hier hinterfragen, welche strategische Ausrichtung die Gesellschaft in Zukunft einnehmen soll. Es sollte geprüft werden, ob bestehende Verträge und Vereinbarungen mit Tochterunternehmen und anderen Partner noch in das Konzept der Gesellschaft passen. Eine Zusammenarbeit, allein mit dem Ziel der Subventionierung der Tochtergesellschaften, muss zukünftig überdacht werden.

Gelingt es dem Vorstand und den Geschäftsführungen weiterhin die Kostenstruktur der Gesellschaften zu verbessern und gleichzeitig eine höhere Auslastung aller Gesellschaften und Standorte zu erzielen, kann derzeit von einer positiven Zukunftsaussicht der Gesundheit Nordhessen Holding AG ausgegangen werden.

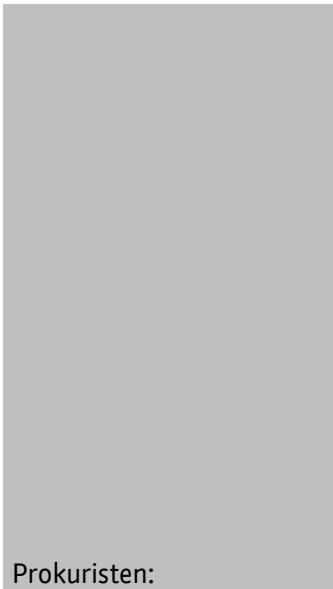
Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesundheit Nordhessen Holding AG keinen Zuschuss geleistet.

GNH

Klinikum Kassel GmbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 13138
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand der Gesellschaft ist er Betrieb eines Krankenhauses der Maximalversorgung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und die Erfüllung des Versorgungsauftrages nach Maßgabe des jeweils für die Gesellschaft geltenden Krankenhausplanes. Zur Erfüllung dieses Zwecks ist die Gesellschaft berechtigt und verpflichtet, mit den mit ihr verbundenen Unternehmen zu kooperieren.	
Eigentümer:	Gesundheit Nordhessen Holding AG	90 %
	Stadt Kassel	10 %
Beteiligungen:	ZMV GmbH	100 %
	MVZ für Reproduktionsmedizin	7 %
	Casalis Facility Services GmbH	51 %
Kapitalangaben:	Stammkapital	50.000,00 €
Satzungen /	Gesellschaftsvertrag vom 26. Juni 2002/2. August 2002	
Unternehmensverträge:	Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen Holding AG	
Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Dr. Gerhard M. Sontheimer Frau Birgit Dilchert Herr Dr. Manfred Raible Herr Helmut Zeilfelder	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Herr Jürgen Kaiser, Kassel Herr Dr. Jürgen Barthel, Kassel Frau Anne Janz, Kassel Herr Heinz Schmidt, Kassel Frau Esther Kalveram, Kassel	



Herr Jürgen Blutte, Kassel
 Herr Matthias Dippel, Baunatal
 Frau Dr. Dorlars, Kassel
 Frau Margarete Schröder, Kassel (bis 19.08.2013)
 Herr Ralph Stiepert, Vellmar (ab 20.08.2013)
 Frau Heike Grau, Borken
 Herr Dr. Kolja Deicke, Kassel (bis 19.08.2013)
 Herr Klaus Weuffen, Kassel (ab 20.08.2013)
 Frau Heidrun Blanckenburg, Habichtswald-Ehlen (bis 19.08.2013)
 Herr Frank Hellmuth, Kaufungen (ab 20.08.2013)

Prokuristen:

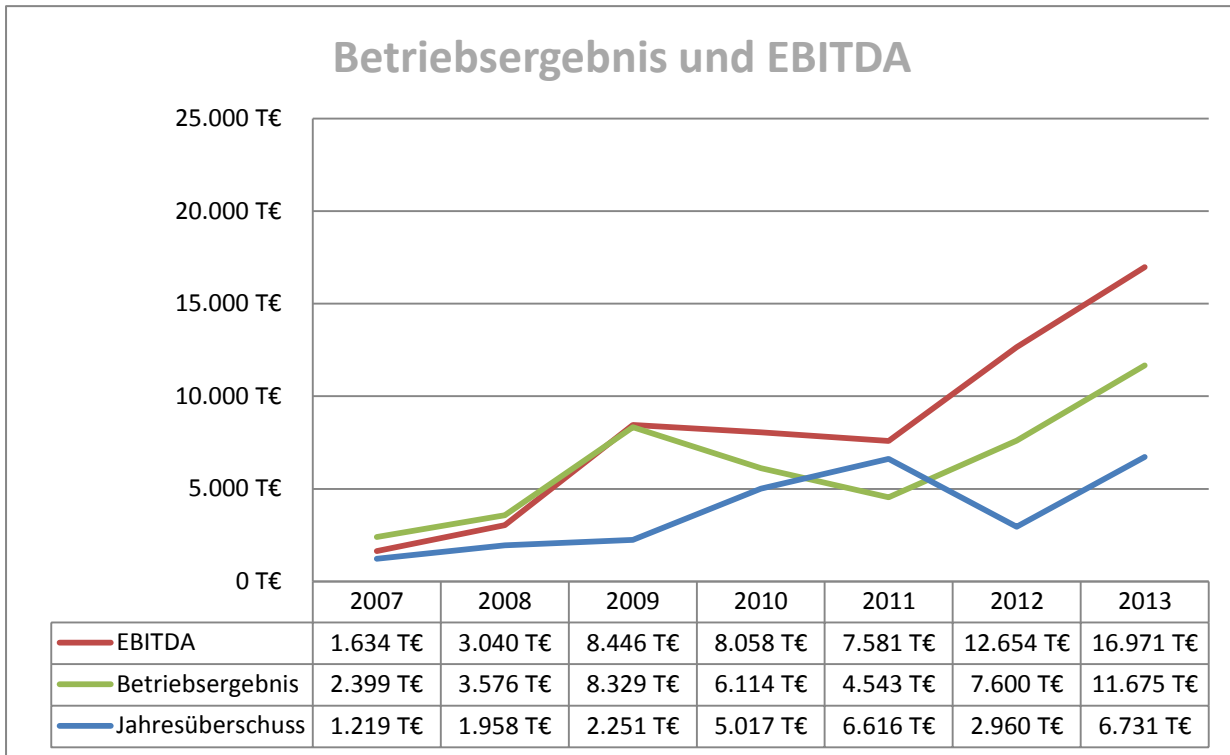
Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	241.867,66	258.267,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Geschäftstätigkeit	TEUR	3.303,0	7.566,8
Bilanzsumme	TEUR	334.259,36	313.601,59
Investitionen	TEUR	14.026,44	9.635,2
Fremd-Darlehen	TEUR	81.115,14	83.800,4
Personal	Anzahl	2.089,18	2.148,59
Eigenkapitalquote	%	15,2	16,2
Cash flow DVFA	TEUR	6.727,4	8.405,0
Gesamtverschuldung	%	38,04	36,33
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	115,77	120,20
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,59	0,58

Lagebericht (Kurzfassung)

Gegenstand der Klinikum Kassel GmbH ist der Betrieb eines Großklinikums mit Krankenpflegeschule, Kinderkrankenpflegeschule und Hebammenschule. Die Gesellschaft erfüllt die Aufgaben eines Krankenhauses der Maximalversorgung nach dem Krankenhausbedarfsplan des Landes Hessen. Für eine leistungsfähige und hochdifferenzierte Diagnostik, Therapie und Pflege stehen den Kliniken und Instituten neben qualifizierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern modernste medizinisch-technische Geräte zur Verfügung. Als Gesundheitsdienstleister bietet das Klinikum mit allen Fachabteilungen ein umfassendes Spektrum der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Versorgung an. Die Kernkompetenz besteht in der Etablierung von standardisierten und sektorenübergreifenden Prozessen. Die medizinischen Leistungen sollen auf höchstem Niveau angeboten werden und unterliegen einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

Das Jahr 2013 war gemessen an den Vorjahren wieder ein sehr gutes Jahr. Der Jahresüberschuss in Höhe von T€ 6.731,1 (VJ: T€ 2.959,6) beinhaltet bereits die Rückstellung für die Rückzahlung an die Beschäftigten aus dem Zukunftssicherungsvertrag in Höhe von T€ 5.177,4 (VJ: T€ 4.455,0). Weiterhin ist die Verlustübernahme der ZMV GmbH mit T€ 783,0 (VJ: T€ 721,0) berücksichtigt. Nach dem geringen Vorjahresergebnis ist in diesem Jahr die kontante Entwicklung des EBITDA erfreulich.



Analyse des Geschäftsverlaufs

Die Erlössteigerung in Höhe von T€ 16.816,8 sind mit T€ 5.503,1 (32,7 %) auf den reinen Preiseffekt des Landesbasisfallwerts und mit T€ 3.085,2 (13,7 %) auf einen Anstieg der Leistungsmenge zurückzuführen. Zuschläge für das Ausbildungsbudget, zusätzliche Plätze in der Psychiatrie und der Versorgungszuschlag erhöhen das Budget um weitere T€ 3.686,1. Die fehlenden T€ 2.021,5 kommen aus Erlösausgleichen für das Jahr 2013.

Der Personalkostenanstieg von insgesamt T€ 6.361,7 (Anstieg 4,5 % gegenüber dem Vorjahr) ist auf Mehrleistungen und Strukturvorgaben und den damit verbundene Personalaufbau um 59,4 Vollkräfte (T€ 4.400,3) sowie Tarifsteigerungen und höhere Rückzahlungen aus dem Zukunftssicherungsvertrag (T€ 1.961,4) zurückzuführen.

Der Materialaufwand ist mit T€ 3.020,9 gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um 4,6 % angestiegen. Von diesem Kostenanstieg sind T€ 2.684,9 auf Mehrleistungen sowie kostenintensive Zusatzentgelte zurückzuführen. Der reine Preiseffekt liegt im Materialaufwand bei einer Preissteigerung von 1,8 %.

Die betrieblichen Erträge und Aufwendungen sind anhand folgender Kennzahlen zu analysieren:

Klinikum Kassel	2013	2012	Veränderung absolut	Veränderung in %
Budget	225.177,4 €	213.404,0 €	11.773,4 €	5,5%
Case Mix	62.498 CM	61.163 CM	1.335 CM	2,2%
Case Mix Index	1,250 CMI	1,228 CMI	0,022 CMI	1,8%
Verweildauer	6,18 VD	6,28 VD	-0,1 VD	-1,6%
Budget-Sondereffekte	879,20	-	879,2 €	
Fallzahl stationär	49.994 FZ	49.808 FZ	186 FZ	0,4%
Umsatzerlöse/Gesamtleitung	274.463,7 €	257.646,9 €	16.816,8 €	6,5%
Umsatzerlöse je VK	127,7 €	123,3 €	4,4 €	3,6%
Umsatzrendite	2,5%	1,1%	1,3%	113,5%
VK	2.149 VK	2.089 VK	59 VK	2,8%
Personalaufwendungen	149.054,6 €	142.692,9 €	6.361,7 €	4,5%
Durchschnittliche Personalkosten je VK	69,4 €	68,3 €	1,1 €	1,6%
Personalaufwandsquote	54%	55%	-1,1%	-1,9%
Materialaufwendungen	68.172,5 €	65.151,6 €	3.020,9 €	4,6%
Materialaufwandsquote	25%	25%	-0,4%	-1,8%
EBITDA	16.970,9 €	12.654,3 €	4.316,6 €	34,1%
EBITDA-Marge in %	6,2%	4,9%	1,3%	25,9%
Jahresergebnis	6.731,1 €	2.959,6 €	3.771,5 €	127,4%

Die Klinikum Kassel GmbH zeigt im Jahr 2013 eine positive Umsatzrendite von 2,5 %. Die Umsatzrentabilität über alle betrachteten deutschen Krankenhäuser (Basis 2012) beträgt im Durchschnitt 2,2 %, im unteren Quartil 0,1 % und im oberen Quartil 5,0 %. “. Im Vergleich der Umsatzrenditen liegt das Klinikum Kassel damit leicht über dem Durchschnitt aller Krankenhäuser.

In dem Jahresergebnis aller Unternehmen, also auch der des Klinikum Kassel sind auch periodenfremde Effekte und Finanzierungskosten enthalten die den Vorjahresvergleich verzerren. Durch die Eliminierung von Steuern und Finanzierungskosten wird ein Vergleich der Ertragskraft von Unternehmen aussagefähiger. Werden aus dem Ergebnis auch die Abschreibungen und periodenfremden Effekte herausgerechnet (bereinigter EBITDA) und ins Verhältnis zum Umsatz gesetzt ergibt sich die EBITDA Marge.

Generell gilt: Je höher die EBITDA-Marge ausfällt, desto besser. Unternehmen mit einer hohen Ertragskraft weisen eine EBITDA-Marge von 15 % auf, Margen von weniger als 5 % gelten als wenig rentabel. Die negative EBITDA-Marge der Klinikum Kassel GmbH steigt von 4,9 % im Vorjahr auf 6,2% im Geschäftsjahr 2013, was ein Ausdruck für die gestiegene Leistungsfähigkeit ist.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Im Jahr 2014 sowie in den Folgejahren wird das Ergebnis im Wesentlichen durch die Auswirkungen der jeweils geltenden Tarifverträge sowie die Entwicklung der Leistungsmengen und des Entgeltsystems beeinflusst. Die Leistungsentwicklung kann dabei die Auswirkungen der gesundheitspolitischen Rahmen- und Randbedingungen nicht mehr kompensieren. Nach über 20 Jahren Kostendämpfungsgesetzen sind die Effizienzreserven weitgehend gehoben. Bei immer knapper werdenden personellen Ressourcen sowohl im ärztlichen wie auch im pflegerischen Bereich werden die Krankenhäuser dennoch weiter gezwungen sein, Prozesse zu optimieren und

zusätzlich Kosten- und Stellenpläne zu begrenzen. Auch wenn es zunehmend schwieriger wird, auf der Kostenseite Optimierungspotenziale zu erschließen, müssen hier alle Anstrengungen unternommen werden die Sachkosten durch Preis- und Mengeneffekte zu reduzieren.

Der Geschäftsplan der Klinikum Kassel GmbH weist für das Jahr 2014 ein Ergebnis von T€ 5.972,9 aus.

Die Erlöse wurden auf der Grundlage von 62.499 CM-Punkten und einem Landesbasisfallwert von 3.126,17 Euro ermittelt. Der gesetzlich festgelegte Mehrleistungsabschlag von 25 % wurde für 225 CM-Punkte berücksichtigt, da die mit den Sozialleistungsträgern vereinbarten CM-Punkte für das Jahr 2013 nur 62.274 betragen haben. Im Landesbasisfallwert ist ein Veränderungswert (ersetzt ab dem Jahr 2013 die Einnahmeveränderungsrate) von 2,81 % enthalten. Dieser wird durch den Degressionseffekt (Hamsterrad) jedoch um 12,71 Euro reduziert. Insgesamt wird ein Budgetvolumen von 230,42 Mio. Euro geplant.

Im Planungsjahr 2014 ist die Tarifschere vergleichsweise gering. Die prognostizierte Steigerung der Personalkosten beträgt im Durchschnitt 4,39% für Nichtärzte und 2,5 % für Ärzte. Die Steigerung des Landesbasisfallwertes in Verbindung mit dem für das Jahr 2014 abrechenbaren Versorgungszuschlag liegt immerhin bei prognostizierten 2,74 %. Die Planung der Sachkosten für das Jahr 2014 basiert auf der Hochrechnung für das Jahr 2013.

Der Posten „medizinischer Bedarf“ umfasst den größten Anteil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und wird entsprechend der geplanten CM-Leistungssteigerung mit einem Anstieg von 0,3 % zzgl. 2 % Preissteigerung geplant.

Unter diesen Rahmenbedingungen und mit Rückblick auf das Berichtsjahr sind für die kommenden Jahre keine Mengensteigerungen wie in den Vorjahren zu erwarten. Für das Klinikum Kassel ist für das Jahr 2014 nur eine geringe Steigerung der Leistungsvereinbarung mit den Kostenträgern angestrebt. Die erforderlichen Strukturen wurden dafür bereits unterjährig durch den Aufbau der Intensivkapazitäten und der Kapazitäten für die Stroke-Unit geschaffen; diese Maßnahmen werden im Jahr 2014 ihre volle Wirkung entfalten. Damit können die überproportionalen Kostensteigerungen jedoch nicht mehr vorrangig durch Erlöszuwächse bei gleichzeitiger forcierter Effizienz- und Produktivitätssteigerung ausgeglichen werden. Damit gewinnt auch der bewusste Umgang mit allen Ressourcen - von der Energie, über das Verbrauchsmaterial bis hin zur Arbeitszeit - an Bedeutung. Die Suche nach weiterem Optimierungspotenzial muss geleitet werden vom Patientennutzen und Qualitätsgesichtspunkten. Alle realisierbaren und zulässigen Einsparmöglichkeiten müssen in Betracht gezogen werden. Dies erfordert für die Geschäftsführung gegebenenfalls auch einige schwere Entscheidungen.

Auch im Jahr 2014 wird die Umsetzung des neuen Hessischen Onkologiekonzeptes weiter verfolgt werden. Das Klinikum Kassel wurde als koordinierendes Haus für die Versorgungsregion Kassel bestimmt und hat mittlerweile mit mehr als 12 anderen Krankenhäusern in der Region Kooperationsvereinbarungen geschlossen. Jedoch ist weiterhin die Finanzierung strittig.

Das Jahr 2013 war geprägt durch die Konsolidierungsphase der mit der Inbetriebnahme des Zentrums für Frauen- und Kindermedizin verbundenen Reorganisationsmaßnahmen und durch die konsequente Fortführung von Optimierungsmaßnahmen auf Grundlage des Betriebskonzeptes. Dazu gehörte auch die Planung und Umsetzung zur Reduzierung von Gebäuden der Pavillionbauweise. So ist es gelungen das Haus 6 und das Haus 14 zu schließen und die Abrissarbeiten vorzubereiten, ohne an anderen Stellen Flächen zu erweitern.

Die konkreten Planungen für das neue Eingangsgebäude als zukünftiges zentrales Erschließungselement für das Klinikum Kassel konnten im Jahr 2013 abgeschlossen werden. Mit Inbetriebnahme des Gebäudes Ende des Jahres 2014 werden die langen und unübersichtlichen Wegeführungen des Klinikum Kassel über die bestehenden Interimszugänge in ein geordnetes und übersichtliches Leitsystem überführt und es wird für Patienten, Besucher und Mitarbeiter zu einer weiteren spürbaren Verbesserung der Situation kommen. Für den Bau des Eingangsgebäudes wurde am 13. Juni 2012 ein Fördermittelbescheid in Höhe von 18,63 Mio. Euro durch das Land Hessen erteilt. Die zugesprochenen Fördermittel kommen in unterschiedlichen Tranchen bis 2016 zur Auszahlung. Mit diesen Fördermitteln konnten die notwendigen Investitionen in das Eingangsgebäude sowie

der Bau der ICU, der Umzug der Dermatologie, der Abriss der Altgebäude, und der Umbau des Zentralen OP mit einem Investitionsbedarf in Summe von 36,9 Mio. Euro jedoch nur teilweise finanziert werden, sodass der nicht gedeckte Betrag durch Bankkredite finanziert wird.

Wie in den Jahren zuvor ist es weiterhin unerlässlich, die Effizienz der Leistungserbringung weiter zu steigern. Die hierzu erforderlichen personellen und sachlichen Ressourcen müssen auch unter den erschwerten Bedingungen bereitgestellt werden, um die Existenz des Unternehmens langfristig zu sichern.

Dies gelingt nur mit einer unbedingten Konzentration auf die Kernleistung des Unternehmens, um die vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen zu bündeln. Dieser Erkenntnis und Strategie folgend, soll die Sterilgutversorgung für das Klinikum Kassel zukünftig in Form einer Systempartnerschaft in einer eigenen Gesellschaft erbracht werden.

Korruptions-Prävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie vor fünf Jahren erfolgten insgesamt sieben, überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche. In einem Fall wurde eine Beurteilung eines Autorenvertrages für einen Mitarbeiter angefragt. In einem anderen Fall ging es im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens um die Anfrage ob eine fremdfinanzierte Fortbildungsreise eines Oberarztes in die Vereinigten Staaten von Amerika genehmigungsfähig ist. Ein Medizintechnikhersteller hatte in diesem Zusammenhang eine pauschale Beteiligungssumme an den Reise- und Fortbildungskosten avisiert. Nach unserer Auffassung dürfte diese Summe geringer sein als die tatsächlich entstehenden Reisekosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB kein Korruptionsverdacht ergeben. Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Klinikum Kassel GmbH keinen Zuschuss geleistet.

GNH

Krankenhaus Bad Arolsen GmbH

Sitz:	Kassel
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel HRB 7221
Rechtsform:	GmbH
Tätigkeitsbereich:	Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und die Erfüllung des Versorgungsauftrages nach Maßgabe des jeweils für die Gesellschaft geltenden Krankenhausplanes. Zur Erfüllung dieses Zwecks ist die Gesellschaft berechtigt und verpflichtet, mit den mit ihr verbundenen Unternehmen zu kooperieren.
Eigentümer:	Gesundheit Nordhessen Holding AG 100 %
Beteiligungen:	Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH 40 %
Kapitalangaben:	Stammkapital 50.000,00 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 21.12.1999/05.02.2004 Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen Holding AG
Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Dr. Gerhard M. Sontheimer Herr Bernd Tilenius
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-
Prokuristen:	-

Kennzahlen

		2012 IST	2013 IST
Umsatzerlöse	TEUR	19.422,44	20.222,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	352,8	-4,8
Bilanzsumme	TEUR	22.524,58	21.379,08
Investitionen	TEUR	476,64	632,52
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	198,90	201,81
Eigenkapitalquote	%	13,1	13,8
Cash flow	TEUR	-76,5	-568,4
Gesamtverschuldung	%	29,63	31,90
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	113,25	100,21
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,67	0,67

Lagebericht (Kurzfassung)

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Krankenhauses der Grundversorgung mit Krankenpflegeschule. Das Krankenhaus ist im Krankenhaus-Rahmenplan des Landes Hessen ausgewiesen und nimmt an der unabdingbaren Notfallversorgung teil. Die Krankenhaus Bad Arolsen GmbH befindet sich dabei in einer insgesamt übertensorgten Region. Der Versorgungsauftrag umfasst die Innere Medizin, Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe sowie die Hals-Nasen-Ohrenheilkunde. Der Versorgungsauftrag wird vollumfänglich für die Innere Medizin, Chirurgie und Frauenheilkunde wahrgenommen. Eine Fachabteilung für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde wird seit zwei Jahren nicht mehr vorgehalten.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden 6.424 Patienten (Vorjahr 6.266) im Krankenhaus Bad Arolsen stationär behandelt. Die Bewertungsrelationen stiegen bei einer steigenden Fallschwere um 6,5 % auf 5.424,93. Bei einer konstanten Verweildauer von 6,2 Tagen erhöhten sich die Behandlungstage auf 39.953 (Vorjahr 38.405).

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung von Fallzahl und CMI im Vergleich zum Jahr 2012 der in 2013 entlassenen Patienten. Steigenden Fallzahlen und eine geringer Fallschweren in der Inneren Medizin stehen steigende Fallzahlen und steigende Fallschweren in der Chirurgie gegenüber. Die Frauenheilkunde stagniert. Aufgrund der jährlichen Weiterentwicklung des Fallpauschalen-Kataloges, die sich in Veränderungen der Fallzählung, den Bewertungsrelationen je DRG sowie Migrationsbewegungen zwischen verschiedenen Entgeltformen niederschlagen kann, ist der Vergleich systembedingt geringfügig unscharf.

Bereich KHEntgG, vollstationär	2012 (Katalog 2012)		2013 (Katalog 2013)		Abw.	
	Fallzahl	CMI	Fallzahl	CMI	Fallzahl	CMI
Innere Medizin	4.492	0,724	4.647	0,712	155	-0,011
Chirurgie	1.631	1,082	1.656	1,240	25	0,158
Frauenheilkunde	143	0,531	121	0,512	-22	-0,019
Summe	6.266	0,813	6.424	0,845	158	0,032

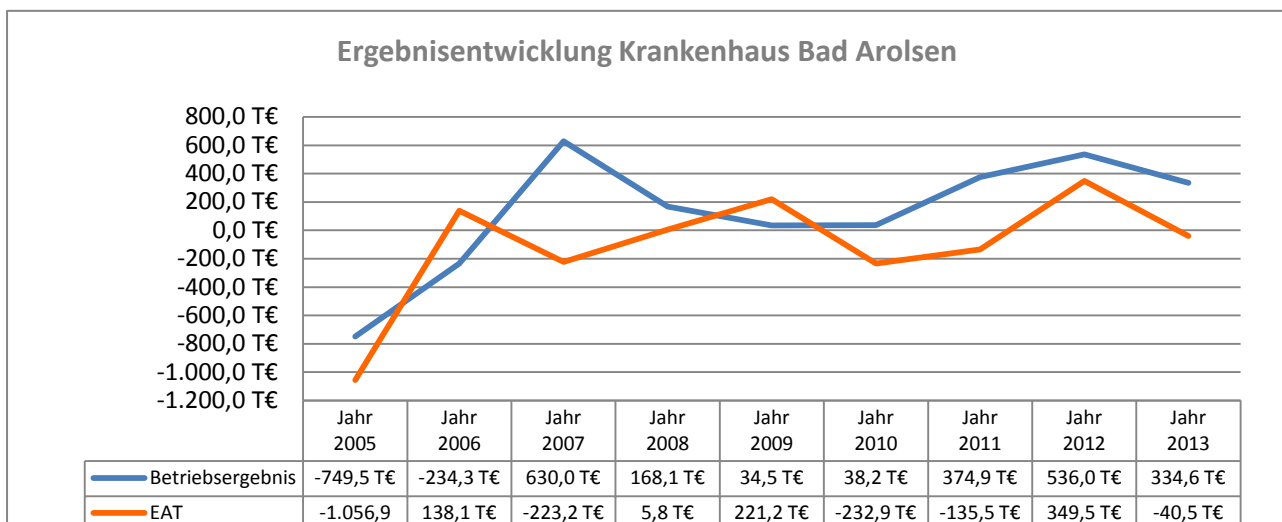
Entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftliche Gesamtsituation des Krankenhauses hatte das Ergebnis der Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen. Mit Wirkung zum 01.10.2013 konnten die Budgetverhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden. Die Budgetverhandlungen gestalteten sich besonders schwierig, da – unter Berücksichtigung von zum Verhandlungszeitpunkt noch zu erfolgenden Rechnungskorrekturen – die im Vorjahr vereinbarte Leistungsmenge nicht erreicht wurde, und somit die Kostenträger trotz nicht erreichter Vereinbarung davon überzeugt werden mussten, dass das Leistungsniveau des Hauses stabil bleibt.

Die Budgetsumme des Krankenhauses lag im Vorjahr bei 16,62 Mio. € und ist im Jahr 2013 um 360 T€ = 2,2 % auf 16,98 Mio. € angewachsen. In dieser Summe ist der Versorgungszuschlag nicht enthalten, der durch das Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung verabschiedet wurde. Der Versorgungszuschlag beträgt ab 01.08.2013 insgesamt 1,0% auf die DRG-Erlöse. Hinzu kommt die mit gleichem Gesetz verabschiedete anteilige Tariflohnfinanzierung für das Jahr 2013, mit der die über der Obergrenze liegenden durchschnittlichen Tarifsteigerungen in Höhe von 0,64% zur Hälfte finanziert werden. Beide Zuschläge werden seit 01.09.2013 zusammengefasst und als erhöhter Versorgungszuschlag in Höhe von 1,64% in Rechnung gestellt. Zum 01.01.2014 wird der Versorgungszuschlag auf 0,8% gesenkt. Eine Nachfolgeregelung für das Jahr 2015 besteht nicht. Die Einnahmen aus dem Versorgungszuschlag betragen in 2013 im Krankenhaus Bad Arolsen T€ 100,0.

Das Anwachsen der Budgetsumme um 360 T€ beruht im Wesentlichen auf dem Anstieg des Landesbasisfallwertes. Die Anzahl der mit den Kostenträgern vereinbarten Bewertungsrelationen ist nahezu gleich geblieben (2012: 5.284, 2013: 5.272). Das Ausbildungsbudget wurde überproportional um die zusätzliche Anerkennung von Kosten in Höhe von 63 T€ sowie um den Veränderungswert (2,0% = 13 T€) gesteigert.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Das Jahr 2013 war gemessen an den Vorjahren ein weniger erfolgreiches Geschäftsjahr, im direkten Vorjahresvergleich fallen die Ergebnisse stark ab. Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 40,5 (VJ: Jahresüberschuss T€ 349,5) beinhaltet bereits Rückstellung für die Rückzahlung an die Mitarbeiter aus dem Zukunftssicherungsvertrag in Höhe von T€ 316,0 (VJ: T€ 394,0).



Der Anstieg der Umsatzerlöse konnte die steigenden Personal- und Materialaufwendungen nicht ausgleichen. Das Betriebsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr deshalb um T€ 191,4 auf T€ 344,6 verschlechtert. Auch in Bad Arolsen ist der Trend überproportional steigender Sachkosten zu erkennen. Die Materialaufwandsquote stieg im Jahr 2013 stärker als die Personalaufwandsquote.

Die betrieblichen Erträge und Aufwendungen sind anhand folgender Kennzahlen zu analysieren:

Bads Arolsen	2013	2012	Veränderung absolut	Veränderung in %
Budget	17.858,7 €	16.857,7 €	1.001,0 €	5,94%
Bewertungsrelation	5.426 CM	5.092 CM	334 CM	6,56%
Case Mix Index	0,82 CMI	0,84 CMI	-0,02 CMI	-2,26%
Verweildauer	6,2 VD	6,1 VD	0,1 VD	1,64%
Budget-Sondereffekte		84.906,00	- 84.906,00	-100,00%
Fallzahl stationär	6.424 FZ	6.266 FZ	158 FZ	2,52%
Umsatzerlöse	21.620,2 €	20.710,9 €	909,3 €	4,39%
Umsatzerlöse je VK	107,1 €	104,1 €	3,1 €	2,94%
Umsatzrendite	-0,19%	1,69%	-1,87%	-111,10%
VK	202 VK	199 VK	3 VK	1,41%
Personalaufwendungen	13.624,5 €	13.031,9 €	592,6 €	4,55%
Durchschnittliche Personalkosten je VK	67,5 €	65,5 €	2,0 €	3,09%
Personalaufwandsquote	63,02%	62,92%	0,09%	0,15%
Materialaufwendungen	4.049,1 €	3.638,4 €	410,7 €	11,29%
Materialaufwandsquote	18,73%	17,57%	1,16%	6,61%
EBITDA	500,9 €	647,5 €	-146,6 €	-22,64%
EBITDA-Marge in %	2,32%	3,13%	-0,81%	-25,89%
Jahresergebnis	-40,5 €	349,5 €	-390,0 €	-111,59%

Die Krankenhaus Bad Arolsen GmbH zeigt im Jahr 2013 durch das negative Ergebnis auch eine negative Umsatzrendite. In dem jeweiligen Jahresergebnis sind periodenfremde Effekte enthalten die den Vorjahresvergleich verzerren. Durch die Eliminierung von Steuern und Finanzierungskosten wird der Vergleich der Ertragskraft aussagefähiger. Werden aus dem Ergebnis auch die Abschreibungen herausgerechnet (bereinigter EBITDA) und ins Verhältnis zum Umsatz gesetzt ergibt sich die EBITDA Marge. Generell gilt: Je höher die EBITDA-Marge ausfällt, desto besser. Unternehmen mit einer hohen Ertragskraft weisen eine EBITDA – Marge von 15% auf, Margen von weniger als 5% gelten als wenig rentabel. Die EBITDA – Marge der Krankenhaus Bad Arolsen GmbH sinkt von 3,1 % auf 2,3 %.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Im Jahr 2014 sowie in den Folgejahren wird das Ergebnis im Westlichen durch die Auswirkungen der jeweils geltenden Tarifverträge sowie die Entwicklung der Leistungsmengen und des Entgeltsystems beeinflusst. Die Leistungsentwicklung kann dabei die Auswirkungen der gesundheitspolitischen Rahmen- und Randbedingungen vor allem in den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung nicht mehr kompensieren. Nach über 20 Jahren Kostendämpfungsgesetzen sind die Effizienzreserven weitgehend gehoben. Bei immer knapper werdenden personellen Ressourcen sowohl im ärztlichen wie auch im pflegerischen Bereich werden die Krankenhäuser deshalb gezwungen sein, Prozesse weiter zu optimieren und zusätzlich Kosten- und Stellenpläne weiter zu begrenzen. Auch wenn es zunehmend schwieriger wird, auf der Kostenseite Optimierungspotenziale zu erschließen, müssen hier alle Anstrengungen unternommen werden die Sachkosten durch Preis- und Mengeneffekte zu reduzieren.

Für das Krankenhaus Bad Arolsen wird in der Geschäftsplanung für das Jahr 2014 mit T€ 22,0 ein insgesamt noch ausgeglichenes Ergebnis geplant.

Grundlage hierfür ist ein Landesbasisfallwert mit 3.126,17 Euro. In die Kalkulation des Landesbasisfallwertes ist eine Veränderungsrate von 2,81 % sowie eine Berichtigung von - 12,71 Euro eingeflossen, die bei Überschreitung der landesweit festgelegten CM-Punkte von 1.417.200 berechnet wird.

Im Planungsjahr 2014 ist die Tarifschere mit 0,27 % vergleichsweise niedrig. Die prognostizierte Steigerung der Personalkosten beträgt im Durchschnitt 4,39 % (3,39 % zzgl. 1 % aus dem Zukunftssicherungsvertrag im Jahr 2014) für Nichtärzte und 2,5 % für Ärzte. Die Steigerung des Landesbasisfallwertes in Verbindung mit dem für das Jahr 2014 abrechenbaren Versorgungszuschlag liegt immerhin bei prognostizierten 2,74 %. Die durch den Versorgungszuschlag zusätzlich im Jahr 2014 bereit gestellten Mittel belaufen sich auf rd. T€ 139,0 stehen aber aufgrund des befristeten Effektes für das Jahr 2015 nicht mehr zur Verfügung. Die Planung der Sachkosten für das Jahr 2014 basiert auf der Hochrechnung 2013. Der Posten medizinischer Bedarf umfasst den größten Anteil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und wird entsprechend der geplanten CM-Leistungssteigerung mit rd. + 0,3 % zzgl. 2 % Preissteigerung geplant, wodurch ein Kostenanstieg von T€ 89 zu verzeichnen ist.

Der zukünftige Geschäftserfolg der Krankenhaus Bad Arolsen GmbH wird auch davon abhängen, ob man sich mit dem Leistungsangebot flexibel und schnell genug auf das sich stetig wandelnde Gesundheitswesen und die sich ändernden rechtlichen Rahmenbedingungen einstellen kann. Letzteres wird in Zeiten von Überschüssen bei den Krankenkassen und der fortwährenden Senkung der Preise und Begrenzung der Leistungsmengen bei den Krankenhäusern immer schwieriger, so dass bundesweit der Druck auf diese einseitige Gesundheitspolitik zunehmen wird.

Korruptionsprävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie vor fünf Jahren erfolgten insgesamt sieben, überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche. In einem Fall wurde eine Beurteilung eines Autorenvertrages für einen Mitarbeiter angefragt. In einem anderen Fall ging es im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens um die Anfrage ob eine fremdfinanzierte Fortbildungsreise eines Oberarztes in die Vereinigten Staaten von Amerika genehmigungsfähig ist. Ein Medizintechnikhersteller hatte in diesem Zusammenhang eine pauschale Beteiligungssumme an den Reise- und Fortbildungskosten avisiert. Nach unserer Auffassung dürfte diese Summe geringer sein als die tatsächlich entstehenden Reisekosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB kein Korruptionsverdacht ergeben. Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Krankenhaus Bad Arolsen GmbH keinen Zuschuss geleistet.

GNH

Kreiskliniken Kassel GmbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 6651
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens sind der Betrieb u. die Unterhaltung von Krankenhäusern, insbes. der Häuser in Helmarshausen, Hofgeismar und Wolfhagen sowie der damit verbundenen sonstigen Nebeneinrichtungen und Hilfsbetriebe. Die Gesellschaft bezweckt die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens im Rahmen des jeweils gültigen Krankenhausplans des Landes Hessen durch stationäre, teilstationäre und im zugelassenen Umfang durch ambulante Untersuchung, Behandlung und Versorgung von Patienten.	
Eigentümer:	Gesundheit Nordhessen Holding AG	100 %
Beteiligungen:		
Kapitalangaben:	Stammkapital	9.629.200,00 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 18.01.2005 Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen Holding AG	
Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Dr. Gerhard M. Sontheimer Herr Bernd Tilenius Frau Julia Corinna Prieß (bis 31. Dezember 2013)	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Herr Jürgen Kaiser, Kassel Herr Uwe Schmidt, Helsa Herr Dr. Jürgen Barthel, Kassel Frau Anne Janz, Kassel Herr Heinz Schmidt, Kassel Frau Birgit Dilchert, Fritzlar Frau Elke Engelbracht, Warburg Herr Reinhard Herwig, Hofgeismar Frau Gertrud Lakebrink, Wolfhagen	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	32.853,65	31.704,23
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-548,1	-2.862,5
Bilanzsumme	TEUR	16.052,35	15.504,87
Investitionen	TEUR	420,09	296,8
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	332,08	318,39
Eigenkapitalquote	%	60,0	62,1
Cash flow DVFA	TEUR	-1.438,4	-2.696,7
Gesamtverschuldung	%	12,21	11,06
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	98,93	99,58
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,63	0,65

Lagebericht (Kurzfassung)

Die Kreiskliniken Kassel GmbH hat zum 01.01.2005 mit Kaufvertrag vom 14.12.2004 die Krankenhausbetriebe in Hofgeismar, Helmarshausen und Wolfhagen zu einem Kaufpreis von T€ 9.577,1 erworben. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb von drei Krankenhäusern der Grundversorgung. Sie erfüllen die Aufgaben von Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung nach dem Krankenhausbedarfsplan des Landes Hessen. Die Kliniken Hofgeismar und Wolfhagen sind unabdingbare Notfallstandorte in der Region. Die Klinik Helmarshausen war ergänzender Notfallstandort.

Auf dem Gelände der Kreisklinik Hofgeismar ist eine Außenstelle der psychiatrischen Einrichtung Bad Emstal sowie eine Dialysepraxis angegliedert. Eine tagesklinische Betreuung psychisch Kranker ist ebenfalls in Hofgeismar ansässig. In Wolfhagen sind eine Hebammenpraxis sowie der Stützpunkt des Kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes Wolfhager Land angesiedelt. Die Ausbildung der Krankenpflegeschülerinnen und -schüler erfolgt in Kooperation mit der Krankenpflegeschule der Vitos GmbH in Merxhausen.

Als Gesundheitsdienstleister der Grundversorgung bieten die Kreisklinken ein umfassendes Spektrum der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Versorgung an. Die Kernkompetenz besteht in der Etablierung von standardisierten und sektorenübergreifenden Prozessen. Die Medizinischen Leistungen sollen auf höchstem Niveau angeboten werden und unterliegen einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess unterliegen.

Moderne Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen benötigen eine zeitgemäße und zweckmäßige Infrastruktur. Nur wenn durch bestmögliche bauliche Strukturen und technische Voraussetzungen alle Abläufe reibungslos funktionieren, können sich Ärzte und Pflegekräfte ganz auf ihre Arbeit konzentrieren. Durch die angestrebte Profitabilität jedes Geschäftsfeldes und jedes Fachbereiches wird so die Investitionsfähigkeit gesichert und damit eine wirtschaftliche Struktur geschaffen.

Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen, die sich den Kreiskliniken anvertrauen, haben oberste Priorität. Würde, Respekt und Selbstbestimmungsrecht bilden die Basis der Patienten- und Mitarbeiterbeziehung. Diagnostik, Pflege und Therapie auf höchstem Niveau bieten Sicherheit und schaffen Vertrauen. Mitarbeiter und Patientenzufriedenheit sind untrennbar miteinander verbunden. Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein zentraler Erfolgsfaktor.

Sozialverantwortliche Unternehmenspolitik ist für die Kreisklinken Kassel GmbH ein großes Anliegen. Es werden qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze angeboten und nach Möglichkeit auch langfristig gesichert.

Partnerschaften und Kooperationen mit niedergelassenen Ärztinnen, Ärzten und anderen Leistungserbringern haben einen hohen Stellenwert.

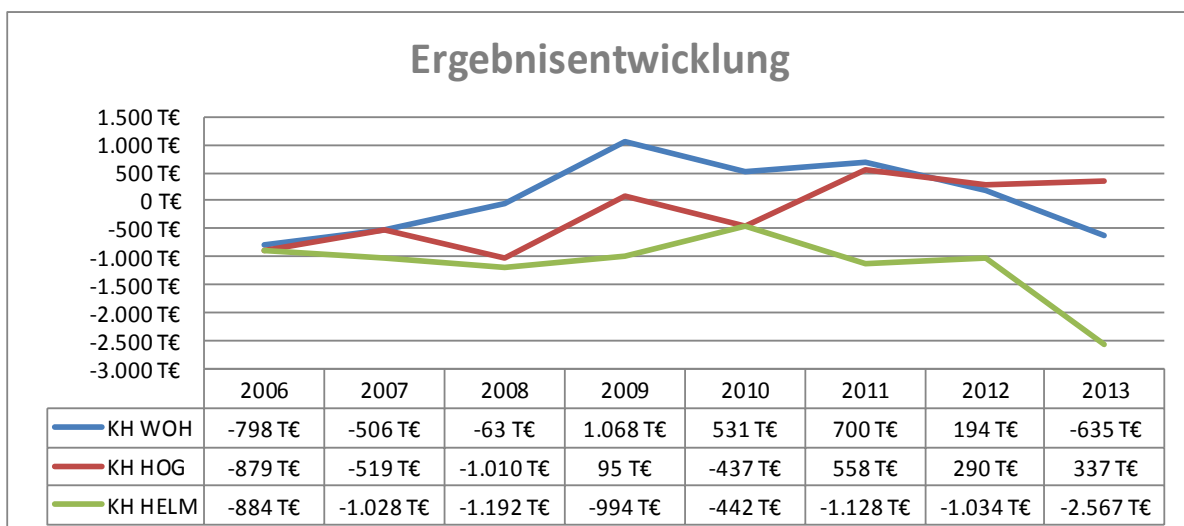
Die Krankenhäuser in Wolfhagen und Hofgeismar streben als Teil eines regionalen Klinikverbundes eine qualitativ hochwertige und umfassende stationäre Versorgung für die im Einzugsgebiet lebende Bevölkerung an. Das Krankenhaus in Helmarshausen hat an der stationären Versorgung nur als reines Belegkrankenhaus teilgenommen. Das derzeitige medizinische Angebot in Wolfhagen und Hofgeismar soll für die Patienten weiter entwickelt und auch ausgebaut werden. Nach einer mit dem hessischen Sozialministerium abgestimmten Zielplanung sollen die vorhandenen, betriebstechnisch veralteten und für die heutige Versorgung nicht angepassten Gebäude in den nächsten Jahren erneuert werden. Durch Industriepartnerschaften werden die zur Patientenbehandlung benötigten medizinischen und technischen Geräte bereits auf einem modernen Standard vorgehalten.

Der seit Jahren bestehende und zunehmende Kostendruck im Gesundheitswesen, der wesentlich von den gesetzlichen Rahmenbedingungen, der demographischen Entwicklung und den stetig komplexeren und kostenintensiveren Verfahren in Diagnostik und Therapie ausgeht, zwingt Krankenhäuser zur Leistungs- und Kostenanpassung und zur konsequenten Nutzung von Synergieeffekten. Mit modernen und leistungsfähigen Strukturen wird den aktuellen Herausforderungen und dem steigenden Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern begegnet.

Hierzu müssen alle Geschäftsfelder und Fachbereiche nachhaltig wirtschaftlich zu führen sein. Quersubventionierungen zwischen Standorten oder Fachabteilungen sind im begrenzten Maße, aber nicht dauerhaft möglich. Der Weg zu weiterer Effizienzsteigerung muss über alle Ansätze der Kostenreduktion gesucht werden. Der wirtschaftliche Umgang mit allen Ressourcen von der Energie, über das Verbrauchsmaterial bis hin zur Arbeitszeit, ist von Geschäftsführung und Mitarbeitern sicherzustellen.

Analyse des Geschäftsverlaufs

Das Jahr 2013 war, gemessen an den Vorjahren, durch die Entwicklungen in Wolfhagen und Helmarshausen ein weniger erfolgreiches Geschäftsjahr. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 2.864 (VJ: Jahresfehlbetrag T€ 550,0) beinhaltet bereits die Rückstellung für die Rückzahlung an die Mitarbeiter aus dem Zukunftssicherungsvertrag in Höhe von T€ 386,0 (VJ: T€ 348,0). Die Analyse der einzelnen Krankenhäuser zeigt für Hofgeismar im Mittel ein ausgeglichenes Ergebnis. Im Krankenhaus Wolfhagen ist seit zwei Jahren – auch durch Personalgewinnungsprobleme bei den Chefärzten – ein negativer Trend zu erkennen. Dies wird bisher als vorübergehende Entwicklung eingestuft. Das Krankenhaus Helmarshausen konnte durch die Struktur der Klinik als reines Belegkrankenhaus mit „Altverträgen“, sowie der Ausrichtung auf die kostenintensive Endoprothetik in einer durch Klinikstandorte übersorgten Region kein positives Ergebnis erzielen.



Der Rückgang der Umsatzerlöse in Wolfhagen und Helmarshausen um T€ 925,3 konnte nicht durch Personal- und Materialaufwendungen ausgleichen werden. Insbesondere die Vorhaltung der Inneren Medizin in Helmarshausen mit durchschnittlich 23 Patienten pro Monat hatte erhebliche negative Folgen. Das Betriebsergebnis hat sich deshalb gegenüber dem Vorjahr um T€ 953,8 auf T€ -1.229,1 verschlechtert. Das negative neutrale Ergebnis ist auf endgültige Budgetausgleiche der Vorjahre zurückzuführen. Die betrieblichen Erträge und Aufwendungen sind anhand folgender Kennzahlen zu analysieren:

Bezeichnung	2013	2012	Veränderung absolut	Veränderung in %
Budget in T€	28.894,1 €	29.478,1 €	-584,0 €	-1,98%
Bewertungsrelationen	8.862 CM	9.232 CM	-370 CM	-4,01%
Case Mix Index	0,73 CMI	0,72 CMI	0,01 CMI	2,01%
Verweildauer	5,4 VD	5,3 VD	0,1 VD	1,89%
Budget-Sondereffekte	115,90		115,90	
Fallzahl stationär	12.099 FZ	12.857 FZ	-758 FZ	-5,90%
Umsatzerlöse/Gesamtleistung	33.914,3 €	34.839,6 €	-925,3 €	-2,66%
Umsatzerlöse je VK	106,5 €	104,9 €	1,6 €	1,53%
Umsatzrendite	-8,45%	-1,58%	-6,87%	434,64%
VK	318 VK	332 VK	-14 VK	-4,12%
Personalaufwendungen	20.716,8 €	20.597,8 €	119,0 €	0,58%
Personalkosten je VK	65,1 €	62,0 €	3,0 €	4,90%
Personalaufwandsquote	61,09%	59,12%	1,96%	3,32%
Materialaufwendungen	8.540,8 €	8.714,0 €	-173,2 €	-1,99%
Materialaufwandsquote	25,18%	25,01%	0,17%	0,69%
EBITDA	-1.186,4 €	-232,3 €	-954,1 €	410,72%
EBITDA-Marge in %	-3,50%	-0,67%	-2,83%	424,65%
Jahresergebnis	-2.864,5 €	-550,4 €	-2.314,1 €	420,44%

Die Kreiskliniken Kassel GmbH zeigt im Jahr 2013 erneut eine negative Umsatzrendite. In dem jeweiligen Jahresergebnis sind periodenfremde Effekte enthalten die den Vorjahresvergleich verzerren. Durch die Eliminierung von Steuern und Finanzierungskosten wird ein Vergleich der Ertragskraft von Unternehmen aussagefähiger. Werden aus dem Ergebnis auch die Abschreibungen und periodenfremden Effekte herausgerechnet (bereinigter EBITDA) und ins Verhältnis zum Umsatz gesetzt ergibt sich die EBITDA Marge. Generell gilt: Je höher die EBITDA-Marge ausfällt, desto besser. Unternehmen mit einer hohen Ertragskraft weisen eine EBITDA – Marge von 15% auf, Margen von weniger als 5% gelten als wenig rentabel. Die negative EBITDA – Marge der Kreiskliniken sinkt von -0,7 % im Jahr 2012 auf - 3,5 % in Geschäftsjahr 2013 und drückt die bestandsgefährdende Situation der Gesellschaft aus.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Im Jahr 2014 sowie in den Folgejahren wird das Ergebnis im Westlichen durch die Auswirkungen der jeweils geltenden Tarifverträge sowie die Entwicklung der Leistungsmengen und des Entgeltsystems beeinflusst. Die Leistungsentwicklung kann dabei die Auswirkungen der gesundheitspolitischen Rahmen- und Randbedingungen vor allem in den Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung nicht mehr kompensieren. Nach über 20 Jahren Kostendämpfungsgesetzen sind die Effizienzreserven weitgehend gehoben. Bei immer knapper werdenden personellen Ressourcen sowohl im ärztlichen wie auch im pflegerischen Bereich werden die Krankenhäuser deshalb gezwungen sein, Prozesse weiter zu optimieren und zusätzlich Kosten- und Stellenpläne weiter zu begrenzen. Auch wenn es zunehmend schwieriger wird, auf der Kostenseite Optimierungspotenziale zu

erschließen, müssen hier alle Anstrengungen unternommen werden die Sachkosten durch Preis- und Mengeneffekte zu reduzieren.

Der Geschäftsplan der Kreiskliniken Kassel GmbH weist für das Jahr 2014 mit T€ 3.494,5 das schlechteste Ergebnis seit Übernahme im Jahr 2005 aus. Dieser Verlust entsteht im Wesentlichen durch die hohen Kosten des Standortes Helmarshausen.

Grundlage für die Geschäftsplanung der Krankenhäuser in Hofgeismar und Wolfhagen ist ein Landesbasisfallwert mit 3.126,17 Euro. In die Kalkulation des Landesbasisfallwertes ist eine Veränderungsrate von 2,81 % sowie eine Berichtigung von - 12,71 Euro eingeflossen, die bei Überschreitung der landesweit festgelegten CM-Punkte von 1.417.200 berechnet wird.

Im Planungsjahr 2014 ist die Tarifschere mit 0,27 % vergleichsweise niedrig. Die prognostizierte Steigerung der Personalkosten beträgt im Durchschnitt 4,39 % (3,39 % zzgl. 1 % aus dem Zukunftssicherungsvertrag im Jahr 2014) für Nichtärzte und 2,5 % für Ärzte. Die Steigerung des Landesbasisfallwertes in Verbindung mit dem für das Jahr 2014 abrechenbaren Versorgungszuschlag liegt immerhin bei prognostizierten 2,74 %. Die durch den Versorgungszuschlag zusätzlich im Jahr 2014 bereit gestellten Mittel belaufen sich auf rd. T€ 180 stehen aber aufgrund des befristeten Effektes für das Jahr 2015 nicht mehr zur Verfügung.

Die Planung der Sachkosten für das Jahr 2014 basiert auf der Hochrechnung für das Jahr 2013. Der Posten medizinischer Bedarf umfasst den größten Anteil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und wird entsprechend der geplanten CM-Leistungssteigerung mit rd. + 0,3 % zzgl. 2 % Preissteigerung geplant.

Die drei Krankenhäuser der Kreiskliniken befinden sich in einer insgesamt mit Krankenhäusern überversorgten Region. Die hohe Anzahl von Krankenhäusern führt zu einem hohen Wettbewerbsdruck. Das Krankenhaus Hofgeismar hat in einer Entfernung von 25 Kilometern neun Mitbewerber und Wolfhagen sogar 12 Mitbewerber mit einer ähnlichen oder gleichen Leistungsstruktur. Die internistische Abteilung des Krankenhausstandortes Helmarshausen hat drei Mitbewerber.

Im Zuge der sich hier abzeichnenden Notwendigkeit zur Umstrukturierung des Krankenhausesektors muss die Versorgung deshalb konsequent an den Bedarf angepasst und effizienter gestaltet werden. Für die Umstrukturierung der Krankenversorgung sind finanzielle Mittel notwendig, um die ärztliche und pflegerische Kompetenz sowie die baulichen und organisatorischen Strukturen zu verbessern. Andererseits sind Kosten zu sparen, wenn die Versorgung in den Krankenhäusern zentralisiert und eine Infrastruktur etabliert wird, die nicht alle Leistungen an jedem Ort vorhält.

Korruptions-Prävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie vor fünf Jahren erfolgten insgesamt sieben, überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche. In einem Fall wurde eine Beurteilung eines Autorenvertrages für einen Mitarbeiter angefragt. In einem anderen Fall ging es im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens um die Anfrage ob eine fremdfinanzierte Fortbildungsreise eines Oberarztes in die Vereinigten Staaten von Amerika genehmigungsfähig ist. Ein Medizintechnikhersteller hatte in diesem Zusammenhang eine pauschale Beteiligungssumme an den Reise- und Fortbildungskosten avisiert. Nach unserer Auffassung dürfte diese Summe geringer sein als die tatsächlich entstehenden Reisekosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB kein Korruptionsverdacht ergeben. Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Kreiskliniken Kassel GmbH keinen Zuschuss geleistet.

GNH

Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH

Sitz:	Kassel
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel HRB 13146
Rechtsform:	GmbH
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand der Gesellschaft ist der Besitz und der Betrieb von Altenheimen und Altenpflegeheimen und der erforderlichen Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieb sowie die Bewirtschaftung von Altenwohnanlagen; die Gesellschaft erwarb sämtliche Altenheime, die bisher von der Stadt Kassel betrieben wurden. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Gesellschaften gleichen, ähnlichen oder verwandten Inhaltes zu beteiligen und solche Gesellschaften zu übernehmen. Sie darf auch alle sonstigen Geschäfte betreiben, die dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen geeignet sind und in dem Rahmen Beteiligungen oder Mitgliedschaften erwerben.
Eigentümer:	Gesundheit Nordhessen Holding AG 100 %
Beteiligungen:	
Kapitalangaben:	Stammkapital 25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 27.08.2002 Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen Holding AG
Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Dr. Gerhard M. Sontheimer Herr Wolfgang Schwarz
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-
Prokuristen:	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	8.521,38	8.059,66
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Bilanzsumme	TEUR	11.395,53	11.200,14
Investitionen	TEUR	91,77	272,41
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0
Personal	Anzahl	119,18	116,60
Eigenkapitalquote	%	58,3	59,3
Cash flow DVFA	TEUR	-545,7	-313,4
Gesamtverschuldung	%	12,3	11,7
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	71,50	69,12
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,70	0,73

Lagebericht (Kurzfassung)

Gegenstand der Seniorenwohnanlagen Kassel GmbH ist der Betrieb von Altenpflegeheimen, eines ambulanten Pflegedienstes mit den erforderlichen Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben sowie die Bewirtschaftung von Seniorenwohnungen in Form des „Betreuten Service-Wohnens“.

Die Gesellschaft besteht aus den Seniorenwohnanlagen Lindenberg und Fasanenhof mit zusammen 186 stationären Altenpflegeplätzen. Die Pflegeeinrichtungen übernehmen die Betreuung von Senioren in 417 Seniorenwohnungen und 39 Eigentumswohnungen. Die Wohnungsverwaltung wird gemäß Vertrag mit der GWG - Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH von der Seniorenwohnanlage Fasanenhof wahrgenommen; die Mieterbuchhaltung wird durch die GWG durchgeführt. Die Pflegeeinrichtungen Fasanenhof und Lindenberg sind so konzipiert, dass sie gleichzeitig auch als Dienstleistungszentrum der gesamten Wohnanlage zur Verfügung stehen.

In den stationären Bereichen besteht neben der vollstationären Pflege auch das Angebot, im Rahmen der Kurzzeitpflege einen bestimmten Zeitraum in der Einrichtung gepflegt zu werden. Dieses ergänzende Angebot richtet sich sowohl an die Bewohner im Betreuten Service-Wohnen der Seniorenwohnungen innerhalb der SWA Kassel GmbH als auch an die Mitbürger aus der Umgebung. Die Seniorenwohnanlage Fasanenhof bietet auch die Möglichkeit, Verhinderungspflege durchzuführen. Hier können pflegebedürftige Angehörige bei Verhinderung der Pflegenden in einem begrenzten Zeitraum stationär versorgt werden. Zur Komplettierung des Leistungsangebotes bietet der ambulante Pflege-dienst SWA aktiv seine Leistungen in der Stadt Kassel und ihrer Umgebung an.

Die Seniorenwohnanlagen Kassel GmbH bietet damit ein Leistungsspektrum an, das für sämtliche Pflegedienstleistungen des Lebens im Alter entsprechende Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten vor-sieht. Der integrative Ansatz von Wohnen und Pflege in einer Einrichtung ist Ziel und Aufgabe der Seniorenwohnanlagen Kassel GmbH. Die Mitarbeiter der Seniorenwohnanlagen nehmen dabei Ihre Verantwortung wahr, indem sie bestrebt sind, ihre Fachkompetenz auf dem neuesten Stand zu halten, sowie den Pflegeprozess, die Pflegeplanung und die Dokumentation nachvollziehbar zu gestalten. Die Wertschätzung und Akzeptanz gegenüber den in den SWA lebenden Menschen sowie die durch ein Qualitätsmanagementsystem begleitete kontinuierliche Verbesserung der Pflegequalität sind Basis der Seniorenwohnanlagen.

Im Mehrjahresvergleich sind die Leistungszahlen im stationären Bereich auf Grund der geänderten Marktlage rückläufig. Die Entwicklung der Belegung in den ersten zwei Monaten des neuen Geschäftsjahres 2014 bestä-

tigt diesen Trend bislang. Folgende Übersicht zeigt die Leistungsentwicklung der letzten Jahre mit der Zahl der Pflegebedürftigen im stationären Bereich, bzw. der Patienten im ambulanten Bereich.

Bereich	2010	2011	2012	2013	Differenz 2013/2012
Stationär Lindenberg	100	101	97	91	-6
Stationär Fasenenhof	75	76	71	67	-4
Betreuungsverträge	420	417	439	425	-14
Ambulanter Dienst	151	157	161	154	-7

Der Rückgang in der Belegung ist auf eine sich verstärkende Wettbewerbssituation zurückzuführen. Mit neuen und preisgünstigeren Einrichtungen in Ihringshausen und Vellmar sowie dem Ausbau der Einrichtung in Kaufungen und Lohfelden, kommen beide Standorte der SWA stärker unter Belegungsdruck. Hier wirken sich insbesondere das hohe Preisniveau und die vergleichsweise alte Baustruktur der Anlagen mit den nicht mehr zeitgemäßen Wohnungen aus.

Analyse des Gesellschaftsverlaufes

Der Rückgang der Umsatzerlöse konnte durch Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten teilweise kompensiert werden. Trotz einer um T€ 430,5 geringeren Gesamtleistung liegt das negative Betriebsergebnis in Höhe von T€ 790,2 nur T€ 116,6 unter dem Vorjahreswert.

Umsatzsteuerrückerstattungen aus den Jahren 2008 bis 2010 haben das positive neutrale (perioden-fremde) Ergebnis in Höhe von T€ 512,0 verursacht. Der Jahresfehlbetrag profitiert durch diesen einmaligen Effekt und beträgt T€ 312,4.

	2013		2012		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Erlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen	8.059,7	80,5	8.521,3	81,6	-461,6
übrige betriebliche Erträge	1.954,7	19,5	1.923,6	18,4	31,1
Gesamtleistung	10.014,4	100,0	10.444,9	100,0	-430,5
Personalaufwand	5.892,1	58,8	6.002,6	57,5	-110,5
Materialaufwand	2.288,2	22,8	2.487,4	23,8	-199,2
Abschreibungen	371,0	3,7	350,3	3,4	20,7
Übrige betriebliche Aufwendungen	2.253,3	22,5	2.278,2	21,8	-24,9
Betriebsaufwand	10.804,6	107,9	11.118,5	106,4	-313,9
Betriebsergebnis	-790,2	-7,9	-673,6	-6,4	-116,6
Neutrales Ergebnis	512,0	5,1	35,4	0,3	476,6
Finanzergebnis	1,5	0,0	5,5	0,1	-4,0
Ergebnis vor Steuern	-276,7	-2,8	-632,7	-6,1	356,0
Steuern	35,4	0,4	35,2	0,3	0,2
Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung	-312,1	-3,1	-667,9	-6,4	355,8

Das neutrale Ergebnis wird im Wesentlichen von periodenfremden Erträgen und Aufwendungen bestimmt.

Prognosebericht Risikoeinschätzung

Die SWA Kassel GmbH befindet sich im Geschäftsjahr 2014 weiterhin in einer wirtschaftlich äußerst schwierigen Situation. Die Geschäftsplanung 2014 geht von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von etwa 1,4 Mio Euro aus. Die Marktlage der SWA in Kassel, die hohen Preise und die unzureichende Wohnqualität in der Einrichtung Fasanenhof haben die Auslastung der Platzkapazitäten weiter sinken lassen. Verstärkt wurde die Tendenz einer zurückgehenden Belegung durch die Diskussion und Berichterstattung über die Zukunft der SWA in der Öffentlichkeit.

Für 2014 geht die Geschäftsführung für beide stationären Pflegeeinrichtungen nur noch von 150-152 durchschnittlich belegten Plätzen aus.

Im Jahr 2012 kam die Beratungsgesellschaft BAB, welche mit der Konzeption der strategischen Neuausrichtung beauftragt wurde, zu dem Ergebnis, dass eine wesentliche Reduktion der derzeitigen Löhne zwingende Voraussetzung ist, um eine Neubauinvestition am Fasanenhof in Erwägung zu ziehen. Erst ein solcher Neubau ermöglicht wiederum die Umsetzung moderner Pflegekonzepte.

Da die Erfüllung dieser Voraussetzung jedoch als nicht umsetzbar angesehen wurde, beschloss der Aufsichtsrat in seiner Sitzung im Dezember 2012 die Durchführung eines Markterkundungsverfahrens. Es wurde ein strategischer Partner gesucht, der zunächst 49 % der Geschäftsanteile, sowie die operative Geschäftsführung übernimmt. Weiterhin wurde eine Option auf 100 % der Geschäftsanteile ab dem Jahr 2016 eingeräumt. Im Rahmen des Markterkundungsverfahrens wurden von den SWA folgende Ziele vorgegeben.

- Sicherstellung der Pflege und Versorgung der Bewohner
- Sicherstellung der Investitionen
- Sicherung der angemessenen Arbeitnehmerinteressen

Nach einer europaweiten Ausschreibung haben verschiedenen Interessenten das Informationsmemorandum erhalten und nach Analyse der Grunddaten kein Angebot abgegeben. Damit ist der Fortbestand der SWA GmbH über den 31.12.2015 hinaus weiterhin offen.

Eine abschließende Entscheidung soll vom Aufsichtsrat im Jahr 2014 getroffen werden.

Korruptions-Prävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie vor fünf Jahren erfolgten insgesamt sieben, überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche. In einem Fall wurde eine Beurteilung eines Autorenvertrages für

einen Mitarbeiter angefragt. In einem anderen Fall ging es im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens um die Anfrage ob eine fremdfinanzierte Fortbildungsreise eines Oberarztes in die Vereinigten Staaten von Amerika genehmigungsfähig ist. Ein Medizintechnikhersteller hatte in diesem Zusammenhang eine pauschale Beteiligungssumme an den Reise- und Fortbildungskosten avisiert. Nach unserer Auffassung dürfte diese Summe geringer sein als die tatsächlich entstehenden Reisekosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB kein Korruptionsverdacht ergeben. Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die SWA Seniorenwohnanlagen GmbH keinen Zuschuss geleistet.

GNH

Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 13145
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Betrieb einer Tagesklinik für Rehabilitation und Prävention, die Durchführung physikalischer Therapie, Krankengymnastik, Massagen, Komplextherapie und Rehabilitationsmaßnahmen aller Art sowie medizinische Trainingstherapie und Präventionsprogramme. Darüber hinaus sonstige Geschäfte und Maßnahmen, die der Erreichung des Gesellschaftszwecks zu dienen geeignet sind.	
Eigentümer:	Gesundheit Nordhessen Holding AG	100 %
Beteiligungen:		
Kapitalangaben:	Stammkapital	25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 27.08.2002 Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen Holding AG	
Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Dr. Gerhard M. Sontheimer Herr Dr. Werner Brand	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	Herr Harald Geipel	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.978,91	2.996,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	162,25	96,9
Bilanzsumme	TEUR	1.097,33	948,32
Investitionen	TEUR	95,71	12,3
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	48,38	50,49
Eigenkapitalquote	%	57,11	66,09
Cash flow DVFA	TEUR	262,7	63,9
Gesamtverschuldung	%	42,9	33,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	61,57	59,35
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,85	0,87

Lagebericht (Kurzfassung)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer ambulanten Tagesklinik für Rehabilitation und Prävention zur Durchführung physikalischer Therapien wie z. B. Krankengymnastik, Massagen, Komplex-Therapien und ambulanter kardiologischer Rehabilitationsmaßnahmen sowie medizinischer Präventionsprogramme. Die Gesellschaft erbringt die Leistungen im Klinikum Kassel und im Gesundheitszentrum Wilhelmshöher Allee. Sowohl die zentrale Lage als auch die enge Anbindung an das Akutkrankenhaus stellen einen Vorteil für die Patienten dar.

Durch die Erbringung von stationären physiotherapeutischen Leistungen im Klinikum Kassel erfolgt eine schnelle Überleitung und fachliche Übergabe in den ambulanten Bereich des Reha-Zentrums.

Neben den genannten physiotherapeutischen Therapieangeboten werden ambulante ergotherapeutische Behandlungen im Ludwig-Noll-Krankenhaus durchgeführt.

Rehabilitation

Die gesundheitliche Versorgung gliedert sich gegenwärtig in drei wesentliche Bereiche: Die Primärversorgung (ambulante Behandlung durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte), die Akutversorgung (stationäre Versorgung im Krankenhaus) und die Rehabilitation. Ob nach einem Schlaganfall oder nach einem Herzinfarkt, nach einer Tumorentfernung oder einer Hüftoperation – es gibt eine Reihe medizinischer Eingriffe, die eine systematische und umfassende Rehabilitation erfordern. Ihr Ziel ist es, die Patientin oder den Patienten bei der Wiedererlangung oder dem Erhalt körperlicher, beruflicher oder sozialer Fähigkeiten zu unterstützen.

Ziel der Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH ist es, die Beeinträchtigungen und Einschränkungen abzuwenden, die sich als bleibende Folge von chronischen Erkrankungen oder Unfällen einstellen könnten. Hierzu erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit Rentenversicherungen, Krankenkassen und insbesondere den Krankenhäusern sowie den niedergelassenen Ärzten in der Region.

Als Grundlage für den Aufbau einer gemeinsam zu nutzenden, bedarfsgerechten ambulanten Rehabilitationsstruktur haben die Spitzenverbände der Krankenkassen, Rentenversicherungen und Unfallversicherungen auf Ebene der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) die Rahmenempfehlungen zur ambulanten Rehabilitation für unterschiedliche Indikationsgebiete entwickelt. Die Durchführung der Rehabilitation und das angewandte Therapiekonzept basieren auf diesen Rahmenempfehlungen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der ambulanten und stationären Rehabilitation haben sich zunehmend verschlechtert. Die größten Kostenträger, die gesetzlichen Renten- und Krankenversicherungen, erstatten aus Sicht der Leistungserbringer die Kosten und Kostensteigerungen nur ungenügend. Das seit Gründung der Gesellschaft defizitäre Segment der ambulanten Rehabilitation erfährt durch die Einhaltung der Rahmenempfehlungen wie Mindestvorhaltungen von Räumen und Personal sowie zusätzlichen Leistungen, von der Ernährungsberatung bis zu psychologischen Betreuung, einen erheblichen Kostenauftrieb.

Wenngleich der Reha-Sektor ein derzeit noch unterfinanzierter Bereich ist, stellt er doch einen Wachstumsmarkt dar, der sich durch Kooperationen und weitere Qualitätsverbesserungen im Rahmen der Gesundheit Nordhessen Holding AG erschließen lässt.

Es muss deshalb auch in den nächsten Jahren das Ziel sein, durch eine qualitativ hochwertige Rehabilitation mit hoher Ergebnisqualität, Patienten und einweisende Ärzte von der wohnortnahen ambulanten Rehabilitation zu überzeugen. Um diese hohe Qualität zu standardisieren und sich damit am Markt gegenüber den Mitbewerbern zu behaupten, wird im kommenden Jahr der regelmäßige QM-Zirkel weiter durchgeführt und eine Zertifizierung des Rehabilitationssektors angestrebt.

Ambulante Leistungen (Heilmittel)

Aus dem Sozialgesetzbuch (SGB V) besteht für alle Versicherten der Anspruch auf Versorgung mit Heilmitteln. Zu den Heilmitteln gehören u. a. Maßnahmen der Physikalischen Therapie und der Ergotherapie, für die die Gesellschaft mit allen Krankenkassenverbänden, inkl. Privatkassen und Berufsgenossenschaften Zulassungen hat.

Die in Zusammenarbeit von Ärzten und Krankenkassen beschlossenen Heilmittelrichtlinien definieren den Rahmen, in dem eine medizinisch zweckmäßige, ausreichende sowie wirtschaftliche Versorgung der Patienten gegeben ist.

Für das Reha-Zentrum stellt sich die Problematik der im Vergleich zu den Erlössteigerungen, schneller steigenden Personalkosten als immer größeres Problem dar. Der Deckungsbeitrag pro Leistung wird kleiner. Daneben wird die Abrechnung mit den Krankenkassen durch zunehmend bürokratischere Vorgaben in Bezug auf die Erstellung des Heilmittelrezeptes deutlich erschwert. Der Kommunikationsfluss in Bezug auf Änderungen seitens der Kostenträger ist schleppend. Die Abrechnung des Reha-Zentrums muss diesem Umstand Rechnung tragen und die Informationen in enger Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten selbst einholen.

Weiterhin muss das Angebotsportfolio um ergänzende Therapiemethoden, die als Selbstzahlerleistungen vom Patienten in Anspruch genommen werden können, erweitert werden. Dem Therapeuten kommt mehr als zuvor die Rolle des Therapieplaners zu. In Zusammenarbeit mit dem Patienten müssen Behandlungskonzepte erarbeitet werden, die über die verordnungsfähigen Leistungen der Ärzte hinausgehen.

Prävention

Das medizinische Gerätetraining als Maßnahme zur Vorsorge von Krankheiten des Bewegungs- und Stützapparates ist eine reine Selbstzahlerleistung. In diesem Rahmen bietet das Rehazentrum Mitgliedschaften inklusive der Teilnahmemöglichkeit an Gesundheitskursen an. In § 20 Abs. 1 SGB V macht der Gesetzgeber die Primärprävention als Sollvorschrift zu einer gesetzlichen Aufgabe der Krankenkassen. Für die Ausgaben der Leistungen nach §§ 20, 20a und 20b SGB V gilt ein Richtwert von 2,78 € für jeden Versicherten. Vor diesem Hintergrund werden Kurse mit einer begrenzten Dauer (z. B. eine bestimmte Anzahl von Trainingseinheiten) durch die Kassen mit bis zu 80 % bezuschusst. Kurse in diesem Sinne werden für alle Krankenkassen im Unternehmen angeboten.

Im Zuge der betrieblichen Gesundheitsförderung wurde in Zusammenarbeit mit der GNH und der Mitarbeitervertretung das Projekt "altersgerechtes Arbeiten - fit4job" erfolgreich im Reha-Zentrum umgesetzt. Die Mitarbeiter der Gesundheit Nordhessen Holding AG können am individuellen Präventionstraining im Reha-Zentrum teilnehmen. Mitarbeiter über 50 Jahre erhalten ein zusätzliches Anreizsystem, das bei regelmäßigem

Training eine Anrechnung von Zeitguthaben auf das Arbeitszeitkonto vorsieht. Das Projekt wird von Seiten der Holding subventioniert und konnte – aufgrund des Erfolges – um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Stationäre Physiotherapie

Durch die Umstellung der pauschalen Vergütung auf Einzelabrechnungen zu Preisen der Kostenträger ist dieses Segment nicht nur das umsatzstärkste, sondern das Einzige mit positiven Deckungsbeiträgen. Im Zusammenhang mit der Einführung der o. a. Marktpreise erhält das Klinikum Kassel nicht nur eine hochwertige Qualität sondern auch Leistungen, die sich entsprechend der Vergütung über die normalen Arbeitszeiten hinaus erstrecken. So wurde ab Juli des Jahres 2013 die Rahmenarbeitszeit erweitert, sodass stationäre Patienten nach Bedarf am Wochenende oder auch zweimal täglich behandelt werden können.

Als Ausbildungsstelle für angehende Physiotherapeuten werden Leistungen im stationären Bereich unter Aufsicht auch von Schülern erbracht. Hier erweist sich die Zuweisung der Schüler als zunehmend problematisch, da auch die Schulen sich schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen gegenüber sehen. Angekündigte Schulschließungen für das Jahr 2013 wurden auf das kommende Jahr verschoben.

Eine enge Zusammenarbeit mit den verbleibenden Ausbildungsstätten und attraktive Rahmenbedingungen für die Schüler während ihres Einsatzes sind notwendig, um die Schüleranzahl im Unternehmen aufrecht zu erhalten.

Analyse des Geschäftsverlaufs

Gegenüber dem Vorjahr konnte die Gesellschaft ihre Leistungen insgesamt um 3,2 % (VJ: 7,8 %) steigern. Dies ist vor allem auf eine Ausweitung der Mitgliedszahlen im Präventionsbereich und der Patienten der kardiologischen Rehabilitation zurückzuführen.

Der Präventionsbereich entwickelte sich im letzten Jahr sehr positiv. Durch das auf Holdingebene entwickelte Projekt „altersgerechtes Arbeiten – fit4job“ konnten zum einen die Erlöse fest eingeplant werden, zum anderen steht den Erlösen aber auch eine deutliche Steigerung der Mitgliedszahlen gegenüber, insbesondere in der Kundengruppe „Mitarbeiter der GNH“. Im letzten Jahr konnten hier wieder ca. 70 neue Mitglieder verzeichnet werden.

Bei den Selbstzahlern sind die Patientenzahlen trotz einer Erhöhung der Tarife im Oktober erheblich gesteigert worden. Hier sind vor allem die Patienten zu nennen, die im Anschluss an ihre ambulante kardiologische oder orthopädische Rehabilitationsmaßnahme das Gerätetraining und Ergometertraining in unserer Einrichtung fortsetzen möchten. Mit 20,7 % ist hier der zweitgrößte Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Innerhalb der kardiologischen Rehabilitation und kardiologischen Nachsorge konnten in diesem Jahr zum ersten Mal die Planvorgaben überschritten werden und eine Steigerung der Leistungszahlen zum Vorjahr von 13,7% bzw. 12,4 % festgestellt werden. Diesen Trend gilt es im kommenden Jahr zu bestätigen. Der eingeschlagene Weg der strikten Qualitätsorientierung ist konsequent fortzusetzen, um die ambitionierten Planzahlen für das Jahr 2014 zu erreichen.

Im Gegensatz dazu bleibt der Leistungsumfang in der integrierten Versorgung mit -38,6% weit hinter den Vorjahreswerten zurück. Die weitere Fortsetzung dieser Behandlungskonzepte ist im kommenden Jahr zu überdenken.

Die unten aufgeführten Leistungszahlen spiegeln die Entwicklung wider.

Leistungen von 2010 bis 2013								
Standort	Leistungssektor	2010	2011	2012	2013	Abw. %	Plan 2013	Plan 2014
Möberg	Station. Physioth.	62.631	62.665	77.615	77.460	-0,20%	75.000	90.600
	Heilmittel, ambul.	36.286	37.386	31.145	31.400	0,82%	13.500	10.800
	Sonderverträge, IV	4.340	5.611	3.171	1.946	-38,63%	3.200	1.880
	Prävention	2.388	3.084	4.421	7.640	72,81%	4.320	8.040
LNK	LNK Ergotherapie	4.003	4.097	3.836	3.721	-3,00%	4.100	3.800
Wilh. Allee	Reha Fit	./.	./.	4.540	5.482	20,75%	4.500	4.200
	Osteopathie	1.087	853	164	780	375,61%	1.000	900
	Cardio Reha	3.080	3.029	2.794	3.178	13,74%	3.100	3.300
	Cardio Irena	1.025	1.345	1.311	1.473	12,36%	1.400	1.500
Gesamt		114.840	118.070	128.997	133.080	3,17%	110.120	125.020

Die Gesellschaft hat zum 31.12.2013 vor der Ergebnisabführung an die Gesundheit Nordhessen Holding AG mit einem Gewinn von T€ 92,3 abgeschlossen. Das Ergebnis konnte sich durch die Absenkung der Tarife im stationären Bereich sowie steigende Personal- und Sachkosten nicht positiv entwickeln.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Rehabilitation hat im Zuge gesundheitspolitischer Entscheidungen an Bedeutung gewonnen, ohne dass hierfür eine ausreichende Finanzierung zur Verfügung gestellt wird. Fehlentwicklungen der Vergangenheit wurden teilweise ausgeräumt, aber ein tragendes, der Bedeutung der Rehabilitation gerecht werdendes Vergütungssystem konnte in Zeiten steigender Ausgaben im Gesundheitswesen noch immer nicht etabliert werden. Das von den Kostenträgern praktizierte Festhalten an der Veränderungsrate für Erlössteigerungen führt allein auf Grund der Tarifabschlüsse und der allgemeinen Preisentwicklung zu einem erheblichen Kostendruck. Die Aufgaben der Rehabilitation und deren Anforderungen werden jedoch weiter steigen. Die Patientenzahlen sollen sich gemäß einer Evaluation und vorsichtigen Schätzung des RWI Essen bis 2020 etwa verdoppeln. Eine enge Kooperation zwischen ambulant und stationär tätigen Ärzten und den Leistungsträgern ist erforderlich, um die bestmögliche Rehabilitation der Patienten zu erreichen. Organisatorisch muss es dem System der ambulanten Rehabilitation gelingen, die Angebote besser auf den Bedarf abzustimmen, sodass Patienten nicht zu lange im Krankenhaus verbleiben oder zwischen stationärer Behandlung und Rehabilitationsbeginn zeitliche Lücken entstehen, die dann den Erfolg der Rehabilitation wieder beeinträchtigen.

Durch die enge Zusammenarbeit mit dem Klinikum Kassel konnte das stationäre Leistungsangebot durch Wochenendarbeit und Doppelbehandlungen von bestimmten Patienten weiter ausgebaut werden. Nachdem die tägliche Verfügbarkeit (auch am Wochenende) von Leistungen der Physiotherapie für Krankenhäuser eine Grundlage der Abrechnung der aufwendigen intensivmedizinischen Komplexbehandlung wird, kann das Klinikum bereits auf diese etablierte Struktur zurückgreifen. Durch große Behandlungseinheiten, geringe Wegezeiten und Therapiezeiten von 20 Minuten kann die stationäre Reha noch kostendeckend angeboten werden. Insbesondere der ambulante Bereich mit komplexen und aufwendigen Vorgaben für die Abrechnung und Therapie leidet verstärkt an der nicht kostendeckenden Finanzierung. Erst bei einer kontinuierlichen Behandlungsfrequenz von vier Patienten pro Stunde könnten die durchschnittlichen Personalkosten gedeckt werden. Vor diesem Hintergrund versucht das Reha-Zentrum die Behandlung von der Einzeltherapie auch auf Gruppentherapien zu verlagern. Jede einzelne ambulante Leistung wurde bewertet (Zeit, Kosten, Erlös, Deckungsbeitrag),

sodass unwirtschaftliche Leistungen reduziert oder soweit zulässig nicht mehr angeboten werden. Für die Zukunft müssen alle Maßnahmen ausgeschöpft werden, damit auch der ambulante Bereich kostendeckend wird. Der stationäre Bereich als Zugpferd des Unternehmens muss durch eine hochwertige Ausbildung und Zusammenarbeit mit den Schulen auf die sinkenden Schülerzahlen reagieren, um auch weiterhin als attraktiver Ausbildungsbetrieb und gleichzeitig kompetenter Leistungserbringer wahrgenommen zu werden. Darüber hinaus kann der Rehabilitationsbereich der Kardiologie weiter ausgebaut werden und durch standardisierte Abläufe Synergien mit der orthopädischen Rehabilitation nutzen. Die damit einhergehende Ergebnisqualität muss dabei noch stärker nach außen getragen werden. In den nächsten Jahren ist es erforderlich, nicht nur das Leistungsportfolio anzupassen, die Kosten zu senken und gleichzeitig die Qualität zu verbessern, sondern insbesondere auch die Produktivität weiter zu steigern.

Korruptions-Prävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie vor fünf Jahren erfolgten insgesamt sieben, überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche. In einem Fall wurde eine Beurteilung eines Autorenvertrages für einen Mitarbeiter angefragt. In einem anderen Fall ging es im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens um die Anfrage ob eine fremdfinanzierte Fortbildungsreise eines Oberarztes in die Vereinigten Staaten von Amerika genehmigungsfähig ist. Ein Medizintechnikhersteller hatte in diesem Zusammenhang eine pauschale Beteiligungssumme an den Reise- und Fortbildungskosten avisiert. Nach unserer Auffassung dürfte diese Summe geringer sein als die tatsächlich entstehenden Reisekosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB kein Korruptionsverdacht ergeben. Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH keinen Zuschuss geleistet.

GNH

Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 13522
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Betrieb einer medizinischen ambulanten Rehabilitationseinrichtung für muskuloskeletale Erkrankungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung des Gesellschaftszwecks zu dienen geeignet sind.	
Eigentümer:	Gesundheit Nordhessen Holding AG	80 %
	Vitos Orthopädische Klinik Kassel gGmbH	20 %
Beteiligungen:		
Kapitalangaben:	Stammkapital	250.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 21.06.2004 Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen Holding AG	
Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Dr. Gerhard M. Sontheimer Herr Dr. Werner Brand	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	Herr Harald Geipel	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	1.274,76	1.253,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	18,87	-144,2
Bilanzsumme	TEUR	382,55	378,72
Investitionen	TEUR	0,00	0,00
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	0,00	0,00
Eigenkapitalquote	%	65,35	66,01
Cash flow DVFA	TEUR	17,9	-147,1
Gesamtverschuldung	%	34,65	32,48
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	0,00	0,00
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,00	0,00

Lagebericht (Kurzfassung)

Im Rahmen der Gesundheitsreform wurde der § 40 SGB V neu gefasst und stellt für die gesetzlichen Krankenkassen eine eigenständige leistungsrechtliche Vorschrift für die ambulante Rehabilitation dar. Es gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Für die Rentenversicherungen (Deutsche Rentenversicherung Bund und Hessen) wurde diese Vorrangigkeit auch für die Rehabilitation festgeschrieben, wodurch die ambulante Rehabilitation der stationären Rehabilitation gleichgestellt wurde. Fachmedizinische, sozialmedizinische und gesellschaftliche Gleichrangigkeit besteht aufgrund verschiedener gesetzlicher Änderungen im SGB V und IX aber erst seit Januar 2012.

Inzwischen ist durch mehrere Studien von sozialmedizinischen Fakultäten sowie durch die Forschungsabteilungen der Rentenversicherer die mindestens gleichwertige Ergebnisqualität und die günstigere Kostenstruktur im Vergleich zur stationären Rehabilitation aller Fachgebiete bewiesen worden. Die Ergebnisse wurden im März 2012 auf dem „Rehawissenschaftlichen Kolloquium“ in Hamburg vorgestellt. Aufgrund dieser Ergebnisse wurde unisono eine Steigerung der ambulanten Reha, insbesondere der muskuloskeletalen, der kardiologischen sowie der geriatrischen und psychosomatischen Reha um ca. 30 % bis 2016 bei gleichzeitiger, gleichwertiger Abnahme der stationären Reha prognostiziert.

Die Richtlinien für die ambulante Rehabilitation wurden durch die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) entwickelt und immer wieder aktualisiert und angepasst. Die entsprechenden Rahmenempfehlungen für die ambulante Rehabilitation muskuloskeletaler Erkrankungen aus dem Oktober 2000 wurden von den Rehabilitationsträgern verbindlich anerkannt.

Neben der Stärkung der ambulanten Rehabilitation wurden ebenso die Nachsorgeprogramme der Rentenversicherer als ambulante Leistungen für den Patienten ermöglicht. Mit Zulassung zur ambulanten Rehabilitation hat die Gesellschaft auch die Zulassung zur Durchführung der eigenen Nachsorgeprogramme der Rentenversicherer erhalten. Der übergangslose Eintritt in die Nachsorge aus der Rehabilitation heraus ermöglicht eine langfristige Festigung oder Verbesserung der Reha-Ergebnisse bei gleichzeitig geringerer Personalbindung. Im Sinne des Patienten und der Ergebnisqualität des Unternehmens stellt dies ein echtes Erfolgskonzept dar. Leider wird diese Form der Rehabilitationsnachsorge nicht von den Krankenkassen finanziert. Hier bleibt dem Patienten nur die Inanspruchnahme der Leistungen auf Selbstkostenbasis.

Die ambulante Rehabilitation wird nach wie vor von allen Krankenkassen und den Rentenversicherungen getragen, während die Erweiterte Ambulante Physiotherapie (EAP) nur von den Berufsgenossenschaften, Privatkassen und einigen BKK'en finanziert wird.

Für beide Segmente gibt es im Kasseler Raum Mitbewerber, die mit günstigeren Kostenstrukturen insbesondere im Personalsektor die theoretisch gleiche Leistung anbieten.

Analyse des Geschäftsverlaufs

Die Entwicklung der Patientenzahlen der MSR (muskuloskeletale Rehabilitation) und der IRENA (intensivierte Rehabilitationsnachsorge) ist rückläufig. Die Leistungszahlen liegen mit durchschnittlich 7,7% hinter dem Vorjahr zurück. Bei der ambulanten Reha gehen die Patientenzahlen sogar um 9 % zurück.

Durch die Abhängigkeit von Zuweisungen durch Kardiologen und in Konkurrenz zu stationären Rehabilitationseinrichtungen müssen hier die Vorteile der ambulanten Reha noch stärker am Markt positioniert werden. Es gilt zukünftig noch weitere Effizienzreserven aufzuspüren und Wirtschaftlichkeitspotentiale auszuschöpfen. Gleichzeitig ist der eingeschlagene Weg der strikten Qualitätsorientierung konsequent fortzusetzen. Damit die Rehabilitation dauerhaft wirksam sein kann, muss sie ständig an die konkrete Bedarfssituation der Rehabilitanden sowie des Arbeits- und Berufslebens angepasst werden.

Der Leistungsbereich der Erweiterten Ambulanten Physiotherapie (EAP) stabilisiert sich in diesem Jahr. Nach dem erheblichen Aufschwung des letzten Jahres bleiben die Zahlen auf Vorjahresniveau.

Leistungen Casalis Reha von 2010 bis 2013								
Standort	Leistungssektor	2010	2011	2012	2013	Abw. %	Plan 2013	Plan 2014
Wilh. Allee	Ortho Reha (MSR)	9.225	9.136	9.314	8.480	-9,0	9.700	9.000
	Ortho Irena	7.047	7.735	8.103	7.446	-8,1	8.700	8.700
	EAP	3.442	2.877	3.326	3.210	-3,5	3.200	3.200
Gesamt		19.714	19.748	20.743	19.136	-7,7	21.600	20.900

Die Gesellschaft hat zum 31. Dezember 2013 mit einem Verlust von T€ 147,1 (VJ: Gewinn T€ 18,9) abgeschlossen. Der Verlust wird gemäß des Ergebnisabführungsvertrages anteilig der Gesundheit Nordhessen Holding AG und der Vitos Orthopädische Klinik Kassel gGmbH zugerechnet.

Die Ergebnisverschlechterung gegenüber dem Vorjahr ist auf eine genauere Dokumentation der Leistungen sowie der verbrauchten Therapiezeit und Mitarbeiterbindung zurückzuführen. Wurden bis 2012 die Personalkosten im Verhältnis der Umsatzzahlen der orthopädischen Rehabilitation zur Gesamtleistung des Reha-Zentrums verteilt, so können ab 2013 die in der orthopädischen Reha verbrauchten Ressourcen direkt den Leistungen zugeordnet werden. Insoweit zeigt die Ertragslage die Unterfinanzierung der ambulanten Rehabilitation sowie die hohen, nicht finanzierten Strukturkosten (Personal- und Sachkosten / Miete) der Niederlassung in der Wilhelmshöher Allee.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Rehabilitation hat im Zuge gesundheitspolitischer Entscheidungen an Bedeutung gewonnen, ohne dass hierfür eine ausreichende Finanzierung zur Verfügung gestellt wird. Fehlentwicklungen der Vergangenheit wurden teilweise ausgeräumt, aber ein tragendes, der Bedeutung der Rehabilitation gerecht werdendes Vergütungssystem konnte in Zeiten steigender Ausgaben im Gesundheitswesen noch immer nicht etabliert werden.

Das von den Kostenträgern praktizierte Festhalten an der Veränderungsrate für die Preisentwicklung führt allein auf Grund der Tarifabschlüsse und der allgemeinen Preisentwicklung zu einem erheblichen Kostendruck. Die Aufgaben der Rehabilitation und deren Anforderungen werden jedoch weiter steigen. Die Patientenzahlen sollen sich gemäß einer Evaluation und vorsichtigen Schätzung des RWI Essen bis 2020 etwa verdoppeln. Eine enge Kooperation zwischen ambulant und stationär tätigen Ärzten und den Leistungsträgern ist erforderlich, um die bestmögliche Rehabilitation der Patienten zu erreichen. Organisatorisch muss es dem System der ambulanten Rehabilitation gelingen, die Angebote besser auf den Bedarf abzustimmen, sodass Patienten nicht zu lange im Krankenhaus verbleiben oder zwischen stationärer Behandlung und Rehabilitationsbeginn zeitliche Lücken entstehen, die dann den Erfolg der Rehabilitation wieder beeinträchtigen.

Die ambulante Rehabilitation steht dabei mit der stationären Rehabilitation im starken Wettbewerb, so dass es weiterhin höchster Anstrengungen bedarf, das Kosten-/Nutzenverhältnis positiv zu beeinflussen. Gleichwohl kündigen alle Kostenträger aufgrund relevanter Ergebnisse in der Rehaforschung eine weitere Verschiebung von der stationären zur ambulanten Rehabilitation in Höhe von ca. 30 % an.

Die ambulante Rehabilitation hat den Vorteil auch Personengruppen in die Rehabilitation einzubeziehen, die aus verschiedenen persönlichen Gründen bei entsprechender medizinischer Indikation eine stationäre Rehabilitation nicht in Anspruch nehmen können oder wollen.

Es muss deshalb auch in den nächsten Jahren unser Ziel sein, durch eine qualitativ hochwertige Rehabilitation Patienten und einweisende Ärzte von der wohnortnahen ambulanten Rehabilitation zu überzeugen.

Für die Zukunft müssen alle Maßnahmen ausgeschöpft werden, dass auch der ambulante Bereich kostendeckend wird. Darüber hinaus können im Rehabilitationsbereich durch standardisierte Abläufe Synergien mit der orthopädischen Rehabilitation gehoben werden. Die bisher erreichte Ergebnisqualität muss dabei noch stärker kommuniziert und nach außen getragen werden.

Korruptions-Prävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie vor fünf Jahren erfolgten insgesamt sieben, überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche. In einem Fall wurde eine Beurteilung eines Autorenvertrages für einen Mitarbeiter angefragt. In einem anderen Fall ging es im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens um die Anfrage ob eine fremdfinanzierte Fortbildungsreise eines Oberarztes in die Vereinigten Staaten von Amerika genehmigungsfähig ist. Ein Medizintechnikhersteller hatte in diesem Zusammenhang eine pauschale Beteiligungssumme an den Reise- und Fortbildungskosten avisiert. Nach unserer Auffassung dürfte diese Summe geringer sein als die tatsächlich entstehenden Reisekosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB kein Korrupti-

onsverdacht ergeben. Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH keinen Zuschuss geleistet.

GNH

ökomed® GmbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 6049
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Übernahme von zentralen Wirtschafts- und Versorgungsdiensten aller Art für Gesundheits- und Sozialbereiche, insbesondere für Kliniken und Krankenhäuser. Die Gesellschaft darf auch andere Tätigkeiten für die Einrichtungen des Gesellschafters übernehmen.	
Eigentümer:	Gesundheit Nordhessen Holding AG	100 %
Beteiligungen:		
Kapitalangaben:	Stammkapital	51.129,19 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 31.08.2002 Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen Holding AG	
Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Dr. Gerhard M. Sontheimer Herr Karsten Sokoll	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	Herr Klaus Lindner (bis 17.01.2013)	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	15.017,76	15.038,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-901,91	-1.311,18
Bilanzsumme	TEUR	9.807,02	9.407,54
Investitionen	TEUR	260,51	191,97
Fremd-Darlehen	TEUR	4.211,87	3.855,73
Personal	Anzahl	149,69	155,18
Eigenkapitalquote	%	0,5	0,5
Cash flow DVFA	TEUR	-378,9	-1.086,2
Gesamtverschuldung	%	99,5	99,5
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	100,33	96,91
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,34	0,37

Lagebericht (Kurzfassung)

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gesellschaft stehen in Zusammenhang mit den abgeschlossenen Werkverträgen innerhalb des Konzerns. Von T€ 15.038,8 (VJ: T€ 15.017,8) Umsatzerlösen hat die öko-med@GmbH mit T€ 14.972,3 (VJ: T€ 14.957,8) überwiegend Innenumsätze erzielt. Durch die Innenumsätze in Höhe von 99,6 % ist die ökomed damit wirtschaftlich direkt von der Entwicklung der Hauptauftraggeber abhängig. Die allgemeine Branchensituation für Dienstleistungsanbieter in den Bereichen Küchen- und Reinigungsbetriebe und der Logistik ist daher für die Betrachtung der Berichtsgesellschaft nicht aussagekräftig. Vielmehr bestimmt der Kostendruck der stationären Krankenversorgung durch eine nicht ausreichende Finanzierung dieses Sektors die Verhandlungen mit den Auftraggebern.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist der Jahresfehlbetrag gegenüber dem Vorjahr um T€ 509,7 auf T€ 1.326,6 gestiegen. Verantwortlich hierfür sind einerseits die nur um T€ 21,1 gestiegenen Erlöse bei einem um T€ 396,7 gestiegenen Aufwand für Personal und Personalgestaltung.

Analyse des Geschäftsverlaufs

Die Einbeziehung aller Konzerngesellschaften wird weiter angestrebt, um auf der Basis optimierter und abgestimmter Prozesse, insbesondere in den Bereichen Speisenversorgung und Reinigung, weitere Wirtschaftlichkeitspotentiale zu erschließen.

Speiseversorgung in Beköstigungstagen	Jahr 2008	Jahr 2009	Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	%
Klinikum Kassel	361.434	351.633	355.567	349.877	383.648	392.117	2,2%
SWA Fasanenhof	29.276	28.210	28.168	28.670	25.831	23.785	-7,9%
SWA Lindenberg	31.563	30.516	30.964	31.776	32.849	32.671	-0,5%
Summe	422.273	410.359	414.699	410.323	442.328	448.573	1,4%

Reinigungsdienst in qm	Jahr 2008	Jahr 2009	Jahr 2010	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	
Klinikum Kassel	18.630.824	18.089.417	20.838.846	23.018.477	24.850.150	25.088.093	1,0%
SWA Fasanenhof	982.175	982.175	982.175	1.062.805	970.289	970.289	0,0%
SWA Lindenberg	1.018.674	1.018.674	1.018.674	1.245.555	1.241.555	1.241.555	0,0%
Summe	20.631.673	20.090.266	22.839.695	25.326.837	27.061.994	27.299.937	0,9%

Die Gesellschaft hat zum 31.12.2013 vor Ergebnisabführung auf die Gesundheit Nordhessen Holding AG mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 1.326,6 abgeschlossen. Steigende Kosten im Personal- wie auch im Sachkostenbereich bei geringfügig ansteigenden Erlösen und Erträgen führen zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses von T€ 509,7.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Ein wesentliches Risiko für die weitere Unternehmensentwicklung und die Erlöserwartungen der Zukunft ergibt sich aus der wirtschaftlichen Gesamtsituation des größten Auftraggebers der ökomed® GmbH - der Klinikum Kassel GmbH -, die im Rahmen ihres Struktur- und Kostenmanagementprogramms strukturverändernde Maßnahmen plant, verbunden mit pauschalen Kürzungen im Aufwandsbereich. Davon betroffen sein wird auch die ökomed® GmbH, die im Rahmen von Organisations- und Prozessoptimierungen ihre Leistungszahlen bereits erheblich verbessert hat, jedoch aufgrund der vorhandenen Personalkostenstruktur, für die vom Klinikum Kassel überlassenen Mitarbeiter/Innen, ihre Aufwendungen nicht mit marktüblichen Anbietern vergleichen kann.

Die Planung für das Jahr 2014 geht im Rahmen der Ergebnisabführung an die Gesundheit Nordhessen Holding AG von einer Verlustübernahme der GNH AG in Höhe von T€ 1.515,6 aus. Im Wesentlichen begründbar ist dieses Ergebnis durch die nicht kostendeckende Vergütung der durch die ökomed® GmbH erbrachten Dienstleistungen.

Im Rahmen der Planung zukünftiger Entwicklungen der ökomed® GmbH, insbesondere im Bereich Speisensversorgung, liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit der Geschäftsleitung weiterhin in der permanenten und kontinuierlichen Überprüfung der Arbeitsabläufe zur Steigerung der Produktivität unter Beachtung der Aufrechterhaltung und Optimierung des bestehenden Qualitätsniveaus.

Die Geschäftsführung der ökomed® GmbH prüft aktuell verschiedene Varianten für die Sanierung der Küche bzw. die Neuorganisation der Speisensversorgung und der Reinigung:

- I. Umstellung des Produktionsverfahrens der Küche auf das „Sous-Vide Verfahren“ mit einem Investment von 8 Mio. Euro und einem geplanten Abbau von 37 Vollkräften.
- II. Anwendung des „ökomed® Tarifes“ für alle Mitarbeiter. Der „ökomed® Tarif“ liegt 13 % unter dem TVÖD ohne Umstellung des Produktionsverfahrens.
- III. Umstellung des Produktionsverfahrens der Küche auf das „Sous - Vide Verfahren“ mit einer Investment von 8 Mio. Euro in Küche und Transportsysteme sowie einem geplanten Abbau von 37 Vollkräften in Kombination mit der Anwendung des „Haustarifvertrages“ für alle Mitarbeiter,
- IV. Fremdvergabe der Speisensversorgung und Reinigung an einen Dritten. Anwendung der Tarifverträge aus dem Gebäudereinigerhandwerk und des Hotel und Gaststättengewerbes.
- V. Joint Venture mit einem Industriepartner (Beteiligung eines Partners mit maximal 49 %) mit Umsetzung einer umsatzsteuerlichen Organschaft.

Die oben beschriebenen Maßnahmen haben wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Speisensversorgung der Patienten/innen der Gesundheit Nordhessen Holding AG.

Aufgrund des erheblichen Defizits der ökomed® GmbH und der weiterhin negativen Zukunftsprognose ist es unerlässlich, nach Alternativen zu suchen, die ein ausgeglichenes Ergebnis ermöglichen. Bei konsequenter Umsetzung der o. a. Maßnahmen muss innerhalb von drei Jahren mit Einsparungen in Höhe des Defizites gerechnet und damit der Bestand der ökomed® GmbH als interner Dienstleister langfristig gesichert und die Dienstleistung ausgebaut werden.

Korruptions-Prävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie vor fünf Jahren erfolgten insgesamt sieben, überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche. In einem Fall wurde eine Beurteilung eines Autorenvertrages für einen Mitarbeiter angefragt. In einem anderen Fall ging es im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens um die Anfrage ob eine fremdfinanzierte Fortbildungsreise eines Oberarztes in die Vereinigten Staaten von Amerika genehmigungsfähig ist. Ein Medizintechnikhersteller hatte in diesem Zusammenhang eine pauschale Beteiligungssumme an den Reise- und Fortbildungskosten avisiert. Nach unserer Auffassung dürfte diese Summe geringer sein als die tatsächlich entstehenden Reisekosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB kein Korruptionsverdacht ergeben. Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die ökomed® GmbH keinen Zuschuss geleistet.

GNH

ZMV Zentrum für medizinische Versorgung GmbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 13797
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Sicherstellung der ambulanten medizinischen Patientenversorgung durch ein Medizinisches Versorgungszentrum als fachübergreifende Einrichtung der Nuklear- und Labormedizin sowie weiterer medizinischer Fachgebiete unter ärztlicher Leitung.	
Eigentümer:	Klinikum Kassel GmbH	100 %
Beteiligungen:		
Kapitalangaben:	Stammkapital	25.000,00 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 30.09.2005 Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit Gesundheit Nordhessen Holding AG	
Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Dr. Gerhard M. Sontheimer Herr Dr. Knut Liepe (bis 31. Dezember 2013) Frau Frances Greiner-Matzen-Sohn (ab 01. Januar 2013)	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:		

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	6.923,63	6.335,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-721,39	-782,95
Bilanzsumme	TEUR	6.482,00	5.561,76
Investitionen	TEUR	114,33	27,38
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	26,88	27,69
Eigenkapitalquote	%	0,92	0,93
Cash flow DVFA	TEUR	224,9	82,5
Gesamtverschuldung	%	99,6	99,5
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	257,58	228,81
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,40	0,42

Lagebericht (Kurzfassung)

Ein wesentliches Ziel des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) war die Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen zur Überwindung der sektoralen Grenzen in der medizinischen Versorgung. Durch das GMG ist ab Januar 2004 in der ambulanten, d.h. der vertragsärztlichen Versorgung die Grundlage für veränderte Versorgungsstrukturen durch die Einführung sogenannter Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) gelegt worden. Diese sind seitdem neben Ärzten, Zahnärzten und Psychotherapeuten zur ambulanten vertragsärztlichen Versorgung zuzulassen.

Die ZMV Zentrum für medizinische Versorgung GmbH hat bei dem Zulassungsausschuss für Ärzte der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen den Antrag auf Zulassung als Medizinisches Versorgungszentrum gemäß § 95 Abs. 1 SGB V gestellt und die Zulassung im Jahr 2006 erhalten.

Die gesetzlichen Krankenkassen, welche die ambulanten vertragsärztlichen Leistungen vergüten, leisten in der Regel keine direkten Zahlungen an den einzelnen Vertragsarzt bzw. ein MVZ, sondern zahlen sogenannte Gesamtvergütungen an die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV). Die KV verteilt die Gesamtvergütungen mithilfe eines Honorarverteilungsmaßstabs (HVM), den die KV im Benehmen mit den Landesverbänden der Krankenkassen und Ersatzkassen festlegt, an die an der ambulanten Versorgung teilnehmenden Ärzte und MVZs. Grundlage für die zu Lasten der GKV abrechnungsfähigen Leistungen ist der einheitliche Bewertungsmaßstab (EBM). Diese Gebührenordnung für vertragsärztliche Leistungen wird durch den Bewertungsausschuss vereinbart, der gemeinsam von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem GKV-Spitzenverband gebildet wird und der von diesen Organisationen mit Vertretern paritätisch besetzt wird.

Das komplizierte Berechnungswerk und die oft langwierigen Honorarverhandlungen führten in den letzten Jahren zu einer unzureichenden Entwicklung der Honorarhöhe.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Bei einem geplanten Jahresfehlbetrag von T€ 726,4 wurde vor Ergebnisabführung an die Muttergesellschaft Klinikum Kassel GmbH ein Fehlbetrag von T€ 783,0 (Vorjahr Fehlbetrag von T€ 721,4) erzielt.

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2012 und 2013 zeigen folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen. Das Betriebsergebnis, belastet durch Abschreibungen in Höhe von T€ 1.024,7 ist durch den Rückgang der Erlöse sowie um

T€ 215,6 gestiegene Kosten gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die geringe Differenz des Jahresfehlbetrages ist im Vorjahresvergleich auf das neutrale Ergebnis zurückzuführen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Kooperationsform des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) wurde mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz im Jahr 2004 in die Versorgungslandschaft eingeführt. Die gesetzliche Grundlage für ein MVZ ist der § 95 des Fünften Sozialgesetzbuches. Mittlerweile wurden ca. 1.800 MVZ bundesweit gegründet. Eines davon ist die ZMV GmbH.

Als einzige KV in Deutschland verfügt die KV Hessen über eine eigene Altersversorgung für die niedergelassenen Vertragsärzte – die EHV (Erweiterte Honorarverteilung). Im Jahr 2012 wurde die EHV, wie bereits im Abschnitt 3 erläutert, reformiert. Seit 01. Juli 2012 gelten die neuen Beitragsklassen der EHV. Diese Änderung führte im Jahr 2013 zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand, da die erste Einstufung in die neuen Beitragsklassen für die Ärzte der ZMV GmbH erhebliche Fehler aufwies. Über die Hälfte der Ärzte der ZMV GmbH wurden in eine zu hohe Beitragsklasse eingestuft, was zu einer ungerechtfertigten Mehrbelastung von über 110.000 Euro im Jahr geführt hätte. Dies konnte erst im Rahmen eines aufwendigen Widerspruchsverfahrens verhindert werden. Trotz der Abwendung der fehlerhaften Einstufung seitens der KV zieht die neue EHV-Systematik noch eine Erlösminderung nach sich. Bis zur Umstellung der EHV wurden pro Quartal ca. 31.000 Euro entrichtet. Nach der Neuregelung beläuft sich dieser Betrag auf ca. 52.000 Euro. Daraus ergibt sich für die ZMV GmbH eine Schmälerung der KV-Erlöse von ca. 84.000 Euro pro Jahr im Vergleich zum Zeitraum vor der EHV-Reform. Erstmals wirkte sich diese Änderung im Geschäftsjahr 2013 aus. In den folgenden Geschäftsjahren ist ein nochmaliger gravierender Erlösverlust aufgrund der EHV-Beiträge nicht zu erwarten. Jedoch birgt die jährliche Anpassung der neun Beitragsklassen gemäß der Bezugsgröße nach § 18 Abs. 1 SGB IV ein gewisses Risiko. Man befindet sich derzeit im zweiten Beitragsjahr nach der EHV-Reform. Die Anpassung der Beitragsklassen vom ersten zum zweiten Beitragsjahr gemäß der Bezugsgröße brachte bereits eine Erhöhung der EHV-Beiträge von 2,7 % mit sich. Dies entspricht knapp 6.000 Euro. Es wird davon ausgegangen, dass sich die zugrunde gelegte Bezugsgröße stets zwischen zwei und drei Prozent liegen wird.

Zum Ende des Jahres 2013 wurde der Ärztliche Bereitschaftsdienst (ÄBD) der KV Hessen neu organisiert. Im Rahmen dessen wurden alle Vertragsärzte, angestellten Ärzte und ermächtigte Ärzte zur Teilnahme am ÄBD in den stundenfreien Zeiten verpflichtet. Eine Prüfung der Rechtmäßigkeit dieser Heranziehung zum ÄBD wird seit Beginn des Jahres 2014 vom Zentralbereich Recht & Organisation der GNH betreut.

Die Risiken im Rahmen der EHV wurden bereits im vorhergehenden Abschnitt erläutert.

Im Rahmen des Zulassungsrechts ist ein MVZ bei Ausscheiden eines angestellten Arztes stets zur Nachbesetzung des hierdurch freiwerdenden vertragsärztlichen Versorgungsumfanges innerhalb von sechs Monaten nach dem Ausscheiden berechtigt. In Ausnahmefällen kann diese Frist auf gesonderten Antrag hin von der KV auch auf ein weiteres halbes Jahr verlängert werden. Das Risiko des Verlusts eines Vertragsarztsitzes ist somit überschaubar. Jedoch birgt die vorübergehende Nichtbesetzung eines Vertragsarztsitzes neben dem verminderten Leistungsumfang auch das Risiko der Absenkung des RLV-Volumens im Folgejahr und somit von verminderten Erlösmöglichkeiten in der Zukunft.

Inwieweit die Heranziehung zum ÄBD der KV Hessen Auswirkungen für die ZMV GmbH nach sich zieht, ist nach aktuellem Stand noch nicht abschätzbar.

Ein generelles Risiko stellt die künftige Entwicklung innerhalb der Gesundheitspolitik dar.

Korruptions-Prävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Straf-

barkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie vor fünf Jahren erfolgten insgesamt sieben, überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche. In einem Fall wurde eine Beurteilung eines Autorenvertrages für einen Mitarbeiter angefragt. In einem anderen Fall ging es im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens um die Anfrage ob eine fremdfinanzierte Fortbildungsreise eines Oberarztes in die Vereinigten Staaten von Amerika genehmigungsfähig ist. Ein Medizintechnikhersteller hatte in diesem Zusammenhang eine pauschale Beteiligungssumme an den Reise- und Fortbildungskosten avisiert. Nach unserer Auffassung dürfte diese Summe geringer sein als die tatsächlich entstehenden Reisekosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB kein Korruptionsverdacht ergeben. Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die ZMV Zentrum für Medizinische Versorgung GmbH keinen Zuschuss geleistet.

GNH

Kassel School of Medicine gGmbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 15807
Rechtsform:	gGmbH	
Tätigkeitsbereich:	Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Berufsbildung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Humanmedizin und der Kooperation mit ausländischen Universitäten zur Förderung und Durchführung der Mediziner Ausbildung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.	
Eigentümer:	Gesundheit Nordhessen Holding AG	100 %
Beteiligungen:		
Kapitalangaben:	Stammkapital	200.000,00 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 21.03.2012	
Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Dr. Gerhard M. Sontheimer Herr Dr. Christian Unzicker (seit 11. Januar 2013)	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:		

Kennzahlen

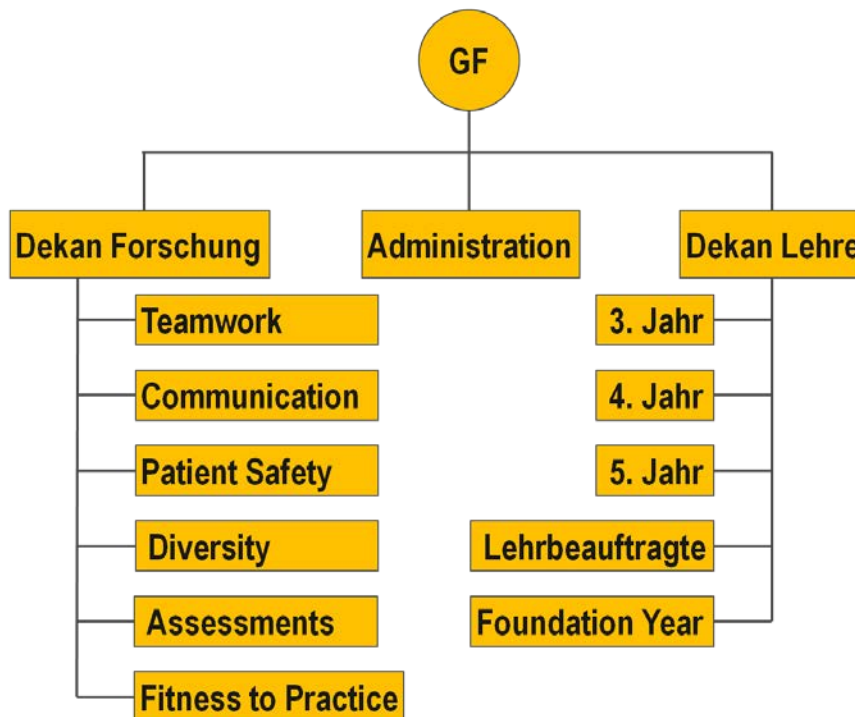
		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	0,00	57,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Geschäftstätigkeit	TEUR	-3,00	-3,43
Bilanzsumme	TEUR	500,00	594,28
Investitionen	TEUR	0,00	0,00
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	0,00	1,00
Eigenkapitalquote	%	39,41	32,57
Cash flow	TEUR	0,00	0,00
Gesamtverschuldung	%	60,59	38,64
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	0,00	57,00
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,00	-0,09

Lagebericht (Kurzfassung)

Die Kassel School of Medicine gGmbH bietet ab dem Wintersemester 2013 ein innovatives europäisches Medizinstudium an. In einem zweisprachigen Studiengang nach dem BM5-Medizin-Studienprogramm der University of Southampton werden die Studierenden in fünf Jahren zum Arzt ausgebildet und haben die Chance ihre Facharztweiterbildung ein Jahr früher als die Studierenden an deutschen Universitäten beginnen zu können. In diesem Studienprogramm der University of Southampton und der Kassel School of Medicine verbringen die Studierenden die ersten zwei Jahre des Studiums in der traditionsreichen Universitätsstadt Southampton. Am University Hospital Southampton und anderen Ausbildungsstätten der University of Southampton erlernen Sie die Grundzüge der Medizin und sammeln erste praktische und klinische Erfahrung in Krankenhäusern und Arztpraxen der Umgebung.

Anschließend wechseln die Medizinstudierenden nach Kassel. Am Klinikum Kassel verfeinern die Studierenden ihre Kenntnisse und erhalten eine hervorragende klinisch orientierte Ausbildung, die mit dem durch das englische General Medical Council (GMC) akkreditierten akademischen Grad eines Bachelor of Medicine abschließt. Ein Forschungsprojekt im dritten Studienjahr berechtigt, bei erfolgreichem Abschluss, zudem bereits zum zusätzlichen Führen des akademischen Grades eines Bachelor of Medical Science.

Die Unternehmensstruktur ist einfach aufgebaut und in folgendem Schaubild dargestellt:



Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Ausbildung von Ärzten erfolgt traditionell in Deutschland durch staatliche Universitäten. Die Anzahl an staatlichen Studienplätzen für Humanmedizin wird aber der hohen Nachfrage seit Jahren nicht gerecht. Dies spiegelt sich in einem hohen Numerus Clausus von etwa 1,0 - 1,2 an den staatlichen Universitäten wider. Im Jahr 2013 wird sich der Druck durch die anstehende Zusammenlegung der G8/G9-Abschlussklassen auf die Studienplätze zusätzlich erhöhen. Zugleich zeigt sich ein Mangel an ausgebildeten Ärzten, der vor allem in strukturschwachen und ländlichen Regionen wie in Nordhessen besonders zum Tragen kommt.

Die Verknappung an Mediziner Nachwuch trifft mittlerweile auch das Klinikum Kassel und die GNH. Bei Ausbleiben von Studierenden aus der Kooperation mit der Universität Marburg ist auch die Personalgewinnung für die GNH und die angeschlossenen Kliniken zunehmend schwerer und kostenintensiver geworden. Gut ausgebildetes ärztliches Personal ist rar. Dies auch, weil die staatlichen Medizinstudiengänge in der Konzeption überholt, wenig praxisgerecht und reformbedürftig sind. Hier eröffnet sich ein Markt für einen innovativen, praxisorientierten Medizinstudiengang.

In den letzten Jahren haben sich in diesem Markt bereits private Initiativen gegründet, die eine Mediziner Ausbildung erfolgreich allein (z. B. Witten-Herdecke; Reformstudiengang) und als Krankenhaus in Kooperation mit ausländischen Universitäten, wie z. B. in Hamburg, Bielefeld (Stand 2013: Initiative vorerst zurückgestellt) und Oldenburg mit Universitäten in Ungarn und den Niederlanden, als Studiengang mit Studienbeiträgen durchführen. Hierdurch wird die Anzahl der Studienplätze zwar gesteigert, eine Qualitätsverbesserung und Reformierung des Studienganges oder eine höhere Praxisorientierung, wie von Ärzte- und Studierendenseite seit Jahren gefordert, wird aber mit diesen Produkten nicht erreicht. Sie basieren weitgehend auf den schon bestehenden alten, staatlichen Curricula.

Einen neuen Weg wird voraussichtlich ab 2014 / 2015 die Klinikum Nürnberg AdöR gehen. Mit der österreichischen Paracelsus Medizinische Privatuniversität (PMU) in Salzburg soll in Nürnberg zukünftig eine Mediziner Ausbildung erfolgen. Dafür wird eine eigene Fakultät in Nürnberg gegründet, die inklusive vorklinischer Ausbil-

derung das Medizinstudium nach dem adaptierten Mayo-Klinik Konzept der PMU ausbildet. Weitere Initiativen zum Medizinstudium werden aus Brandenburg und in Augsburg erwartet. Über, den Startzeitpunkt, die Inhalte und den Aufbau dieser Studiengänge gibt es aber aktuell noch keine verlässlichen Aussagen.

Einen anderen Ansatz verfolgt die Kassel School of Medicine gGmbH, an der seit 2013 die Ausbildung von Medizinstudenten stattfindet. Der Studiengang der KSM bereichert den innovativen, praxis-orientierten Markt für Studiengänge an nicht-staatlichen Hochschulen. Die Studenten werden in einem an den englischen Reformstudiengang (BM5) der University of Southampton angelehnten, mit einem innovativen Curriculum ausgestatteten 5-jährigen Studiengang in Southampton und Kassel zum Arzt ausgebildet. Ein wichtiger Unterschied des englischen Studienganges zu anderen Medizinstudiengängen ist die Fokussierung auf die Vermittlung des Rollenverständnisses als Arzt.

Im Studium werden die Studenten zwei Jahre an der University of Southampton ausgebildet. Hier lernen sie in einem modularen System die Grundlagen der Medizin, Biochemie, Physiologie und Anatomie. In der weiteren Ausbildung erfolgt dann der Wechsel nach Kassel.

Die klinischen Ausbildungsangebote werden in diesem Studiengang ebenfalls modular vermittelt und durch verschiedene modulübergreifende Fächer ergänzt. Neben den klinischen Modulen werden die nicht-klinischen und die theoretischen Fächer longitudinal ergänzt. Es werden hierbei auch Kurse zur persönlichen beruflichen und Persönlichkeitsentwicklung sowie ethische und rechtliche Aspekte der Medizin vermittelt.

Das Gesamtcurriculum erfüllt die Vorgaben an die Medizinerausbildung nach dem deutschen Gegenstandskatalog für das Medizinstudium und die des General Medical Council (GMC) in England. Hierfür wurde ein gemeinsames Konzept mit den Kollegen der University of Southampton in England erarbeitet. Darüber hinaus wird für die Bewertung des Fortschrittes der Studenten im Studium auf ein in England bewährtes, multidimensionales Beurteilungssystem zurückgegriffen. Dabei werden die Kriterien theoretische Fachkenntnisse, persönliche Reife (Fitness to Practice), praktische Fachkenntnisse und Verhalten beurteilt. Eine objektive und umfassende Bewertung der Studienleistungen wird hiermit garantiert.

Der dreijährige Studienabschnitt in Deutschland findet unter Einbeziehung aller GNH-Krankenhäuser statt. Nach Abschluss des Studiums werden die bis zu 24 Jungmediziner für mindestens ein Jahr im Bereich der GNH arbeiten und ein Anerkennungsjahr (Foundation Year) ableisten.

Die Qualität des Studienganges wird jährlich durch das GMC überwacht. Aus diesem Grund wird vor Ausbildung der Medizinstudenten eine Ausbildung der Ausbilder vorangestellt. Auch für diese liegt ein detaillierter Ausbildungsplan vor. Neben dem ersten Unternehmensziel, der Personalgewinnung aus Absolventen der KSM für die GNH-Krankenhäuser, legt die Weiterbildung der Ausbilder, vornehmlich leitende ärztliche Mitarbeiter, in England den Grundstein für das zweite Unternehmensziel; die Auseinandersetzung der GNH-Leistungsträger mit dem englischen Gesundheitssystem (NHS). In diesem wird in vielen medizinischen Bereichen mit deutlich geringeren finanziellen Mitteln als im deutschen System ein vergleichbares medizinisches Ergebnis erzielt. Die kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Studierenden vertieft diese Erfahrung ab 2015. Das Hinterfragen medizinischer Abläufe und praktischer Handlungsweisen durch die Studierenden soll die GNH-Mitarbeiter zu einer Reflektion der eigenen Abläufe motivieren. In der Folge wird erwartet, dass die Auseinandersetzung mit den Gesundheitssystemen beider Länder einen Einfluss auf die tägliche medizinische Praxis der Ärzte und weiterer involvierter Mitarbeiter der GNH gewinnt. Dies soll sich zukünftig in der Ersparnis kostenintensiver Diagnostik widerspiegeln. Langfristig legen wir damit den Grundstein für ein übergreifend, positiv wahrgenommenes Wissensmanagement.

Der Reformcharakter des Studienganges wird dadurch verstärkt, dass das Studium an der KSM neben der theoretischen und praktischen Studienausbildung auf die Vermittlung von Kommunikationsfertigkeiten, Teamfähigkeit und von persönlicher Reflektionsfähigkeit besonderen Wert legt. Zukünftig wird eine Aufwertung des Arbeitsklimas in GNH-Krankenhäusern und eine höhere Patientenorientierung und damit höhere Patientenzufriedenheit durch reformiert ausgebildete Mediziner erwartet.

In der Zusammenarbeit einer ausländischen Universität mit einem Großklinikbetreiber ist dies der erste hochklassige, bilinguale, reformierte Studiengang für Medizin in Deutschland, mit dem die KSM ein Alleinstellungsmerkmal besitzt. Die KSM befindet sich damit in einem eigenen, hochklassigen Segment der Mediziner Ausbildung, das in Deutschland und Europa derzeit konkurrenzlos ist.

Positive Folgen für die GNH sind zu erwarten:

1. Es werden eigene, gut ausgebildete Ärzte für das Unternehmen gewonnen.
2. Die Auseinandersetzung mit dem kostengünstigeren NHS führt zur Überprüfung ärztlicher Handlungsweisen und zur Kostenersparnis.
3. Es erfolgt ein positiver Effekt auf die Unternehmenskultur.
4. Es erfolgt eine Aufwertung des Arbeitsplatzes im „University Hospital“ / „Universitätskrankenhaus der Universität Southampton“ für alle Mitarbeiter der GNH.

Da der entscheidende Faktor für den langfristigen Erfolg der GNH primär gut ausgebildete, leistungsbereite und motivierte Mitarbeiter sind, kann die KSM mit diesen erwarteten Effekten neben der Ausbildung von hochqualifizierten Ärzten selbst zum langfristigen Erfolg der GNH beitragen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die KSM ist nach einem Jahr noch in der Aufbauphase. Nach Erarbeitung der Studieninhalte und der Entwicklung des Lehrbetriebes stehen noch weitere Entwicklungsschritte an. Die Räumlichkeiten müssen eingerichtet und die Administration weiter aufgebaut werden. Es werden zukünftig zunächst 3 Mitarbeiter hauptamtlich für die KSM den Studienbetrieb administrativ regeln. Weiter sind Dekane, Lehr-beauftragte und Jahrgangsbeauftragte vorgesehen, die die Aufgaben der Umsetzung der Lehre an der KSM neben ihren klinischen Aufgaben für die GNH wahrnehmen.

In der Aufbauphase wird die Gesellschaft auf die finanzielle Unterstützung der Gesellschafterin angewiesen sein. Die Geschäftspläne gehen mittelfristig davon aus, dass das derzeitige Eigenkapital in Höhe von T€ 200,0 eingeworbene Spendengelder sowie zukünftige Studiengebühren nicht ausreichen, um die Errichtung eines dauerhaft universitären Betriebes zu gewährleisten.

Es wird davon ausgegangen, dass nach den ersten Erfahrungen aus Rückmeldungen per Email, Telefon und Social Media weiter ein großes Interesse am Studiengang besteht, und die Annahme der Studienplätze im Wesentlichen von einem sicheren Finanzierungskonzept für die Studierenden abhängig ist. Ein weiterer wichtiger Schritt in der Unternehmensentwicklung und Akkreditierung des Studienprogrammes seitens der University of Southampton und des General Medical Council als Akkreditierungsbehörden ist die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden in einem strukturierten Programm. Hierfür werden aktuell gemeinsam mit der University of Southampton die Grundlagen gelegt. Erste Ausbildungseinheiten werden sowohl von KSM-Mitarbeitern als auch von Konzernangehörigen Führungskräften absolviert.

Korruptions-Prävention

Mit Wirkung zum 30. März 2009 wurde vom Gesamtvorstand der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) eine konzernweite Organisationsanweisung (OA) zur Korruptionsprävention erlassen. Um präventiv das Strafbarkeitspotential zu reduzieren, wurden die zu beachtenden Grundprinzipien (Trennungs-, Transparenz- und Genehmigungsprinzip, Dokumentations- und Äquivalenzprinzip) den Beschäftigten erläutert. Der Ethik und Verhaltenskodex des Bundesministeriums des Innern wurde auf die Gesellschaft adaptiert. Ferner wurde das Verhalten im Korruptionsfall inkl. eines Maßnahmenkataloges nach dolosen Handlungen definiert. Die Richtlinie zur Korruptionsprävention erkennt an, dass ein Korruptionsverdacht auch gegen Mitglieder des Vorstandes entstehen kann und regelt die einzuleitenden Maßnahmen analog zu den Beschäftigten der Gesellschaft. Dies

erfolgt unter Beteiligung der Personalvertretung. Zum 01. Juli 2009 wurde die in der Richtlinie geforderte Bestellung eines/einer Anti-Korruptionsbeauftragten (AKB) vollzogen und eine AKB ernannt. Wesentliche Aufgabe der AKB ist die Sensibilisierung für die Themen Korruption und Vorteilsannahme durch Aufklärung und Beratung von Beschäftigten aller Gesellschaften der Holding. Es wurde ein separates Email-Postfach eingerichtet, auf das nur die AKB und deren Vertretung Zugriff hat. Über das Intranet wurden die Aufgaben und die Kontaktdaten der AKB den Beschäftigten bekanntgegeben.

Seit Einführung der oben genannten Richtlinie vor fünf Jahren erfolgten insgesamt sieben, überwiegend telefonisch durchgeführte Beratungsgespräche. In einem Fall wurde eine Beurteilung eines Autorenvertrages für einen Mitarbeiter angefragt. In einem anderen Fall ging es im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens um die Anfrage ob eine fremdfinanzierte Fortbildungsreise eines Oberarztes in die Vereinigten Staaten von Amerika genehmigungsfähig ist. Ein Medizintechnikhersteller hatte in diesem Zusammenhang eine pauschale Beteiligungssumme an den Reise- und Fortbildungskosten avisiert. Nach unserer Auffassung dürfte diese Summe geringer sein als die tatsächlich entstehenden Reisekosten. In Zusammenhang mit einem Mitarbeiter/Mitarbeiterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG hat sich nach Erkenntnissen der AKB kein Korruptionsverdacht ergeben. Im Dezember 2013 erfolgte die erste Berichterstattung für die Jahre 2009 bis 2013 an den Vorstand der GNH.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft keinen Zuschuss geleistet.

GNH

Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH

Sitz:	Bad Arolsen	
Handelsregister:	Amtsgericht Korbach	HRB 1458
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Betrieb einer Einrichtung in der Krankenhaus Bad Arolsen GmbH zur ambulanten und stationären interdisziplinären Differentialdiagnose und Therapie von HNO- und psychosomatischen Erkrankungen, die Erbringung krankenhausspezifischer Leistungen einschließlich der Geschäftsführungsaufgaben sowie das Halten von Beteiligungen, die mit Krankenhausbetrieben in Verbindung stehen.	
Eigentümer:	KKJG Vermögensverwaltungs GmbH	60 %
	Krankenhaus Bad Arolsen GmbH	40 %
Beteiligungen:		
Kapitalangaben:	Stammkapital	50.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 27.10.2008	
Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Prof. Dr. Hesse	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:		

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	1.559,30	1.874,08
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Bilanzsumme	TEUR	269,30	333,15
Investitionen	TEUR	677,06	579,96
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	11,73
Personal	Anzahl	0,00	0,00
Eigenkapitalquote	%	10,00	11,00
Cash flow DVFA	TEUR	56,71	68,1
Gesamtverschuldung	%	18,6	285,2
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	43,29	31,71
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	155,93	170,37
		0,44	0,43

Lagebericht (Kurzfassung)

Die Gesellschaft genießt nach vier Jahren ihrer Geschäftstätigkeit weiterhin einen hervorragenden Ruf in der interdisziplinären Behandlung von Patienten mit Hörstörungen, Tinnitus, Hyperakusis und Schwindel.

Der hohe Diagnostik- und Therapiestandard, die hervorragend ausgestatteten Räumlichkeiten und vor Allem das sehr gut auf einander eingespielte Team fördern die Anziehungskraft der Klinik und führen zu einer sehr hohen Patientenzufriedenheit. Die im internen QM erfassten Therapieerfolge mit hoher Effektstärke sind auch im Vergleich zu anderen Kliniken wie in den Vorjahren herausragend, die Bewertungen in entsprechenden Internetportalen extrem gut (100 % Weiterempfehlung, über 90 % Verbesserung des Gesundheitszustandes bei nach wie vor keiner (!) Verschlechterung).

Auch die Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen des Krankenhauses Bad Arolsen bewährt sich weiterhin. Die Klinik war im Jahr 2012 in einer Fernsehsendung erwähnt, Radio und Zeitschriften und Ärztelisten würdigen die gute Arbeit der Klinik. Chef- und Oberarzt sind häufig auf Vorträgen im In- und Ausland und publizieren regelmäßig - der Bekanntheitsgrad der Klinik wird dadurch hoch gehalten und die kontinuierliche Belegung gesichert.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Ambulanz:

Der Umfang der Ambulanztätigkeit konnte wiederum leicht, um ca. 10 %, gesteigert werden. Nach wie vor werden nur Patienten auf Privatrechnung behandelt, wobei GKV-Patienten mit dem einfachen GOÄ-Satz, Privatpatienten mit den möglichen Steigerungsfaktoren abgerechnet werden. Die Erlöse lagen trotz dieser Steigerung unter dem Vorjahresbetrag, da mehr GKV-Patienten behandelt wurden

Stationär:

Die Belegung konnte weiter minimal über 100 % (105,4 %, Vorjahr 103 %) gesteigert werden, wobei BG-Patienten einen festen Bestandteil von ca. 15 % und beihilfeberechtigte Patienten von ca. 60 % ausmachen. Der Anteil der BG-Patienten war 2011 höher, er hat sich im Berichtsjahr wieder dem Niveau der vorigen Jahre angenähert. Da Erlöse von Berufsgenossenschaften unstrittig umsatzsteuerfrei sind, soll ein relativ fester Pati-

ententeil gehalten werden, obwohl die Erlössätze insoweit deutlich unter denen vollzahlender Patienten liegen. Durch die im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr eingetretene Verschiebung konnten die Erlöse aus stationären Leistungen um ca. 46 T€ gesteigert werden. Zugenommen (auf insgesamt rd. 4.900 €) hat die Summe der Erlösschmälerungen, beruhend auf von Beihilfestellen und Krankenversicherungen nicht erstatteten Abrechnungsziffern, die den Patienten dann aus Kulanzgründen erlassen wurden, teilweise auch um nicht den mühevollen und unerfreulichen Klageweg (wegen in der Regel Beträgen um 200 €) beschreiten zu müssen. 2012 war, bedingt durch eine notfallmäßige Verlegung, an zwei Tagen ein Bett nicht belegt. Ein Problem stellt weiterhin die lange Wartezeit dar, die inzwischen mehr als vier Monate, für BG-Patienten mehr als neun Monate beträgt. Wie im Vorjahr resultiert die Belegung über 100 % aus der Möglichkeit, zusätzlich vereinzelt Patienten auf der Privatstation des Krankenhauses Bad Arolsen aufzunehmen. Eine weitere Steigerung ist nach wie vor ohne bauliche Aufstockung und damit eine Erhöhung der Bettenzahl nicht möglich.

Das Rohergebnis II (Rohergebnis nach Abzug des Personalaufwands) liegt weiter deutlich über 40 % der Umsatzerlöse. Das EBITDA liegt 2012 mit rd. 270 T€ etwas niedriger als im Vorjahr (rd. 340 T€), die EBITDA-Marge bleibt bei annähernd 20 %.

Die Kostensteigerungen konnten weitgehend aufgefangen werden, größere Investitionen wurden für die Gleichgewichtsdiagnostik getätigt, ebenso musste ein neuer Server angeschafft werden.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Geschäftsentwicklung des Unternehmens ist weiterhin sehr positiv, alle Betten können regelmäßig belegt werden, freie Therapieplätze können umgehend vergeben werden. Die Ambulanztätigkeit ist ebenfalls konstant. Eine Steigerung des Gesamtumsatzes ist jedoch weiterhin aus Platzmangel nicht möglich, der Gewinn 2013 wird daher etwas geringer ausfallen als 2012, da 2012 Rückstellungen aufgelöst wurden und Kostensteigerungen und erhöhte Personalkosten zu erwarten sind.

Die Akzeptanz bei Kostenträgern ist konstant gut, häufig wird die Klinik sogar direkt von den Krankenversicherungen empfohlen. Mit den Berufsgenossenschaften, besonders der Holz- und Metall BG, gibt es gemeinsame Projekte und Diskussionsveranstaltungen zur besseren Steuerung der Fälle. Die Klinik gilt hier als Berater, für Therapieempfehlungen wird ihr hohe Kompetenz zugesprochen. Selten werden Kostenübernahmen nicht genehmigt, Verlängerungsanträge werden in aller Regel positiv entschieden.

Lediglich einige Beihilfestellen rechnen zu reduzierten Sätzen ab, damit entsteht ein Eigenanteil für die Patienten, der aber in der Regel akzeptiert und auch bezahlt wird.

Der Bekanntheitsgrad der Klinik ist sehr hoch, die therapeutische Wirksamkeit der stationären Klinikbehandlung ist hervorragend und wird kommuniziert. In Bewertungsportalen wird die Klinik mit weitem Abstand besser bewertet als 25 Vergleichskliniken.

Die fundierte Diagnostik der Ambulanz für Hör- und Gleichgewichtsstörungen macht die Klinik zur beliebten und oft letzten Anlaufstelle für Patienten und für HNO-Ärzte. Die leitenden Ärzte haben ein neues Standardbuch für Hörtherapie herausgegeben, was den Bekanntheitsgrad weiter steigert. Die Zahlungsmoral der Patienten ist generell weiterhin gut, nur wenige Forderungen müssen abgeschrieben werden. Derzeit sind zwei Forderungen im anwaltlichen Mahnverfahren.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Ohr- und Hörinstitut Bad Arolsen GmbH keinen Zuschuss geleistet.

GNH

Blutspendedienst Hessen & Baden-Württemberg des DRK gGmbH

Sitz:	Mannheim
Handelsregister:	Amtsgericht Mannheim HRB 8992
Rechtsform:	gGmbH
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist Sammlung, Aufbereitung (Konservierung) und Verteilung von menschlichem Blut und Bestandteilen des menschlichen Blutes, menschlichem Gewebe und Gewebezubereitungen (wie z.B. Knochengewebe, Zellgewebe) sowie deren Anwendung am Menschen und Abgabe an Krankenanstalten und anderer öffentlicher und privater Einrichtungen der Gesundheitspflege für Heilzwecke, sowie alle damit verbundenen ärztlichen und transfusionsmedizinischen Dienstleistungen im Rahmen des Zweckbetriebes. Werbung freiwilliger, unbezahlter Blutspender sowie Mitwirkung bei der Vermittlung von Stammzellspendern, Mitwirkung am Katastrophenschutz durch Versorgung mit menschlichem Blut und Bestandteilen des menschlichen Blutes sowie Betrieb von Instituten für Transfusionsmedizin und Immunhämatologie. Erbringung von ärztlichen Leistungen im Bereich der Labormedizin und Transfusionsmedizin (z.B. durch medizinische Versorgungszentren) im Rahmen der Sicherung der Blutversorgung und des Transplantationswesens im Sinne des DRK-Blutspendewesens.
Eigentümer:	DRK-LV Baden-Württemberg e.V. 38,39 % DRK-LV Hesse e.V. 19,32 % DRK-LV Badisches Rotes Kreuz e.V. 16,45 % Die Stadt Frankfurt am Main 7,73 % Gesundheit Nordhessen Holding AG 7,73 % DRK-LV Sachsen e.V. 4,95 % DRK-LV Brandenburg e.V. 2,87 % DRK-LV Schleswig-Holstein e.V. 2,46 % DRK-LV Hamburg e.V. 0,10 %
Beteiligungen:	DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen 100,00 % DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gGmbH 99,83 % Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immunogenetik Ulm gGmbH 75,10 % Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH 75,10 % Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Tübingen gGmbH 75,10 %

	Medizinisches Versorgungszentrum DRK-Blutspendedienst Ulm gGmbH	100,00 %
	Medizinisches Versorgungszentrum DRK-Blutspendedienst Frankfurt gGmbH	100,00 %
	Zentrales Knochenmarkspender-Register für die Bundesrepublik Deutschland gGmbH	100,00 %
	ZTB Zentrum für Transfusionsmedizin und Zelltherapie Berlin gGmbH	50,00 %
	Stellacure GmbH	10,00 %
	RKU Invest GmbH	50,00 %
Kapitalangaben:	Grundkapital	115.000,00 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 26.01.1956/09.08.2010	
Wirtschaftsprüfer:	Rödl & Partner GmbH	
Geschäftsführung:	Herr Dr. Peter Mein (ab 01.10.2013) Herr Wolfgang Rüstig (ab 01.10.2013) Herr Manfred Stähle (bis 30.09.2013) Herr Prof. Dr. Seifried	
Aufsichtsrat (Stand 31.12.2013):	Herr Holger Adolph (bis Aug. 2013) Herr Gerald Böcher Herr Thomas Brozat Herr Bernd Engelhardt (bis Nov. 13) Herr Jochen Glaeser Frau Rosemarie Heilig Herr Hans Heinz Herr Peter Hofelich (ab Nov. 13) Herr Henning Kramer Herr Prof. Dr. Wolfgang Kramer Herr Holger Löser (ab Nov. 13) Herr Dr. Lorenz Menz Herr Michael Merle Herr Hans-Jürgen Müller-Arens Herr Hans Herrmann Reschke Frau Hannelore Rönsch Herr Norbert Södler (ab Okt. 13) Herr Dr. Gerhard M. Sontheimer Herr Jürgen Wiesbeck Frau Birgit Wiloth-Sacherer	
Prokuristen:		

Kennzahlen		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	281.637,10	283.271,76
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	2.229,24	2.324,19
Bilanzsumme	TEUR	259.679,02	266.944,18
Investitionen	TEUR	1.545,27	25.829,32
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	0,00
Personal	Anzahl	2.313	2.338
Eigenkapitalquote	%	81,9	82,2
Cash flow	TEUR	23.428,0	23.845,0
Gesamtverschuldung	%	18,06	17,8
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	121,76	121,16
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,36	0,37

Lagebericht (Kurzfassung)

Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit des DRK-Blutspendedienstes Baden-Württemberg – Hessen und seiner Tochtergesellschaften ist die Bereitschaft der Bevölkerung, sich in ausreichendem Maße freiwillig und unentgeltlich als Blutspender zur Verfügung zu stellen. Dank der positiven Einstellung weiter Kreise der Bevölkerung und der tatkräftigen Unterstützung vieler ehrenamtlicher Mitglieder des DRK ist es dem Blutspendedienst auch im Jahre 2013 gelungen, die Versorgung der Patienten mit lebensnotwendigen Blut- und Plasmabestandteilen sicherzustellen. Die bei den Kunden eingeleiteten Sparmaßnahmen wirken sich aktuell im rückgängigen Bedarf von Blutbestandteilen aus, denen der DRK-Blutspendedienst seinerseits mit kostensenkenden Prozessoptimierungen entgegenwirkt.

Wesentliche Vorgänge von Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres ergaben sich nicht.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Umsatzerlöse des Konzerns sind im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr von T€ 281.637 um T€ 1.635 (+ 0,6 %) auf T€ 283.272 angestiegen. Die Umsatzsteigerung resultiert aus Rohplasma um T€ 2.571, der Umsätze bei der Transplantatbereitstellung (Donor Work-Up) um T€ 3.202 und Vertriebsleistungen um T€ 384. Rückläufig waren die Umsatzerlöse bei den Erythrozyten in Höhe von T€ 3.053, bei therapeutischem Plasma von T€ 994 sowie bei den Laborleistungen um T€ 580.

Für die Geschäftsführung ist das Geschäftsjahr nach Plan zufriedenstellend verlaufen. Gegenüber dem Vorjahr ist der Konzernjahresüberschuss um T€ 949 auf T€ 6.620 (+ 16,8 %) gestiegen. Die im Plan angenommene Gesamtleistung in Höhe von T€ 292.359 konnte aufgrund der Absatzmarktentwicklung nicht erreicht werden. Das geplante Spendenaufkommen wurde nicht benötigt und der Kostenrückgang hat sich proportional gegenüber der Planung verhalten, so dass das im Plan angenommene Ergebnis von T€ 6.672 minimal verfehlt wurde. Die Gesamtleistung ist um T€ 1.203 (- 0,4 %) auf T€ 282.561 aufgrund der Bestandsreduzierungen beim Plasma, dem Umsatzrückgang bei den Erythrozyten-Konzentraten und des Quarantäneplasmas zurückgegangen und konnte mit der positive Umsatzentwicklung bei der Transplantatbereitstellung (Donor Work-Up) sowie der produktbezogenen Laborleistungen nicht aufgefangen werden.

Das Ergebnis wird durch einmalige und periodenfremde Effekte (neutrales Ergebnis) in Höhe von T€ - 1.610 (Vorjahr T€ - 120) gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer Gebäudeabwertung im BSD Nord-Ost belastet. Das Finanzergebnis wurde durch den Rückgang des allgemeinen Zinsniveaus belastet und ging trotz insgesamt steigendem Bestand an flüssigen Mittel um T€ 103 auf T€ 549 zurück.

Die Konzernbilanzsumme ist um T€ 7.265 angestiegen, was im Wesentlichen auf die Zunahme des Anlagevermögens, die Erhöhung der liquiden Mittel sowie gegenläufig auf die Verringerung des Nettoumlaufvermögens und Wertpapiere zurückzuführen ist. Die Eigenkapitalquote ist dieses Jahr von 81,9 % um 0,3 % - Punkte auf 82,2 % gestiegen. Der Konzern-Jahresüberschuss in Höhe von T€ 6.620 wird den Rücklagen zugeführt werden und dient ausschließlich der Finanzierung von Investitionsvorhaben.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Der DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen gGmbH hat für die Erkennung wesentlicher Risiken ein umfassendes Kontroll- und Risikomanagement als Bestandteil der Unternehmensplanung implementiert. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungsinstrumente werden fortlaufend in einem sich im Aufbau befindlichen BI-System weiterentwickelt, damit frühzeitig im Abgleich mit den Planannahmen die Risiken erkannt werden und sich daraus rechtzeitig gegensteuernde Maßnahmen ableiten lassen.

Grundsätzliche Umsatz- und Ertragsrisiken sind auch im kommenden Geschäftsjahr vor allem im Zusammenhang mit den Sparbemühungen der Kliniken und Krankenhäuser zu erwarten. Des Weiteren zeichnet sich immer stärker ab, dass die Kliniken, die noch über eine eigene Blutbank verfügen, ihre Anstrengungen in den letzten Jahren erheblich erhöht haben, um selbst mehr Blutspenden abzunehmen, so dass der DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen gGmbH und seine Tochtergesellschaften immer weniger Blutpräparate zuliefern konnten.

Die vorgenannten Trends können mittelfristig erhebliche Umsatz- und Ergebnisrisiken zur Folge haben. Es hat bereits eine Zusammenlegung von Produktions- und Laborstandorten stattgefunden, welche sich in den kommenden Jahren positiv in den Kostenstrukturen abbilden wird. Auch Maßnahmen in der Beschaffung und bei den Prozessabläufen werden zu weiteren Verbesserungen in der Kostenstruktur im Konzern führen. Die ersten positiven Effekte zeigen sich in der Personalkostenstruktur, da eine Steigerung der Kosten im Wesentlichen nur durch Tarifeffekte entstanden ist.

Um mit den ständig steigenden Anforderungen an die Qualität und die Verfügbarkeit der Blutpräparate Schritt halten zu können, finden in den Gesellschaften weiterhin hohe Investitionen für die Modernisierung der Institute statt, welche schon im laufenden Jahr zu einem Rückgang der Liquidität geführt haben.

Aufgrund der demographischen Entwicklung muss dem Problem der Blutbeschaffung weiterhin zunehmende Beachtung gewidmet werden. Dies bedeutet, dass die Werbeaktivitäten verstärkt werden müssen, damit die zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit benötigten Blutspenden jederzeit zur Verfügung stehen. Marktchancen werden insbesondere im norddeutschen Umfeld gesehen.

Für das Geschäftsjahr 2014 gehen die Planannahmen von einem geringeren Umsatz und bedarfsgerecht angepasstem Spendenaufkommen aus, damit wird auch das erwartete Ergebnis unter dem Vorjahresergebnis liegen. Dieser Trend wurde im ersten Quartal durch Rückgänge bestätigt, welche über den Planannahmen lagen. Damit liegt die Ergebnisentwicklung des ersten Quartals unter unseren Erwartungen und wir gehen davon aus, dass wir das Konzernergebnis des Vorjahres nicht erreichen werden.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft keinen Zuschuss geleistet.

GNH

MVZ für Reproduktionsmedizin am Klinikum Kassel GmbH

Sitz:	Bad Arolsen	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 13969
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V, in dem angestellte Ärzte und gegebenenfalls Vertragsärzte Patienten ärztlich untersuchen, behandeln und damit verbundene Leistungen erbringen, und zwar auf den Gebieten der Kinderwunschbehandlung, gynäkologischen Endokrinologie und Reproduktionsmedizin sowie allen daraus resultierenden Folgeleistungen.	
Eigentümer:	Herr Prof. Dr. Miguel Hinrichsen	72,0 %
	Herr Prof. Dr. Thomas Dimpfl	21,0 %
	Klinikum Kassel GmbH	7,0 %
Beteiligungen:		
Kapitalangaben:	Grundkapital	100.000,00 €
Satzungen / Unternehmensverträge:		
Wirtschaftsprüfer:	Quattek & Partner	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Prof. Dr. Miguel Hinrichsen	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:		

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	1.307,54	1.603,82
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	229,10	369,29
Bilanzsumme	TEUR	709,87	594,80
Investitionen	TEUR	101,49	14,68
Fremd-Darlehen	TEUR	0,00	91,91
Personal	Anzahl	13	18
Eigenkapitalquote	%	78,61	55,03
Cash flow DVFA	TEUR	294,90	436,86
Gesamtverschuldung	%	21,39	44,97
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	100,58	89,10
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,44	0,40

Lagebericht/Analyse des Geschäftsverlaufes/Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Liegen nicht vor.

Stand der Erfüllung öffentlicher Zwecke und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft keinen Zuschuss geleistet.

GNH

Casalis Facility Services GmbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 16256
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Erbringung von Leistungen auf dem Gebiet der Aufbereitung von wieder verwendbaren Medizinprodukten für das Klinikum Kassel und weitere GNH-konzerninterne und -externe medizinische Einrichtungen.	
Eigentümer:	Klinikum Kassel GmbH	51 %
	VAMED Management und Services GmbH Deutschland, Berlin	49 %
Beteiligungen:		
Kapitalangaben:	Stammkapital	50.000,00 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 19.12.2013	
Wirtschaftsprüfer:	Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Frau Svenja Ehlers Herr Max Peter Meinecke	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Die Gesellschaft wurde im Jahr 2013 gegründet. Der Geschäftsbetrieb soll im Jahr 2014 aufgenommen werden.

KVV Konzern

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH Konzern

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel, Telefon (0561) 782-0, Telefax (0561) 782-2121	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 4681
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme, der Betrieb von Straßenbahnen und sonstigen Verkehrsmitteln für den öffentlichen Personennahverkehr in Kassel und Umgebung, der Betrieb von Badeeinrichtungen und Anlagen der Straßenbeleuchtung, der Betrieb von kommunalen Einrichtungen im Bereich der Infrastruktur und regionalen Arbeitsförderung sowie die Abfallverwertung und -beseitigung in Kassel und Umgebung.	
Eigentümer:	Stadt Kassel	100,0 %
Beteiligungen:	KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH	100,0%
	KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH	100,0%
	Netcom Kassel Ges. für Telekommunikation mbH	100,0%
	Müllheizkraftwerk Kassel GmbH	97,5%
	Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG	93,5%
	Städtische Werke AG	75,1%
	Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH	50,0%
	items GmbH	23,1%
	Städtische Werke Energie + Wärme GmbH	5,1%
Kapitalangaben:	Grundkapital	68.151.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 13.08.01 Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	
Wirtschaftsprüfer:	WIBERA	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Diplom-Kaufmann Andreas Helbig (Vorsitzender) Diplom-Ingenieur Norbert Witte	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender) stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Lothar Alexi, Staufenberg	

Prokuristen:	Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel Holztechnikerin Anke Bergmann, Kassel Maler- und Lackierermeister Bernd-Peter Doose, Kas- sel Bezirksgeschäftsführer ver.di Nordhessen Harald Fennel, Borken Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland, Breuna (stellvertretender Vorsitzender) Assessor jur. Christian Geselle, Kassel Straßenbahnfahrer Dieter Güth, Kassel Berufspädagoge Hermann Hartig, Kassel Betriebsratsvorsitzender Städtische Werke AG Klaus Horn, Söhrewald Diplom-Ingenieurin Eva Koch, Kassel Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen Berthold Leinweber, Eichenzell Stadtbaurat Christof Nolda, Kassel Elektro-Installateurmeister Volker Reitze, Kassel Industriemechaniker Gernot Rönz, Kassel Industriekaufmann Ralf Salzmann, Baunatal Einzelhandelskauffrau Cornelia Sesselmann, Kassel Gas- und Wasserinstallateur Ludwig Vogt, Kassel
	Martin Schwegmann Dr. Mark Eppe

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	526.011	574.015
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	1.052	-106
Bilanzsumme	TEUR	823.709	906.702
Investitionen	TEUR	82.400	106.200
Fremd-Darlehen	TEUR	300.901	363.662
Personal	Anzahl	1.846	1.869
Eigenkapitalquote	%	26,6	24,4
Cash flow (nur AFA)	TEUR	43.038	49.284
Gesamtverschuldung	%	73,4	75,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	285	307
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,19	0,19

Lagebericht (Kurzfassung)

Am 09.11.2009 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel die Betrauung der KVG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) beruhenden Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Kassel beschlossen. Auf Grundlage dieser Betrauung konnte die KVG die Übergangsfristen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments (EU) nutzen. Durch diese Verordnung sind sowohl Ausschreibungen als auch Direktvergaben möglich. Zusätzlich sieht die Verordnung Übergangsfristen vor, in denen Vergaben nach alter Rechtslage, dem sogenannten „Altmark Trans Urteil“ des Europäischen Gerichtshofes, aufrechterhalten werden können. Die Direktvergabe der Straßenbahnverkehrsleistung an die KVN oder alternativ an die KVG blieb somit nach alter Rechtslage möglich. Grundlage sind die Regelungen in § 4 Abs. 8-12 des derzeit gültigen Konsolidierungsvertrages zwischen der Stadt Kassel und der KVV vom 21.07.2008. Daneben war es auch möglich, die Vergabe nach der EU-Verordnung (EU-VO) 1370/2007 durchzuführen.

Die Konzessionen für die Tram-Leistungen in Kassel, Baunatal und Vellmar waren bis zum 15.12.2012 an die KVN vergeben. Die Konzessionen nach PBefG und die eisenbahnrechtlichen Genehmigungen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) für die Strecke in das Lossetal liegen bei der Regionalbahn Kassel GmbH (RBK). Diese liefen am 28.02.2013 aus. Im Zuge der Neubeantragung der Konzessionen wurde gemeinsam mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) untersucht, ob an der Kraft Beschlusses des Magistrats der Stadt Kassel erfolgten Betrauung der KVG festgehalten werden soll oder ob diese Betrauung durch einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA) auf Grundlage der EU-VO 1370/2007 ersetzt werden sollte. Im Ergebnis empfahl PwC die genannte Betrauung auch nach dem 15.12.2012 fortzuführen und nicht auf einen ÖDA auf der Grundlage der EU-VO 1370/2007 umzustellen. Insbesondere vergaberechtlich wäre ein ÖDA an strengere Vorgaben gekoppelt. Im Hinblick auf die Neuerteilung der Genehmigung war anzunehmen, dass das Regierungspräsidium (RP) bei einem ÖDA voraussichtlich nicht automatisch eine Konzession erteilen, sondern konkurrierenden Genehmigungsanträgen Chancen einräumen muss.

Daher wurde auf Basis des bestehenden Beschlusses aus dem Jahr 2009 eine neue Liniengenehmigung für den Stadtverkehr Kassel, Baunatal und Vellmar durch die KVG beantragt und am 03.12.2012 durch das RP Kassel genehmigt. Die Neukonzession läuft bis zum 14.12.2024. Die KVG beauftragt die KVN weiterhin mit der Erbringung der Verkehrsleistung.

Für den Tramverkehr im Lossetal existiert eine Bestandsbetrauung der RBK auf Basis der Finanzierungsverträge mit den betroffenen Gemeinden und Landkreisen. Diese fällt ebenfalls unter die Übergangsregelungen der EU-Verordnung, sodass auch hier lediglich eine neue PBefG-Liniengenehmigung beantragt werden musste. Die Genehmigung wurde am 07.02.2013 an die RBK mit einer Laufzeit bis 01.10.2028 erteilt. Mit Bescheid vom 26.02.2013 wurde der RBK zudem die Genehmigung gemäß § 6 AEG bis zum 29.02.2028 durch das RP Kassel erteilt.

Auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar wird auch die Konzession für die Busverkehre in Kassel durch die KVG beantragt. Diese läuft derzeit bis zum 13.12.2014.

Neue Herausforderungen erfordern die kontinuierliche Weiterentwicklung der Planungsinstrumente und der verkehrspolitischen Rahmenbedingungen. Hierzu leistet die Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP) – ein strategisch-planerisches Konzept zur weiteren Entwicklung des ÖPNV – einen wichtigen Beitrag.

Die KVG als das von der Stadt Kassel mit der Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgabe der Nahverkehrsorganisation betraute Unternehmen (Aufgabenträger) hat die Fortschreibung des NVP gemäß § 8 Abs. 3 PBefG in Verbindung mit § 14 des Hessischen ÖPNV-Gesetzes übernommen. Nach Abschluss der sogenannten „Beteiligung der Träger öffentlicher Belange“, bei der Organisationen und Verbände zum Entwurf des NVP Stellung nehmen konnten, und nach Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen, hat im März 2014 das eigentliche Beschlussverfahren begonnen. In diesem Prozess durchläuft der Plan die politischen Gremien der Stadt Kassel.

Die im Rahmen des NVP erarbeiteten Vorgaben sind unter anderem Grundlage für die strategische Netzentwicklung im Projekt „mobil4kassel – KVG 2020“.

Für die STW und ihre Tochtergesellschaften wurde 2012 eine einheitliche Markenstrategie entwickelt, die seit Jahresbeginn 2013 angewandt wird. Zentrales Element ist das Logo, welches als Wort-/Bildmarke maximale Wiedererkennbarkeit bieten soll. Die Tochtergesellschaft Kasseler Fernwärme GmbH firmierte zum 01.01.2013 in Städtische Werke Energie + Wärme GmbH um und wurde so in die Familienmarke „Städtische Werke“ aufgenommen, mit der die Unternehmen nun einheitlich am Markt auftreten.

Die Landeskartellbehörde Hessen (LKB) überprüft in Hessen intensiv die Wasserpreise. In neun Fällen leitete die LKB wegen Missbrauchsverdacht Kartellverfahren gegen Wasserversorgungsunternehmen ein. Gegen die STW erließ die LKB am 11.04.2008 eine Preissenkungsverfügung in Höhe von 37 % wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise. Die Preissenkungsverfügung war vom Zeitpunkt der Zustellung bis zum 31.12.2009 befristet. Gegen die Verfügung hatte die STW fristgerecht Beschwerde beim Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG wurde 2009 ausgesetzt und ruht seitdem.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Das Betriebsergebnis des Konzerns im Berichtsjahr betrug 11,6 Mio. EUR (Vorjahr 14,7 Mio. EUR). Das Finanzergebnis lag bei -11,7 Mio. EUR (Vorjahr -13,6 Mio. EUR).

Die im Rahmen des Konsolidierungsvertrages mit der Stadt Kassel vereinbarten Ergebnisziele der einzelnen Unternehmen wurden im Geschäftsjahr 2013 erneut erreicht.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Umfassende gesetzliche Änderungen sowohl im Verkehrs- als auch im Versorgungsbereich werden im Geschäftsjahr 2014 und in den Folgejahren weitere Auswirkungen auf den KVV-Konzern haben. Die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen aus dem Konsolidierungsvertrag und weitere Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung werden weiterhin im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen.

Der Kauf der 22 neuen Niederflurstraßenbahnen erhöht die Kapitalkosten, da für die neuen Fahrzeuge keine Förderung mehr durch das Land Hessen bereitgestellt wird. Nachdem die KVG ihr Ergebnis über 10 Jahre mit ca. -14,4 Mio. EUR trotz Lohn- und Preissteigerungen konstant halten konnte, wird im nächsten Jahr – analog 2013 – von einer Verschlechterung der Ergebnissituation ausgegangen. Im Mittelfristzeitraum soll der Zielergebniskorridor von ca. -15,0 Mio. EUR wieder erreicht werden. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden im Rahmen des vorgenannten Projekts „mobil4kassel – KVG 2020“ entwickelt.

Auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar soll auch die Konzession für die Busverkehre in Kassel durch die KVG beantragt werden. Die schriftliche Beantragung soll im zweiten Quartal 2014 umgesetzt werden.

Bezüglich der Finanzierungsvereinbarung für den Tramverkehr nach Baunatal liegt ein schriftlicher Vermerk der Stadt Baunatal vor, dass diese die bestehende Vereinbarung um zwei weitere Jahre bis Ende 2016 verlängern möchte.

Im Rahmen der Fortschreibungen des NVP werden mehrere Erweiterungen des Tramnetzes diskutiert. Im Tram- und Busnetz sind weitere qualitative sowie wirtschaftliche Optimierungen durch die Entwicklung eines neuen Verkehrsnetzes vorgesehen. Ein Ansatzpunkt ist die erweiterte Erschließung des Auedamms (aufgrund des dort neu entstandenen Kombi-Bades).

In Verbindung mit der laufzeitkonformen Koppelung der vertraglichen Vereinbarungen für Personal und Fahrzeuge einerseits und des Verkehrsvertrages andererseits wird sichergestellt, dass ausreichend Personal bzw. Betriebsmittel zu festgelegten Konditionen zur Verfügung stehen und das eigene Personal ausgelastet werden kann. Im Zuge von Neueinstellungen wird die Zahl von KVN-Fahrpersonalen auch künftig ansteigen.

Im Geschäftsjahr 2014 werden im Bereich „Verkehrsplanung“ vor allem die Projekte zum Umbau der Friedrich-Ebert-Straße, zur Anbindung des Stadtteils Waldau an die RegioTram sowie zu den Planungen des barrierefreien Ausbaus von Bushaltestellen in diversen Kommunen für eine gute Auslastung sorgen. Weitere Planungen für den Umbau von Tramhaltestellen in der Stadt Kassel bilden zusätzlich wichtige, anstehende Maßnahmen. Wesentliche Projekte für den Bereich „Hochbau“ stellen die Bearbeitung der Leistungsphase 9 (Objektbetreuung und Dokumentation) beim Kombi-Bad am Auedamm, die Fertigstellung der Sanierung des Hochbehälters Kratzenberg, die anstehende Grundlagenermittlung und Vorplanung bei den Windenergieanlagen „Kaufunger Stiftswald“ und „2 Berge“ sowie weitere Planungsleistungen im Zuge der Sanierungen der Kasseler Freibäder dar.

Die STW plant für die Jahre 2014 und 2015, dass Jahresergebnisse nach Ergebnisabführung der Tochterunternehmen auf dem Niveau des Berichtsjahres erreicht werden können. Die deutsche Bundesregierung erwartet in ihrem Herbstgutachten ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,7 %, das damit über dem Wirtschaftswachstum 2013 mit 0,4 % liegt. Darüber hinaus rechnet die STW damit, dass die Brennstoffmärkte auch im Jahr 2014 vom volatilen Preisniveau geprägt sein werden. Zusätzlich geht die STW davon aus, dass sich im Kasseler Netzgebiet der intensive Wettbewerb in Verbindung mit einer wachsenden Wechselbereitschaft der Kunden fortsetzt. Diese Rahmenbedingungen bilden für die STW auch zukünftig große Herausforderungen. Um ihre Wettbewerbsposition dabei zu behaupten, wird die STW vielfältige Anstrengungen unternehmen. Die konsequente Weiterentwicklung und Optimierung der Energiebeschaffungsstrategie sind bei den erwarteten Bedingungen auf den Brennstoffmärkten von zentraler Bedeutung. Die STW rechnet damit, die zu erwartenden Ertragseinbußen aus dem verstärkten Wettbewerb zum einen mit Kostensenkungen und zum anderen mit Ertragssteigerungen in anderen Geschäftsbereichen weitgehend kompensieren zu können. Im Mittelpunkt steht dabei das Projekt „Wachstumsstrategie“. Hieraus werden weiterhin steigende Wachstumspotenziale, die vor allem im externen Vertrieb erschlossen werden sollen, für die Folgejahre abgeleitet. Die STW hat sich als Ziel gesetzt, ihre Marktstellung nachhaltig zu festigen und auszubauen. In diesem Zusammenhang soll einerseits die Wechselbereitschaft der Kunden weiter reduziert und andererseits bundesweit Kunden hinzugewonnen werden. Attraktive Preise, umweltfreundliche Produkte, innovative Vertriebsstrategien sowie ein leistungsstarker Kundenservice werden daher von zentraler Bedeutung sein, damit die STW ihre Produkte lokal und bundesweit erfolgreich vermarkten kann.

Auch in den kommenden Jahren wird die STW weiterhin ihre Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien verfolgen und intensivieren. Weitere Investitionen in Windparks werden umfassend geprüft und bei entsprechender Wirtschaftlichkeit durchgeführt. Zudem bieten die Beteiligungen an der SUN, der FEE und der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE) der STW für die Zukunft neue Perspektiven

Im Rahmen der Klimaschutzbestrebungen in der Stadt Kassel spielt das Produkt Fernwärme aufgrund seines geringen CO₂-Anteils und des sehr guten Primärenergiefaktors von 0,0 (Gas und Heizöl haben dagegen ca. 1,1) eine wichtige Rolle. Daher sind neben den gerade in der jüngeren Vergangenheit erschlossenen zusätzlichen Fernwärmeabsatzpotenzialen auch weiterhin Steigerungen des Fernwärmeabsatzes geplant. Der Neuanschluss von Fernwärmekunden wird in den kommenden Jahren zielgerichtet dort fortgesetzt, wo angemessene Ergebnisbeiträge erzielt werden können.

Der von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft mit dem damit verbundenen Ausbau der erneuerbaren Energien führt zu Preiseffekten. Während Endverbraucher von zunehmend steigenden Strompreisen betroffen sind, wirken sich sinkende Preise an den Strombörsen negativ auf die Wirtschaftlichkeit konventioneller Erzeugungsanlagen aus. Derzeit lassen sich weitere Ertragschancen aus der KWKG-Novelle 2009 herleiten. Ein wesentlicher Punkt für die EWG aus der KWKG-Novelle 2009 ist hierbei die Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmenetzen.

Die langfristigen Kooperationen mit kommunalen Kunden gewährleisten einen Großteil der zukünftigen Auslastung der MVA. Die Versorgung der Stadt Kassel mit Strom und Fernwärme und die durch den Betrieb der neuen Dampfturbine verbesserte Energieerzeugung sind ebenfalls wichtige Erfolgsfaktoren für eine stabile

wirtschaftliche Entwicklung der MHKW. Die Entwicklung des Abfallmarktes und der permanente Preisdruck erfordern, dass die MHKW ihren Kunden wie in der Vergangenheit marktgerechte Komplettlösungen anbietet. Die MHKW arbeitet partiell mit Wettbewerbern zusammen, um ihre Marktpräsenz zu stärken. Ein weiteres Ziel der MHKW ist es, im Bereich der anderweitig zu verwertenden Abfallströme ihr Engagement auszubauen. Dazu wird zurzeit das Projekt „Umbau Abfallsortier- und Zerkleinerungsanlage“ umgesetzt. Es ist geplant, ab Sommer 2014 Bioabfälle für die Stadtreiniger Kassel umzuschlagen.

Wesentliches Ziel für die Zukunft des KVV-Konzerns ist der Ausbau der sehr guten Wettbewerbsposition. Die Ergebnisziele sollen auch zukünftig weitestgehend nicht durch einen Personalabbau in den Produktbereichen, sondern vor allem durch den Ausbau der Geschäftsfelder erreicht werden.

Insgesamt wird für den KVV-Konzern für das Jahr 2014 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf dem Niveau des Jahres 2013 prognostiziert. Dabei wird erwartet, dass ein geringerer Ergebnisbeitrag der STW – bedingt durch das geplante Ergebnis der STW-Tochter EWG – durch einen geringeren Personalaufwand, der im Berichtsjahr einmalig durch die Anpassung des Renten- und Gehaltstrends beeinflusst war, auf Konzern-ebene kompensiert werden kann.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft keinen Zuschuss geleistet.

KVV Konzern

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel, Telefon (0561) 782-0, Telefax (0561) 782-2121	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 4681
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme, der Betrieb von Straßenbahnen und sonstigen Verkehrsmitteln für den öffentlichen Personennahverkehr in Kassel und Umgebung, der Betrieb von Badeeinrichtungen und Anlagen der Straßenbeleuchtung, der Betrieb von kommunalen Einrichtungen im Bereich der Infrastruktur und regionalen Arbeitsförderung sowie die Abfallverwertung und -beseitigung in Kassel und Umgebung.	
Eigentümer:	Stadt Kassel	100,0 %
Beteiligungen:	KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH	100,0%
	KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH	100,0%
	Netcom Kassel Ges. für Telekommunikation mbH	100,0%
	Müllheizkraftwerk Kassel GmbH	97,5%
	Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG	93,5%
	Städtische Werke AG	75,1%
	Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH	50,0%
	items GmbH	23,1%
	Städtische Werke Energie + Wärme GmbH	5,1%
Kapitalangaben:	Grundkapital	68.151.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 13.08.01 Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	
Wirtschaftsprüfer:	WIBERA	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Diplom-Kaufmann Andreas Helbig (Vorsitzender) Diplom-Ingenieur Norbert Witte	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender) stellvertretender Betriebsratsvorsitzender	

	Lothar Alexi, Staufenberg Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel Holztechnikerin Anke Bergmann, Kassel Maler- und Lackierermeister Bernd-Peter Doose, Kassel Bezirksgeschäftsführer ver.di Nordhessen Harald Fennel, Borken Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland, Breuna (stellvertretender Vorsitzender) Assessor jur. Christian Geselle, Kassel Straßenbahnfahrer Dieter Güth, Kassel Berufspädagoge Hermann Hartig, Kassel Betriebsratsvorsitzender Städtische Werke AG Klaus Horn, Söhrewald Diplom-Ingenieurin Eva Koch, Kassel Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen Berthold Leinweber, Eichenzell Stadtbaurat Christof Nolda, Kassel Elektro-Installateurmeister Volker Reitze, Kassel Industriemechaniker Gernot Rönz, Kassel Industriekaufmann Ralf Salzmann, Baunatal Einzelhandelskauffrau Cornelia Sesselmann, Kassel Gas- und Wasserinstallateur Ludwig Vogt, Kassel
Prokuristen:	Martin Schwegmann Dr. Mark Eppe

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	26.986	26.265
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-2.422	-5.549
Bilanzsumme	TEUR	346.460	344.795
Investitionen	TEUR	-	0
Fremd-Darlehen	TEUR	35.034	26.026
Personal	Anzahl	107	109
Eigenkapitalquote	%	59,1	59,7
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-2.530	-5.797
Gesamtverschuldung	%	40,9	40,3
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	252	241
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,24	0,26

Lagebericht (Kurzfassung)

Am 09.11.2009 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel die Betrauung der KVG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) beruhenden Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Kassel beschlossen. Auf Grundlage dieser Betrauung konnte die KVG die Übergangsfristen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments (EU) nutzen. Durch diese Verordnung sind sowohl Ausschreibungen als auch Direktvergaben möglich. Zusätzlich sieht die Verordnung Übergangsfristen vor, in denen Vergaben nach alter Rechtslage, dem sogenannten „Altmark Trans Urteil“ des Europäischen Gerichtshofes, aufrechterhalten werden können. Die Direktvergabe der Straßenbahnverkehrsleistung an die KVN oder alternativ an die KVG blieb somit nach alter Rechtslage möglich. Grundlage sind die Regelungen in § 4 Abs. 8 - 12 des derzeit gültigen Konsolidierungsvertrages zwischen der Stadt Kassel und der KVV vom 21.07.2008. Daneben war es auch möglich, die Vergabe nach der EU-Verordnung (EU-VO) 1370/2007 durchzuführen.

Die Konzessionen für die Tram-Leistungen in Kassel, Baunatal und Vellmar waren bis zum 15.12.2012 an die KVN vergeben. Die Konzessionen nach PBefG und die eisenbahnrechtlichen Genehmigungen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) für die Strecke in das Lossetal liegen bei der Regionalbahn Kassel GmbH (RBK). Diese liefen am 28.02.2013 aus. Im Zuge der Neubeantragung der Konzessionen wurde gemeinsam mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) untersucht, ob an der Kraft Beschlusses des Magistrats der Stadt Kassel erfolgten Betrauung der KVG festgehalten werden soll oder ob diese Betrauung durch einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA) auf Grundlage der EU-VO 1370/2007 ersetzt werden sollte. Im Ergebnis empfahl PwC die genannte Betrauung auch nach dem 15.12.2012 fortzuführen und nicht auf einen ÖDA auf der Grundlage der EU-VO 1370/2007 umzustellen. Insbesondere vergaberechtlich wäre ein ÖDA an strengere Vorgaben gekoppelt. Im Hinblick auf die Neuerteilung der Genehmigung war anzunehmen, dass das Regierungspräsidium (RP) bei einem ÖDA voraussichtlich nicht automatisch eine Konzession erteilen, sondern konkurrierenden Genehmigungsanträgen Chancen einräumen muss.

Daher wurde auf Basis des bestehenden Beschlusses aus dem Jahr 2009 eine neue Liniengenehmigung für den Stadtverkehr Kassel, Baunatal und Vellmar durch die KVG beantragt und am 03.12.2012 durch das RP Kassel genehmigt. Die Neukonzession läuft bis zum 14.12.2024.

Für den Tramverkehr im Lossetal existiert eine Bestandsbetrauung der RBK auf Basis der Finanzierungsverträge mit den betroffenen Gemeinden und Landkreisen. Diese fällt ebenfalls unter die Übergangsregelungen der EU-Verordnung, sodass auch hier lediglich eine neue PBefG-Liniengenehmigung beantragt werden musste. Die Genehmigung wurde am 07.02.2013 an die RBK mit einer Laufzeit bis 01.10.2028 erteilt. Mit Bescheid vom 26.02.2013 wurde der RBK zudem die Genehmigung gemäß § 6 AEG bis zum 29.02.2028 durch das RP Kassel erteilt.

Auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar wird auch die Konzession für die Busverkehre in Kassel durch die KVG beantragt. Diese läuft derzeit bis zum 13.12.2014.

Neue Herausforderungen erfordern die kontinuierliche Weiterentwicklung der Planungsinstrumente und der verkehrspolitischen Rahmenbedingungen. Hierzu leistet die Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP) – ein strategisch-planerisches Konzept zur weiteren Entwicklung des ÖPNV – einen wichtigen Beitrag.

Die KVG als das von der Stadt Kassel mit der Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgabe der Nahverkehrsorganisation betraute Unternehmen (Aufgabenträger) hat die Fortschreibung des NVP gemäß § 8 Abs. 3 PBefG in Verbindung mit § 14 des Hessischen ÖPNV-Gesetzes übernommen. Nach Abschluss der sogenannten „Beteiligung der Träger öffentlicher Belange“, bei der Organisationen und Verbände zum Entwurf des NVP Stellung nehmen konnten, und nach Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen, hat im März 2014 das eigentliche Beschlussverfahren begonnen. In diesem Prozess durchläuft der Plan die politischen Gremien der Stadt Kassel.

Die im Rahmen des NVP erarbeiteten Vorgaben sind unter anderem Grundlage für die strategische Netzentwicklung im Projekt „mobil4kassel – KVG 2020“.

Die KVN hielt bis zum 15.12.2012 die Konzessionen für die Straßenbahnlinien, mit denen die Verkehrsleistungen innerhalb der Städte Kassel, Baunatal und Vellmar erbracht werden. Die Betriebsführung für die Straßenbahnverkehre wurde gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Personenbeförderungsgesetzes an die KVG übertragen. Die KVG hatte ihrerseits die KVN mit der Erbringung der Verkehrsleistung beauftragt. Die jeweiligen Konzessionen lagen bis Ende 2012 vor. Aufgrund der insbesondere vergaberechtlich strengeren Vorgaben bei einem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA) beantragte die KVG am 10.09.2012 eine neue Liniengenehmigung. Diese wurde am 03.12.2012 durch das Regierungspräsidium (RP) Kassel mit einer Laufzeit bis zum 14.12.2024 erteilt. Die KVG beauftragt die KVN weiterhin mit der Erbringung der Verkehrsleistung.

Für die STW und ihre Tochtergesellschaften wurde 2012 eine einheitliche Markenstrategie entwickelt, die seit Jahresbeginn 2013 angewandt wird. Zentrales Element ist das Logo, welches als Wort-/Bildmarke maximale Wiedererkennbarkeit bieten soll. Die Tochtergesellschaft Kasseler Fernwärme GmbH firmierte zum 01.01.2013 in Städtische Werke Energie + Wärme GmbH um und wurde so in die Familienmarke „Städtische Werke“ aufgenommen, mit der die Unternehmen nun einheitlich am Markt auftreten.

Die Landeskartellbehörde Hessen (LKB) überprüft in Hessen intensiv die Wasserpreise. In neun Fällen leitete die LKB wegen Missbrauchsverdacht Kartellverfahren gegen Wasserversorgungsunternehmen ein. Gegen die STW erließ die LKB am 11.04.2008 eine Preissenkungsverfügung in Höhe von 37 % wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise. Die Preissenkungsverfügung war vom Zeitpunkt der Zustellung bis zum 31.12.2009 befristet. Gegen die Verfügung hatte die STW fristgerecht Beschwerde beim Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG wurde 2009 ausgesetzt und ruht seitdem.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Das wirtschaftliche Ergebnis der KVV wird primär von den Ergebnisübernahmen der Töchter bestimmt. Im Geschäftsjahr 2013 erzielte die KVV folgende Ergebnisse:

	2013	Vorjahr
	Mio. EUR	Mio. EUR
Eigenergebnis KVV GmbH	-7,5	-6,1
Erträge aus Gewinnabführung	18,5	18,7
Verlustübernahmen	-16,9	-15,1
Jahresfehlbetrag-/ überschuss	-5,8	-2,5

Mit der KVG, MHKW, KVC und KVN bestehen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge. Mit der STW besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, der eine Ausgleichszahlung an den Mitgesellschafter Thüga AG vor der Ergebnisabführung enthält. Seit dem Jahr 2000 sind wiederum zwischen STW und EWG Beherrschung und Ergebnisabführung vertraglich geregelt. Mit der Netcom besteht kein Ergebnisabführungsvertrag.

Im Berichtsjahr erwirtschaftete die KVV einen Jahresfehlbetrag von -5,8 Mio. EUR (Vorjahr -2,5 Mio. EUR). Die sonstigen betrieblichen Erträge der KVV GmbH umfassten insbesondere die Konzernerträge mit den Tochtergesellschaften. Der sonstige Aufwand beinhaltete u. a. Beratungs- und ähnliche Kosten aus konzernübergreifenden Aufgabenstellungen. Die Leistungen der Zentralbereiche wurden den Tochtergesellschaften nach Inanspruchnahme in Rechnung gestellt.

Der bestehende Konsolidierungsvertrag wurde zwischen der Stadt Kassel und der KVV abgeschlossen und trat zum 1. Januar 2008 in Kraft. Zielsetzung des Vertrags ist es, die wirtschaftliche Verantwortung der Unternehmen zu stärken, die Arbeitsplätze zu sichern, die Kreditwürdigkeit weiter zu verbessern und langfristig kalkulierbare Handlungsbedingungen für beide Seiten zu schaffen. Ziel ist auch, eine nachhaltige Reduzierung der

finanziellen Belastung des städtischen Haushalts um 10,0 Mio. € gegenüber 2006 zu realisieren. Im Dezember 2009 wurde eine Nachtragsvereinbarung mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2014 geschlossen. Unter anderem wurden die Geschäftsgrundlagen des Vertrages um das Bestehen einer Direktvergabe für die Straßenbahn- und Busverkehre erweitert. Bezogen auf die STW (einschließlich EWG) erhält die Stadt Kassel von der KVV eine definierte jährliche Gutschrift, die über den bisherigen vergleichbaren Beträgen an die Stadt Kassel liegt und damit zu einer weiteren Entlastung des städtischen Haushaltes führt. Bis einschließlich 2014 sind derzeit keine weiteren Veränderungen vorgesehen. In der aktuellen Vertragsergänzung wurde zudem erklärt, dass, unabhängig von den für den Zeitraum ab 2015 neu zu verhandelnden Beträgen, beide Vertragsparteien beabsichtigen, den Konsolidierungsvertrag in seiner grundlegenden Systematik auch deutlich über 2014 hinaus fortzuführen.

Auf Basis des Ergebnisabführungsvertrages führte die EWG einen Gewinn in Höhe von 1,8 Mio. EUR (Vorjahr 2,1 Mio. EUR) an die STW ab.

Der Minderheitsaktionär Thüga erhielt von der STW eine Ausgleichszahlung von brutto 4,6 Mio. EUR (Vorjahr 4,7 Mio. EUR). Der verbleibende Jahresüberschuss der STW von 13,8 Mio. EUR wurde an die Konzernobergesellschaft KVV abgeführt.

Der Saldo aus der Ergebnisabführung der Tochtergesellschaften sank gegenüber dem Vorjahr auf 1,7 Mio. EUR (Vorjahr 3,6 Mio. EUR). Während die MHKW ein Jahresergebnis knapp über dem Niveau des Vorjahres in Höhe von 4,7 Mio. EUR (Vorjahr 4,9 Mio. EUR) erreichte, führte die STW wie im Vorjahr ein Jahresergebnis in Höhe von 13,8 Mio. EUR an die Konzernmutter KVV ab. Die KVC erwirtschaftete ein negatives Jahresergebnis in Höhe von -0,1 Mio. EUR (Vorjahr 0,1 Mio. EUR). Die KVG erzielte 2013 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -16,8 Mio. EUR (Vorjahr -15,1 Mio. EUR). Aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages zwischen der KVV und der KVG erfolgte eine vollständige Verlustübernahme durch die KVV.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die STW plant für die Jahre 2014 und 2015, dass Jahresergebnisse nach Ergebnisabführung der Tochterunternehmen auf dem Niveau des Berichtsjahres erreicht werden können. Die deutsche Bundesregierung erwartet in ihrem Herbstgutachten ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,7 %, das damit über dem Wirtschaftswachstum 2013 mit 0,4 % liegt. Darüber hinaus rechnet die STW damit, dass die Brennstoffmärkte auch im Jahr 2014 vom volatilen Preisniveau geprägt sein werden. Zusätzlich geht die STW davon aus, dass sich im Kasseler Netzgebiet der intensive Wettbewerb in Verbindung mit einer wachsenden Wechselbereitschaft der Kunden fortsetzt. Diese Rahmenbedingungen bilden für die STW auch zukünftig große Herausforderungen. Um ihre Wettbewerbsposition dabei zu behaupten, wird die STW vielfältige Anstrengungen unternehmen. Die konsequente Weiterentwicklung und Optimierung der Energiebeschaffungsstrategie sind bei den erwarteten Bedingungen auf den Brennstoffmärkten von zentraler Bedeutung. Die STW rechnet damit, die zu erwartenden Ertragsseinbußen aus dem verstärkten Wettbewerb zum einen mit Kostensenkungen und zum anderen mit Ertragssteigerungen in anderen Geschäftsbereichen weitgehend kompensieren zu können. Im Mittelpunkt steht dabei das Projekt „Wachstumsstrategie“. Hieraus werden weiterhin steigende Wachstumspotenziale, die vor allem im externen Vertrieb erschlossen werden sollen, für die Folgejahre abgeleitet. Die STW hat sich als Ziel gesetzt, ihre Marktstellung nachhaltig zu festigen und auszubauen. In diesem Zusammenhang soll einerseits die Wechselbereitschaft der Kunden weiter reduziert und andererseits bundesweit Kunden hinzugewonnen werden. Attraktive Preise, umweltfreundliche Produkte, innovative Vertriebsstrategien sowie ein leistungsstarker Kundenservice werden daher von zentraler Bedeutung sein, damit die STW ihre Produkte lokal und bundesweit erfolgreich vermarkten kann.

Auch in den kommenden Jahren wird die STW weiterhin ihre Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien verfolgen und intensivieren. Weitere Investitionen in Windparks werden umfassend geprüft und bei entsprechender Wirtschaftlichkeit durchgeführt. Zudem bieten die Beteiligungen an der SUN, der FEE und der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE) der STW für die Zukunft neue Perspektiven.

Im Rahmen der Klimaschutzbestrebungen in der Stadt Kassel spielt das Produkt Fernwärme aufgrund seines geringen CO₂-Anteils und des sehr guten Primärenergiefaktors von 0,0 (Gas und Heizöl haben dagegen ca. 1,1) eine wichtige Rolle. Daher sind neben den gerade in der jüngeren Vergangenheit erschlossenen zusätzlichen Fernwärmeabsatzpotenzialen auch weiterhin Steigerungen des Fernwärmeabsatzes geplant. Der Neuanschluss von Fernwärmekunden wird in den kommenden Jahren zielgerichtet dort fortgesetzt, wo angemessene Ergebnisbeiträge erzielt werden können.

Der von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft mit dem damit verbundenen Ausbau der erneuerbaren Energien führt zu Preiseffekten. Während Endverbraucher von zunehmend steigenden Strompreisen betroffen sind, wirken sich sinkende Preise an den Strombörsen negativ auf die Wirtschaftlichkeit konventioneller Erzeugungsanlagen aus. Derzeit lassen sich weitere Ertragschancen aus der KWKG-Novelle 2009 herleiten. Ein wesentlicher Punkt für die EWG aus der KWKG-Novelle 2009 ist hierbei die Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmenetzen.

Die langfristigen Kooperationen mit kommunalen Kunden gewährleisten einen Großteil der zukünftigen Auslastung der MVA. Die Versorgung der Stadt Kassel mit Strom und Fernwärme und die durch den Betrieb der neuen Dampfturbine verbesserte Energieerzeugung sind ebenfalls wichtige Erfolgsfaktoren für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung der MHKW. Die Entwicklung des Abfallmarktes und der permanente Preisdruck erfordern, dass die MHKW ihren Kunden, wie in der Vergangenheit, marktgerechte Komplettlösungen anbietet. Die MHKW arbeitet partiell mit Wettbewerbern zusammen, um ihre Marktpräsenz zu stärken. Ein weiteres Ziel der MHKW ist es, im Bereich der anderweitig zu verwertenden Abfallströme ihr Engagement auszubauen. Dazu wird zurzeit das Projekt „Umbau Abfallsortier- und Zerkleinerungsanlage“ umgesetzt. Es ist geplant, ab Sommer 2014 Bioabfälle für die Stadtreiniger Kassel umzuschlagen.

Der Kauf der 22 neuen Niederflurstraßenbahnen erhöht die Kapitalkosten, da für die neuen Fahrzeuge keine Förderung mehr durch das Land Hessen bereitgestellt wird. Nachdem die KVG ihr Ergebnis über 10 Jahre mit ca. -14,4 Mio. EUR trotz Lohn- und Preissteigerungen konstant halten konnte, wird im nächsten Jahr – analog 2013 – von einer Verschlechterung der Ergebnissituation ausgegangen. Im Mittelfristzeitraum soll der Zielergebniskorridor von ca. -15,0 Mio. EUR wieder erreicht werden. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden im Rahmen des vorgenannten Projekts „mobil4kassel – KVG 2020“ entwickelt.

Auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar soll auch die Konzession für die Busverkehre in Kassel durch die KVG beantragt werden. Die schriftliche Beantragung soll im zweiten Quartal 2014 umgesetzt werden.

Bezüglich der Finanzierungsvereinbarung für den Tramverkehr nach Baunatal liegt ein schriftlicher Vermerk der Stadt Baunatal vor, dass diese die bestehende Vereinbarung um zwei weitere Jahre bis Ende 2016 verlängern möchte.

Im Rahmen der Fortschreibungen des NVP werden mehrere Erweiterungen des Tramnetzes diskutiert. Im Tram- und Busnetz sind weitere qualitative sowie wirtschaftliche Optimierungen durch die Entwicklung eines neuen Verkehrsnetzes vorgesehen. Ein Ansatzpunkt ist die erweiterte Erschließung des Auedamms (aufgrund des dort neu entstandenen Kombi-Bades).

In Verbindung mit der laufzeitkonformen Koppelung der vertraglichen Vereinbarungen für Personal und Fahrzeuge einerseits und des Verkehrsvertrages andererseits wird sichergestellt, dass ausreichend Personal bzw. Betriebsmittel zu festgelegten Konditionen zur Verfügung stehen und das eigene Personal ausgelastet werden kann. Im Zuge von Neueinstellungen wird die Zahl von KVN-Fahrpersonalen auch künftig ansteigen.

Im Geschäftsjahr 2014 werden im Bereich „Verkehrsplanung“ vor allem die Projekte zum Umbau der Friedrich-Ebert-Straße, zur Anbindung des Stadtteils Waldau an die RegioTram sowie zu den Planungen des barriere-

refreien Ausbaus von Bushaltestellen in diversen Kommunen für eine gute Auslastung sorgen. Weitere Planungen für den Umbau von Tramhaltestellen in der Stadt Kassel bilden zusätzlich wichtige, anstehende Maßnahmen. Wesentliche Projekte für den Bereich „Hochbau“ stellen die Bearbeitung der Leistungsphase 9 (Objektbetreuung und Dokumentation) beim Kombi-Bad am Auedamm, die Fertigstellung der Sanierung des Hochbehälters Kratzenberg, die anstehende Grundlagenermittlung und Vorplanung bei den Windenergieanlagen „Kaufringer Stiftswald“ und „2 Berge“ sowie weitere Planungsleistungen im Zuge der Sanierungen der Kasseler Freibäder dar.

Umfassende gesetzliche Änderungen sowohl im Verkehrs- als auch im Versorgungsbereich werden im Geschäftsjahr 2014 und in den Folgejahren weitere Auswirkungen auf den KVV-Konzern haben. Die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen aus dem Konsolidierungsvertrag und weitere Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung werden weiterhin im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen. Der Konsolidierungsvertrag läuft bis zum 31.12.2014. Derzeit laufen Verhandlungen über eine Fortführung des Vertrags, dessen Ausgestaltung Einfluss auf die künftigen Ergebnisse der KVV und ihrer Tochterunternehmen haben wird.

Insgesamt wird für das Jahr 2014 ein leicht verbessertes Eigenergebnis KVV aufgrund der erwarteten Entwicklung des Pensionsaufwands prognostiziert, der im Berichtsjahr einmalig durch die Anpassung des Renten- und Gehaltstrends beeinflusst war. Derzeit plant die KVV ein geringeres Jahresergebnis 2014 im Vergleich zum Berichtsjahr. Dies ist begründet durch eine geringere Ergebnisabführung der STW vor der Ausgleichszahlung an Thüga, da bei der EWG für das Jahr 2014 im Gegensatz zu den Vorjahren von einem neutralen Ergebnis ausgegangen wird.

Wesentliches Ziel für die Zukunft des KVV-Konzerns ist der Ausbau der sehr guten Wettbewerbsposition. Die Ergebnisziele sollen auch zukünftig weitestgehend nicht durch einen Personalabbau in den Produktbereichen, sondern vor allem durch den Ausbau der Geschäftsfelder erreicht werden.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Risikoeinschätzung der Verwaltung

Mit einem Gesamtüberblick werden für einzelne Geschäftssegmente des Konzerns die nachfolgenden Einschätzungen skizziert.

Im **Verkehrsbereich** stehen die Verpflichtungen aus dem Konsolidierungsvertrag und weitere Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung im Mittelpunkt der Tätigkeit. Die Folgen der prognostizierten Ergebnisverschlechterung stellt das Unternehmen vor hohe Herausforderungen. Im Rahmen des Konsolidierungs-Projektes , mobil4kassel – KVG 2020‘ werden konsequente Maßnahmen entwickelt, damit der Zielergebniskorridor von - 15 Mio. Euro- ohne Pensionsrückstellungen und weitergeleitete öffentliche Mittel -wieder erreicht wird. Die beabsichtigte Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes der Stadt Kassel sowie damit verbunden eine angepasste Neustrukturierung des Liniennetzes, bieten eine Chance das bestehende Risiko weiterer Ergebnisverschlechterungen zu reduzieren.

Im **Energiebereich** muss davon ausgegangen werden, dass weiterhin politische Eingriffe in die Preisgestaltung erfolgen werden. Aufgrund des Drucks auf Netzentgelte und Vertriebsmargen bedarf es besonderer Anstrengungen, um evtl. Erlösschmälerungen durch zusätzliche Vertriebsprojekte und Kostensenkungen zu kompensieren. Durch hohe regulatorische Anforderungen wird auch in Zukunft der Wettbewerb weiter zunehmen.

Mit der Zielsetzung, in den kommenden Jahren verstärkt in den Ausbau umweltschonender Energieerzeugung in Kassel und Nordhessen zu investieren, ist ein beachtlicher Kapitalaufwand entstanden, der auch zu einer deutlichen Erhöhung der Gesamtverschuldung geführt hat.

Die energiewirtschaftliche Neuausrichtung führt insgesamt zu deutlich höheren Risiken.

Insbesondere sind die Windparkprojekte hervorzuheben, bei deren Umsetzung sich genehmigungsrechtliche, technische und wirtschaftliche Risiken abzeichnen.

Die bundespolitisch umgesetzte Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) hat zu Einschränkungen der Fördermöglichkeiten geführt.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die hohe Fremdvverschuldung die Finanzierungsfähigkeit des Konzerns gefährdet und deshalb zurückgeführt werden muss.

In der Folge müssen die geplanten Investitionen auch unter Rentabilitätskriterien priorisiert werden.

Für den Geschäftsbereich der Städtische Werke Energie + Wärme GmbH sind deutlich verschlechterte Ergebnisse aufgrund fallender Strompreise und einem hohen Eigenproduktionsanteil entstanden. In der mittelfristigen Betrachtung ist dieses Risiko weiterhin gegeben.

In der Sparte **Abfallentsorgung** besteht in Deutschland ein gravierender Preisverfall. Durch Verbrennungsüberkapazitäten hat sich ein wirtschaftliches Risiko entwickelt, da ein Mangel an verfügbaren Abfällen besteht. Durch langfristige Entsorgungsverträge des MHKW mit kommunalen Kunden wird eine gewisse Planungssicherheit bis 2019/2020 gewährleistet.

Allerdings ergeben sich durch die Verpflichtungen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes entsprechende Vorgaben zur Getrennterfassung von Abfallströmen, die zu einer Mengenreduzierung bei den kommunalen Kunden führen.

Im Hinblick auf die kartellrechtliche Überprüfung der Wasserpreise besteht weiterhin das Inanspruchnahme-Risiko für den Zeitraum vor der Rekommunalisierung (1. April 2012).

Unter Berücksichtigung der Rechtsprechung wurde die gebildete Rückstellung angepasst.

Die vielfältigen Änderungen im **Verkehrs- und Energiesektor** erhöhen die Anforderungen an die Controlling-systeme. Mit erforderlichen Anpassungen wurden die Controllingsysteme kontinuierlich verfeinert und aufeinander abgestimmt. In allen Unternehmen finden unterjährige Überwachungen der Erlös- und Kostensituation im Rahmen eines monatlichen Berichtswesens statt. Daneben wird der gezielte Optimierungsbedarf im Rahmen einer Profit-Centerrechnung ermittelt. Diese Controlling- und Risikomanagementsysteme ermöglichen eine frühzeitige Analyse des Geschäftsverlaufs.

Mit Blick auf die zunehmende Globalisierung des Wettbewerbs, den Ausbau der Geschäftsfelder mit überregionalen Geschäftstätigkeiten sowie einer Vielzahl indirekter Beteiligungen, sind den Möglichkeiten zur Steuerung und Kontrolle durch die Beteiligungsverwaltung der Stadt Kassel inzwischen deutliche Grenzen gesetzt.

Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit für das Unternehmen nicht erkennbar.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft einen Zuschuss in Höhe von 200 TEUR geleistet.

KVV Konzern

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 2163
Rechtsform:	Aktiengesellschaft	
Tätigkeitsbereich:	Bau und Betrieb von Straßenbahnen und sonstigen Verkehrsmitteln für den öffentlichen Personenverkehr in Kassel und der Region. Weiterhin ist die Gesellschaft innerhalb dieser Grenzen zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung der Geschäftszwecke notwendig und nützlich erscheinen.	
Eigentümer:	Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	93,5%
	Stadt Kassel	6,5%
Beteiligungen:	Regionalbahn Kassel GmbH (RBK)	50,0%
	RegioTram Gesellschaft mbH (RTG)	50,0%
Kapitalangaben:	Grundkapital	22.244.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Satzung in der Fassung vom 28.06.01 Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 24.11.87	
Wirtschaftsprüfer:	Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Diplom-Kaufmann Andreas Helbig Diplom-Ökonom Dr. Thorsten Ebert Diplom-Ingenieur Norbert Witte	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender) Betriebsratsvorsitzender Ralf Salzmänn, Baunatal (stellvertretender Vorsitzender) Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Harald Fennel, Borken Gewerkschaftssekretär ver.di Landesbezirk Hessen Axel Gerland, Breuna Straßenbahnfahrer Dieter Güth, Kassel Diplom-Ingenieur Dominique Kalb, Kassel Industriemechaniker Tumucin Kara, Vellmar Eventmanager Christian Knauf, Kassel	

Prokuristen:	Stadtbaurat Christof Nolda, Kassel
	Industriemechaniker Gernot Rönz, Kassel
	Einzelhandelskauffrau Cornelia Sesselmann, Kassel
	Polizeibeamter Volker Zeidler, Kassel
	Sabine Bernhardt
	Dr. Mark Eppe
	Reiner Blobel
	Martin Schwegmann
	Karsten Kamutzki
	Stefan Noll
	Klaus Reintjes
	Walter Bien

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	95.299	95.069
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-15.024	-16.709
Bilanzsumme	TEUR	256.139	260.153
Investitionen	TEUR	23.847	16.138
Fremd-Darlehen	TEUR	64.979	63.664
Personal	Anzahl	632	597
Eigenkapitalquote	%	47,9	47,2
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-3.629	-3.674
Gesamtverschuldung	%	52,1	52,8
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	151	159
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,32	0,31

Lagebericht (Kurzfassung)

Am 09.11.2009 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel die Betrauung der KVG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) beruhenden Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Kassel beschlossen. Auf Grundlage dieser Betrauung konnte die KVG die Übergangsfristen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments (EU) nutzen. Durch diese Verordnung sind sowohl Ausschreibungen als auch Direktvergaben möglich. Zusätzlich sieht die Verordnung Übergangsfristen vor, in denen Vergaben nach alter Rechtslage, dem sogenannten „Altmark Trans Urteil“ des Europäischen Gerichtshofes, aufrechterhalten werden können. Die Direktvergabe der Straßenbahnverkehrsleistung an die KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN) oder alternativ an die KVG blieb somit nach alter Rechtslage möglich. Grundlage sind die Regelungen in § 4 Abs. 8-12 des derzeit gültigen Konsolidierungsvertrages zwischen der Stadt Kassel und der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) vom 21.07.2008. Daneben war es auch möglich, die Vergabe nach der EU-Verordnung (EU-VO) 1370/2007 durchzuführen.

Auf Basis des bestehenden Beschlusses aus dem Jahr 2009 wurde eine neue Liniengenehmigung für den Stadtverkehr Kassel, Baunatal und Vellmar durch die KVG beantragt und am 03.12.2012 durch das RP Kassel genehmigt. Die Neukonzession läuft bis zum 14.12.2024.

Für den Tramverkehr im Lossetal existiert eine Bestandsbetrauung der RBK auf Basis der Finanzierungsverträge mit den betroffenen Gemeinden und Landkreisen. Diese fällt ebenfalls unter die Übergangsregelungen der EU-Verordnung, sodass auch hier lediglich eine neue PBefG-Liniengenehmigung beantragt werden musste. Die Genehmigung wurde am 07.02.2013 an die RBK mit einer Laufzeit bis 01.10.2028 erteilt. Mit Bescheid vom 26.02.2013 wurde der RBK zudem die Genehmigung gemäß § 6 AEG bis zum 29.02.2028 durch das RP Kassel erteilt.

Auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar wird auch die Konzession für die Busverkehre in Kassel durch die KVG beantragt. Diese läuft derzeit bis zum 13.12.2014.

Die Verkehrslandschaft im Konzern besteht aus den Unternehmen KVG, KVN sowie der Beteiligung der KVG an der RBK. Die Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (NVV) als regionale Aufgabenträgergesellschaft ist Besteller des regionalen Bus- und Schienenverkehrs. Die KVG ist die lokale Aufgabenträgergesellschaft in Kassel und nimmt dort die Bestellerfunktion wahr.

Daneben stellt die KVG den „Ersteller-Unternehmen“ NB Nordhessenbus GmbH (NB) und KVN die bei ihr angestellten Fahrer, Fahrzeuge, Trassen sowie diverse Dienstleistungen zu marktfähigen Preisen zur Verfügung. Die KVG beauftragt die KVN mit der Erbringung der Tramverkehrserstellung. Die NB hat die Betriebsführung für ihre Konzessionen auf die KVG übertragen, sodass die KVG gegenüber ihren Kunden für den Betrieb umfassend verantwortlich ist.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Das im Berichtsjahr erwirtschaftete Ergebnis lag mit -16,8 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert (-15,1 Mio. EUR). Dieser Rückgang war im Wesentlichen in den höheren Abschreibungen begründet. Auf Basis des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages zwischen der KVV und der KVG erfolgte eine vollständige Verlustübernahme durch die KVV.

Der Nachtrag zum derzeit gültigen Konsolidierungsvertrag vom 21.07.2008 wurde zwischen der Stadt Kassel und der KVV abgeschlossen und trat zum 01.01.2010 in Kraft. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2014. Beide Parteien haben im Vertrag erklärt, dass sie beabsichtigen, den Vertrag deutlich über 2014 hinaus fortzuführen. Zielsetzung des Vertrages ist es, die wirtschaftliche Verantwortung der Unternehmen zu stärken, die Arbeitsplätze zu sichern, die Kreditwürdigkeit weiter zu verbessern und langfristig kalkulierbare Handlungsbedingungen für beide Seiten zu schaffen.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen aus dem Konsolidierungsvertrag und weitere Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung werden weiterhin im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen.

Der Kauf der 22 neuen Niederflurstraßenbahnen erhöht die Kapitalkosten, da für die neuen Fahrzeuge keine Förderung mehr durch das Land Hessen bereitgestellt wird. Nachdem die KVG ihr Ergebnis über 10 Jahre mit ca. -14,4 Mio. EUR trotz Lohn- und Preissteigerungen konstant halten konnte, wird im nächsten Jahr – analog 2013 – von einer Verschlechterung der Ergebnissituation ausgegangen. Im Mittelfristzeitraum soll der Zielergebniskorridor von ca. -15,0 Mio. EUR wieder erreicht werden. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden im Rahmen des oben genannten Projekts „mobil4kassel – KVG 2020“ entwickelt.

Die Konzession für das Linienbündel 109 „Lohfelden / Söhrewald“ ist zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 ausgelaufen. Aufgrund der Direktvergabe des Stadtbusverkehrs seitens der Stadt Kassel an die NB hat sich

diese nicht erneut für die Linienkonzession des Bündels 109 „Lohfelden / Söhrewald“ beworben. Der daraus resultierende Wegfall von Verkehrsleistungen hat auf die Auslastung der originären Produktionsfaktoren der NB jedoch nur geringen Einfluss, da der Subunternehmeranteil im Bündel 109 in den letzten Jahren sukzessive erhöht wurde.

Auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar soll auch die Konzession für die Busverkehre in Kassel durch die KVG beantragt werden. Die schriftliche Beantragung soll im zweiten Quartal 2014 umgesetzt werden.

Bezüglich der Finanzierungsvereinbarung für den Tramverkehr nach Baunatal liegt ein schriftlicher Vermerk der Stadt Baunatal vor, dass diese die bestehende Vereinbarung um zwei weitere Jahre bis Ende 2016 verlängern möchte.

Im Rahmen der Fortschreibungen des NVP werden mehrere Erweiterungen des Tramnetzes diskutiert. Im Tram- und Busnetz sind weitere qualitative sowie wirtschaftliche Optimierungen durch die Entwicklung eines neuen Verkehrsnetzes vorgesehen.

Die genannten Herausforderungen bilden auch in den Jahren 2014 und 2015 den Ausgangspunkt für die Fortsetzung des Wachstumskurses der KVG.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Kalenderjahr 2013 hat die Stadt Kassel Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) in Höhe von 4.094.928,33 € gegenüber der Gesellschaft gewährt und 5.400.000,00 € als Kapital- und Investitionszuschüsse geleistet.

KVV Konzern**Kasseler Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH**

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 13553
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs in Kassel und der Region sowie die Erbringung von Dienstleistungen für Verkehrsbetriebe.	
Eigentümer:	Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	100,0%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 30.06.2004	
Wirtschaftsprüfer:	Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Sven Möller	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Keinen. Der Aufsichtsrat der KVV wird über die Aktivitäten der KVN unterrichtet.	
Prokuristen:	- Sabine Bernhardt - Dr. Mark Eppe	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	34.058	34.505
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	25	17
Bilanzsumme	TEUR	685	709
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	195	225
Eigenkapitalquote	%	3,7	3,5
Cash flow (nur AFA)	TEUR	25	17
Gesamtverschuldung	%	96,3	96,5
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	175	153
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,14	0,17

Lagebericht (Kurzfassung)

Die KVN hielt bis zum 15.12.2012 die Konzessionen für die Straßenbahnlinien, mit denen die Verkehrsleistungen innerhalb der Städte Kassel, Baunatal und Vellmar erbracht werden. Die Betriebsführung für die Straßenbahnverkehre wurde gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Personenbeförderungsgesetzes an die KVG übertragen. Die KVG hatte ihrerseits die KVN mit der Erbringung der Verkehrsleistung beauftragt. Die jeweiligen Konzessionen lagen bis Ende 2012 vor.

Mit Inkrafttreten der neuen Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates am 03.12.2009 wurde eine neue Grundlage zur Vergabe von öffentlichen Personenbeförderungsleistungen geschaffen. Durch diese sind sowohl Ausschreibungen als auch Direktvergaben möglich. Zusätzlich sieht die Verordnung Übergangsfristen vor, in denen Vergaben nach alter Rechtslage, dem sogenannten „Altmark Trans Urteil“ des Europäischen Gerichtshofes, aufrechterhalten werden können. Am 09.11.2009 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel die Betrauung der KVG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigung nach dem PBefG beruhenden Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Kassel beschlossen. Hiermit können die Übergangsfristen der genannten EU-Verordnung genutzt werden. Die Direktvergabe der Straßenbahnverkehrsleistung an die KVN oder alternativ an die KVG blieb somit nach alter Rechtslage möglich. Grundlage sind die Regelungen in § 4 Abs. 8-12 des gültigen Konsolidierungsvertrages zwischen der Stadt Kassel und der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) vom 21.07.2008. Aufgrund der insbesondere vergaberechtlich strengeren Vorgaben bei einem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA) beantragte die KVG auf Basis des bestehenden Beschlusses aus 2009 (s. o.) am 10.09.2012 eine neue Liniengenehmigung. Diese wurde am 03.12.2012 durch das Regierungspräsidium (RP) Kassel mit einer Laufzeit bis zum 14.12.2024 erteilt. Die KVG beauftragt die KVN weiterhin mit der Erbringung der Verkehrsleistung. Die bestehenden vertraglichen Regelungen wurden dahingehend angepasst.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Der Geschäftsverlauf war im Jahr 2013 ausgeglichen. Die KVN schloss das Berichtsjahr mit einem Gewinn von 17,4 Tsd. EUR (Vorjahr 25,1 Tsd. EUR) ab. Der Gewinn wurde auf Basis eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages an die KVV abgeführt.

Im Geschäftsjahr wurden zur Sicherung der Liquidität der KVN Kreditlinien durch die KVV eingeräumt.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

In Verbindung mit der laufzeitkonformen Koppelung der vertraglichen Vereinbarungen für Personal und Fahrzeuge einerseits und des Verkehrsvertrages andererseits wird sichergestellt, dass ausreichend Personal bzw. Betriebsmittel zu festgelegten Konditionen zur Verfügung stehen und das eigene Personal ausgelastet werden kann. Im Zuge von Neueinstellungen wird die Zahl von KVN-Fahrpersonalen auch künftig ansteigen.

Im Rahmen des lokalen Nahverkehrsplans (NVP) – einem strategisch-planerischen Konzept zur weiteren Entwicklung des ÖPNV – soll im März 2014 das Beschlussverfahren beginnen. In diesem durchläuft der Plan die politischen Gremien der Stadt Kassel. Die im NVP erarbeiteten Vorgaben sind unter anderem Grundlage für die strategische Netzentwicklung im Rahmen des Projekts „mobil4kassel – KVG 2020“ und stellen auch mittelfristig die Basis für einen positiven Geschäftsverlauf der KVN in Aussicht.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 6543
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Beratung u. Planung im Bereich des Verkehrs- und Stadtbauwesens Baudurchführung, Bauüberwachung sowie alle sonstigen damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben	
Eigentümer:	Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	100,0%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Gezeichnetes Kapital	26.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftervertrag in der Fassung vom 19.06.01 Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der KVV GmbH vom 30.07.97	
Wirtschaftsprüfer:	Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Dipl.-Ing Karsten Luttrup-Bauer Dipl.-Ing. Bruno Jerlitschka	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender) Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland, Breuna (stellvertretender Vorsitzender) stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Lothar Alexi, Staufenberg Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel Holztechnikerin Anke Bergmann, Kassel Maler- und Lackierermeister Bernd-Peter Doose, Kassel Bezirksgeschäftsführer ver.di Nordhessen Harald Fennel, Borken Assessor jur. Christian Geselle, Kassel Straßenbahnfahrer Dieter Güth, Kassel Berufspädagoge Hermann Hartig, Kassel Betriebsratsvors. Städtische Werke AG, Klaus Horn, Söhrewald Diplom-Ingenieurin Eva Koch, Kassel Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen Berthold Leinweber, Eichenzell (seit 30.01.2012)	

Stadtbaurat Christof Nolda, Kassel (seit 30.01.2012)
 Elektro-Installateurmeister Volker Reitze, Kassel
 Industriemechaniker Gernot Rönz, Kassel
 Industriekaufmann Ralf Salzmann, Baunatal
 Einzelhandelskauffrau Cornelia Sesselmann, Kassel
 Gas- und Wasserinstallateur Ludwig Vogt, Kassel

Prokuristen: Sabine Bernhardt

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.397	2.238
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	96	-78
Bilanzsumme	TEUR	277	263
Investitionen	TEUR	39	1
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	17	14
Eigenkapitalquote	%	9,4	9,9
Cash flow (nur AFA)	TEUR	105	-65
Gesamtverschuldung	%	90,6	90,1
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	141	160
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,37	0,35

Lagebericht (Kurzfassung)

Die KVC erbringt vorwiegend Planungs-, Projektsteuerungs- und Beratungsleistungen in den Bereichen ÖPNV, Eisenbahnwesen, Verkehrs- und Stadtplanung sowie Architektur, Ingenieurbau und Facility/Bauunterhaltung. Die Aktivitäten im Bereich „Hochbau“ konzentrierten sich im Jahr 2013 vor allem auf die Bauüberwachung für den Neubau des Kombi-Bades am Auedamm und die damit verbundene Rechnungsprüfung. Weiterhin standen Leistungen im Zuge der Sanierung des Hochbehälters Kratzenberg und der Vorbereitungen zur Errichtung der Windenergieanlagen des „Windparks Söhrewald/Niestetal“ im Fokus.

Die Schwerpunkte des Bereichs „Verkehrsplanung“ lagen in den Planungsleistungen zur Kapazitätsoptimierung auf der Strecke der Tramlinie 1 zwischen Wilhelmshöhe und Vellmar, den Anpassungen für den RegioTram-Betrieb im Bereich der Holländischen Straße und dem barrierefreien Ausbau von ÖPNV-Haltestellen im Stadtgebiet Kassel.

Weitere Projekte, die im Geschäftsjahr von der KVC bearbeitet wurden, sind insbesondere:

- Ausführungsplanung für den Umbau der Kurfürstenstraße in der Stadt Kassel
- Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen in der Stadt Vellmar
- Planungsleistungen für den Ausbau von Bushaltestellen in der Gemeinde Calden
- Planungsleistungen für den Umbau des Kundenzentrums Kurfürstengalerie
- Standort- und Raumkonzept für den KVV-Konzern

Analyse des Geschäftsverlaufes

Das Unternehmensergebnis lag im Geschäftsjahr bei -78 Tsd. EUR (Vorjahr 93 Tsd. EUR). Das Geschäftsjahr wurde erstmals nicht mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen, da seitens der KVC Mehrleistungen für den Neubau des Kombi-Bades am Auedamm erbracht worden sind, die nicht in dem zwischen der Städtische Werke AG und KVC abgeschlossenen HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure)-Vertrag geregelt sind und somit nicht weiterberechnet werden konnten. Der Verlust wurde aufgrund eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages von der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) übernommen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Im Geschäftsjahr 2014 werden im Bereich „Verkehrsplanung“ vor allem die Projekte zum Umbau der Friedrich-Ebert-Straße, zur Anbindung des Stadtteils Waldau an die RegioTram sowie zu den Planungen des barrierefreien Ausbaus von Bushaltestellen in diversen Kommunen für eine gute Auslastung sorgen. Weitere Planungen für den Umbau von Tramhaltestellen in der Stadt Kassel bilden zusätzlich wichtige, anstehende Maßnahmen.

Wesentliche Projekte für den Bereich „Hochbau“ stellen die Bearbeitung der Leistungsphase 9 (Objektbetreuung und Dokumentation) beim Kombi-Bad am Auedamm, die Fertigstellung der Sanierung des Hochbehälters Kratzenberg, die anstehende Grundlagenermittlung und Vorplanung bei den Windenergieanlagen „Kaufunger Stiftswald“ und „2 Berge“ sowie weitere Planungsleistungen im Zuge der Sanierungen der Kasseler Freibäder dar.

In den Jahren 2014 und 2015 wird von einer stabilen Geschäftsentwicklung der KVC ausgegangen, vor allem dann, wenn für das Projekt Waldau die erforderlichen Planungsleistungen zu erbringen sind. Trotzdem bedarf es weiterhin einer kontinuierlichen Akquisition von lokalen und regionalen Neuprojekten, um die Auftragslage der KVC zu stabilisieren.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 13001
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Akquisition u. ordnungsgemäße Verwertung von Abfällen	
Eigentümer:	Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	50,0%
	Landkreis Kassel	50,0%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Stammkapital	25.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftervertrag in der Fassung vom 22.12.1992	
Wirtschaftsprüfer:	Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Karl-Heinz Schreyer Uwe Pietsch	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Keiner. Es wird im AR der KVV GmbH über die geschäftlichen Aktivitäten der KEG berichtet.	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	376	404
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	16	18
Bilanzsumme	TEUR	284	348
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	57,7	50,6
Cash flow (nur AFA)	TEUR	11	12
Gesamtverschuldung	%	42,3%	49,4
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Die KEG als Gemeinschaftsunternehmen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) und des Landkreises Kassel fungiert als Bindeglied zwischen Abfallentsorgung Kreis Kassel (AKK) und der Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW). Der Aufgabenbereich der KEG orientiert sich damit schwerpunktmäßig an den unternehmerischen Aktivitäten ihrer Gesellschafter.

Die KEG trägt zur Auslastung der Entsorgungskapazitäten der Gesellschafter bei und erschließt zusätzliche Geschäftspotenziale durch externe Entsorgungsmöglichkeiten. Die KEG agiert bei der Verwertung gewerblicher Abfälle im Landkreis Kassel im privatrechtlichen Rahmen und kann dadurch auf die regionale Wettbewerbssituation äußerst flexibel reagieren. Das Leistungsspektrum der KEG umfasst die zyklische Bereitstellung und Entleerung von Umleerbehältern sowie die Unterstützung ihrer Kunden bei einzelnen Projekten, indem sie ihnen Container zur Verfügung stellt. Daneben agiert die KEG als Maklerin und vermittelt Kontakte für externe Entsorger. Der Maklerbereich greift dabei auf Geschäftsfelder der MHKW und der AKK zu.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Umsatzerlöse stiegen im Geschäftsjahr 2013 auf 403,8 Tsd. EUR (Vorjahr 376,5 Tsd. EUR) an. Der Umsatzanstieg resultierte vorwiegend aus der Zunahme der Verwertung gewerblicher Abfälle.

Parallel zur Steigerung der Umsatzerlöse erhöhte sich der Betriebsaufwand auf 389,2 Tsd. EUR (Vorjahr 364,8 Tsd. EUR). Ursache waren erhöhte Aufwendungen für bezogene Leistungen, die vor allem Dienstleistungen der Gesellschafter beinhalten.

Das Geschäftsergebnis lag im Berichtsjahr mit 12,5 Tsd. EUR über dem Vorjahresergebnis von 10,9 Tsd. EUR. Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Geschäftsentwicklung der Vorjahre zeigt, dass die KEG mit ihrem unternehmerischen Konzept auch bei schwierigen Wettbewerbsbedingungen erfolgreich am Markt agieren kann. Dies konnte durch Gewinn der Ausschreibung der Abfallentsorgung des KVV-Konzerns für das Jahr 2014 erneut unter Beweis gestellt wer-

den. Die Wahrnehmung von Synergien durch die Nutzung der technischen und personellen Infrastruktur ihrer Gesellschafter eröffnen der KEG weitere Wachstumspotenziale. Sie wird auch künftig die Entsorgungstätigkeiten der Gesellschafter sinnvoll ergänzen und die damit verbundenen Vorteile für sich nutzen. Daher wird für die Zukunft weiterhin eine positive Geschäftsentwicklung der KEG erwartet.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Regionalbahn Kassel GmbH (RBK)

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 5251
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Die zweckmäßige und wirtschaftliche Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs im Raum Kassel auf dem Gebiet der Verkehrsplanung und des Leistungsangebotes im Rahmen von Kooperationen, der Betrieb der Straßenbahn nach Baunatal, die Planung, Realisierung und der Betrieb der Losetalbahn sowie weitere Schienenverkehrsprojekte im Raum Kassel sowie die Optimierung der Bus-Schienen-Verknüpfungen.	
Eigentümer:	Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG	50,0%
	Hessische Landesbahn Basis AG	50,0%
Beteiligungen:	RegioTram Betriebsgesellschaft mbH, Kassel	49,0%
Kapitalangaben:	Stammkapital	260.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag	
Wirtschaftsprüfer:	HTW Wirtschaftsprüfung GmbH	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Dr. Thorsten Ebert Veit Salzmann	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	17.392	18.166
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	210	280
Bilanzsumme	TEUR	109.341	102.730
Investitionen	TEUR	1.187	374
Fremd-Darlehen	TEUR	42.610	39.086
Personal	Anzahl	22	-
Eigenkapitalquote	%	34,9	34,5
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	4.424
Gesamtverschuldung	%	65,1	65,5
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Im Geschäftsfeld RegioTram (RT) wurden bis zum Fahrplanwechsel 2013/2014 ca. 2,5 Mio. Zugkilometer im Linienverkehr erbracht. Demnach blieben das Liniennetz und Verkehrsangebot nahezu unverändert. Die Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (NVV) hat ab Dezember 2013 das RT-Zielkonzept bestellt. Hierbei fahren die RT-Linien von Kassel nach Wolfhagen, Hofgeismar/Hümme und Melsungen im 30-Minuten-Takt im Tagesverkehr. Treysa wird im 60-Minuten-Takt bedient. Die Linie RT 9 zwischen Kassel und Treysa wird nur noch bis Dezember 2014 Bestandteil des RT-Netzes sein, da diese Strecke ab 2015 von der HLB Hessenbahn GmbH mit Eisenbahnfahrzeugen separat bedient werden soll.

Nach intensiver Prüfung mehrerer Varianten für eine optimale Linienführung in der Innenstadt von Kassel wurde gemeinsam von NVV und der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVG) eine Führung der Linien RT 3 und RT 4 in der Holländischen Straße als die sinnvollste Strecke entwickelt. Hier liegen erhebliche Fahrgastpotenziale, u. a. durch die Erweiterung des Universitätsstandortes Holländischer Platz, die mit der RT wirtschaftlich befördert werden können. Der hierzu notwendige Ausbau der Infrastruktur in der Holländischen Straße für die Befahrung mit den (breiteren) RT-Fahrzeugen wurde im Sommer 2013 abgeschlossen. Daher werden auf der RBK-Infrastruktur in der Leipziger Straße zukünftig nur noch geringe Trassenerlöse der RBK durch die RT erzielt.

Im Dezember 2012 endete der Verkehrsvertrag der RegioTram Betriebsgesellschaft mbH (RTB) mit dem NVV. Diese Leistung wurde in einem europaweiten Wettbewerbsverfahren ausgeschrieben. Da der erforderliche zeitliche Vorlauf eine Vergabe erst im Dezember 2013 zuließ, wurde für das Jahr zwischen den Verträgen die Leistung direkt an die RTB vergeben. Im November 2012 erhielt die Bietergemeinschaft aus KVG und Hessische Landesbahn GmbH den Zuschlag der Ausschreibung und gründete zur Durchführung der RT-Verkehre am 18.03.2013 die RegioTram-Gesellschaft mbH (RTG) mit Geschäftssitz in Kassel. Die Übertragung der verkehrsvertraglichen Regelungen von der Bietergemeinschaft auf die RTG wurde am 05.12.2013 vom NVV genehmigt. Der Auftrag zur Leistungserbringung begann somit am 15.12.2013 und endet am 10.12.2023, mit einer Verlängerungsoption um sieben Monate. Die Leistung beinhaltet im Fahrplanjahr 2014 ca. 3,0 Mio. Zugkilometer, in den Jahren 2015 bis 2023 jeweils ca. 2,3 Mio. Zugkilometer. Die Diskrepanz des Leistungsvolumens im ersten Betriebsjahr ergibt sich aus dem Betrieb der Linie RT 9, die lediglich noch bis Ende 2014 Bestandteil des RT-Netzes ist.

Die neue Betriebsgesellschaft RTG hat eigenes Personal eingestellt, um die operativen Tätigkeiten eigenverantwortlich durchzuführen. Daher ist die RBK ab dem Fahrplanwechsel 2013/2014 nicht mehr unmittelbar an der Erbringung der Verkehrsleistung beteiligt.

Dem neuen, dreiseitigen „Fahrzeugbereitstellungsvertrag und Vertrag über die Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge“ zwischen der RTG, RBK und KVG wurde seitens des NVV am 11.12.2013 zugestimmt. In diesem ist geregelt, dass die RBK als Fahrzeugeigentümerin die 28 RT-Fahrzeuge bereitstellt und die KVG die Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge übernimmt. Der Vertrag endet am 10.12.2023 und stiftet eine hohe Planungssicherheit bei allen Gesellschaften.

Neben dem Geschäftsfeld RT ist die RBK als Eisenbahn- und Straßenbahnverkehrsunternehmen auch am Fahrgastmarkt im Lossetal im Schienenpersonennahverkehr aktiv. Sie hat die Konzessionen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und die eisenbahnrechtlichen Genehmigungen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) für die Strecke in das Lossetal inne.

Die Genehmigung für den Straßenbahnbetrieb im Lossetal für Bau und Betrieb des Abschnittes Kassel-Lindenberg bis Kaufungen-Papierfabrik gilt bis zum 30.06.2022. Die Genehmigung für die Erbringung der Straßenbahnverkehre im Lossetal (Linien 4/N4 im Abschnitt Lindenberg-Hessisch Lichtenau) hatte eine Laufzeit bis zum 28.02.2013. Die Konzession wurde durch das Regierungspräsidium Kassel (RP) Ende 2012 mit einer Laufzeit bis zum 01.10.2028 erteilt. Zudem besteht eine Genehmigung für Bau und Betrieb der Straßenbahninfrastruktur von Helsa bis Hessisch Lichtenau bis zum 15.07.2027. Die Genehmigung zum Betrieb der Eisenbahninfrastruktur im Lossetal ist bis zum 28.02.2048 erteilt.

Die RBK vermietet der KVG ihre 15 Straßenbahnfahrzeuge. Die KVG wartet die Fahrzeuge und stellt Fahrzeuge für den Lossetalverkehr wiederum der RBK zur Verfügung. Die Finanzierung des Lossetalverkehrs erfolgt im Rahmen des Leistungs- und Finanzierungsvertrages mit dem NVV sowie den Städten und Gemeinden im Lossetal. Dieser Vertrag hat keine Laufzeitbegrenzung, sondern kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Fahrplanjahres gekündigt werden. Die Einnahmeverantwortung liegt bei der RBK.

Darüber hinaus ist die RBK als Eisenbahninfrastrukturunternehmen verantwortlich für die Schieneninfrastruktur im Lossetal und in Baunatal. In Baunatal stellt die RBK gemeinsam mit der HLB Basis AG die Infrastruktur bereit. Die Konzession für den Betrieb der Straßenbahninfrastruktur in Baunatal ist der RBK bis zum Fahrplanwechsel 2029 erteilt, die Genehmigung zum Betrieb der Eisenbahninfrastruktur hat die HLB Basis AG. Die Bewirtschaftung der Infrastruktur in Baunatal und im Lossetal erfolgt überwiegend durch Leistungen der Gesellschafter KVG und HLB Basis AG. Für die Nutzung der Trasse Baunatal bezahlt die KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN) ein Entgelt (Trassengebühren), das zur Refinanzierung der Trasse dient. Der Fahrplan der RT ab Fahrplanwechsel 2014 sieht keine Befahrung der Trasse im Lossetal vor, sodass die anteiligen Erlöse der Vorjahre entfallen.

Derzeit wird die Möglichkeit untersucht, die Strecke im Lossetal der RBK, die bislang nach der Eisenbahnbetriebsordnung (EBO) betrieben wird, in einen vereinfachten EBO-Betrieb oder möglichst sogar in eine Strecke im Sinne der Straßenbahnbetriebsordnung (BOStrab) umzuwandeln. Hintergrund ist, dass die Lossetalbahn nach wie vor in einem Zustand betrieben wird, der einen Parallelverkehr von Straßenbahnen und Güter- bzw. Vollbahnzügen erlaubt. Nach dem Rückzug der DB im Güterverkehr auf der Strecke wird nur noch ein Straßenbahnbetrieb im Mischbetrieb (EBO und BOStrab) durchgeführt.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Im Jahr 2013 betragen die Umsatzerlöse 18,2 Mio. EUR und lagen damit über dem Vorjahreswert von 17,4 Mio. EUR.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit lag vor Steuern für das Geschäftsjahr bei 279,5 Tsd. EUR (Vorjahr 210,3 Tsd. EUR). Die RBK erzielte einen Jahresüberschuss von 84,6 Tsd. EUR (Vorjahr 68,9 Tsd. EUR). Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Für das Jahr 2014 wird nach derzeitigem Stand von einem planmäßigen Geschäftsverlauf ausgegangen, da die wesentlichen Aktivitäten der RBK durch Verträge mit ihren Gesellschaftern, dem NVV, der RTG und den Städten und Gemeinden abgesichert sind.

Ein Schwerpunkt der RBK wird in der Neuverhandlung der Finanzierungsvereinbarungen im Lossetal mit dem NVV und den betroffenen Gemeinden liegen. Daneben wird die Untersuchung der Lossetalstrecke bzgl. einer Umwidmung auf einen vereinfachten EBO oder gar einen BOStrab-Betrieb vorangetrieben.

Für den Betrieb im Lossetal wird weiterhin eine aktive Werbung um Fahrgäste erforderlich sein, um die erfolgten Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln sowie allgemeine Kostensteigerungen (Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst und steigende Fahrstromkosten) zu kompensieren.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

RegioTram Betriebsgesellschaft mbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 13335
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung und Planung kombinierter Schienenverkehrsleistungen nach der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) und der Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen (BO-Strab) und ferner die Vornahme sämtlicher Handlungen, die sich unmittelbar und mittelbar auf den Gegenstand der Gesellschaft beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern.	
Eigentümer:	DB Regio Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	51,0%
	Regionalbahn Kassel GmbH, Kassel	49,0%
Beteiligungen:		
Kapitalangaben:	Stammkapital	26.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 13. August 2007	
Wirtschaftsprüfer:	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Roland Bendle, Mainz-Kastel Klaus-Peter Reintjes, Kassel	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	33.692	34.729
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	174	177
Bilanzsumme	TEUR	3.420	4.189
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	6,6	6,4
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	93,4	93,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

RegioTram Gesellschaft mbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 16063
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Erbringung und Planung kombinierter Schienenverkehrsleistungen nach der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) und der Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen (BO Strab)	
Eigentümer:	HLB Hessische Landesbahn GmbH, Frankfurt am Main	50,0%
	Kasseler Verkehrsgesellschaft AG, Kassel	50,0%
Beteiligungen:		
Kapitalangaben:	Stammkapital	50.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 19. März 2013	
Wirtschaftsprüfer:	Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Jochen Fink, Kelkheim Klaus Reintjes, Kassel	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2013
		IST
Umsatzerlöse	TEUR	32.437
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	200
Bilanzsumme	TEUR	3.300
Investitionen	TEUR	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-
Personal	Anzahl	-
Eigenkapitalquote	%	5,6
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-
Gesamtverschuldung	%	94,4
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Müllheizkraftwerk Kassel GmbH

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 601
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Das Müllheizkraftwerk Kassel einschließlich Nebenanlagen nach Maßgabe des Abfallentsorgungsplanes der Stadt Kassel zu optimieren, zu erneuern, zu erhalten und zu betreiben. Darüber hinaus kann das Unternehmen auch andere Abfallentsorgungs- und Energieerzeugungsanlagen errichten und bereitstellen.	
Eigentümer:	Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	97,5%
	Stadt Kassel	2,5%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	20.452.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Satzung in der Fassung vom 11.09.01 Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 15.11.96	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Diplom-Ingenieur Karl-Heinz Schreyer	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Bürgermeister Jürgen Kaiser, Kassel (Vorsitzender) Betriebsratsvorsitzender Städtische Werke AG Klaus Horn, Söhrewald (stellvertretender Vorsitzender) Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel Ausblidungsleiterin Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH Anja Drotleff, Wabern Rechtsanwalt Dr. Mark Eppe, Kassel Assessor jur. Günter Geisen, Kassel Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland, Breuna Betriebsleiter Die Stadtreiniger Kassel Diplom-Ingenieur Gerhard Halm, Kassel Geschäftsführer-Vorsitzender Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	

Diplom-Kaufmann Andreas Helbig, Kassel
 Schlosser Peter Holland, Niestetal
 Fernmeldemonteur Klaus-Peter Keller, Vellmar
 Diplom-Ingenieurin Eva Koch, Kassel
 Technischer Zeichner Klaus-Dieter Noll, Kassel
 Geschäftsführer i. R. Heinz Schmidt, Kassel
 Diplom-Ingenieurin Sabine Wollny, Kassel
 Diplom-Handelslehrer Heribert Völler, Kassel
 Geschäftsführer Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH
 Diplom-Ingenieur Norbert Witte, Kassel

Prokuristen: Martin Schwegmann

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	35.633	33.082
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	4.967	4.728
Bilanzsumme	TEUR	84.510	76.347
Investitionen	TEUR	3.927	1.374
Fremd-Darlehen	TEUR	-	14.407
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	24,2	26,8
Cash flow (nur AFA)	TEUR	12.163	13.403
Gesamtverschuldung	%	75,8	73,2
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Zu Beginn des Jahres konnte die konjunkturelle Entwicklung des Vorjahres nicht fortgesetzt werden. Ursache dafür war der kalte und lang anhaltende Winter. Die MHKW-Kundengruppen konnten aufgrund eines Stillstandes in einigen Branchen nicht die Planmengen einhalten. Mit Beginn des zweiten Quartals ergab sich jedoch ein konjunktureller Aufschwung, der bis zum Jahresende anhielt. Infolgedessen konnte die angestrebte Anliefermenge zum Jahresende noch übertroffen werden.

Seit Mitte des Jahres 2012 wird der Markt durch das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) beeinflusst, welches zum 01.06.2012 in Kraft trat. Dabei ist die MHKW im Wesentlichen durch die geänderte Abfallhierarchie und die Verpflichtung der öffentlich-rechtlichen Entsorger zur Getrenntsammlung von Bioabfällen betroffen. Durch weitreichende Vorschriften im Bereich des Recyclings und der Getrenntsammlungsverpflichtungen wird sich die Marktsituation weiterhin verschärfen.

Aufgrund der vorhandenen Überkapazitäten an Müllverbrennungsanlagen und damit verbundenen geringen Entsorgungspreisen ist die Marktlage weiterhin angespannt. Die MHKW begegnet dieser Entwicklung mit einer Optimierung ihrer Vertriebsstrategie. Im Mittelpunkt steht dabei eine serviceorientierte Bedienung der öffentlich-rechtlichen Entsorger. Dabei wird insbesondere die Erweiterung des Aufgabengebietes der MHKW voran-

getrieben. Neben der Akquise neuer Kunden setzt die MHKW verstärkt auf die Verwertung von Spezialabfällen, die von Drittkunden bezogen werden.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die MHKW erzielte ein Jahresergebnis auf Vorjahresniveau von 4,7 Mio. EUR, bei Gesamterlösen von 33,5 Mio. EUR (Vorjahr 38,8 Mio. EUR) und Aufwendungen von 28,8 Mio. EUR (Vorjahr 34,1 Mio. EUR). Das Jahresergebnis wurde vollständig an die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) abgeführt.

Nach Ende des Geschäftsjahres gab es keine besonderen Vorgänge.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die langfristigen Kooperationen mit kommunalen Kunden gewährleisten einen Großteil der zukünftigen Auslastung der MVA. Die Versorgung der Stadt Kassel mit Strom und Fernwärme und die durch den Betrieb der neuen Dampfturbine verbesserte Energieerzeugung sind ebenfalls wichtige Erfolgsfaktoren für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der MHKW.

Die Entwicklung des Abfallmarktes und der permanente Preisdruck erfordern, dass die MHKW ihren Kunden wie in der Vergangenheit marktgerechte Komplettlösungen anbietet. Die MHKW arbeitet partiell mit Wettbewerbern zusammen, um ihre Marktpräsenz zu stärken.

Ein weiteres Ziel der MHKW ist es, im Bereich der anderweitig zu verwertenden Abfallströme ihr Engagement auszubauen. Dazu wird zurzeit das Projekt „Umbau Abfallsortier- und Zerkleinerungsanlage“ umgesetzt. Es ist geplant, ab Sommer 2014 Bioabfälle für die Stadtreiniger Kassel umzuschlagen.

Die wirtschaftlichen und technischen Strukturen der MHKW bilden nach wie vor eine vielversprechende Grundlage, um auch künftigen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Daher wird derzeit für die Jahre 2014 und 2015 von Ergebnissen in Höhe des Berichtsjahres und der Vorjahre ausgegangen. Abfallentsorgung, Energieerzeugung und Rohstoffgewinnung stellen Geschäftsfelder dar, auf denen die MHKW auch weiterhin erfolgreich agieren kann.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

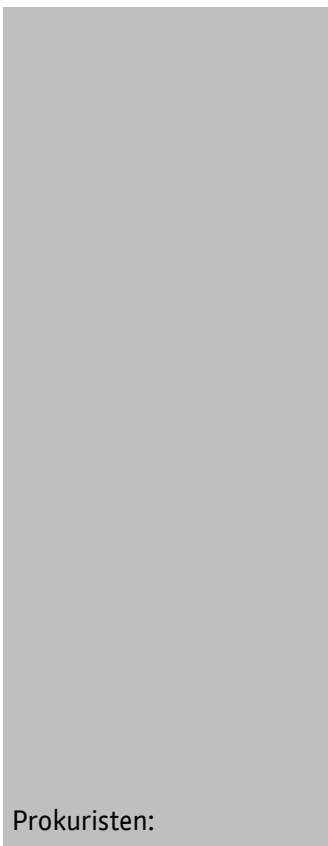
Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) in Höhe von 28.150.719,49 € gegenüber der Gesellschaft gewährt und Investitionszuschüsse in Höhe von 2.100.000,00 € geleistet.

KVV Konzern

items GmbH, Münster

Sitz:	Münster
Handelsregister:	Amtsgericht Münster HRB 5491
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung, die Beschaffung, die Einführung und der Betrieb von Systemen der Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnik sowie die damit zusammenhängenden Tätigkeiten in Organisationsfragen für die Gesellschafter und sonstige Unternehmen, an denen eine der an der items GmbH unmittelbar oder mittelbar beteiligten Städte Anteile hat, sowie für andere Kommunen und deren Einrichtungen und Unternehmen, soweit dies gemeinderechtlich zulässig ist.
Eigentümer:	Stadtwerke Münster GmbH, Münster 32,2% Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH, Kassel 23,1% Stadtwerke Lübeck Holding GmbH, Lübeck 19,3% Stadtwerke Osnabrück AG, Osnabrück 9,1% Energie AG, Menden 5,3% BEW Bocholt GmbH, Bocholt 4,8%
Beteiligungen:	items project GmbH, berlin 100,0%
Kapitalangaben:	Stammkapital 1.237.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 20.05.1999 in der derzeitigen gültigen Fassung vom 20.05.2009
Wirtschaftsprüfer:	Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Dipl.-Ing. Ludger Hemker, Laer
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Dr. Henning Müller-Tengelmann (Beiratsvorsitzender) Kaufmännischer Geschäftsführer Stadtwerke Münster GmbH, Münster Willie Nibbe (stellvertretender Beiratsvorsitzender) Geschäftsführer Stadtwerke Lübeck Holding GmbH, Lübeck Jürgen Elmer Geschäftsführer Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH, Bocholt



Andreas Helbig
 Vorstandsvorsitzender Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH,
 Kassel
 Wolfgang Heuer
 Stadtrat Stadt Münster
 Beigeordneter Dezernent
 Dezernat für Bürgerservice, Ordnung, Personal und Organisation
 Dr. Andreas Hoffknecht
 Technischer Geschäftsführer Stadtwerke Münster GmbH, Münster
 Manfred Hülsmann
 Vorstandsvorsitzender Stadtwerke Osnabrück AG, Osnabrück
 Stefan Krämer
 Geschäftsführer Energie & Umwelt Niederrhein GmbH, Moers
 Alfons Reinkemeier
 Stadtkämmerer Stadt Münster
 Beigeordneter Dezernent, Dezernat für Finanzen, Beteiligungs- und
 Vermögensmanagement
 Dr. Klaus Weimer
 Vorstand Energie AG Iserlohn-Menden, Menden
 Geschäftsführer Stadtwerke Iserlohn, Iserlohn

Prokuristen:

-

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	34.414	32.560
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	770	514
Bilanzsumme	TEUR	14.345	14.426
Investitionen	TEUR	1.116	2.360
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	168	159
Eigenkapitalquote	%	35,7	32,5
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	64,3	67,5
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Städtische Werke AG

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel, Telefon (0561) 782-0, Telefax (0561) 782-2121	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 2150
Rechtsform:	Aktiengesellschaft	
Tätigkeitsbereich:	Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme sowie der Betrieb von Badeeinrichtungen, Abfall- und Wertstoffbehandlungs- sowie Anlagen der Straßenbeleuchtung	
Eigentümer:	Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	75,1%
	Thüga AG	24,9%
Beteiligungen:	Städtische Werke Netz + Service GmbH	100,0%
	Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG	100,0%
	Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH	100,0%
	Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH	100,0%
	Städtische Werke Energie + Wärme GmbH	94,9%
	Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG	67,0%
	Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH	67,0%
	Biogas Müritz GmbH & Co. KG	62,5%
	Biogas Homberg GmbH & Co. KG	50,0%
	Biogas Homberg Verwaltungs GmbH	50,0%
	Biogas Müritz Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	50,0%
	Schwälmer Biogas Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	50,0%
	Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG	49,0%
	Schwälmer Biogas GmbH & Co. KG	40,0%
	Fulda-Eder Energie GmbH Co. KG	40,0%
	Karbener Biogas Verwaltungs GmbH	33,3%
	Karbener Biogas GmbH & Co. KG	35,9%
	Biogas Kellerwald GmbH & Co. KG	29,4%
	Stadtwerke Sangerhausen GmbH	25,1%
	Institut dezentrale Energietechnologien gGmbH	10,0%
	Gas Union GmbH	9,2%
	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	3,7%

	<u>über NSG</u>	
	Städtische Werke intelligent messen GmbH	100,0%
Kapitalangaben:	Grundkapital	48.654.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Satzung in der Fassung vom 12.06.01 Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 26.10.00	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Diplom-Kaufmann Andreas Helbig (Vorsitzender) Diplom-Ökonom Dr. Thorsten Ebert Diplom-Ökonom Stefan Welsch	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsit- zender) Betriebsratsvorsitzender Klaus Horn, Söhrewald (stellv. Vorsitzender) Kaufmännischer Angestellter Lothar Alexi, Staufen- berg Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland, Breuna Mitglied des Vorstands Thüga AG Dr. Gerhard Holtmeier, München Sekretärin Ute Jungton, Kassel Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Osthessen Berthold Leinweber, Eichenzell Betriebswirt Georg Lewandowski, Kassel Elektro-Installateurmeister Volker Reitze, Kassel Gas- und Wasserinstallateur Ludwig Vogt, Kassel Lehrerin Helga Weber, Kassel Vorstandsvorsitzender Thüga AG Ewald Woste, Mün- chen	
Prokuristen:	- Martin Schwegmann - Dr. Mark Eppe - Dr. Frank Hoster	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	407.712	446.445
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	19.325	19.051
Bilanzsumme	TEUR	340.118	402.470
Investitionen	TEUR	14.560	39.862
Fremd-Darlehen	TEUR	36.322	73.353
Personal	Anzahl	209	235
Eigenkapitalquote	%	37,2	31,4
Cash flow (nur AFA)	TEUR	16.912	17.410
Gesamtverschuldung	%	62,8	68,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	1.951	1.900
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,03	0,03

Lagebericht (Kurzfassung)

Die STW ist ein Tochterunternehmen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV). Nach der gesellschaftsrechtlichen Trennung von Energievertrieb und Netzbetrieb sind in der STW neben dem klassischen Energievertrieb das Portfoliomanagement, die Energieberatung und der Betrieb der Kasseler Schwimmbäder angesiedelt. Die 100%ige Tochter Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG) betreibt das über 2.430 Kilometer lange Stromnetz der Stadt, über 780 Kilometer Gashauptleitungen und 315 Kilometer Zuleitungen sowie im Auftrag des städtischen Eigenbetriebs KASSELWASSER das über 1.000 Kilometer lange Wasserleitungsnetz in Kassel und der Nachbarstadt Vellmar. Das Tochterunternehmen Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG), an der die STW zu 94,9 % beteiligt ist, ist für die Erzeugung von Strom und Fernwärme sowie das Fernwärmenetz verantwortlich.

Für die STW und ihre Tochtergesellschaften wurde 2012 eine einheitliche Markenstrategie entwickelt, die seit Jahresbeginn 2013 angewandt wird. Zentrales Element ist das Logo, welches als Wort-/Bildmarke maximale Wiedererkennbarkeit bieten soll. Die Tochtergesellschaft Kasseler Fernwärme GmbH firmierte zum 01.01.2013 in Städtische Werke Energie + Wärme GmbH um und wurde so in die Familienmarke „Städtische Werke“ aufgenommen, mit der die Unternehmen nun einheitlich am Markt auftreten.

Die Landeskartellbehörde Hessen (LKB) überprüft in Hessen intensiv die Wasserpreise. In neun Fällen leitete die LKB wegen Missbrauchsverdacht Kartellverfahren gegen Wasserversorgungsunternehmen ein. Gegen die STW erließ die LKB am 11.04.2008 eine Preissenkungsverfügung in Höhe von 37 % wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise. Die Preissenkungsverfügung war vom Zeitpunkt der Zustellung bis zum 31.12.2009 befristet. Gegen die Verfügung hatte die STW fristgerecht Beschwerde beim Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG wurde 2009 ausgesetzt und ruht seitdem.

Zum 01.01.2013 trat eine weitere Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) in Kraft. Wesentliche Inhaltspunkte waren neue Regelungen zum Anschluss von Offshore-Windkraftanlagen und zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit. Daneben enthält die Novelle neue Vorschriften zur buchhalterischen Entflechtung und zum Messwesen.

Das Bundeskabinett hat am 22.01.2014 die Eckpunkte einer grundlegenden Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) beschlossen. Das neue EEG soll bereits am 01.08.2014 in Kraft treten. Die Bundesregierung sieht Handlungsbedarf bei der Neuausrichtung des EEG aufgrund der in den letzten Jahren angestiegenen EEG-Umlage. Weiterer Handlungsbedarf wurde auch anhand der Eröffnung eines Beihilfeverfahrens durch die

Europäische Union (EU)-Kommission hinsichtlich besonderer Ausgleichsregelungen für die Industrie und des Grünstromprivilegs nach dem EEG deutlich. Ein wesentliches Ziel hierbei ist, die bisherige Kostendynamik des EEG zu durchbrechen und so die Steigerung der Stromkosten für Stromverbraucher zu begrenzen. Durch die Novelle des EEG soll der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis 2025 auf 40 % bis 45 % und bis 2035 auf 55 % bis 60 % steigen und dabei Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit für die Bürger und die Wirtschaft sichergestellt werden.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die STW erzielte im Berichtsjahr erneut ein gutes Ergebnis. Die Gesamterträge beliefen sich auf 485,9 Mio. EUR (Vorjahr 444,9 Mio. EUR) und die Aufwendungen auf 468,2 Mio. EUR (Vorjahr 427,2 Mio. EUR). Das Ergebnis der STW, vor Ergebnisübernahme der EWG und NSG, der Ausgleichszahlung an den Minderheitsaktionär Thüga AG und vor anteiligen Ertragsteuern lag mit 6,4 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert von 6,6 Mio. EUR. Trotz vielschichtiger externer Einflüsse konnte sich die STW im Jahr 2013 am Markt weiterhin erfolgreich positionieren. Hauptfaktoren hierfür waren die Weiterentwicklung von innovativen Energiekonzepten (u. a. im Bereich der EDL), kundenorientierte Vertriebsaktivitäten (die zur positiven Absatzentwicklung außerhalb Kassels führten), die Optimierung der Energiebeschaffung sowie die frühzeitige Ausrichtung auf geänderte Rahmenbedingungen. Mit der Erweiterung des Beteiligungsportfolios stärkte die STW zudem ihre nachhaltige strategische Ausrichtung. Die Realisierung von Synergien im KVV-Konzern und die Weiterentwicklung interner Prozesse unterstützten die unternehmerische Entwicklung der STW.

Die Unternehmenstochter NSG führte auf Basis eines Teilbeherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages das Jahresergebnis in Höhe von 10,3 Mio. EUR (Vorjahr 10,2 Mio. EUR) an die STW ab.

Auf Basis des Ergebnisabführungsvertrages mit der EWG, an der die STW 94,9 % hält, wurde ein Gewinn der EWG in Höhe von 1,8 Mio. EUR (Vorjahr 2,1 Mio. EUR) an die STW abgeführt.

Die STW leistete an den Minderheitsaktionär Thüga AG eine Ausgleichszahlung in Höhe von brutto 4,6 Mio. EUR. Der verbleibende Jahresüberschuss von 13,8 Mio. EUR wurde an die Konzernobergesellschaft KVV abgeführt.

Im Jahresabschluss bildete die STW alle erforderlichen Rückstellungen für Pensionen, Urlaubsansprüche und sonstige soziale Verpflichtungen. Darüber hinaus bestehen entsprechende Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, sonstige Risiken sowie für ungewisse Verbindlichkeiten.

Die Eigenkapitalrentabilität lag bei 14,6 % (Vorjahr 14,9 %).

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die STW plant für die Jahre 2014 und 2015, dass Jahresergebnisse nach Ergebnisabführung der Tochterunternehmen auf dem Niveau des Berichtsjahres erreicht werden können. Die deutsche Bundesregierung erwartet in ihrem Herbstgutachten ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,7 %, das damit über dem Wirtschaftswachstum 2013 mit 0,4 % liegt. Darüber hinaus rechnet die STW damit, dass die Brennstoffmärkte auch im Jahr 2014 vom volatilen Preisniveau geprägt sein werden. Zusätzlich geht die STW davon aus, dass sich im Kasseler Netzgebiet der intensive Wettbewerb in Verbindung mit einer wachsenden Wechselbereitschaft der Kunden fortsetzt. Diese Rahmenbedingungen bilden für die STW auch zukünftig große Herausforderungen. Um ihre Wettbewerbsposition dabei zu behaupten, wird die STW vielfältige Anstrengungen unternehmen. Die konsequente Weiterentwicklung und Optimierung der Energiebeschaffungsstrategie sind bei den erwarteten Bedingungen auf den Brennstoffmärkten von zentraler Bedeutung. Die STW rechnet damit, die zu erwartenden Ertragseinbußen aus dem verstärkten Wettbewerb zum einen mit Kostensenkungen und zum anderen mit Ertragssteigerungen in anderen Geschäftsbereichen weitgehend kompensieren zu können. Im Mittelpunkt steht

dabei das Projekt „Wachstumsstrategie“. Hieraus werden weiterhin steigende Wachstumspotenziale, die vor allem im externen Vertrieb erschlossen werden sollen, für die Folgejahre abgeleitet. Die STW hat sich als Ziel gesetzt, ihre Marktstellung nachhaltig zu festigen und auszubauen. In diesem Zusammenhang soll einerseits die Wechselbereitschaft der Kunden weiter reduziert und andererseits bundesweit Kunden hinzugewonnen werden. Attraktive Preise, umweltfreundliche Produkte, innovative Vertriebsstrategien sowie ein leistungsstarker Kundenservice werden daher von zentraler Bedeutung sein, damit die STW ihre Produkte lokal und bundesweit erfolgreich vermarkten kann.

Auch in den kommenden Jahren wird die STW weiterhin ihre Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien verfolgen und intensivieren. Weitere Investitionen in Windparks werden umfassend geprüft und bei entsprechender Wirtschaftlichkeit durchgeführt. Zudem bieten die Beteiligungen an der SUN, der FEE und der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE) der STW für die Zukunft neue Perspektiven. Das Bündeln von Know-how und Kapital sowie die Realisierung von Synergieeffekten werden sich positiv auf die Entwicklung der STW auswirken und die nachhaltige Unternehmensausrichtung verstärken.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Städtische Werke Energie + Wärme GmbH

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 4795
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Versorgung der Stadt Kassel und Umgebung mit Fernwärme. Innerhalb dieser Grenzen ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig oder nützlich erscheinen. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.	
Eigentümer:	Städtische Werke Kassel AG	94,9%
	Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	5,1%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	16.899.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftervertrag in der Fassung vom 12.06.01 Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 21.12.99	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Diplom-Kaufmann Andreas Helbig (Vorsitzender) Diplom-Ingenieur Karl-Heinz Schreyer	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender) Betriebsratsvorsitzender Klaus Horn, Söhrewald (stell- vertretender Vors.) Kaufmännischer Angestellter Lothar Alexi, Staufenberg Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nord- hessen Axel Gerland, Breuna Mitglied des Vorstands Thüga AG Dr. Gerhard Holtmeier, München	

Sekretärin Ute Jungton, Kassel
 Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen
 Berthold Leinweber, Eichenzell
 Betriebswirt Georg Lewandowski, Kassel
 Elektro-Installateurmeister
 Volker Reitze, Kassel
 Gas- und Wasserinstallateur Ludwig Vogt, Kassel
 Lehrerin Helga Weber, Kassel
 Vorstandsvorsitzender Thüga AG Ewald Woste, München

Prokuristen:

- Martin Schwegmann
- Dr. Mark Eppe
- Dr. Norbert Tanner
- Rainer Benedix

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	58.645	58.032
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Bilanzsumme	TEUR	93.657	104.139
Investitionen	TEUR	13.700	14.900
Fremd-Darlehen	TEUR	36.550	63.059
Personal	Anzahl	243	230
Eigenkapitalquote	%	24,1	21,7
Cash flow (nur AFA)	TEUR	10.162	9.684
Gesamtverschuldung	%	75,9	78,3
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	241	252
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,26	0,26

Lagebericht (Kurzfassung)

Die Kasseler Fernwärme GmbH (KFW) firmierte zum 01.01.2013 in die (EWG) um und wurde so in die Familienmarke der Städtischen Werke aufgenommen. Eine Änderung der Vermögenslage war mit der Umfirmierung nicht verbunden.

Zu Jahresbeginn bewegten sich die Strompreise über 45,00 €/MWh für die Grundlast-Lieferung (Base-Jahr) und waren damit die höchsten des gesamten Jahres 2013. Im weiteren Jahresverlauf fielen die Preise kontinuierlich bis auf das Jahrestief im August 2013 von 36,25 €/MWh. Innerhalb des Jahresverlaufes kam es aufgrund von Marktnachrichten und Spekulationen um den Rückhalt von CO₂-Zertifikaten (sog. „Backloading“) zu steigenden Preisen im Februar und April. Hierdurch stiegen die Preise kurzzeitig auf Werte von über 40,00 €/MWh an.

Über das gesamte Jahr 2013 verlor der Strommarkt, wie bereits in den Vorjahren, deutlich an Wert. Im Vergleich zum Jahresbeginn gaben die Preise im Verlauf um rd. 9,00 €/MWh nach. Die Ursachen waren insbesondere der weitere Zubau der erneuerbaren Energien, sehr günstige Einkaufspreise für Kohle, niedrige CO₂-Preise und das weitere Verdrängen von konventionellen Erzeugungsanlagen. Hierbei können vor allem die für

die Energiewende wichtigen Gaskraftwerke nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden und kommen im Markt kaum noch zum Einsatz. Diese Lücke wird durch Kohlekraftwerke gedeckt, die durch die niedrigen Kohle- und CO₂-Preise noch wirtschaftlich gefahren werden können.

Im Vergleich zum Vorjahr verhielt sich der Rohölpreis für die Sorte Brent weniger volatil. Der Maximalwert lag Anfang Februar bei 118,90 \$/Barrel, der Minimalwert Mitte April bei 97,26 \$/Barrel.

Der höchste Kohlepreis für das Frontjahr (API#2) war zu Beginn des Jahres am 28.01.2013 mit einem Preis bis zu 100,70 \$/t zu verzeichnen. Danach sank der Preis im weiteren Jahresverlauf kontinuierlich. Der Tiefstand war am 11.10.2013 mit einem Preis von rd. 80,80 \$/t erreicht.

Der CO₂-Preis entwickelte sich im Jahr 2013 sehr volatil und bewegte sich in einer Preisspanne zwischen 2,46 €/t und 6,50 €/t.

Die Lieferung des in Kassel erzeugten Stroms erfolgte an die Städtische Werke AG (STW) zu marktüblichen Konditionen. Alle Kundenverträge der Fernwärme liegen bei der STW. Die STW bezieht Fernwärme von der EWG, die sie auf eigene Rechnung vermarktet.

Ein wesentlicher Punkt für die EWG aus der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) 2009 ist die Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmenetzen. Die Förderung richtet sich nach Trassenlänge und Dimension des Fernwärmenetzes. Sie ist auf 20 % der Investitionskosten und auf 5,0 Mio. EUR für ein Neu- bzw. Ausbauprojekt begrenzt. Dies ist besonders im Hinblick auf die bereits begonnenen und weiter geplanten Investitionen in das Wärmenetz der EWG von Bedeutung. Bei der Beantragung der Zuschüsse muss die entsprechende Maßnahme abgeschlossen und durch einen Wirtschaftsprüfer testiert sein. Antragstellungen können bislang jeweils nur bis zum 01.07. des Folgejahres erfolgen. Gemäß einer Gesetzesänderung vom 12.06.2012 erhöht sich die Förderung für Inbetriebnahmen ab dem 01.01.2012 je nach Leitungsdurchmesser auf 30 % bzw. 40 % der Investitionskosten mit einer Obergrenze von 10 Mio. EUR je Projekt. Die EWG beantragte wieder Maßnahmen für den Fernwärmenetzausbau beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Aus der Beantragung für das Jahr 2012 (Antragstellung aus dem Jahr 2013) gewährte das BAFA Zuschüsse in Höhe von ca. 3,2 Mio. EUR. Die EWG wird rechtzeitig zu den entsprechenden zukünftigen Terminen die erforderlichen Anträge für die weiteren in Frage kommenden Ausbaumaßnahmen stellen.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die EWG erzielte im Geschäftsjahr 2013 trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein auf Plan liegendes Ergebnis in Höhe von 1,8 Mio. EUR (Vorjahr 2,1 Mio. EUR). Der Gewinn wurde auf Basis eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages an die STW abgeführt.

Die Eigenkapitalrentabilität der EWG vor Ertragsteuern betrug 7,8 %.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Im Rahmen der Klimaschutzbestrebungen in der Stadt Kassel spielt das Produkt Fernwärme aufgrund seines geringen CO₂-Anteils und des sehr guten Primärenergiefaktors von 0,0 (Gas und Heizöl haben dagegen ca. 1,1) eine wichtige Rolle. Daher sind neben den gerade in der jüngeren Vergangenheit erschlossenen zusätzlichen Fernwärmeabsatzpotenzialen auch weiterhin Steigerungen des Fernwärmeabsatzes geplant. Der Neuanschluss von Fernwärmekunden wird in den kommenden Jahren zielgerichtet dort fortgesetzt, wo angemessene Ergebnisbeiträge erzielt werden können.

Die Entwicklung der Strompreise hängt von verschiedenen Faktoren ab. Neben der Entwicklung der Weltenergiemärkte und der daraus resultierenden Entwicklung der Brennstoffpreise wird hierbei vor allem die Schaffung und Erweiterung neuer Erzeugungskapazitäten in Deutschland eine wichtige Rolle einnehmen. Dabei spiegeln sich die Auswirkungen der EU-Finanzkrise auf die Energiewirtschaft sowie die zunehmende Erzeu-

gung durch erneuerbare Energien in dem Investitionsrückgang bei Neubau und Modernisierung von Kraftwerken wider. Die Ausweitung oder Schaffung von neuen Erzeugungskapazitäten hängt daneben vor allem von der künftigen Entwicklung der Strompreise an den Großhandelsmärkten ab, da die Marktteilnehmer nur dann in neue Kraftwerke investieren werden, wenn mit hinreichender Sicherheit ausreichende Ertragschancen zu erwarten sind.

Der von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft mit dem damit verbundenen Ausbau der erneuerbaren Energien führt zu Preiseffekten. Während Endverbraucher von zunehmend steigenden Strompreisen betroffen sind, wirken sich sinkende Preise an den Strombörsen negativ auf die Wirtschaftlichkeit konventioneller Erzeugungsanlagen aus. Derzeit lassen sich weitere Ertragschancen aus der KWKG-Novelle 2009 herleiten. Ein wesentlicher Punkt für die EWG aus der KWKG-Novelle 2009 ist hierbei die Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmenetzen.

Aufgrund des momentan schwierigen Marktumfeldes geht die EWG von neutralen Ergebnissen in den Jahren 2014 und 2015 aus. Die durch Einbindung der EWG in den KVV-Konzern resultierenden Synergiepotenziale werden auch in den Folgejahren konsequent genutzt.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Städtische Werke Netz + Service GmbH Kassel

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 15221
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Leistungs- und Versorgungsnetzen und dazugehörigen Anlagen in den Bereichen Energie, Wasser, Telekommunikation, Straßenbeleuchtung und Wassergewinnung, einschließlich der Erbringung sämtlicher mit diesen Tätigkeiten zusammenhängenden und verwandten Dienstleistungen, insbesondere Infrastruktur- und kommunale Dienstleistungen.	
Eigentümer:	Städtische Werke AG, Kassel	100,0%
Beteiligungen:	Städtische Werke intelligent messen GmbH	100,0%
Kapitalangaben:	Grundkapital	20.000.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Diplom-Ingenieur Eike Weldner Diplom-Ingenieur Andreas Kreher	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Kassel (Vorsitzender) Betriebsratsvorsitzender Klaus Horn, Söhrewald (stellv. Vorsitzender) Kaufmännischer Angestellter Lothar Alexi, Staufenberg Stadtkämmerer Diplom-Volkswirt Dr. Jürgen Barthel, Kassel Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen Axel Gerland, Breuna Mitglied des Vorstands Thüga AG Dr. Gerhard Holtmeier, München Sekretärin Ute Jungton, Kassel Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Osthessen	

Prokuristen:	Berthold Leinweber, Eichenzell Betriebswirt Georg Lewandowski, Kassel Elektro-Installateurmeister, Volker Reitze, Kassel Gas- und Wasserinstallateur Ludwig Vogt, Kassel Lehrerin Helga Weber, Kassel Vorstandsvorsitzender Thüga AG Ewald Woste, München
	Sabine Bernhardt Gunther Gaedtke Carlo Longobardi Stefan Noll

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	119.825	115.818
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	10.517	10.545
Bilanzsumme	TEUR	321.957	326.553
Investitionen	TEUR	18.546	29.675
Fremd-Darlehen	TEUR	128.016	123.153
Personal	Anzahl	443	438
Eigenkapitalquote	%	52,4	51,6
Cash flow (nur AFA)	TEUR	29.675	30.329
Gesamtverschuldung	%	47,6	48,4
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	270	264
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,22	0,23

Lagebericht (Kurzfassung)

Die NSG ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Städtische Werke AG (STW). Die NSG ist Eigentümer und Betreiber des über 2.430 Kilometer langen Stromnetzes in der Stadt Kassel sowie von rd. 1.100 Kilometer Gas- haupt- und Anschlussleitungen in Kassel und benachbarten Kommunen. Im Auftrag von KASSELWASSER hat sie die Betriebsführung für das über 1.000 Kilometer lange Wasserleitungsnetz in Kassel und der Nachbarstadt Vellmar sowie im Auftrag der Stadt Kassel die Straßenbeleuchtung inne. Die 100 % Tochter Städtische Werke intelligent messen GmbH (IMG) der NSG soll zukünftig als eigenständiger Messstellenbetreiber (MSB) für alle Marktpartner agieren. Die Rollen des MSB und des Messdienstleisters (MDL) werden momentan im Sinne der gesetzlichen Regelungen von der NSG wahrgenommen.

Seit 2009 hat die Anreizregulierung das zuvor bestehende Modell der Kostenregulierung der Strom- und Gasnetze abgelöst. Für die Kalkulation der Netzerlöse sind neben der eigenen Kostensituation auch im Vergleich die Kosten der als effizient definierten Netzbetreiber (Benchmarkunternehmen) ausschlaggebend. Alle Netzbetreiber müssen eine allgemeine und ggf. eine individuelle Effizienzsteigerung realisieren. Der Abbau der ermittelten Ineffizienzen erfolgt über zwei Regulierungsperioden. Die zweite Regulierungsperiode umfasst jeweils fünf Jahre (Gas 2013 – 2017, Strom 2014 – 2018). Der Rechtsrahmen nach Ende der zweiten Regulierungsperiode ist seitens des Gesetzgebers noch nicht festgelegt.

Auch im Jahr 2013 wurden arbeitsaufwändige Datenabfragen bei den Netzbetreibern vorgenommen. Einen Schwerpunkt bildeten insbesondere die Anhörungen zur Netzkostenprüfung Strom auf der Grundlage des Basisjahres 2011. Eine Zwischendokumentation des Ausgangsniveaus sowie der Aufwands- und Vergleichsparameter wurde durch die Beschlusskammer 8 der BNetzA übermittelt. Ein endgültiger Bescheid zur Netzkostenprüfung Strom wird frühestens im Jahr 2014 erwartet. Der endgültige Bescheid für Gas auf Grundlage des Basisjahres 2010 liegt ebenfalls noch nicht vor.

Zusätzlich wurde ein Antrag auf einen Erweiterungsfaktor Strom bedingt durch Investitionen ins Netz eingereicht. Der Bescheid steht noch aus. Für Gas wurde kein Schwellenwert hinsichtlich der Steigerung der Jahreshöchstlast, der Netzlänge oder der Anschlusspunkte überschritten, sodass keine Beantragung erfolgen konnte. Mit der Novellierung des EnWG durch das „Gesetz zur Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für Wettbewerb“ im Jahr 2008 wurde auch der Bereich des Messwesens vollständig liberalisiert. Während bis dahin der Netzbetreiber regelmäßig die Messung vorgenommen hat, kann seitdem auf Wunsch des Anschlussnehmers (Eigentümer) ein Dritter mit dieser Dienstleistung beauftragt werden. Seit 2008 kann der Anschlussnutzer (also auch ein Mieter) den MSB wählen. Mit Änderung des EnWG 2011 kann auch der Anschlussnehmer den MSB wählen. Hiermit eröffnet sich für große Immobilieneigentümer wie Wohnungsbaugesellschaften die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Einfluss auf den MSB ihrer Mieter zu nehmen.

Am 26.07.2012 ist die Systemstabilitätsverordnung (SysStabV) für Photovoltaik- (PV) Anlagen in Kraft getreten. Mit dieser Verordnung verpflichtet der Gesetzgeber die Netzbetreiber, einen großen Teil der PV-Anlagen zur Sicherstellung der Systemstabilität (50,2 Hz-Problematik) umzurüsten. Die eigentliche Nachrüstung wird in der Regel von einem vom Netzbetreiber beauftragten qualifizierten Dienstleister durchgeführt. Diese Leistung ist für den PV-Anlagen-Eigentümer grundsätzlich kostenfrei. Die Kosten für die Umrüstung erhält der Netzbetreiber mit Zeitverzug zurück. Gemäß § 10 SysStabV sind Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen berechtigt, 50 % der ihnen durch die Nachrüstung nach dieser Verordnung zusätzlich entstehenden jährlichen Kosten über die Netzentgelte (faktisch im Folgejahr) geltend zu machen. Weiterhin sind die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) gemäß § 35 Abs. 1b Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2012 verpflichtet, Betreibern von Elektrizitätsverteilernetzen die verbleibenden 50 % der durch die effiziente Nachrüstung entstandenen notwendigen Kosten zu erstatten. Die Weiterverrechnung von 50 % der entstandenen Nachrüstkosten erfolgt in den Regelzonen gemäß der Vorgaben des vorgelagerten ÜNB (aktive Rechnungslegung des Verteilernetzbetreibers oder Gut-schriftverfahren durch ÜNB). Die aktive Rechnungslegung kann monatlich oder in zeitlich größeren Abständen erfolgen.

Zum 01.01.2013 trat eine erneute EnWG-Novelle in Kraft. Wesentliche Inhaltspunkte waren neue Regelungen zum Anschluss von Offshore-Windkraftanlagen und zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit. Daneben enthält die Novelle neue Vorschriften zur buchhalterischen Entflechtung und zum Messwesen.

Die Städte Kassel und Vellmar haben zum 01.04.2012 die Wasserversorgung wieder in ihre eigene öffentlich-rechtliche Zuständigkeit übernommen (sogenannte „Rekommunalisierung“). Bis zu diesem Zeitpunkt war die NSG der privatrechtliche Wasserversorger. Hintergrund der Änderung ist ein laufendes Kartellverfahren gegen die STW, das die Wirtschaftlichkeit und damit langfristig das Qualitätsniveau der Wasserversorgung gefährdet. Zum 01.01.2011 hat die STW im Rahmen der rechtlichen Entflechtung des Netzbetriebs Strom und Gas auch die Wasserversorgung in die NSG ausgegliedert. Das noch immer laufende Wasserkartellverfahren mit der Verfügung aus April 2008 wurde von der Übertragung auf die NSG explizit ausgenommen. Sollte die streitige Verfügung also gerichtlich bestätigt werden, beträfe die Rückzahlungsverpflichtung weiterhin die STW. Werden von der Landeskartellbehörde (LKartB) neue Kartellverfahren eingeleitet, so würden diese je nach Rückwirkungsumfang STW und NSG betreffen.

Nachdem Vergleichsverhandlungen mit der LKartB erfolglos geblieben waren, hat die NSG Gespräche mit den von ihr versorgten Kommunen Kassel und Vellmar aufgenommen, um die Wasserversorgung zurückzugeben. Die Stadt Vellmar hat daraufhin die ihr obliegende Wasserversorgungsaufgabe an die Stadt Kassel per öffentlich-rechtlicher Vereinbarung übertragen. Die Stadtverordnetenversammlungen beider Kommunen hatten dies

zuvor beschlossen. Der vom Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV)-Konzern unabhängige städtische Eigenbetrieb KASSELWASSER hat dafür eine Trinkwassersparte gegründet und die Wasserversorgung in Kassel und Vellmar übernommen.

Die NSG hat per 01.04.2012 einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Kassel abgeschlossen. Der Vertrag ist erstmals zum Ende des Jahres 2016 kündbar und regelt die Verpachtung der für die Wasserversorgung notwendigen Anlagen an KASSELWASSER sowie das Erbringen von technischen und kaufmännischen Dienstleistungen. Die NSG erhält dafür ein Pacht- und Betriebsführungsentgelt, das nach den Vorgaben des öffentlichen Preisrechts und des Hessischen Kommunalabgabengesetzes kalkuliert wurde.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die NSG erzielte im Berichtsjahr bei Gesamterträgen in Höhe 123,6 Mio. EUR (Vorjahr 128,3 Mio. EUR) und Gesamtaufwendungen in Höhe von 113,3 Mio. EUR (Vorjahr 118,1 Mio. EUR) ein Ergebnis in Höhe von 10,3 Mio. EUR und lag leicht über Vorjahresniveau. Das Jahresergebnis der NSG wurde auf Basis eines Teilbeherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages an die STW abgeführt.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die NSG wird in den kommenden Jahren weiter in die Optimierung ihrer technischen Anlagen investieren, um mit einer modernen Infrastruktur den sich verändernden Anforderungen Rechnung zu tragen. Im Mittelpunkt wird dabei Umrüstung des Stromnetzes auf 110kV im Rahmen des Netzkonzeptes „Strom“ sowie die Optimierung der Anschlussituation mit dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT stehen.

Analog zu dem Netzkonzept „Strom“ wurden in den Sparten „Gas“ und „Wasser“ ebenfalls Gewinnungs- und Netzkonzepte gestartet, die laufend fortgeschrieben werden. Das Wassergewinnungs- und anschließende Netzkonzept sowie das Gas-Netzkonzept haben das Optimierungsziel, unter wirtschaftlichen Bedingungen durch gezielte Investitionen die Versorgung der Kasseler Haushalte langfristig und nachhaltig zu sichern. Mit Umsetzung des Projekts „P155“ wird die NSG auch zukünftig ihre Aufgaben als Netzbetreiber effizient und rechtssicher erfüllen können. Die bereits heute erfolgreiche Vermarktung technischer Dienstleistungen wird in der neuen Organisation weiter unterstützt. Dies bildet die erforderliche Basis der NSG, um im Wettbewerb mit anderen Dienstleistern am Markt erfolgreich agieren zu können. Hierauf aufbauend strebt die NSG die regionale Ausweitung des Geschäftsfeldes „Netzdienstleistungen“ an.

Die wirtschaftlichen und technischen Strukturen der NSG bilden eine vielversprechende Basis, um zukünftigen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Trotz schwieriger regulatorischer Rahmenbedingungen wird für das Jahr 2014 und die Folgejahre davon ausgegangen, dass die NSG die angestrebten Ergebnisse erzielen kann. Die NSG wird auch zukünftig sich bietende Effizienzpotenziale realisieren und Marktchancen nutzen, um ihre positive wirtschaftliche Entwicklung fortzusetzen.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Städtische Werke Intelligent messen GmbH Kassel

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 15262
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Der Messstellenbetrieb und der Betrieb, der Erwerb und die Veräußerung von Messdienstleistungen sowie aller damit zusammenhängender und verwandter Dienstleistungen.	
Eigentümer:	Städtische Werke Netz + Service GmbH	100,0%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Gunther Gaedtko	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	Carlo Longobardi	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-4	-4
Bilanzsumme	TEUR	43	43
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	58,0	58,0
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-4	-4
Gesamtverschuldung	%	42,0	42,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Das am 09.09.2008 in Kraft getretene „Gesetz zur Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für Wettbewerb“ sorgte vor allem mit der Änderung des § 21 b EnWG für eine vollständige Öffnung des Messwesens. Der Anschlussnehmer kann seitdem selbst festlegen, ob Betrieb und Messung durch Dritte (Messstellenbetreiber) vorgenommen werden sollen. Den gesetzlichen Rahmen hierfür bildet die Messzugangsverordnung (MessZV) vom 23.10.2008.

Neben der Liberalisierung des Messstellenbetriebs und der Messung stellen weitere gesetzliche Regelungen neue Herausforderungen dar. Im novellierten EnWG hat der Gesetzgeber weitere verpflichtende Einbaufälle für die neu definierten Messsysteme festgelegt. Neben der Verpflichtung zum Einbau bei größeren Renovierungen – gemäß Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden – müssen insbesondere Letztverbraucher mit einem Jahresenergieverbrauch von über 6.000 kWh bei Marktverfügbarkeit mit derartigen Systemen ausgerüstet werden. Der Gesetzgeber sieht weiteren Regelungsbedarf und plant, den gesamten Markt durch Rechtsverordnungen detailliert zu regeln (§ 21 i EnWG).

Aufgrund der noch sehr unklaren Rahmenbedingungen und des noch nicht vorhandenen Marktes wurde im Jahr 2013 noch kein aktiver Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die IMG erzielte im Geschäftsjahr 2013 Erträge in Höhe von 0,9 Tsd. EUR (Vorjahr 0,8 Tsd. EUR) aus der Auflösung von Rückstellungen. Die Betriebsaufwendungen bewegten sich im gleichen Zeitraum ebenfalls mit 5,0 Tsd. EUR auf Vorjahresniveau (Vorjahr 5,1 Tsd. EUR). Hauptbestandteil der Betriebsaufwendungen stellten Aufwendungen im Zuge der Prüfung des Jahresabschlusses dar. Das Finanzergebnis der IMG betrug im Berichtsjahr 0,0 Tsd. EUR (Vorjahr 0,1 Tsd. EUR).

Die Bilanzsumme der IMG betrug zum Geschäftsjahresende unverändert 43,1 Tsd. EUR (Vorjahr 43,1 Tsd. EUR). Die Eigenkapitalquote lag bei 58,0 % (Vorjahr 58,0 %).

Die IMG erwirtschaftete im Jahr 2013 einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von -0,1 Tsd. EUR (Vorjahr 0,0 Tsd. EUR). Die Finanzmittelfonds am Ende des Jahres betrugen 0,9 Tsd. EUR (Vorjahr 1,0 Tsd. EUR).

Das Jahresergebnis in Höhe von -4,2 Tsd. EUR (Vorjahr -4,2 Tsd. EUR) wurde auf Basis eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages an die NSG abgeführt.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Das Ziel der IMG ist es, flexibel, herstellerunabhängig und kostengünstig Systeme und Verfahren zu entwickeln, die untereinander kompatibel und ausbaufähig sind. Der bereits eingeführte elektronische Haushaltszähler wird Bestandteil der Produktstrategie sein. Dieser kann nach Anforderung des Kunden oder des Energielieferanten durch Zusatzkomponenten in seiner Funktionalität erheblich erweitert werden.

Ein weiteres Tätigkeitsgebiet wird die Entwicklung von messtechnischen Alleinstellungsmerkmalen für den lokalen Markt sein.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Biogas Homberg GmbH & Co. KG

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	16735
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Co.KG	
Tätigkeitsbereich:	<p>Biogasanlage</p> <p>Die Gesellschaft darf alle mit dem Geschäftszweck im Zusammenhang stehenden Geschäfte betreiben.</p> <p>Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten und sich an solchen Unternehmen beteiligen, auch unter Übernahme der persönlichen Haftung.</p> <p>Sie darf auch Zweigniederlassungen errichten.</p>	
Eigentümer:	<p>Städtische Werke AG, Kassel</p> <p>Weitere Anteile (50,0%)</p> <p>Kreisbauernverband Schwalm-Eder e. V.</p> <p>Maschinenring Schwalm-Eder e. V.</p> <p>MGS Mandat Steuerberatungsgesellschaft mbH</p> <p>Maschinenring Schwalm-Eder GmbH</p> <p>Landwirtschaftliche Unternehmer der Region</p>	50,0%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital (Kommanditisten)	1.628.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 11.06.2008	
Wirtschaftsprüfer:	MGS Mandat Steuerberatungsgesellschaft mbH, Homberg/Efze	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Ralf Desel Hans Niessen	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.883	2.853
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	139	87
Bilanzsumme	TEUR	8.577	8.108
Investitionen	TEUR	214	100
Fremd-Darlehen	TEUR	6.265	5.835
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	12,9	85,3
Cash flow (nur AFA)	TEUR	692	648
Gesamtverschuldung	%	87,1	87,1
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Biogas Homberg Verwaltungs GmbH Kassel

Sitz:	Königstor 3-13, 34117 Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 14595
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Die Verwaltung und Geschäftsführung der Biogas Homberg GmbH & Co. KG sowie die Beteiligung an solchen Unternehmen unter Übernahme der unbeschränkten Haftung	
Eigentümer:	Städtische Werke AG, Kassel	50,0%
	MGS-Mandatssteuerberatungsgesellschaft mbH, Homberg Efze	25,0%
	Maschinenring Schwalm-Eder GmbH, Wabern	25,0%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Ralf Desel Hans Niessen	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Bilanzsumme	TEUR	86	54
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	1	1
Eigenkapitalquote	%	35,5	57,8
Cash flow (nur AFA)	TEUR	1	1
Gesamtverschuldung	%	64,5	42,2
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Der primäre Geschäftszweck der BHV ist die Verwaltung und Geschäftsführung der BGH. Gesellschafter der BHV sind die Städtische Werke AG (STW), Kassel, mit 50 % stimmberechtigtem Haftungskapital sowie die MGS Mandat Steuerberatungsgesellschaft mbH (MGS), Homberg (Efze), und die Maschinenring Schwalm-Eder GmbH (MR GmbH), Wabern, mit jeweils 25 % stimmberechtigtem Haftungskapital.

Kommanditisten der BGH sind mit jeweils 50 % Gesellschaftskapital die STW sowie die Gemeinschaft des Berufsstandes der Landwirtschaft, die durch MGS, MR GmbH, Maschinenring Schwalm-Eder e. V., Kreisbauernverband Schwalm-Eder e. V. sowie 30 Landwirte vertreten wird. Das Geschäftsziel der BGH orientiert sich an den Aktivitäten ihrer Gesellschafter. Die Haupttätigkeiten liegen in der Erzeugung von Biogas auf der Basis von nachwachsenden Rohstoffen (NawaRo), der Aufbereitung des erzeugten Biogases auf Erdgasqualität und in der Einspeisung des aufbereiteten Biogases in das öffentliche Gasnetz.

Die Biogasanlage am Standort Homberg (Efze) speist jährlich rd. 3,0 Mio. m³ Biogas in Erdgasqualität (Bioerdgas) in das Gasnetz der E.ON Mitte AG ein. Das Bioerdgas wird bilanziert eingespeist, an anderen geeigneten Standorten aus dem Erdgasnetz entnommen und dort in umweltfreundlichen Blockheizkraftwerken (BHKW) zu Strom und Wärme gewandelt.

Die BGH erzielt Umsatzerlöse, die sich aus den Erlösen des Biomethanverkaufs und Stromeinspeisung zusammensetzen. Dabei werden die Erlöse aus dem Biomethanverkauf auf der Grundlage des Biomethanlieferungsvertrages mit der STW abgerechnet. Die Erlöse aus dem Stromverkauf ergeben sich aus den Leistungen des BHKW und der Vergütung gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Der Betrieb der Gasaufbereitungsanlage verlief im Jahr 2013 planmäßig. Die Anlage konnte die für das Geschäftsjahr erwartete Durchsatzleistung erfüllen. Der Anlagenbetrieb wurde durch die Umsetzung technischer und biologischer Maßnahmen stabilisiert. Im Geschäftsjahr 2014 werden weitere Optimierungsmaßnahmen umgesetzt.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Zur Erfüllung ihres Dienstleistungsauftrages beschäftigt die BHV zwei Geschäftsführer. Sämtliche Aufwendungen für die Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeit werden der BHV gemäß Gesellschaftervertrag von der BGH vergütet.

Die BHV erwirtschaftete im Berichtsjahr Betriebserträge in Höhe von ca. 83,4 Tsd. EUR (Vorjahr 81,9 Tsd. EUR). Diese umfassten im Wesentlichen Erstattungen der BGH an die BHV für die Geschäftsführungstätigkeit. Die Betriebsaufwendungen betragen im gleichen Zeitraum 82,3 Tsd. EUR (Vorjahr 80,4 Tsd. EUR). Darin waren hauptsächlich Personalaufwendungen sowie sonstige Lieferungen und Leistungen enthalten, die sich überwiegend aus Aufwendungen für geschäftsführende Tätigkeiten und Verwaltungsdienstleistungen zusammensetzen.

Das Finanzergebnis betrug 0,2 Tsd. EUR (Vorjahr 0,2 Tsd. EUR).

Aufgrund des genannten Kostenerstattungsprinzips schließt die BHV erwartungsgemäß mit einem Jahresergebnis von 0,9 Tsd. EUR (Vorjahr 1,1 Tsd. EUR) ab.

Die Bilanzsumme der BHV lag im Berichtsjahr bei 54,1 Tsd. EUR (Vorjahr 85,6 Tsd. EUR). Die Eigenkapitalquote betrug 57,9 %. Das Vermögen bestand wie im Vorjahr überwiegend aus Forderungen.

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit der BHV betrug im Berichtsjahr 0,1 Tsd. EUR. Dies führte zum Ende der Berichtsperiode zu einem Finanzmittelfonds von 0,2 Tsd. EUR.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Biogasanlage wird im Regelbetrieb geführt. Einzelne Betriebsabläufe werden weiter verbessert und optimiert.

Durch die langfristige Zusammenarbeit mit den Landwirten der Region als Substratlieferanten einerseits und der Kooperation mit der STW als Energieversorgungsunternehmen andererseits ist die Bestandssicherung gewährleistet.

Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeiten für die BGH werden auch in den Jahren 2014 und 2015 die zentralen Aufgabenbestandteile der BHV darstellen.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Schwälmer Biogas Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH Kassel

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 14772
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Der Eintritt der Gesellschaft als Komplementärin in Kommanditgesellschaften, deren Gegenstand die Projektierung, die Errichtung sowie der Betrieb von Biogasanlagen sowie sonstiger Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energie ist.	
Eigentümer:	Städtische Werke AG, Kassel	50,0%
	Abicon Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Gilserberg	50,0%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 17.12.2008	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Max Ulrich Herr Klaus Schäfer	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	10	7
Bilanzsumme	TEUR	95	113
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	52,8%	49,1%
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	47,2%	50,9%
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Gesellschafter der SBV sind die Städtische Werke AG (STW), Kassel und die Abicon Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH (Abicon), Gilserberg-Moisdheid mit jeweils 50 % Gesellschaftskapital. Das Stammkapital ist vollständig eingezahlt.

Schwälmer Biogas GmbH & Co. KG

Kerngeschäft der SBG ist der Betrieb einer Biogasanlage am Standort Willingshausen-Ransbach.

Die SBG ist ein Gemeinschaftsunternehmen folgender Kommanditisten:

- STW mit 40 % stimmberechtigtem Haftungskapital
- Abicon mit 10 % stimmberechtigtem Haftungskapital
- Landwirte aus der Region mit insgesamt 50 % stimmberechtigtem Haftungskapital

Die paritätische Verteilung des stimmberechtigten Haftungskapitals wurde mit dem Ziel der gleichberechtigten Wahrung der jeweiligen Interessen der Gesellschafter gewählt. Die Haupttätigkeiten liegen in der Erzeugung von Biogas auf der Basis von nachwachsenden Rohstoffen (NawaRo), der Aufbereitung des erzeugten Biogases auf Erdgasqualität und in der Einspeisung des aufbereiteten Biogases in das öffentliche Gasnetz.

Die Anlage benötigt für die Verwertung in erster Linie Maissilage und Wirtschaftsdünger (i. d. R. Gülle). Der Mais wird im Umkreis der Biogasanlage angebaut. Grundlage der Geschäftsbeziehungen zu den jeweiligen Landwirten sind Substratlieferverträge mit der SBG. Die Laufzeiten der Substratlieferverträge betragen zwischen sechs und zehn Jahren. Die liefernden Landwirte sind in der Regel auch Gesellschafter der SBG.

Die Biogaseinspeiseanlage am Standort Willingshausen-Ransbach hat im abgelaufenen Geschäftsjahr über die Gasaufbereitungsanlage rd. 32,3 GWh Bioerdgas erzeugt und in das Gasnetz der E.ON Mitte AG eingespeist. Das Bioerdgas wird bilanziert, an anderen geeigneten Standorten aus dem Erdgasnetz entnommen und dort in umweltfreundlichen Blockheizkraftwerken (BHKW) zu Strom und Wärme umgewandelt. Im Jahr 2013 wurden zusammen rd. 4,8 GWh Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erzeugt und in das Stromnetz der E.ON Mitte AG eingespeist. Damit wurden sowohl die Erwartungen der Gas- als auch der Stromeinspeisung erfüllt.

Kellerwald Biogas GmbH & Co. KG

Kerngeschäft der KWB ist der Betrieb einer Biogasanlage am Standort Borken-Kerstenhausen und eines Satelliten-BHKWs in Bad Zwesten.

Die KWB ist ein Gemeinschaftsunternehmen folgender Kommanditisten:

- STW mit 29 % stimmberechtigtem Haftungskapital
- Abicon mit 7 % stimmberechtigtem Haftungskapital
- Landwirte aus der Region mit insgesamt 64 % stimmberechtigtem Haftungskapital

Die Haupttätigkeiten der KWB liegen in der Erzeugung von Biogas auf der Basis von NawaRo und der Erzeugung von Wärme. Analog zu der SBG wird der Bezug von NawaRo durch Substratlieferverträge mit den beteiligten Landwirten sichergestellt.

Ein kleiner Teil des erzeugten Biogases wird am Anlagenstandort in einem BHKW mit einer Leistung von 100 kWel verstromt und in das Stromnetz der Energie Waldeck-Frankenberg GmbH (EWF) eingespeist. Der größere Teil der Biogasmenge wird über eine etwa 2,3 km lange Biogasleitung zu einem Klinikstandort in Bad Zwesten (Hardtwaldklinik II) transportiert. Dort wird in einem BHKW (400 kWel) Strom erzeugt und in das Stromnetz der EWF eingespeist. Mit der dabei entstehenden Wärme werden über eine Nahwärmeleitung zwei große Klinikgebäude versorgt. Die Geschäftsbeziehung ist über einen 15-jährigen Liefervertrag mit der STW abgesichert.

Ende 2011 wurden beide BHKWs und die Biogasleitung nach den Regelungen des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) 2009 in Betrieb genommen, seit 14. Juli 2012 ist die gesamte Anlage im Regelbetrieb. Die Finanzierung der Baumaßnahme wurde bislang durch einen mehrfach verlängerten und bis zum 30.09.2014 befristeten Kassenkreditvertrag der KVV GmbH sichergestellt. Die KWB hat Ende Januar 2014 das unter Gremienvorbehalt befindliche Umfinanzierungsangebot einer langfristigen Fremdfinanzierung angenommen. Es wird derzeit an der Abarbeitung der Anforderungen gearbeitet.

Das Geschäftsjahr 2013 war das erste vollständige Betriebsjahr im Volllastbetrieb. Die Biogasanlage am Standort Borken-Kerstenhausen hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Biogas erzeugt, mit dem mittels der beiden BHKWs knapp 4,0 GWh EEG-Strom in das Stromnetz der Energie Waldeck-Frankenberg GmbH eingespeist wurde. Über den Wärmevertrag wurden 3,1 GWh an die STW abgesetzt.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die SBV erwirtschaftete im Berichtsjahr Betriebserträge in Höhe von 64,8 Tsd. EUR (Vorjahr 66,1 Tsd. EUR). Diese umfassten im Wesentlichen Erstattungen der SBG und der KWB an die SBV für die Geschäftsführungstätigkeit.

Die Betriebsaufwendungen betragen im gleichen Zeitraum 57,4 Tsd. EUR (Vorjahr 56,4 Tsd. EUR). Darin waren hauptsächlich sonstige Lieferungen und Leistungen enthalten, die sich überwiegend aus Aufwendungen für geschäftsführende Tätigkeiten und Verwaltungsdienstleistungen zusammensetzten.

Die SBV schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresergebnis von 5,2 Tsd. EUR (Vorjahr 7,7 Tsd. EUR) ab. Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Aufgrund der Beschränkung der Geschäftstätigkeit der SBV auf die Komplementärfunktion für die SBG und die KWB kann von einer Fortschreibung der bisherigen Ergebnisse ausgegangen werden.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Schwälmer Biogas GmbH & Co. KG

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 16781
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft	
Tätigkeitsbereich:	Der Betrieb einer Biogasanlage in Willingshausen und sonstiger Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Vornahme sämtlicher damit zusammenhängender Nebengeschäfte	
Eigentümer:	Städtische Werke AG, Kassel	40,0%
	Abicon-Audit Bioenergy Construct & Cosult GmbH, Gilserberg	10,0%
	Landwirte aus der Region	50,0%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Stammkapital	1.869.600 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 17.12.2008	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Carsten Schäfer Herr Klaus Schäfer	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Helwig Happel, Landwirt Hans Walter Knoch, Landwirt Philipp Rudolph, Dipl.-Agrar-Ing.	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	3.597	3.517
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	195	309
Bilanzsumme	TEUR	10.017	9.562
Investitionen	TEUR	398	401
Fremd-Darlehen	TEUR	7.147	6.942
Personal	Anzahl	2	2
Eigenkapitalquote	%	13,9%	17,0%
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	86,1%	83,0%
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

KBG Karbener Biogas GmbH & Co. KG

Sitz:	Gilsberg	
Handelsregister:	Amtsgericht Marburg	HRA 4544
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist die Projektierung, die Planung und der Betrieb einer Biogasanlage in Karben und sonstiger Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Vornahme sämtlicher damit zusammenhängender Nebengeschäfte.	
Eigentümer:	Städtische Werke AG, Kassel	35,9%
	<u>Restliche Anteile</u>	
	Karbener Energie GmbH, Karben	26,5%
	Philipp von Leonhardi, Karben	9,0%
	Roth Agrarhandel GmbH, Kirchhain	9,0%
	Kommanditisten mit Anteil < 5%	19,6%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Festkapital	2.226.415 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 28.10.2010 in Verbindung mit Änderung vom 02.12.2011	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Ralf Döpp Ekkehart Böning (ab 29.01.2014) Jörg Weinhausen	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	353	3.172
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-704	103
Bilanzsumme	TEUR	12.938	13.730
Investitionen	TEUR	9.712	861
Fremd-Darlehen	TEUR	-	8.670
Personal	Anzahl	1	1
Eigenkapitalquote	%	10,5%	10,7%
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	89,5%	89,3%
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Karbener Biogas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Sitz:	Karben
Handelsregister:	Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 92247
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist der Eintritt der Gesellschaft als Komplementärin in Kommanditgesellschaften, deren Gegenstand die Projektierung, die Errichtung und der Betrieb von Biogasanlagen sowie sonstiger Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ist.
Eigentümer:	Städtische Werke AG, Kassel 33,3% Stadtwerke Karben, Karben 33,3% Abicon Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH 33,3%
Beteiligungen:	-
Kapitalangaben:	Stammkapital 30.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 15.07.2011
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Ralf Döpp Jörg Weinhausen
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-
Prokuristen:	-

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	72	80
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	6	9
Bilanzsumme	TEUR	86	118
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	39,6%	34,2%
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	60,4%	65,8%
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Kellerwald Biogas GmbH & Co. KG Borken-Kerstenhausen

Sitz:	Borken-Kerstenhausen	
Handelsregister:	Amtsgericht Fritzlar	HRA 16236
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft	
Tätigkeitsbereich:	Der Betrieb einer Biogasanlage in Kerstenhausen und sonstiger Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Vornahme sämtlicher damit zusammenhängender Nebengeschäfte.	
Eigentümer:	Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel	29,4%
	ABICON Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Gilserberg-Moischeid	7,0%
	Landwirte aus der Region	63,6%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Festkapital	641.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 18.07.2011	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Klaus Schäfer Herr Max Ulrich	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	438	985
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-245	-139
Bilanzsumme	TEUR	4.189	4583
Investitionen	TEUR	1.476	678
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	-
Eigenkapitalquote	%	8,7%	4,9%
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	91,3%	95,1%
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Biogas Müritz Verw.- u. Beteiligungs-GmbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 16025
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Die Verwaltung und Geschäftsführung der Biogas Müritz GmbH & Co. KG sowie die Beteiligung an solchen Unternehmen unter Übernahme der unbeschränkten Haftung.	
Eigentümer:	Städtische Werke AG, Kassel	50,0%
	Stadtwerke Bad Nauheim, Bad Nauheim	50,0%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 08. Februar 2013	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Dr. Berndt Hartmann, Zotzenheim Diplom-Ingenieur Hans Nießen, Niedenstein	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2013
		IST
Umsatzerlöse	TEUR	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-0,4
Bilanzsumme	TEUR	28
Investitionen	TEUR	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-
Personal	Anzahl	-
Eigenkapitalquote	%	88,1
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-0,4
Gesamtverschuldung	%	11,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Der primäre Geschäftszweck der BMV ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der BMG sowie die Übernahme von deren Geschäftsführung. Gesellschafter der BMV sind die Städtische Werke AG (STW) sowie die Stadtwerke Bad Nauheim GmbH (SBN) mit je 50 % stimmberechtigtem Haftungskapital. Das Stammkapital ist vollständig eingezahlt.

Kommanditisten der BMG sind mit jeweils 50 % Gesellschaftskapital die STW sowie die SBN. Kerngeschäft der BMG ist der Betrieb einer Biogasanlage am Standort Leizen. Die Haupttätigkeiten liegen in der Erzeugung von Biogas auf der Basis von nachwachsenden Rohstoffen (NawaRo), der Aufbereitung des erzeugten Biogases auf Erdgasqualität und in der Einspeisung des aufbereiteten Biogases in das öffentliche Gasnetz.

Die Biogasanlage am Standort Leizen speist jährlich rd. 30 Mio. kWh Biogas in Erdgasqualität (Bioerdgas) in das Gasnetz der Ontras Gastransport GmbH sowie ca. 7,2 Mio. kWh Strom in das Leitungsnetz der E.ON edis AG ein. Das Bioerdgas wird bilanziert eingespeist, an anderen geeigneten Standorten aus dem Erdgasnetz entnommen und dort in umweltfreundlichen Blockheizkraftwerken (BHKW) zu Strom und Wärme gewandelt. Die BMG erzielt Umsatzerlöse, die sich aus den Erlösen aus Biomethanverkauf und Stromeinspeisung ergeben. Dabei werden die Erlöse aus dem Biomethanverkauf auf der Grundlage des Biomethanlieferungsvertrages mit der STW abgerechnet. Die Erlöse aus dem Stromverkauf leiten sich aus den Leistungen des BHKW und der Vergütung gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ab.

Die BMG hat mit Kaufvertrag vom 11.12.2013 Grundstücke, Biogaserzeugungs- und Biogasaufbereitungsanlage incl. Zubehör, Substrate und Verbrauchsstoffe von der STW erworben.

Die Inbetriebnahme der Gasaufbereitungsanlage (GAA) sowie des BHKW verlief im Jahr 2013 planmäßig. Die Anlagen konnten die für das Geschäftsjahr erwartete Durchsatzleistung erfüllen. Der Anlagenbetrieb der GAA wurde durch die Umsetzung technischer Maßnahmen optimiert. Im Geschäftsjahr 2014 werden weitere technische Optimierungsmaßnahmen umgesetzt.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Zur Erfüllung ihres Dienstleistungsauftrages beschäftigt die BMV zwei Geschäftsführer. Sämtliche Aufwendungen für die Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeit werden der BMV gemäß Gesellschaftervertrag von der BMG vergütet.

Die BMV erwirtschaftete im Berichtsjahr Betriebserträge in Höhe von ca. 3,1 Tsd. EUR. Diese umfassten im Wesentlichen Erstattungen der BMG an die BMV für die Geschäftsführungstätigkeit.

Die Betriebsaufwendungen betragen im gleichen Zeitraum 3,5 Tsd. EUR. Darin waren haupt-sächlich Beratungskosten sowie sonstige Lieferungen und Leistungen enthalten, die sich überwiegend aus Aufwendungen für geschäftsführende Tätigkeiten und Verwaltungsdienstleistungen zusammensetzten.

Die BMV schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresergebnis von -0,4 Tsd. EUR ab.

Die Bilanzsumme der BMV lag im Berichtsjahr bei 27,9 Tsd. EUR. Die Eigenkapitalquote betrug 88,1 %.

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit der BMV betrug im Berichtsjahr 24,0 Tsd. EUR. Dies führte zum Ende der Berichtsperiode zu einem Finanzmittelfonds von 24,0 Tsd. EUR.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Biogasanlage wird im ersten Halbjahr 2014 in den Regelbetrieb überführt. Im Betriebsjahr 2014 werden einzelne Betriebsabläufe verbessert und optimiert.

Die bestehende Zusammenarbeit mit den Landwirten und Dienstleistern aus der Region wird kontinuierlich und nachhaltig entwickelt.

Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeiten für die BMG werden auch in den Jahren 2014 und 2015 die zentralen Aufgabenbestandteile der BMV darstellen.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Biogas Müritz GmbH & Co. KG

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRA 17346
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft	
Tätigkeitsbereich:		
Eigentümer:	Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel	62,5%
	Stadtwerke Bad Nauheim GmbH, Bad Nauheim	37,5%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Festkapital	3.420.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:		
Wirtschaftsprüfer:		
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Dr. Berndt Hartmann, Zotzenheim Diplom-Ingenieur Hans Nießen, Niedenstein	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Bis zum Redaktionsschluss konnten keine Unterlagen zu dieser Gesellschaft vorgelegt werden.

KVV Konzern

Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 16191
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung an Windparkgesellschaften, an denen die Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH gesellschaftsrechtlich beteiligt ist. Die Gesellschaft darf im Rahmen der kommunalrechtlichen Vorgaben alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.	
Eigentümer:	Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel	100%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 05. September 2013	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Markus Jungermann, Kassel Herr Lars Rotzsche-Walther, Kassel	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2013
		IST
Umsatzerlöse	TEUR	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	0,6
Bilanzsumme	TEUR	29
Investitionen	TEUR	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-
Personal	Anzahl	-
Eigenkapitalquote	%	88,9
Cash flow (nur AFA)	TEUR	0,5
Gesamtverschuldung	%	11,1
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Die WKV wurde am 05.09.2013 als 100-prozentige Tochter der Städtische Werke AG (STW) gegründet. Ihr primärer Geschäftszweck liegt in der Übernahme von Geschäftsführungstätigkeiten von Windparkgesellschaften. Für diese Gesellschaften fungiert die WKV zudem als persönlich haftende Gesellschafterin. Gegenwärtig betreut die WKV ausschließlich die Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG (WSN), welche ebenfalls am 05.09.2013 durch die STW gegründet wurde und sich derzeit vollständig in deren Besitz befindet. Die WSN wird sieben Windenergieanlagen (WEAs) betreiben, die an den Standorten Söhrewald (fünf WEAs) und Niestetal (zwei WEAs) errichtet wurden. Die Projektierung und Errichtung des Windparks erfolgte durch die STW, welche die Anlagen im März 2014 an die WSN übertrug. Zusätzlich zu den WEAs wurde eine Photovoltaik-Freiflächenanlage (PVA) auf dem Sandershäuser Berg (Nähe Niestetal) übertragen, welche im Jahr 2012 durch die STW erbaut und in Betrieb genommen worden war.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die WKV erwirtschaftete im Berichtsjahr Betriebserträge in Höhe von 3,6 Tsd. EUR.
 Die Betriebsaufwendungen betragen im gleichen Zeitraum 3,0 Tsd. EUR.
 Die WKV schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von 0,5 Tsd. EUR ab.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Mit Übertragung der WEAs und der PVA im März 2014 auf die WSN wird der Umfang der Geschäftsführungs- und Verwaltungstätigkeiten zunehmen. Die STW beabsichtigt, bei gegebener Wirtschaftlichkeit weitere Windpark-Gesellschaften zu gründen. Es wird angestrebt, dass auch bei diesen Gesellschaften die WKV als geschäftsführende Komplementärin fungieren wird.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRA 17311
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, der Erwerb, die Errichtung und der Betrieb und die Verpachtung von regenerativen Energieerzeugungsanlagen, insbesondere Windkraftanlagen sowie der Bau von dafür benötigten Umspannwerken und die damit verbundene Vermarktung der erzeugten Energien.	
Eigentümer:	Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel	100 %
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	750.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 05. September 2013	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Markus Jungermann, Kassel Herr Lars Rotzsche-Walther, Kassel	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2013
		IST
Umsatzerlöse	TEUR	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-114
Bilanzsumme	TEUR	11.600
Investitionen	TEUR	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-
Personal	Anzahl	-
Eigenkapitalquote	%	99,0
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-114
Gesamtverschuldung	%	1,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Die WSN wurde am 05.09.2013 als 100-prozentige Tochtergesellschaft der Städtische Werke AG (STW) gegründet. Ihr wesentlicher Geschäftszweck ist der Betrieb eines Windparks mit sieben Windenergieanlagen (WEAs), die an den Standorten Söhrewald (fünf WEAs) und Niestetal (zwei WEAs) errichtet wurden sowie einer Photovoltaik-Freiflächenanlage (PVA) in Niestetal. Die Projektierung und Errichtung des Windparks sowie der PVA erfolgte durch die STW.

Die Errichtung der WEAs mit einer Nabenhöhe von 140 m und einer Nennleistung von je 3 MW erfolgte im Dezember 2013 und Januar 2014. Die WEAs wurden im März 2014 von der STW an die WSN übertragen. Zusätzlich zu den WEAs wurde die PVA übertragen, welche im Jahr 2012 durch die STW auf dem Sandershäuser Berg (Nähe Niestetal) errichtet wurde.

Die Anteile an der WSN, welche sich bislang vollständig im Eigentum der STW befinden, sollen maximal zu 74,9 % vorwiegend an Bürgerenergiegenossenschaften (BEGs) abgetreten werden. Auf diese Weise wird insbesondere den Anwohnern in der näheren Umgebung des Windparks die Möglichkeit geboten, an den Erträgen aus dem Betrieb der WEAs zu partizipieren.

Mit der Geschäftsführung der WSN wurde die Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH (WKV) beauftragt, welche ebenfalls am 05.09.2013 als 100-prozentige Tochter der STW gegründet wurde.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die WSN erwirtschaftete im Berichtsjahr Betriebserträge in Höhe von 5,1 Tsd. EUR.

Die Betriebsaufwendungen betragen im gleichen Zeitraum 16,9 Tsd. EUR.

Die WSN schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von -114,4 Tsd. EUR ab.

Die Übertragung der Anlagen von der STW auf die WSN erfolgte im März 2014. Darüber hinaus sind nach Ende des Geschäftsjahres keine besonderen Vorgänge angefallen

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Windkraftanlagen werden nach Abschluss des Probebetriebes durch den Lieferanten Vestas und nach Gefahrenübergang (Abnahme im zweiten Quartal 2014) in den regulären Betrieb überführt.

Durch den Abschluss eines langfristigen Wartungsvertrages mit Vestas und durch die Vergabe der technischen Betriebsführung an die STW sowie der kaufmännischen Dienstleistungen an die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH ist die Bestandssicherung gewährleistet.

Die Verwaltungs- und Geschäftsführertätigkeiten für die WSN werden durch die WKV erbracht.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

SUN Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG

Sitz:	Wolfhagen	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRA 17056
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der kommunalen Versorgungsstrukturen in Nordhessen, die Erbringung diverser energiebezogener Dienstleistungen für kommunale Energieversorgungsunternehmen, die Unterstützung von Re-Kommunalisierungsprojekten und die Evaluierung, Vorbereitung und Umsetzung von Erzeugungsprojekten auf der Basis regenerativer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung sowie ggf. die Bewerbung um den Neuanschluss von Wegnutzungsverträgen nach § 46 EnWG, der Abschluss solcher Verträge und die Übernahme des Netzes vom bisherigen Konzessionsinhaber in das Eigentum der Gesellschaft.	
Eigentümer:	Städtische Werke Aktiengesellschaft	67,0%
	Stadtwerke Eschwege GmbH	11,0%
	Stadtwerke Witzenhausen GmbH	6,0%
	Stadtwerke Wolfhagen GmbH	6,0%
	KBG Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft Homberg eG	5,0%
	Stadtwerke Bad Sooden-Allendorf	5,0%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 08.03.2011	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Martin Rühl, Wolfhagen Dr. Thorsten Ebert, Kassel	
Aufsichtsrat (oder Beirat):		
Prokuristen:		

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-255	-332
Bilanzsumme	TEUR	99	154
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	2
Eigenkapitalquote	%	11,4	35,7
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-253	-332
Gesamtverschuldung	%	88,6	64,3
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

An der SUN sind die folgenden Anteilseigner beteiligt:

- Städtische Werke AG, Kassel
- Stadtwerke Bad Sooden-Allendorf
- Stadtwerke Eschwege GmbH
- Stadtwerke Witzenhausen GmbH
- Stadtwerke Wolfhagen GmbH
- KBG Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft Homberg eG

Der Ausbau erneuerbarer Energien in der Region ist das gemeinsame Ziel der sechs Stadtwerke-Union-Partner aus Bad Sooden-Allendorf, Eschwege, Homberg, Kassel, Witzenhausen und Wolfhagen. Die SUN hat in einer Kooperation mit dem Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) gezeigt, dass der Atomausstieg und die Transformation des Systems hin zu erneuerbaren Energien wesentlich schneller möglich sind, wenn innerhalb der Region zusammengearbeitet wird. Ein zentraler Baustein ist hierbei die Projektierung und der Bau von eigenen Windparks in der Region.

Die Geschäftstätigkeit der SUN wurde im Jahr 2013 vorrangig aus Einlagen der Gesellschafter finanziert. Der Umfang der Aktivitäten der SUN leitet sich insbesondere aus diesen durch die Gesellschafter bereitgestellten Budgets ab. Ab 2014 ist angestrebt, Umsatzerlöse im Rahmen der Akquisition und Entwicklung von Windparkprojekten für die SUN-Gesellschafter zu erzielen.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die SUN erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2013 Betriebserträge in Höhe von 2,4 Tsd. EUR (Vorjahr 0,4 Tsd. EUR).

Die Betriebsaufwendungen betragen im gleichen Zeitraum 334,5 Tsd. EUR (Vorjahr 255,8 Tsd. EUR).

Die SUN schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresergebnis von -332,0 Tsd. EUR (Vorjahr -255,3 Tsd. EUR) ab. Damit verlief die Geschäftsentwicklung der SUN im Berichtsjahr den Erwartungen entsprechend.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Geschäftsjahre 2014 und 2015 werden schwerpunktmäßig von der Projektierung geeigneter Windparkstandorte bis zur Baureife geprägt sein.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

SUN Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 15462
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der SUN Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG mit Sitz in Wolfhagen als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin (Komplementärin)	
Eigentümer:	Städtische Werke Aktiengesellschaft	67,0%
	Stadtwerke Eschwege GmbH	11,0%
	Stadtwerke Witzenhausen GmbH	6,0%
	Stadtwerke Wolfhagen GmbH	6,0%
	KBG Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft Homberg eG	5,0%
	Stadtwerke Bad Sooden-Allendorf	5,0%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 08.03.2011	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Martin Rühl, Wolfhagen Dr. Thorsten Ebert, Kassel	
Aufsichtsrat (oder Beirat):		
Prokuristen:		

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Bilanzsumme	TEUR	33	40
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	-	1
Eigenkapitalquote	%	81,6	68,9%
Cash flow (nur AFA)	TEUR	1	1
Gesamtverschuldung	%	18,4	31,1%
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Folgende Unternehmen sind an der SUNV beteiligt:

- Städtische Werke AG, Kassel
- Stadtwerke Bad Sooden-Allendorf
- Stadtwerke Eschwege GmbH
- Stadtwerke Witzenhausen GmbH
- Stadtwerke Wolfhagen GmbH
- KBG Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft Homberg eG

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der SUN als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin (Komplementärin). Der Gesellschaftszweck der SUN ist die Weiterentwicklung einer regionalen und erneuerbaren Energieversorgung in Nordhessen sowie die Erbringung diverser energiebezogener Dienstleistungen für kommunale Energieversorgungsunternehmen.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die SUNV erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2013 Betriebserträge in Höhe von 130,2 Tsd. EUR (Vorjahr 94,5 Tsd. EUR).

Die Betriebsaufwendungen betragen im gleichen Zeitraum 128,8 Tsd. EUR (Vorjahr 93,2 Tsd. EUR).

Die SUNV schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresergebnis von 0,7 Tsd. EUR (Vorjahr 1,3 Tsd. EUR) ab.

Damit verlief die Geschäftsentwicklung der SUNV im Berichtsjahr den Erwartungen entsprechend.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Der Umfang der Geschäftsführungs- und Verwaltungstätigkeiten wird in den Jahren 2014 und 2015, in Abhängigkeit der Entwicklung des operativen Geschäfts der SUN, zunehmen.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG

Sitz:	Großalmerode	
Handelsregister:	Amtsgericht Eschwege	HRB 2824
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand der Gesellschaft ist die Versorgung der Bevölkerung, der öffentlichen Einrichtungen, der Industrie und des Gewerbes im Stadtgebiet der Stadt Großalmerode mit leistungsgebundener Energie einschließlich der Errichtung, Unterhaltung und des Betriebes aller erforderlichen Versorgungsanlagen (Netzbetrieb)	
Eigentümer:	Stadt Großalmerode	51,0 %
	Städtische Werke AG, Kassel	49,0 %
Beteiligungen:	Stadtwerke Großalmerode Verwaltungs GmbH	100,0 %
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Günter Raabe, Großalmerode Roland Heibert, Fuldabrück	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	<u>Für die Stadt Großalmerode</u> Bürgermeister Andreas Nickel (Vorsitzender) Magnus Alt Volker Pforr <u>Für die Städtische Werke AG</u> Andreas Helbig Eugen Rittmeyer Dr. Mark Eppe Eike Weldner	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-8	2
Bilanzsumme	TEUR	105	209
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	2	2
Eigenkapitalquote	%	47,2	72,4
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-8	2
Gesamtverschuldung	%	52,8	27,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Die SGG und die Stadt Großalmerode unterzeichneten am 12.08.2010 die Konzessionsverträge für die Strom- und Gasnetze in Großalmerode. Die Laufzeit der Verträge beträgt 20 Jahre und reicht vom 01.07.2011 bis zum 20.06.2031. Ziel der SGG ist der eigentumsrechtliche Erwerb der Strom- und Gasnetze in Großalmerode von dem bisherigen Netzbetreiber E.ON Mitte AG, um diese anschließend an die Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG), eine Tochter des strategischen Partners und Mitgesellschafters Städtische Werke AG (STW), zu verpachten. Erst durch die Verpachtung der Netze kommt die SGG dem in den Gesellschaftsverträgen festgelegten Kerngeschäft nach.

Aktuell befindet sich die SGG in Verhandlungen mit der E.ON Mitte AG über den Netzkauf. Die Geschäftsführung der SGG wird von der Stadtwerke Großalmerode Verwaltungs- GmbH (SGGV) erbracht. Dafür erstattet die SGG gem. §22 Abs. 5 des Gesellschaftervertrags der SGGV die in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten. Mit Wirkung zum 01.07.2011 liegt eine umsatzsteuerliche Organschaft vor, bei der die SGGV Organgesellschaft der SGG ist. Aus Vereinfachungsgründen wurde dies seit dem 01.01.2012 umgesetzt.

Die Finanzierung des Netzkaufs soll zu 40 % aus der Eigenkapitaleinlage der Gesellschafter der SGG und zu 60 % aus Fremdkapital erfolgen. Die SGG wird die erworbenen Strom- und Gasversorgungsnetze an die NSG verpachten, die im Rahmen eines entsprechenden Netzpachtvertrages die Versorgungsnetze im Stadtgebiet Großalmerode im eigenen Namen und auf eigene Rechnung betreiben wird.

Wichtiger Bestandteil des SGG-Gesamtkonzepts ist der Betrieb eines Kundenzentrums in Großalmerode. Die SGG nimmt derzeit die Rolle eines Handelsvertreters für ihre Kooperationspartner Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH (Netcom) und der STW ein. Neben allgemeinen Informationen zu den Themen Energieversorgung und Telekommunikation erhalten die Einwohner von Großalmerode Internet- und Telekommunikationsprodukte der Netcom sowie die Strom- und Gasprodukte „Gelsterstrom“ und „Gelstergas“ der STW. Beide Unternehmen beteiligen sich an den Kosten des Kundenzentrums.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die SGG erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2013 Betriebserträge in Höhe von 62,3 Tsd. EUR (Vorjahr 62,1 Tsd. EUR). Diese bestehen ausschließlich aus sonstigen betrieblichen Erträgen.

Im Geschäftsjahr 2012 beschlossen die Gesellschafter eine weitere Erhöhung des Eigenkapitals zur Rücklagenstärkung durch eine Einlage in Höhe von 100,0 Tsd. EUR in die gemeinsame Rücklage gem. § 6 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags. Die Zahlungen der Einlagen durch die Gesellschafter erfolgte Anfang 2013.

Die SGG schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresergebnis von 2,1 Tsd. EUR (Vorjahr -7,7 Tsd. EUR) ab. Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine weiteren besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Das Geschäftsjahr 2014 wird durch die weiteren Verhandlungen zwischen SGG und E.ON Mitte AG über die Übernahme der Strom- und Gasnetze geprägt sein. Nach Netzübernahme kann die SGG operativ tätig werden. Bis die Netzübernahme erfolgt, werden negative Geschäftsergebnisse erwartet.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Stadtwerke Großalmerode Verwaltungs GmbH

Sitz:	Großalmerode	
Handelsregister:	Amtsgericht Eschwege	HRB 2824
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung an der Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG mit Sitz in Großalmerode	
Eigentümer:	Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG	100,0 %
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 21.05.2010 mit Stand vom 27.08.2010	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Günter Raabe, Großalmerode Roland Heibert, Fuldabrück	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	-	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	2	1
Bilanzsumme	TEUR	34	35
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	1	1
Eigenkapitalquote	%	82,4	83,2%
Cash flow (nur AFA)	TEUR	1	1
Gesamtverschuldung	%	17,6	16,8%
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Zweck der SGGV ist gemäß Gesellschaftsvertrag die Beteiligung an der SGG als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin sowie die Übernahme deren Geschäftsführung.

Die SGG und die Stadt Großalmerode unterzeichneten am 12.08.2010 die Konzessionsverträge für die Strom- und Gasnetze in Großalmerode. Die Laufzeit der Verträge beträgt 20 Jahre und reicht vom 01.07.2011 bis zum 20.06.2031. Mit Wirkung zum 01.07.2011 liegt eine umsatzsteuerliche Organschaft vor, bei der die SGGV Organgesellschaft der SGG ist. Aus Vereinfachungsgründen wurde dies ab dem 01.01.2012 umgesetzt. Ziel der SGG ist der eigentumsrechtliche Erwerb der Strom- und Gasnetze in Großalmerode von dem bisherigen Netzbetreiber E.ON Mitte AG, um diese anschließend an die Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG), eine Tochter des strategischen Partners und Mitgesellschafters Städtische Werke AG (STW), zu verpachten. Erst durch die Verpachtung der Netze kommt die SGG dem in den Gesellschaftsverträgen festgelegten Kerngeschäft nach. Aktuell befindet sich die SGG in Verhandlungen mit der E.ON Mitte AG über den Netzkauf.

Die Finanzierung des Netzkaufs soll zu 40 % aus der Eigenkapitaleinlage der Gesellschafter der SGG und zu 60 % mit Fremdkapital erfolgen. Die SGG wird die erworbenen Strom- und Gasnetze an die NSG verpachten, die im Rahmen eines entsprechenden Netzpachtvertrages die Versorgungsnetze im Stadtgebiet Großalmerode im eigenen Namen und auf eigene Rechnung betreiben wird.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die SGGV erzielte im Geschäftsjahr 2013 Betriebserträge in Höhe von 20,9 Tsd. EUR (Vorjahr 21,2 Tsd. EUR). Diese bestehen im Wesentlichen aus sonstigen betrieblichen Erträgen, die die Erstattung aller mit der geschäftsführenden Funktion bedingten Kosten gemäß Gesellschaftervertrag der SGG § 22 Abs. 5 durch die SGGV beinhalteten.

Die Betriebsaufwendungen betrugen im gleichen Zeitraum 19,6 Tsd. EUR (Vorjahr 19,5 Tsd. EUR). Darin waren sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 7,1 Tsd. EUR (Vorjahr 7,0 Tsd. EUR) enthalten, die sich vor allem aus Personalgestellungen der Stadt Großalmerode und der STW zusammensetzten.

Die SGGV schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis in Höhe von 1,4 Tsd. EUR (Vorjahr 1,4 Tsd. EUR) ab.

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Das Geschäftsjahr 2014 wird weiterhin von den Verhandlungen zwischen SGG und E.ON Mitte AG über die Übernahme der Strom- und Gasnetze geprägt sein. Nach Netzübernahme kann die SGG operativ tätig werden und Umsatzerlöse erzielen.

Die Geschäftsführung geht aufgrund der geplanten Entwicklung von weiterhin positiven Geschäftsergebnissen aus.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG

Sitz:	Gudensberg	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRA 16307
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Leistungen im Bereich der Energieversorgung und Telekommunikation. Hierzu gehören namentlich der Erwerb und das Betreiben von Energieversorgungsnetzen, die sichere und wirtschaftliche Versorgung der Verbraucher mit Energie sowie das Angebot von Leistungen im Bereich der Straßenbeleuchtung.	
Eigentümer:	Städtische Werke AG	40,0 %
	Gemeinde Edermünde	5,8 %
	Stadt Gudensberg	8,7 %
	Gemeinde Guxhagen	7,1 %
	Gemeinde Körle	3,7 %
	Gemeinde Malsfeld	4,5 %
	Stadt Melsungen	13,3 %
	Gemeinde Morschen	3,9 %
	Stadt Niedenstein	6,2 %
	Stadt Spangenberg	6,8 %
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 03. September 2013	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Baum, Lothar, Bad Wildungen Herr Lengemann, Ralf, Gudensberg	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2013
		IST
Umsatzerlöse	TEUR	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-219
Bilanzsumme	TEUR	274
Investitionen	TEUR	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-
Personal	Anzahl	-
Eigenkapitalquote	%	2,4
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-219
Gesamtverschuldung	%	97,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Im Schwalm-Eder-Kreis haben die Städte und Gemeinden im Jahr 2009 das Auslaufen der bisherigen Konzessionsverträge bekanntgegeben. Die Kommunen Edermünde, Gudensberg, Guxhagen, Körle, Malsfeld, Melsungen, Morschen, Niedenstein und Spangenberg entschieden sich daraufhin für die gemeinsame Rekommunalisierung der Energieversorgung durch die Gründung einer eigenständigen, kommunal dominierten Netzeigentumsgesellschaft für die Bereiche Strom und Erdgas. Bei dem anschließenden Wettbewerbsverfahren für die Auswahl eines strategischen Partners gelang es der STW, sich gegen andere Wettbewerber durchzusetzen. Ab Januar 2014 vertreibt die FEE auf Provisionsbasis eigenen Ökostrom („FEE-Strom“) und eigenes klimaneutrales Gas („FEE-Gas“) im FEE-Gebiet für die Kooperationspartnerin STW. Im Rahmen des zweistufigen Konzessionsvergabeverfahrens haben die Gesellschafterkommunen nach der Gründung der FEE im November 2013 das Konzessionierungsverfahren neu gestartet und ihre jeweiligen Konzessionen für die Stromnetze neu ausgeschrieben. Bis zum 17.02.2014 hat die FEE ihre Konzessionsangebote in allen neun Gesellschafterkommunen eingereicht.

Die betreffenden Kommunen werden die eingereichten Konzessionsangebote von unabhängigen Beratungsunternehmen prüfen lassen und im Anschluss daran bis spätestens Ende Juni 2014 alle in den kommunalen Gremien notwendigen Beratungen durchführen und entsprechende Beschlüsse fassen. Nach der erfolgreichen Konzessionierung sollen in einem nächsten Schritt die Stromnetze vom bisherigen Eigentümer erworben und an die dann zu gründende Netzgesellschaft Fulda-Eder mbH (NFE) verpachtet werden.

Die Geschäftsführung der FEE wird von der Fulda-Eder Energie Verwaltungs-GmbH (FEEV) gestellt, welche eine 100-prozentige Tochter der FEE ist.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die FEE nahm ihr operatives Geschäft im Gründungsjahr noch nicht auf und erwirtschaftete daher keine Betriebserlöse.

Die Betriebsaufwendungen betragen im Berichtsjahr 218,5 Tsd. EUR. Diese bestehen hauptsächlich aus Rückstellungen in Höhe von 210,0 Tsd. EUR für Gründungskosten. Darüber hinaus sind Beratungskosten sowie

sonstige Lieferungen und Leistungen enthalten, die sich überwiegend aus Aufwendungen für geschäftsführende Tätigkeiten und Verwaltungsdienstleistungen zusammensetzen.

Die FEE schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von -218,5 Tsd. EUR ab.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 250 Tsd. EUR und wurde durch die Gesellschafter vollständig eingezahlt. Aufgrund des Erwerbs der Anteile an der Komplementärgesellschaft FEEV war ein Ausgleichsposten zu bilden, welcher zu einer anteiligen Minderung der Kapitalanteile in Höhe von 25 Tsd. EUR führte und somit das Stammkapital auf 225 Tsd. EUR verringert. Durch Jahresüberschüsse in den kommenden Jahren ist diese Minderung in voller Höhe auszugleichen, ehe Rücklagen zu bilden sind.

Die Bilanzsumme der FEE lag im Berichtsjahr bei 274,4 Tsd. EUR. Die Eigenkapitalquote betrug 2,4 %.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Das Portfolio des neuen Energieversorgungsunternehmens soll zukünftig nicht nur die Strom- und Gasversorgung, sondern auch eine Reihe von Dienstleistungen wie Energiedienstleistungen, Straßenbeleuchtung, Telekommunikation, Wasserversorgung, Anlagenbetrieb und Energieerzeugung (insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien) umfassen.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Fulda-Eder Energie Verwaltungs-GmbH

Sitz:	Gudensberg	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 11995
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung von Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin der Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG sowie deren Geschäftsführung und Verwaltung.	
Eigentümer:	Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG	100 %
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 19. August 2013	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Baum, Lothar, Bad Wildungen Herr Lengemann, Ralf, Gudensberg	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2013
		IST
Umsatzerlöse	TEUR	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-
Bilanzsumme	TEUR	30
Investitionen	TEUR	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-
Personal	Anzahl	-
Eigenkapitalquote	%	83,1
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-
Gesamtverschuldung	%	16,9
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Am 03.09.2013 wurde die FEE von der Städtische Werke AG (STW), Kassel, und neun Kommunen im nördlichen Schwalm-Eder-Kreis gegründet und übernahm zugleich die gesamten Anteile an der FEEV. Diese war zunächst als 100-prozentige Tochter der STW gegründet worden.

Die Geschäftsführung der FEEV ist damit beauftragt, die FEE zu einem vollumfassenden Energieversorger zu entwickeln. In der Anfangsphase sollen deshalb erste vertriebliche Aktivitäten gestartet werden. Eine weitere wesentliche Aufgabe der FEE ist es, die Energieversorgungsnetze der Gesellschafterkommunen zu übernehmen und zu betreiben. Zu diesem Zweck hat sich die FEE im Februar 2014 um die entsprechenden Konzessionen beworben.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die FEEV erwirtschaftete im Berichtsjahr Erlöse in Höhe von 5,8 Tsd. EUR. Diese ergeben sich aus der Erstattung der für die Geschäftsführungstätigkeit anfallenden Kosten durch die FEE.

Die Betriebsaufwendungen betragen im Berichtsjahr 5,8 Tsd. EUR. Darin waren hauptsächlich Beratungskosten sowie sonstige Lieferungen und Leistungen enthalten, die sich überwiegend aus Aufwendungen für geschäftsführende Tätigkeiten und Verwaltungsdienstleistungen zusammensetzen.

Die FEEV schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von 0 Tsd. EUR ab.

Die Bilanzsumme der FEEV lag im Berichtsjahr bei 30,1 Tsd. EUR. Die Eigenkapitalquote betrug 83,1 %.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die FEE hat sich bei den Konzessionierungsverfahren in den Gesellschafterkommunen um die Konzessionen beworben. Der künftige Geschäftsverlauf der FEE und FEEV wird geprägt sein von dem Ausgang des Konzessionierungsverfahrens sowie von den sich anschließenden Netzkaufverhandlungen mit dem Altkonzessionär.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH

Sitz:	Kaufungen	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 16262
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen sowie Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung von Handelsgesellschaften insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin der Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG sowie deren Geschäftsführung und Verwaltung.	
Eigentümer:	Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel	100 %
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 25. November 2013	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner GbR	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Frau Melanie-Susanne Heinemann, Staufenberg	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2013
		IST
Umsatzerlöse	TEUR	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-2
Bilanzsumme	TEUR	24
Investitionen	TEUR	-
Fremd-Darlehen	TEUR	-
Personal	Anzahl	-
Eigenkapitalquote	%	93,7
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-2
Gesamtverschuldung	%	6,3
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Am 15.01.2014 wurde die GWK von der Gemeinde Kaufungen und der STW gegründet. Die Beteiligungsanteile zum Zeitpunkt der Gründung betragen 99 % bei der STW und 1 % bei der Gemeinde Kaufungen. Dies entspricht der Verteilung des stimmberechtigten Gesellschafterkapitals. Im weiteren Geschäftsverlauf ist eine Verschiebung der Beteiligungsverhältnisse durch die Veräußerung von Anteilen an die Gemeinde Kaufungen und die Energiegenossenschaft Kaufungen eG vorgesehen. Die STW wird einen Mindestanteil von 25,1 % an der GWK nicht unterschreiten.

Gesellschaftszweck der GWK ist die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge, insbesondere im Bereich der Energieversorgung und der Telekommunikation.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Betriebsaufwendungen im Berichtsjahr betragen 2,2 Tsd. EUR. Darin waren hauptsächlich Beratungskosten und Aufwendungen für sonstige Lieferungen und Leistungen enthalten, die überwiegend aus Aufwendungen für geschäftsführende Tätigkeiten und Verwaltungsdienstleistungen bestehen.

Die GWKV schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresergebnis von -2,2 Tsd. EUR ab.

Die Bilanzsumme der GWKV lag im Berichtsjahr bei 24,3 Tsd. EUR. Die Eigenkapitalquote betrug 93,8 %.

Die Anteile an der GWKV sind am 15.01.2014 vollständig von der STW an die GWK verkauft worden. Darüber hinaus sind nach Ende des Geschäftsjahres keine besonderen Vorgänge angefallen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die GWK wird sich um die Konzession für das Strom- und Gasnetz Kaufungen bewerben und bei Erhalt der Konzession die Netze vom Altkonzessionär erwerben. Der künftige Geschäftsverlauf der GWK und GWKV wird geprägt sein von dem Ausgang des Konzessionierungsverfahrens sowie von den sich daran anschließenden Netzkaufverhandlungen mit dem Altkonzessionär.

Compliance

Konzernweit ist ein Compliance-Management-System (CMS) installiert, das mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt wurde. Bestandteile des CMS sind der Compliance-Beauftragte, der konzernweit geltende Verhaltenskodex für ein integriertes Verhalten sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KVV-Konzern sowie ein externer Ombudsmann. Flankiert wird das CMS durch Betriebsvereinbarungen zur Korruptionsprävention.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Stadtwerke Sangerhausen GmbH

Sitz:	Sangerhausen	
Handelsregister:	Amtsgericht Stendal	HRB 201164
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Zweck der Gesellschaft ist es, vorrangig als Kommunale Aufgabe für das Stadtgebiet Sangerhausen Elektroenergie, Gas und Wärme zu erzeugen, zu verteilen und zu liefern. Die Gesellschaft wird als Querverbundunternehmen geführt. Sie führt Planungs-, Projektierungs-, Instandhaltungs-, Wartungs- und Montageleistungen an gesellschaftseigenen sowie fremden Energieanlagen aus.	
Eigentümer:	Kommunale Bädergesellschaft Sangerhausen mbH	62,4%
	Städtische Werke Aktiengesellschaft Kassel	25,1%
	Stadtwerke Hildesheim AG	12,6%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Stammkapital	1.000.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 21.06.1990 in der Fassung vom 24.11.2005	
Wirtschaftsprüfer:	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Herr Dipl.-Ingenieur Olaf Wüstemann	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Ralf Poschmann (Vorsitzender) Oberbürgermeister der Stadt Sangerhausen Michael Bosse-Arbogast Sprecher des Vorstands der Stadtwerke Hildesheim AG Eugen Rittmeyer (stellv. Vorsitzender bis 31.03.2013) Bereichsleiter Technische Dienstleistungen Städtische Werke Aktiengesellschaft Kassel Eike Weldner (ab 01.04.2013) Geschäftsführer der Städtische Werke Netz und Service GmbH Kassel Andreas Skrypek Abwassermeister	

Abwasserzweckverband Südharz
 Dirk Albers (bis 31.03.2013)
 Vorstand der Sparkasse Mansfeld-Südharz
 Michael Näher (ab 01.04.2013)
 Vorstand der Sparkasse Mansfeld-Südharz
 Udo Schwarz
 Servicemeister
 Autohaus Einicke Sangerhausen
 Dr. Mark Eppe (stellv. Vorsitzender ab 27.06.2013)
 Leitung Recht und Versicherung
 Städtische Werke Aktiengesellschaft Kassel
 Herr Bert Mrozik
 Mitarbeiter Bauhof
 Stadt Sangerhausen

Prokuristen:

Herr Andreas Mehner
 Frau Anja Hedig

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	20.175	23.441
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	4.965	3.847
Bilanzsumme	TEUR	27.516	33.478
Investitionen	TEUR	4.269	10.078
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	60	61
Eigenkapitalquote	%	40,6	33,4%
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	59,4	66,6%
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Gas-Union GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

Sitz:	Frankfurt am Main	
Handelsregister:	Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 11035	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Die Gesellschaft ist insbesondere auf dem Gebiet der Beschaffung und Weiterveräußerung von Gas tätig. Dafür schließt sie Lieferverträge außerhalb der Versorgungs- und Interessengebiete der Gesellschafter ab. Des Weiteren gehört der Erwerb, die Errichtung, der Betrieb und die Änderung der zu diesem Zwecke erforderlichen Anlagen und Erledigung aller damit zusammenhängender Geschäfte zu ihren Tätigkeiten; wie auch die Vornahme aller sonstigen Geschäfte, die mit der Betätigung auf den vorgenannten Geschäftsfeldern zusammenhängen oder geeignet sind, diese zu fördern und der technische und wirtschaftliche Erfahrungsaustausch der Gesellschafter über alle den Gesellschaftszweck betreffenden Angelegenheiten.	
Eigentümer:	Mainova AG, Frankfurt am Main	34,3%
	RGE Holding GmbH, Essen	23,6%
	Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Mainz	15,9%
	Städtische Werke AG, Kassel	9,2%
	Stadtwerke Göttingen, Göttingen	6,1%
	Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main	1,9%
	Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH	4,6%
	Stadtwerke Essen AG	4,6%
Beteiligungen:	Gas-Union Transport Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,0%
	Gas-Union Transport GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,0%
	Gas-Union (UK) Limited, London	100,0%
	Gas-Union Storage GmbH	100,0%
	Eserv GmbH & Co. KG	50,0%
	Exerv Verwaltungs GmbH	50,0%
	SYNECO GmbH & Co. KG, München	12,8%
	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (EWT)	34,0%
	Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe GmbH & Co. KG	25,0%
	Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbH	25,0%
	Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen	10,0%

	WT Engineering GmbH, Barsinghausen	60,0%
	GasLine Telekommunikationsnetz Geschäftsführungsgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH, Straelen	5,0%
	gasmotive Deutsche Erdgastankstellen GmbH & Co. KG, Berlin	8,4%
	gasmotive Deutsche Erdgastankstellen Management GmbH, Berlin	8,4%
Kapitalangaben:	Stammkapital	25.300.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag	
Wirtschaftsprüfer:	Rölfs RP AG	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Arno Reintjes (bis 31.12.2013) Dr. Jens Nixdorf (seit 01.01.2014) Hugo Wiemer	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Dr. h.c. Petra Roth, Oberbürgermeisterin, Frankfurt am Main, bis 06.11.2013 Vorsitzende Uwe Becker, Stadtkämmerer, Frankfurt am Main, ab 06.11.2013 Vorsitzender Julian Lipinski, Mitglied der Geschäftsführung, E.ON Energy Sales GmbH, Essen (ab 06.11.2013) Sebastian Jochem, Mitglied der Geschäftsführung, E.ON Energy Sales GmbH, Essen (ab 06.11.2013) Dr. Stefan Vogg, Geschäftsführer E.ON Deutschland E.ON SE, Essen Dr. Constantin Alsheimer, Vorstandsvorsitzender der Mainova AG, Frankfurt am Main Uwe Paulsen, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, Frankfurt am Main (ab 06.11.2013) Ulrich Danco, Mitglied der Geschäftsführung E.ON Vertrieb Deutschland GmbH, München Jutta Ebeling, Bürgermeisterin, Frankfurt am Main (bis 06.11.2013) Dipl. Kfm. Andreas Helbig, Vorsitzender des Vorstandes der Städtische Werke AG, Kassel Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, Kassel Claus Kaminsky, Oberbürgermeister, Hanau Wolfgang Meyer, Oberbürgermeister der Stadt Göttingen (bis 06.11.2013) Dr. Jens Nixdorf, Mitglied der Geschäftsführung der E.On Energy Sales GmbH, Essen (bis 06.11.2013)	

Prokuristen:	<p>RA Ralf Schodlok, Vorstandsmitglied der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Mainz</p> <p>Dr. Ing. Werner Sticksel, Vorstandsmitglied der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Mainz</p> <p>Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig, Vorstandsmitglied der Mainova AG, Frankfurt am Main (bis 16.02.2013)</p> <p>Dipl.-Kfm. Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender der Thüga AG, München (bis 06.11.2013)</p> <p>Michael Ebling, Oberbürgermeister, Mainz, ab 06.11.2013 stellv. Vorsitzender</p> <p>Peter Feldmann, Oberbürgermeister, Frankfurt am Main (ab 06.11.2013)</p> <p>Dietmar Spohn, Mitglied der Geschäftsführung, Stadtwerke Bochum Holding GmbH, Bochum (ab 06.11.2013)</p> <p>Simone Fischer, E.ON Energie Deutschland, München (ab 30.01.2013)</p> <p>Dr. Gerd Rappenecker, Technisches Vorstandsmitglied, Stadtwerke Göttingen AG, Göttingen (ab 06.11.2013)</p> <p>Dr. Peter Schäfer, E.ON Vertrieb Deutschland GmbH, München (30.01.2013 - 06.11.2013)</p> <p>Prof. Dr. Peter Birkner, Vorstandsmitglied der Mainova AG, Frankfurt am Main (ab 21.06.2013)</p>
	<p>Dipl.-Ing. Heino Alpers</p> <p>Dr.-Ing. Oliver Malerius</p> <p>Dipl.-Ing Uwe Schweickert</p> <p>M.A. Arne Franz</p>

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	1.979.650	2.729.190
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	45.844	16.951
Bilanzsumme	TEUR	518.870	731.535
Investitionen	TEUR	13.900	37.403
Fremd-Darlehen	TEUR	-	37.500
Personal	Anzahl	72	79
Eigenkapitalquote	%	26,1	23,2%
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	73,9	76,8%
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Sitz:	München	
Handelsregister:	Amtsgericht München	HRA 96595
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft	
Tätigkeitsbereich:	Die Gesellschaft fungiert als Plattform für die Unternehmen der Thüga-Gruppe für Investitionen in Projekte aus dem Bereich der erneuerbaren Energien.	
Eigentümer:	Städtische Werke Aktiengesellschaft	3,68%
	sowie 45 weitere kommunale Versorger	96,32%
Beteiligungen:	EE Repowering GmbH & Co. KG, Breklum	70,00%
	EE Repowering Verwaltungs GmbH, Breklum	70,00%
	Neue Energien Zernsee GmbH & Co. OHG, Werder (Havel)	80,00%
	THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG, Hamburg	66,70%
	THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH, Hamburg	66,70%
	THEE PE-Beteiligungs GmbH & Co. KG Hamburg	100,00%
	THEE Projektentwicklungs GmbH & Co. KG, Hamburg	100,00%
	THÜGA BOREAS Wind Verwaltungs GmbH, Ballhausen	74,90%
	Thüga Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, München	100,00%
	Thüga Erneuerbare Energien Windparkbeteiligungs GmbH, Seevetal	100,00%
	Windkraft Olbersleben I GmbH & Co. KG, Olbersleben	74,90%
	Windkraft Wangenheim GmbH & Co. KG, Wangenheim	74,90%
	Windpark Alsfeld GmbH & Co. KG, Hamburg	100,00%
	Windpark Arpke GmbH & Co. KG, Seevetal	100,00%
	Windpark Aspeln GmbH & Co. KG, Seevetal	100,00%
	Windpark Beppener Bruch IV GmbH & Co. Infrastruktur KG, Edemissen	66,67%
	Windpark Beppener Bruch IV GmbH & Co. KG, Seevetal	100,00%
	Windpark Biebersdorf GmbH & Co. KG, Seevetal	100,00%
	Windpark Calau GmbH & Co. KG, Bremen	66,70%
	Windpark Dedenbach GmbH & Co. KG, Hamburg	100,00%
	Windpark Fahrenwalde GmbH & Co. KG, Bremen	66,70%
	Windpark Frauenmark II GmbH & Co. KG, Bremen	66,70%
	Windpark Hohen Birken GmbH & Co. KG, Seevetal	100,00%
	Windpark Massenhausen GmbH & Co. KG, Bremen	66,70%

	Windpark Neuerkirch GmbH & Co. KG, Seevetal	100,00%
	Windpark RastenberG GmbH & Co. KG, Bremen	66,70%
	Windpark Salzleck GmbH & Co. KG, Seevetal	100,00%
	Windpark TEVEN Asberg GmbH & Co. KG, Hamburg	100,00%
	Windpark TEVEN Asberg Verwaltungs GmbH, Hamburg	100,00%
	Windpark TEWI GmbH & Co. KG, Seevetal	100,00%
	Windpark THEE Unzenberg GmbH & Co. KG, Seevetal	100,00%
	Windpark Vogelsberg GmbH & Co. KG, Bremen	66,70%
	Windpark Weißenfels GmbH & Co. KG, Bremen	66,70%
	Windpark Willmersdorf III GmbH & Co. KG, Seevetal	100,00%
	WP Sachsen-Anhalt Süd Acht GmbH & Co. KG, Seevetal	100,00%
	WP Sachsen-Anhalt Süd Neun GmbH & Co. KG, Seevetal	100,00%
	Gemeinschaftswindpark Kandrich GmbH & Co. KG, Ingelheim am Rhein	20,00%
	Gemeinschaftswindpark Kandrich Verwaltungs-GmbH, Ingelheim am Rhein	20,00%
	Infrastruktur Windpark Vogelsberg GbR, Bremen	47,36%
	Rheinhessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG, Ingelheim am Rhein	40,00%
	Rheinhessische Windpark Beteiligungs-Verwaltungs-GmbH, Ingelheim am Rhein	40,00%
	Tauberfranken Wind GmbH, Bad Mergentheim	25,00%
	Umspannwerk Kirchberg 2 GmbH & Co. KG, Wörrstadt	44,40%
	UW Nessa GmbH & Co. KG, Elsteraue	21,90%
	UW Nessa Verwaltungs GmbH, Elsteraue	21,90%
	WP Fahrenwalde Infrastruktur GbR, Bremen	29,21%
Kapitalangaben:	Grundkapital	135.784.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag	
Wirtschaftsprüfer:	Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Dr. Kay Dahlke, Rosengarten Michael Riechel, Ravensburg	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Joachim Zientek, Frankfurt am Main ehemaliges Mitglied des Vorstands der Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main Wolf-Kersten Meyer (Vorsitzender), Keltern-Ellmendingen Geschäftsführer der SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG, Pforzheim	

Josef Rönz (Stellvertreter), Mülheim-Kärlich
Kaufmännischer Geschäftsführer der Energieversor-
gung Mittelrhein, Koblenz
Konrad Aichner (Stellvertreter), Osterode am Harz
Kaufmännischer Leiter der Harz Energie GmbH & Co.
KG, Osterode am Harz
Andreas Helbig, Kassel
Vorstandsvorsitzender der Städtische Werke Aktienge-
sellschaft, Kassel
Andreas Hennig, Chemnitz
Geschäftsführer der eins energie in sachsen GmbH &
Co. KG, Chemnitz
Prof. Dr. Thomas Hoffmann, Wermelskirchen
Geschäftsführer der EWR GmbH, Remscheid
Roger Lindholz, Dettelbach
Technischer Leiter der Licht-, Kraft- und Wasserwerke
Kitzingen GmbH, Kitzingen
Stephan Lommetz, Willich
Geschäftsführer der Stadtwerke Neuss Energie und
Wasser GmbH, Neuss
Thomas Pätzold, Schwerin
Mitglied des Vorstands der WEMAG AG, Schwerin
Dr. Ulrich Schneider, Bad Münster-Ebernburg
Leiter Erneuerbare Energien der ESWE Versorgungs-
AG, Wiesbaden
Volker Schneider, Hohndorf
Kaufmännischer Geschäftsführer der Zwickauer Ener-
gieversorgung GmbH, Zwickau
Dr. Christof Schulte, München
Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft,
München

Prokuristen:

-

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	489	1.820
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	72	2.455
Bilanzsumme	TEUR	70.292	123.526
Investitionen	TEUR	14.540	59.608
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	9	13
Eigenkapitalquote	%	99,0	98,3%
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	1,0	1,7%
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

KVV Konzern

Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Kassel

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 6713
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	Die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen auf eigenen und fremden Netzen zur Versorgung von öffentlichen Einrichtungen, Gewerbetreibenden und privaten Haushalten. Ziel ist die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der Region Kassel durch die Zurverfügungstellung möglichst preiswerter und hochentwickelter Telekommunikationsdienstleistungen	
Eigentümer:	Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	25,2%
	Vodafone D2 GmbH, Düsseldorf	74,8%
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Grundkapital	26.000€
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 09.06.1997 in der Fassung vom 25.01.2002	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger und Partner	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Frank Richter, Grebenstein	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Alexander Saul, Hauptabteilungsleiter Enterprise Sales (Vorsitzender bis 15.06.2014) Vodafone GmbH Andreas Helbig (Stellv. Vorsitzender) Vors. Geschäftsführer der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH Bertram Hilgen (Vorsitzender 16.06.2014) Oberbürgermeister Stadt Kassel Klaus Horn Betriebsratsvorsitzender der Städtischen Werke AG Dr.Thomas Wandres (bis 15.06.2014) Hauptabteilungsleiter Legal & Regulatory, Vodafone D2 GmbH	

Thomas Lührs (bis 15.06.2014)
 Finance Wholesale & Strategy, Vodafone D2 GmbH
 Wolfgang Schwarz (bis 15.06.2014)
 Geschäftsführer Seniorenwohnanlagen SWA Kassel
 GmbH
 Dr. Jürgen Barthel (ab 16.06.2014)
 Stadtkämmerer der Stadt Kassel
 Ulrich Künkel (ab 16.06.2014)
 Geschäftsführer ekom21-KGRZ Hessen
 Dr. Rabani Alekuzei (ab 16.06.2014)
 Entwicklungsingenieur/Stadtverordneter der Stadt
 Kassel
 Eva Koch (ab 16.06.2014)
 Dipl.-Ing./Stadtverordnete der Stadt Kassel
 Georg Lewandowski (ab 16.06.2014)
 Betriebswirt/Stadtverordneter Stadt Kassel
 Norbert Witte (ab 07.04.2014)
 Vors. Geschäftsführer der Kasseler Verkehrs- und Ver-
 sorgungs-GmbH
 Stefan Welsch (ab 07.04.2014)
 Vorstandsmitglied Städtische Werke Aktiengesellschaft
 Dr. Mark Eppe (ab 07.04.2014)
 Rechtsanwalt
 Peter de Schrijver (ab 07.04.2014)
 Leitung Technik Dienste der Netcom Kassel Ges. für
 Telekommunikation mbH

Prokuristen:

-

Kennzahlen

		2012 *)	2013 *)
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	13.737	13.737
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	715	715
Bilanzsumme	TEUR	10.601	10.601
Investitionen	TEUR	1.894	1.894
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	22	22
Eigenkapitalquote	%	83,7	83,7
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-	-
Gesamtverschuldung	%	16,3	16,3
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

^{*)} Das Geschäftsjahr der Netcom weicht vom Kalenderjahr ab. Das „IST 2012“ umfasst den Zeitraum „01.04..2012 bis 31.03.2013“, das „IST 2013“ den Zeitraum „01.04.2013 bis 31.03.2014“.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH i. L.

Sitz:	34117 Kassel, Obere Königsstraße 8
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel HRB 13597
Rechtsform:	GmbH
Tätigkeitsbereich:	Wahrnehmung von Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende für die Agentur und die Stadt Kassel, die diesen durch Gesetz zugewiesen sind und die von den Gesellschaftern vertraglich der Gesellschaft übertragen werden.
Eigentümer:	Bundesagentur für Arbeit 50,0 % Stadt Kassel 50,0 %
Beteiligungen:	keine
Kapitalangaben:	Stammkapital 25.500 € Bundesagentur für Arbeit 12.500 € Stadt Kassel 12.500 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag Vertrag über die Einrichtung der Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH und die Übertragung von Aufgaben gemäß § 44 b SGB II
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger + Partner, Kassel
Geschäftsführung:	Detlev Ruchhöft, Liquidator
Aufsichtsrat.	entfällt

Die Gesellschaft wurde zum 31. Dezember 2010 liquidiert. Die Löschung im Handelsregister erfolgte im Jahr 2014. Seit 1. Januar 2011 übernimmt das Jobcenter Stadt Kassel die Aufgaben nach dem SGB II.

documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-GmbH

Sitz:	34117 Kassel, Friedrichsplatz 18		
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 2154	
Rechtsform:	GmbH		
Tätigkeitsbereich:	Veranstaltung von Kunstausstellungen der documenta und der Kunsthalle Fridericianum, Vermietung der documenta-Halle		
Eigentümer:	Stadt Kassel	50 %	
	Land Hessen	50 %	
Beteiligungen:	keine		
Kapitalangaben:	Stadt Kassel	EUR 12.800,--	
	Land Hessen	EUR 12.800,--	
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 19.01.2005		
Wirtschaftsprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel		
Geschäftsführung :	Bernd Leifeld		
Aufsichtsrat:	Bertram Hilgen, Oberbürgermeister (Vorsitzender) Eva Kühne-Hörmann, Staatsministerin (stellvertr. Vorsitzende) Alexander Farenholtz, Kulturstiftung des Bundes Dr. Rainer Hanemann, Stadtverordneter Prof.Dr. Luise Hölscher, Staatssekretärin (bis 30.09.2013) Marcus Leitschuh, Stadtverordneter Christof Nolda, Stadtbaurat Dieter Posch, Staatsminister a.D. Prof.Dr. Rolf-Dieter Postlep, Präsident Universität Kassel Oda Scheibelhuber, Staatssekretärin a.D., Ministerialdirektorin Hortensia Völckers, Kulturstiftung des Bundes Axel Wintermeyer, Staatsminister		
Prokurist:	Frank Petri		

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	22.786	413
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	2.583	0
Bilanzsumme	TEUR	6.261	4.381
Investitionen	TEUR	73	67
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	357	31,5
Eigenkapitalquote	%	0,4	0,6
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-2.229	-3.156
Gesamtverschuldung	%	44,1	23,8
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	63,8	13,1
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	25,8	270

Lagebericht (Kurzfassung)

Die Tätigkeit der documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-GmbH konzentrierte sich im Geschäftsjahr 2013 auf die weitere Abwicklung der documenta 13 sowie auf die Vorbereitung der documenta 14, den Ausstellungsbetrieb der Kunsthalle Fridericianum und auf die Vermietungstätigkeit der documenta-Halle.

Der Rückbau der documenta 13 ist durch die Rekultivierungsarbeiten in der Karlsäue und auf dem Friedrichplatz abgeschlossen.

Für die documenta 14 wurde in Bezug auf die Person der künstlerischen Leitung die Personalentscheidung getroffen. Nach einem längeren Auswahlverfahren berief der Aufsichtsrat am 22.11.2013 Herrn Adam Szymczyk als künstlerischen Leiter mit Tätigkeitsbeginn 01.01.2014.

Das herausragende Ereignis im Ausstellungsbetrieb der Kunsthalle Fridericianum war die im Herbst 2013 veranstaltete und von der neuen künstlerischen Leiterin Susanne Pfeffer kuratierte Ausstellung „Speculations on Anonymous Materials“, die national wie international hohe Anerkennung fand.

Die Auslastung der documenta-Halle im Berichtsjahr mit Vermietungen für unterschiedliche Veranstaltungen und Ausstellungen war gut. Der im Wirtschaftsplan 2013 vorgesehene Aufwandsausgleich durch das Land Hessen wurde deutlich unterschritten.

Analyse des Geschäftsverlaufs

Durch Regelung im Gesellschaftsvertrag haben sich die Gesellschafter zum Ausgleich der Aufwendungen verpflichtet, die nicht durch die erzielten Erträge ausgeglichen werden. Das Jahresergebnis 2013 und der Ausweis der benötigten Gesellschafterzuschüsse hat ergeben, dass die im Wirtschaftsplan 2013 kalkulierten Gesellschafterzuschüsse um rd. 5 % unterschritten wurden.

In der Aufsichtsratssitzung vom 12.04.2013 wurde beschlossen, dass Frau Annette Kulenkampff als Nachfolgerin von Herrn Bernd Leifeld zum 01.04.2014 zur Geschäftsführerin der documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-Gesellschaft mbH bestellt wird. Der Vertrag mit Frau Kulenkampff wurde bis zum 30.06.2019 abgeschlossen. Der Verlängerungsvertrag mit dem Prokuristen der Gesellschaft, Herrn Frank Petri, endet zum 31.12.2018.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Für die Gesellschaft ist das Gelingen der alle fünf Jahre stattfindenden documenta elementar wichtig. Aufgrund der auch finanziell erfolgreichen documenta 13 in 2012 und der sich in der Vorbereitungszeit befindenden documenta 14 mit zurzeit eher geringem Ausgabevolumen bestehen momentan keine außerordentlichen Risiken der künftigen Entwicklung. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat beschlossen, dass die documenta 14 vom 10.06. bis 17.09.2017 stattfinden wird.

Auch die Ausstellungen im Bereich der Kunsthalle Fridericianum führen zurzeit zu keinen unkalkulierbaren Risiken. Hier geht die Geschäftsführung davon aus, dass auch in diesem Bereich weiterhin ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt wird.

Der Betrieb und die Verwaltung der documenta-Halle wurden der Gesellschaft vom Land Hessen übertragen. Durch den in 2006 überarbeiteten Nutzungsvertrag hat sich das Land Hessen zur Übernahme aller durch den wirtschaftlichen Betrieb nicht gedeckten Aufwendungen verpflichtet.

Korruptions-Prävention

Mit Wirkung zum 01.10.2009 wurde vom Geschäftsführer für alle MitarbeiterInnen der Gesellschaft eine Dienstanweisung zur Korruptionsvermeidung erlassen. Jede Mitarbeiterin bzw. jeder Mitarbeiter der documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-GmbH hat eine entsprechende Antikorruptionserklärung unterschrieben.

Bei Auftragsvergaben wird die Angemessenheit von Preisen durch förmliche Ausschreibungsverfahren und Einholung von Vergleichsangeboten gewährleistet, soweit die zeitlichen Rahmenbedingungen dieses zulassen.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur. Die Gesellschafter stellen der Gesellschaft die zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben erforderlichen Mittel – soweit keine eigenen Einnahmen bestehen – als Zuwendungen zur Verfügung. Zum Stand der Erfüllung wird auf die Leistungsdaten verwiesen. Bei der documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungs-GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt. Aus dem Haushalt der Stadt Kassel wurden für das Wirtschaftsjahr 2013 insgesamt EUR 889.700,- an städtischen Gesellschafterzuschüssen gezahlt.

EFN Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH

Sitz:	34123 Kassel	AmLossewerk15	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel		HRA 6910
Rechtsform:	GmbH		
Tätigkeitsbereich:	Entsorgung und Verwertung von Abfällen		
Eigentümer:	Stadt Kassel		50 %
	Joh.Fehr GmbH & Co. KG Lohfelden		50 %
Beteiligungen:	Keine		
Kapitalangaben:	Stammkapital		25.600,00€
Satzungen / Unternehmensverträge:	(Gesellschaftsvertrag) vom 22.7.1998 URNR.251/1998		
Wirtschaftsprüfer:	BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft		
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Dipl. Ing. Gerhard Halm Dipl. Oec. Andreas Fehr		
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-		
Prokuristen:	-		

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.343,2	2.198,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	78,86	45,15
Bilanzsumme	TEUR	399,84	406,40
Investitionen	TEUR	0	0
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	2	2
Eigenkapitalquote	%	67,7	74,2
Cash flow (nur AFA)	TEUR	0	
Gesamtverschuldung	%	0	
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€		

Lagebericht und Analyse des Geschäftsverlaufes

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Geschäftsergebnis ab. Der Jahresüberschuss in 2013 beträgt TEUR 31,1 und ist zum Vorjahr um TEUR 23,4 gesunken.

Die weiterhin positive Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2013 führt dazu, dass die Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH nach wie vor mit ihrem Leistungsspektrum und über die vernetzte Zusammenarbeit ihrer Gesellschafter eine gute Marktposition als Entsorgungspartner für Gewerbe, Handel und Industrie in der nordhessischen Region innehat.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Nach gegenwärtiger Einschätzung der Geschäftsentwicklung ist für das laufende Geschäftsjahr 2014 von einer konstanten Vermögens- und Finanzlage wie in 2013 auszugehen.

Es wird in 2014 mit Umsatzerlösen in Höhe von ca. EUR 1,8 Mio. gerechnet. Des Weiteren wird von einem auf dem Niveau von 2013 erwirtschafteten Jahresergebnis 2014 ausgegangen.

Korruptions-Prävention

Spezielle Maßnahmen hinsichtlich einer Korruptionsprävention wurden nicht getroffen.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft einen Zuschuss nicht geleistet.

FIDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH

Sitz:	34131 Kassel, Ludwig-Erhard-Straße 2 - 12	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 6185
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Planung, Errichtung, Verwaltung sowie das Betreiben und Managen eines Zentrums in Kassel, das innovative Technik- und Dienstleistungsunternehmen bei der Gründung in den ersten Jahren fördert und betreut.	
Eigentümer:	Stadt Kassel	50,50%
	IHK	19,80%
	Kasseler Sparkasse	19,80%
	Uni Kassel	4,95%
	HWK	4,95%
Beteiligungen:	keine	
Kapitalangaben:	Stammkapital	55.550 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 23.05.1995	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger + Partner	
Geschäftsführung:	Dr. Gerold Kreuter	
Aufsichtsrat:	entfällt	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	948	903
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	111	69
Bilanzsumme	TEUR	6.992	6.577
Anlagevermögen	TEUR	6.730	6.391
Investitionen	TEUR	16	15
Darlehen	TEUR	3.030	2.637
Personal	Anzahl	0	0
Eigenkapitalquote	%	30,5	34,8
Cash flow	TEUR	422	385
Verschuldungsgrad	Faktor	2,2	1,8

Lagebericht (Kurzfassung)

- Die Vermietungsquote betrug 2013 im Durchschnitt 87 %.
- Zum 31.12.2013 waren 75 Firmen und Institutionen als Mieter (Vj. 75) excl. Infrastrukturverträge und Parkplatzmieter im FiDT ansässig.
- Im Verlauf des Jahres 2013 gab die Nachfrage nach konstantem Beginn deutlich nach und resultierte mit 14 Neueinzügen, 17 Auszügen mit Nettoverlust von 3 betreuten Firmen.
- Das Ausfallrisiko der Mieteinnahmen ist durch vollständig gezahlte Kauttionen sehr gering. Betriebsseitige Ausfallrisiken sind durch Betriebsausfallversicherung abgedeckt.
- Der Trend zur Fluktuation der Mieter bleibt hoch. Bei nachlassender externer Nachfrage nach Räumen verharrt die Nachfrage nach zusätzlicher Fläche aus dem Bestand ebenfalls auf niedrigem Niveau.
- Der Umsatz fiel um 4,7 %, die betrieblichen Aufwendungen konnten lediglich um 1 % vermindert werden. Das Ergebnis verringerte sich dadurch um 37,8 %. Latente Steuern wurden wie im Vorjahr ausgewiesen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Aufgrund bundesweit rückläufiger Gründerzahlen melden die Technologie- und Gründerzentren ebenfalls nachlassende Nachfrage und zurückgehende Vermietungsquoten. Dies gilt für 2013 auch für das FiDT. Eine Kehrtwende dieses Trends ist im Berichtsjahr nicht absehbar.

Das Risiko für FiDT besteht darin, dass durch zurückgehende Vermietung die Einnahmen in gleichem Maße sinken. Die Aufwendungen insbesondere durch notwendige Gebäudeunterhaltung steigen tendenziell eher weiter an. Der Kapitaldienst für die Errichtungsdarlehen belastet die Liquidität bis 2017 erheblich. Gemeinsam mit den Gesellschaftern bereitet die GF Maßnahmen zur Erhaltung der Liquidität in den Folgejahren vor.

Stand Korruptions-Prävention

Die Geschäftsführung hat entsprechend der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens organisatorische Vorkehrungen (z. B. Zustimmungspflicht durch die Gesellschafterversammlung bei jährlichem Wirtschaftsplan und größeren Geschäften gemäß Geschäftsordnung sowie Vier-Augen-Prinzip) zur Korruptionsprävention ergriffen. Eine Dokumentation von Vorkehrungen zur Korruptionsprävention besteht nicht.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehungen zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten. Die Voraussetzungen des § 121 (1) HGO sind für das Unternehmen erfüllt.

Die Stadt Kassel gewährte im Jahr 2013 eine Kapitaleinlage in Höhe von 80.600,00 €. Die von der Stadt Kassel gewährten Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) belaufen sich zum 31.12.2013 auf 1.118.737,48 €. Von einer Verlustübernahme ist die Stadt Kassel nach dem Gesellschaftsvertrag freigestellt.

Flughafen GmbH Kassel

Sitz:	Fieseler-Stroch-Str. 16 34379 Calden	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel, Registerabteilung Hofgeismar	HRB 9201
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Betrieb eines Verkehrsflughafen seit April 2013	
Eigentümer:	Land Hessen 68,00% Stadt Kassel 13,00% Landkreis Kassel 13,00 % Gemeinde Calden 6,00%	
Beteiligungen:	Entfällt	
Kapitalangaben:	Stammkapital 1.021.800,00 €	
Satzung/ Unternehmensverträge:	(Gesellschaftsvertrag) vom 17.12.2008	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger und Partner GbR, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Maria Anna Muller (bis 31.03.2014), Rolf Hedderich, Stadt Kassel, Jörg Ries (bis 31.12.2013), Ralf Schustereder (ab 01.04.2014)	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Land Hessen Land Hessen Land Hessen Landkreis Kassel Stadt Kassel Gemeinde Calden	Finanzminister Dr. Thomas Schäfer Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit Dr. Walter Lohmeier Landrat Uwe Schmidt Oberbürgermeister Bertram Hilgen Bürgermeister Andreas Dinges
Prokuristen:	entfällt	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	585	868
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-6.594	-6.711
Bilanzsumme	TEUR	226.403	252.887
Investitionen	TEUR	210.994	244.873
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	79	133
Eigenkapitalquote	%	0	0
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-2.602,3	-9.276,5
Gesamtverschuldung	%	0,06	0,02
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	7,4	6,5
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	5,99	6,78

Lagebericht (Kurzfassung)

Die jährliche Gesamtzahl der gewerblichen und nichtgewerblichen Motorflugbewegungen sowie der Flugbewegungen mit Ultraleichtflugzeugen (UL-Flugzeuge) bewegt sich in Kassel-Calden seit mehreren Jahren unterhalb der 30.000, wobei es aufgrund oben beschriebener Faktoren 2013 zu einem deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um ca. 17 % auf 22.891 Flugbewegungen insgesamt kam. Dabei gab es sowohl bei den gewerblichen Flugbewegungen als auch im nichtgewerblichen Verkehr und bei den UL-Flugzeugen Verluste. Inklusive UL-Bewegungen gab es 13.441 gewerbliche Starts und Landungen sowie 9.450 nichtgewerbliche. Stabil bis leicht ansteigend ist dabei die Zahl der Geschäftsreiseflüge (die keine eigene statistische Kategorie darstellen, sondern aus anderen Größen abgeleitet werden). Regionale Unternehmen nutzen Kassel-Calden nach wie vor und verstärkt für ihre Geschäftsreiseflugverkehre (Business Aviation), entweder im Rahmen von Werkverkehren mit firmeneigenen Flugzeugen (nichtgewerblicher Verkehr) oder mit gecharterten Luftfahrzeugen im gewerblichen Verkehr. Für die Business Aviation und die anderen Nutzer der Allgemeinen Luftfahrt ist am neuen Verkehrsflughafen Kassel-Calden ein eigener Bereich mit einem General Aviation Terminal (GAT) etabliert, der räumlich vom Bereich des Linien- und touristischen Charterverkehrs getrennt ist und aufgrund geringerer Sicherheitsauflagen und einer speziellen Infrastruktur gute Bedingungen für diese Art des Luftverkehrs bietet.

Neben den Bewegungen mit Flächenflugzeugen gibt es weiterhin zahlreiche Flugbewegungen mit Helikoptern, welche in der Mehrzahl der Fälle am Heliport auf der Fläche des ehemaligen Verkehrslandeplatzes abgewickelt werden, weil sie zu / von den dort angesiedelten Helikopter-Betrieben Airbus Helicopters (ehemals Eurocopter) und Helitec führen.

Das Anlagevermögen hat sich durch Zugänge in Höhe von 40.914.060 €, durch Umbuchungen von den als Anlagen im Bau aktivierten Baukosten für den Flughafenausbau in Höhe von 189.757.476 €, durch die Abschreibungen von 6.778.513,34 € sowie durch diverse Anlagenabgänge verändert.

Die Anlagenintensität (Verhältnis Anlagevermögen zur Bilanzsumme) ist gegenüber dem Vorjahr durch das gestiegene Anlagevermögen leicht angestiegen. Die Intensität des Umlaufvermögens ist gegenüber dem Vorjahr u.a. auf Grund der sonstigen Vermögensgegenstände sowie der flüssigen Mittel gesunken.

Das wirtschaftliche Eigenkapital ist durch die Bildung des Sonderpostens mit Rücklageanteil gestiegen. Dieser beruht im Wesentlichen auf den gewährten Zuschüssen der Gesellschafter.

Die Gesamtleistung des Unternehmens lag im Jahr 2013 bei rund 12,8 Mio. € (Vorjahr: 2,9 Mio. €). Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus einer leichten Erhöhung der luftverkehrsabhängigen Erlöse, einem Anstieg der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens und der Erstattung der Kostenerstattung für die Allgemeinheit erbrachten hoheitlichen Tätigkeiten (Brandschutz, Sicherheit).

Das Unternehmen war im Berichtsjahr liquide und in der Lage, den finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Auf der Aufwandsseite kann durch die permanente Überprüfung eine Kostenoptimierung erreicht werden. Deshalb kann das sehr hohe negative Betriebsergebnis mittelfristig nur dadurch verbessert werden, dass durch vermehrte Aktivitäten in allen Verkehrssegmenten und eine stärkere Vermarktung der Immobilien am bisherigen Verkehrslandeplatz eine Verbesserung der Ertrags- und Liquiditätssituation erreicht wird.

Die zur Notifizierung der Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafter notwendigen Maßnahmen werden bereits mit externer anwaltlicher Beratung vorbereitet. Gleichzeitig wird eine aktualisierte mittelfristige Businessplanung über einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren erarbeitet. Mit dieser Planung wird es nach Ansicht der Geschäftsführung gelingen, die von der EU-Kommission geforderte Reduzierung der Verlustausgleichszahlungen nachzuweisen.

Hinsichtlich der eingeräumten Kontokorrent-Kreditlinien wurden bereits Gespräche mit den betreffenden Banken geführt. Sollten die eingeräumten Kontokorrent-Kreditlinien nicht oder nur unter wesentlich geänderten Voraussetzungen verlängert werden, könnten sich wesentliche Beeinträchtigungen der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Unternehmens ergeben. Eine Verlängerung wurde in Aussicht gestellt.

Wesentliche Risiken aus dem Betrieb des Regionalflughafens werden regelmäßig durch einen externen Berater überprüft und regelmäßig hinsichtlich der Angemessenheit überprüft.

Um den für den Betrieb des Regionalflughafens notwendigen hohen Sicherheitsstandards gerecht zu werden, finden permanente Fort- und Ausbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter statt. Schwerpunktmäßig betrifft dies die Bereiche Feuerwehr, Flughafensicherheit und Bodenverkehrsdienste

Finanziellen Risiken wird durch ein konsequentes Vieraugenprinzip bei der Vergabe von Verträgen, die lückenlose Erfassung sämtlicher Flugbewegungen und sonstiger Geschäftsvorfälle und monatliche Kassenprüfung begegnet.

Bei den Neuinvestitionen erfolgt wegen der teilweise sehr hohen Auftragsvolumen eine permanente vergabe-rechtliche Beratung.

Korruptions-Prävention

Die strikte Trennung zwischen Vollzug und Anweisung ist durch schriftliche Anweisung geregelt und wird laufend von der Geschäftsleitung kontrolliert. Die Einhaltung des Vieraugenprinzips ist auf allen Arbeitsebenen schriftlich angeordnet und wird permanent überwacht. Bei Vergaben wird die Angemessenheit von Preisen durch förmliche Ausschreibungsverfahren und Einholung von Vergleichsangeboten gewährleistet. Bei den das Ausbaurvorhaben betreffenden Ausschreibungen wird der gesamte Prozess von einem externen Rechtsberater begleitet.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Flughafen GmbH Kassel Betriebskosten- und Investitionszuschüsse in Höhe von 1.075.806,97 € geleistet.

GRIMMWELT Kassel gGmbH

Sitz:	Obere Königsstr. 8 34131 Kassel
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel HRB 16279
Rechtsform:	gGmbH
Tätigkeitsbereich:	GRIMMWELT Kassel zum Themenbereich „Brüder Grimm“: Kulturtourismus, Kunst, Erlebniswelt
Eigentümer:	Stadt Kassel 100 %
Beteiligungen:	
Kapitalangaben:	Stammkapital 25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	(Gesellschaftsvertrag) vom 23.10.2013
Wirtschaftsprüfer:	Rumpfgeschäftsjahr 23.10.13-31.12.13; mangels regelm. Geschäftsbetriebs in 2013 noch nicht bestellt
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Geschäftsführerin Susanne Völker
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-
Prokuristen:	-

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR		10,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR		8,138
Bilanzsumme	TEUR		663,86
Investitionen	TEUR		24,25
Fremd-Darlehen	TEUR		0
Personal	Anzahl		0
Eigenkapitalquote	%		-
Cash flow (nur AFA)	TEUR		-
Gesamtverschuldung	%		-
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€		0

Lagebericht (Kurzfassung)

Mit Magistratsbeschluss vom 10.12.2012 wird die Gründung der GRIMMWELT Kassel gGmbH in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Nachdem im Oktober 2013 die GRIMMWELT gGmbH als 100%ige Tochter der Stadt Kassel für den künftigen Betrieb der 2015 zu eröffnenden Erlebniswelt GRIMMWELT Kassel gegründet wurde, haben im Jahr 2013 erste strukturelle Vorbereitungen für die künftige Aufnahme des regelmäßigen Geschäftsbetriebs ab 2014 begonnen. Der eigentliche Betrieb wurde noch nicht aufgenommen. In der Projektphase der GRIMMWELT Kassel, die als städtisches Projekt errichtet wird, liegt der Fokus auf der Errichtung des Gebäudes und der Vorbereitung des Alltagsbetriebs der GRIMMWELT Kassel nach der Eröffnung im Jahr 2015.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Gründung erfolgte im Oktober 2013. Ein regelmäßiger Geschäftsbetrieb wurde noch nicht aufgenommen. Es wurden lediglich die zur Gründung notwendigen Schritte vollzogen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Im Rahmen des städtischen Projekts der GRIMMWELT Kassel wurden die Architektenleistungen sowie die Ausstattungsplanung vergeben. Die Bauleistungen haben in 2013 begonnen und sollen bis 2015 durchgeführt werden. Bis 2014 wird die Feinkonzeption erarbeitet werden und die Planungen zur Gestaltung werden sich bis hin zur Ausführungsplanung und deren Umsetzung in 2015 konkretisieren.

Im Zuge der Vorbereitungen des Betriebs der GRIMMWELT Kassel nach Eröffnung im Jahr 2015 sind Maßnahmen zu treffen, die einen geregelten Betrieb gewährleisten und sicherstellen, dass die neue Einrichtung in der Kulturlandschaft der Stadt Kassel verankert wird. Diese Ziele stehen im Mittelpunkt der Tätigkeiten zur Vorbereitung des regelmäßigen Geschäftsbetriebs nach der Eröffnung. Zu diesen Maßnahmen gehören die Bewerbung und öffentliche Kommunikation der neuen Einrichtung. Die dafür notwendigen Maßnahmen sollen ab 2014 durchgeführt werden. Ein dezidiertes Marketingplan hierfür wurde in 2013 entwickelt.

Ebenfalls im Vorfeld der Eröffnung in 2015 sind Maßnahmen zur Aufnahme des künftigen Betriebs zu treffen. Mitarbeiterstellen sind gemäß der Personalplanung auszuschreiben, die Bereiche der Präsentation und der

Vermittlung sind inhaltlich konzeptionell zu entwickeln. Darüber hinaus wird die institutionelle Vernetzung regional und überregional im Vorfeld der Eröffnung umzusetzen sein. Bis zur Eröffnung 2015 wird der Schwerpunkt mithin auf den Betriebsvorbereitungen und der Öffentlichkeitsarbeit liegen.

Korruptions-Prävention

Zur Korruptionsprävention werden mangels tatsächlichen operativen Geschäfts derzeit keine dezidierten Maßnahmen durchgeführt. Grundsätzlich ist eine Regelung in Anlehnung an die Korruptionspräventionsmaßnahmen der Stadt Kassel vorgesehen.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Grimmwelt Kassel gGmbH Zahlungen zur Gründung und Vorbereitung des Geschäftsbetriebs in Höhe von 49.465,98 € geleistet.

GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 2022
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen	
Eigentümer:	Stadt Kassel	100 %
Beteiligungen:	GWG Haus- und Baudienste GmbH	100 %
Kapitalangaben:	Gezeichnetes Kapital	10.600.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	(Gesellschaftsvertrag) vom 01.03.1991 in der Fassung vom 23.11.2004	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Peter Ley	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Dr. Jürgen Barthel, Vorsitzender Christof Nolda, stellvertretender Vorsitzender Dr. Willi Hilfer Wolfram Kieselbach Judith Boczkowski Dr. M. Ismail Resai Dr. Michael von Rüden Hans Joachim Schleißing Hajo Schuy Volker Zeidler	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	41.796	42.809
Ergebnis	TEUR	4.203	4.262
Bilanzsumme	TEUR	226.295	228.915
Anlagevermögen	TEUR	209.682	212.628
Investitionen	TEUR	8.373	10.637
Fremd-Darlehen	TEUR	171.335	169.396
Personal	Anzahl	99	102
Eigenkapitalquote	%	23,3	24,8
Cash flow	TEUR	9.416	10.730
Gesamtverschuldung	%	75,7	74,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	422	420
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,12	0,12

Lagebericht (Kurzfassung)

Der regionale Wohnungsmarkt hat sich parallel zur überdurchschnittlichen Wirtschaftsdynamik der Stadt Kassel entwickelt. Seit 2008 ist die Tendenz zur Vollvermietung und eine Aufwärtsentwicklung der Mietpreise zu verzeichnen. Grundsätzlich gilt: Je besser der Standort und die Ausstattung, desto höher sind Nachfrage und Preise. Aber auch Lagen mit ehemals geringer Standortattraktivität erfreuen sich steigender Beliebtheit. Merkmale hierfür sind mittlere bis gute Ausstattung auf mittlerem Preisniveau. Besonders kleine Wohnungen für Singlehaushalte aller Altersgruppen sind gefragt. 42 % unserer Wohnungen erfüllen das durchschnittliche Anforderungsprofil für Singlehaushalte. Anders als in der Vergangenheit zeichnet sich die GWG zwischenzeitlich als ein Unternehmen mit hohem Maß an Marktcompatibilität aus. Der faktisch nicht existente Leerstand ist die positive Folgeerscheinung dieser Entwicklung.

Steigende Mieteinnahmen sind ein wesentlicher Faktor des wirtschaftlichen Erfolgs des Unternehmens und schaffen die erforderlichen finanziellen Voraussetzungen zur Zukunftssicherung der GWG in den nächsten Jahrzehnten.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Das hohe positive Vorjahresergebnis konnte in 2013 mit 4.263 TEUR weiter gesteigert werden. Wesentliche Erfolgsfaktoren waren neben dem Abbau vermietungsbedingter Erlösschmälerungen auch der weitere Rückgang an Kündigungen aufgrund zunehmender Kundenzufriedenheit mit unseren Produkten und angebotenen Serviceleistungen. Die höheren Umsatzerlöse resultieren hauptsächlich aus der Modernisierungstätigkeit. Für Bestandsinvestitionen wurden zum Vorjahr (17,7 Mio. EUR) insgesamt 19,0 Mio. EUR aufgewandt. Die Kreditaufnahme lag deutlich unter der jährlichen Tilgung und war damit ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmensentschuldung. Verkäufe im geringen Umfang dienten vorrangig der Bestandsoptimierung und Quartiersstabilisierung.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die betriebswirtschaftliche Situation des Unternehmens hat sich in den letzten Jahren zunehmend verbessert und kann heute als sehr gut bezeichnet werden. Die GWG wird auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich agieren und ihre Aufgaben als kommunales Wohnungsunternehmen sozial und kompetent wahrnehmen und weiter entwickeln. Die Voraussetzungen sind dafür geschaffen den Erfolgskurs fortzuführen und dessen anspruchsvolle Ziele konsequent zu verfolgen.

Die Chancen des Unternehmens, auch künftig erfolgreich am Markt zu bestehen, liegen in der mittelfristigen Beibehaltung der hohen Investitionen zur Verbesserung der Produktqualität, der Weiterentwicklung von Marketingmaßnahmen und dem Ausbau individueller Service- und Dienstleistungen. Durch den Abschluss von langfristigen Darlehensverträgen und vorzeitigen Prolongationen wird das niedrige Zinsniveau auch für die Zukunft genutzt und gesichert. Der Entschuldungsprozess wird sich dadurch auch in den Folgejahren fortsetzen und zur weiteren Risikominimierung beitragen.

Korruptions-Prävention

Zur Korruptions-Prävention wurden 2010 „Verhaltensrichtlinien der GWG gegen Vorteilsnahme und Korruption“ erstellt und umgesetzt.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) in Höhe von 13.646.291,46 € gegenüber der GWG gewährt.

GHB GWG Haus- und Baudienste GmbH

Sitz:	Kassel
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel HRB 6553
Rechtsform:	GmbH
Tätigkeitsbereich:	wohnungsnah und wohnungsbezogene Dienstleistungen; Baubetreuung und Bauträgergeschäft; Erwerb und Betrieb wohnungsnaher Infrastruktureinrichtungen; Dienstleistungen auf dem Gebiet der Bewirtschaftung von Gebäuden verschiedenster Nutzungsarten
Eigentümer:	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel 100 %
Beteiligungen:	keine
Kapitalangaben:	Stammkapital 26.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 07.11.1996 in der Fassung vom 13.04.2006
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Peter Ley
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Dr. Jürgen Barthel, Vorsitzender Christof Nolda, stellvertretender Vorsitzender Dr. Willi Hilfer Wolfram Kieselbach Judith Boczkowski Dr. M. Ismail Resai Dr. Michael von Rüden Hans Joachim Schleißing Hajo Schuy Volker Zeidler
Prokuristen:	-

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.060	2.076
Ergebnis	TEUR	438	476
Ergebnisabführung	TEUR	438	476
Bilanzsumme	TEUR	899	854
Anlagevermögen	TEUR	837	778
Investitionen	TEUR	0	0
Fremd-Darlehen	TEUR	866	822
Personal	Anzahl	0	0
Eigenkapitalquote	%	2,9	3,1
Cash flow	TEUR	496	535
Gesamtverschuldung	%	96,3	96,3
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft wird von den Geschäftsfeldern

Breitbandkabelversorgung,
Fotovoltaikanlagen,
Abrechnungsdienstleistungen und
Blockheizkraftwerke

geprägt.

Auf Grund des Geschäftsmodells sind die Unternehmensgewinne nur geringfügig steigerungsfähig, dafür aber langfristig gesichert. Der Jahresüberschuss wird zu 100 % an die GWG abgeführt.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Das Jahresergebnis konnte um 38 T€ (+8,7 %) auf 476 T€ gesteigert werden. Die Eigenkapitalquote liegt bei 3,1 % (i.V. 2,9 %). Auf Grund des Ergebnisabführungsvertrages mit der GWG findet keine kontinuierliche Bildung von Eigenkapital statt.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Risiken und andere außerordentliche Einflüsse, die das Ergebnis oder die Bilanzsituation der Gesellschaft negativ beeinflussen können, sind nicht erkennbar. In ähnlich geringer Bandbreite bewegen sich auch die Chancen des Unternehmens.

Korruptions-Prävention

Zur Korruptions-Prävention wurden 2010 „Verhaltensrichtlinien der GHB gegen Vorteilsnahme und Korruption“ erstellt und umgesetzt.

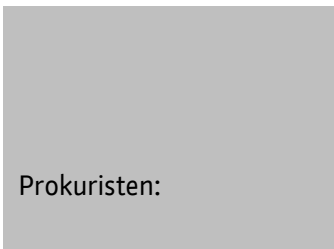
Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) in Höhe von 686.486,95 € gegenüber der GHB gewährt.

HLG Hessische Landgesellschaft mbH

Sitz:	34121	Kassel,	Wilhelmshöher Allee 157-159
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel		HR B 2632
Rechtsform:	GmbH		
Tätigkeitsbereich:	Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Landes Hessen, Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Sanierungs- und Entwicklungsträger nach dem Baugesetzbuch, Domänenverwaltung für das Land Hessen, Integriertes Flächenmanagement für den Straßenbau in Hessen, Ökoagentur für das Land Hessen		
Eigentümer:	Land Hessen		61,92 %
	Landesbank Hessen Thüringen Girozentrale		37,11 %
	Hessischer Bauernverband e.V.		0,35 %
	Stadt Kassel		0,11 %
	und weitere 13 Gesellschafter (Kommunen und Landkreise)		
Beteiligungen:	Nassausische Heimstätte GmbH, Frankfurt/M.		
	DZ Bank AG, Frankfurt/M.		
	Raiffeisen-Warenzentrale	Kurhessen-Thüringen GmbH	Kassel
	Stammkapital		3.604.608 €
Kapitalangaben:	(Gesellschaftsvertrag) vom 28.08.1992		
Unternehmensverträge:	Vertrag über Bodenbevorratung mit dem Land Hessen, Vertrag über die Verwaltung des landw. Grundvermögens mit dem Land Hessen, Anerkennung als Agentur nach § 5 der Kompensationsverordnung, Grundsatzvereinbarung mit dem Land Hessen „Integriertes Flächenmanagement, Grunderwerb, Kompensation sowie Bevorratung und Verwaltung von Flächen für den Straßenbau im Bereich der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung		
Wirtschaftsprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kassel		
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Dr. Harald Müller, Weinbach		
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Staatssekretär Steffen Saebisch – Vorsitzender Joachim Kothe – Stellvertretender Vorsitzender (bis 09.06.2013) Gisela Kemper – Stellvertretende Vorsitzende (ab 10.06.2013) Dr. Hans Hermann Harpain – Stellvertretender Generalsekretär, Hessischer Bauernverband Eckhard Hassebrock – Geschäftsleiter Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen Frank-Martin Neupärtl, Landrat Schwalm-Eder-Kreis		



Dr. Harald Schlee, Abteilungsleiter Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen
 Dr. Hans Joachim Schmidt, Direktor Hessisches Immobilienmanagement
 Mark Weinmeister, Staatssekretär Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie,
 Landwirtschaft und Verbraucherschutz (bis 06.12.2013)
 Prokuristen: Peter Eschenbacher
 Gero Sczech

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	69.760	79.444
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	1.740	6.310
Bilanzsumme	TEUR	284.377	240.475
Investitionen	TEUR	-	-
Fremd-Darlehen	TEUR	188.492	135.491
Personal	Anzahl	111	112
Eigenkapitalquote	%	18	24
Cash flow (nur AFA)	TEUR	3.297,4	8.837,7
Gesamtverschuldung	%	73	64
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	628	709
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,09	0,08

Lagebericht (Kurzfassung)

Geschäftsverlauf

Die deutsche Wirtschaft hat sich trotz leichter konjunktureller Abkühlung zu Beginn des Jahres auch 2013 im europäischen Vergleich gut behauptet. Insgesamt verzeichnete die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandprodukts von 0,4 %. Für Schwung sorgten dabei vor allem die Verbraucher dank der weiterhin günstigen Arbeitsmarktentwicklung, steigender Tarifeinkommen und Zinssenkungen der EZB. Mit fast 42 Millionen Erwerbstätigen erreichte die Beschäftigung 2013 einen historischen Höchststand. Gleichzeitig kletterte der private Konsum um 0,9 % und bleibt im aktuellen Aufschwung ein wichtiges Standbein der Konjunktur. Auch das Investitionsklima hat sich im Laufe des Jahres 2013 verbessert. Durch weiterhin niedrige Finanzierungskosten konnten Kapazitätserweiterungen und damit verbundene Investitionen getätigt werden.

Die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft spiegelt sich auch im Ergebnis der Hessischen Landgesellschaft mbH für das Jahr 2013 wider. Dabei ist das zurückliegende Jahr geprägt von einer anhaltend hohen Nachfrage nach Grund und Boden und einer weiterhin hohen Investitionsbereitschaft der hessischen Landwirte. Insgesamt wurden die Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan 2013 in allen Aufgabengebieten erfüllt bzw. deutlich übertroffen und die HLG konnte einen positiven Jahresabschluss erzielen.

Insgesamt wurde im Jahr 2013 ein Betriebsüberschuss von 4,7 Mio. EUR erwirtschaftet. Dabei standen den ordentlichen Erträgen von 13,6 Mio. EUR ordentliche Aufwendungen in Höhe von 8,9 Mio. EUR gegenüber. Der

Rückgang der Erträge beruht dabei insbesondere auf geringeren Zinserträgen in der Bodenbevorratung (BBV), die mit der Senkung der Eigenkapitalverzinsung von 4 % auf 2 % begründet sind. Trotz leicht gestiegener Personalkosten fielen die ordentlichen Aufwendungen insgesamt geringer aus als im Vorjahr. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die Gesellschaft weniger für Steuerrückstellungen aufwenden musste.

Unter Berücksichtigung von Verlusten aus Bodenbevorratungsmaßnahmen ohne Gemeindeverträge von 0,4 Mio. EUR, Gewinnen aus der Ökoagentur in Höhe von 0,2 Mio. EUR, Bewertungsänderungen der Vorräte aus der Bodenbevorratung von 1,0 Mio. EUR und durch die Auflösung von Rückstellungen ergab sich ein Jahresüberschuss von 5,4 Mio. EUR. Die Bewertungsänderungen sind begründet durch einen Rückgang bei den Zinsaufwendungen (Eigenkapital- und Fremdkapitalzinsen), einen Anstieg der realisierten Zinsen aus Grundstücksverkäufen sowie aus der Wertberichtigung von Flächen ohne Bodenbevorratungsvereinbarungen mit Kommunen.

Entwicklung der Geschäftsfelder

Mit Verkaufserlösen aus der Bodenbevorratung in Höhe von 72,3 Mio. EUR konnte die Gesellschaft das gute Vorjahresergebnis nochmals um 10,3 Mio. EUR steigern. Maßgeblich dazu beigetragen haben insbesondere die Verkäufe von Wohnbaugrundstücken im Wert von 44,5 Mio. EUR sowie die Flächenabgänge zur Industrie- und Gewerbeansiedlung in einer Größenordnung von 24,4 Mio. EUR. Aus den Verkäufen hat die Gesellschaft Gebühren in Höhe von 5,0 Mio. EUR vereinnahmt. Gleichzeitig hat die Gesellschaft im Berichtszeitraum insgesamt 134 ha Land im Wert von 21,5 Mio. EUR angekauft. Davon entfallen u. a. 66 ha auf die Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechts zur Aufstockung von landwirtschaftlichen Betrieben und rund 65 ha auf den freihändigen Ankauf.

Die Finanzierung des 2.148 ha großen Landbestandes erfolgt vorrangig mit landesverbürgten Kapitalmarktdarlehen sowie den Eigenmitteln der Gesellschaft. Über den sog. Mischzinssatz (2,65 % im Jahr 2013) werden die Grundstücke gleichmäßig mit Zinsen belastet.

Im Berichtsjahr hat die Gesellschaft mit vier hessischen Städten und Gemeinden in der Bodenbevorratung eine Grundsatzvereinbarung abgeschlossen. Mit dem Abschluss einer solchen Vereinbarung auf der Grundlage einer öffentlichen Richtlinie können alle Gebietskörperschaften das bewährte Dienstleistungsangebot der Gesellschaft nutzen, um innerhalb ihrer Planungen Ankäufe und insbesondere die Aufbereitung von Wohn- und Gewerbeflächen vorzunehmen. Dabei werden die Haushalte finanziell und die Verwaltung personell entlastet. Durch 13 Aufträge von Kommunen im Jahr 2013 befanden sich am Jahresende unter Berücksichtigung von 55 Abrechnungen 402 Baugebiete in Bearbeitung.

Durch zehn neue Erschließungsaufträge von verschiedenen Städten und Gemeinden betrug die Zahl der Baugebiete, in denen die Gesellschaft die Erschließung selbst durchführt, unter Beachtung von elf Abrechnungen 157 Maßnahmen. Bei der Vermarktung spielten neben Wohnbau- und Gewerbeflächen auch der Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen zur Aufstockung von Betrieben, für Tauschvorgänge und als Ersatzflächen für öffentliche Zwecke eine Rolle. Die Gesellschaft hat außerdem Flächen für infrastrukturelle Einrichtungen, für Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie für Ausgleichszwecke verwertet.

Die positive Entwicklung bei den erteilten Baugenehmigungen setzte sich auch im Jahr 2013 weiter fort. In Deutschland wurden mit 240.300 Gebäuden rund 11,7 % mehr Neubauten genehmigt als im Vorjahr. Dabei führten neben den günstigen Arbeitsmarkt- und Einkommensperspektiven auch die weiterhin niedrigen Bauzinsen zu einer hohen Investitionsbereitschaft privater Bauherren. Neben diesen guten Rahmenbedingungen

hatten auch die Vorzieheffekte aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer zu Jahresbeginn einen positiven Einfluss auf die Verkaufszahlen 2013. Um noch in den Genuss der verminderten Grunderwerbsteuer zu kommen, wurde eine Vielzahl von Kaufverträgen noch vor dem 01.01.2013 beurkundet. Da aber sowohl Kaufpreiszahlung als auch Besitzübergang in der Regel erst 2013 stattfand, wurden diese Umsätze im Berichtszeitraum erfolgswirksam. Insgesamt konnte die Gesellschaft im abgelaufenen Jahr 454 Wohnbaugrundstücke vermarkten.

Neben dem erfreulichen Ergebnis im Wohnbaubereich hat sich auch die Nachfrage nach Gewerbeflächen im Jahr 2013 gut entwickelt und ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich angestiegen. Angesichts dieses positiven Trends im privaten und gewerblichen Bausektor geht die Gesellschaft auch im Jahr 2014 von einem guten Ergebnis im Segment „Bodenbevorratung“ aus. Bestätigt wird diese Prognose mit den guten Verkaufszahlen im I. Quartal 2014.

Eine ähnliche Entwicklung ist zudem bei den von der Gesellschaft betreuten städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen festzustellen.

Die deutsche Landwirtschaft hatte zu Beginn des Jahres 2013 mit einigen Wetterkapriolen zu kämpfen. Nach guten Aussaatbedingungen im Herbst 2012 wurde der Vegetationsbeginn vielerorts durch einen lang anhaltenden Winter verzögert. Frühjahr und Frühsommer waren sonnenscheinarm und geprägt von schweren Hochwasser- und Nässeschäden. Erst der Juli brachte dann eine deutliche Wetterbesserung. Trotz dieser zum Teil schwierigen Witterungsbedingungen fielen die Erträge aus der Getreide- und Rapserte besser aus als erwartet. Laut des Deutschen Bauernverbandes hat sich 2013 für die Landwirtschaft als ein im Durchschnitt zufriedenstellendes Jahr gezeigt.

Die positive Stimmungslage der deutschen Landwirte hat sich dabei auch im Jahr 2013 weiter fortgesetzt. Mitverantwortlich hierfür sind eine stabile und positive Entwicklung der Erzeugerpreise bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten wie Getreide, Rinder, Schweine und Milch. Die betrieblichen Erträge sind im Durchschnitt aller Betriebe im Wirtschaftsjahr 2012/2013 um fast 5,7 % gestiegen. Diese guten Rahmenbedingungen in Verbindung mit günstigen Fremdkapitalzinsen bestärken auch weiterhin zukunftsorientierte Landwirte, in ihre Betriebe zu investieren.

Insgesamt haben in der ländlichen Siedlung 32 von der Gesellschaft betreute Landwirte eine Förderung erhalten. Innerhalb dieser Bauvorhaben, vornehmlich für die Rinder-, Milchvieh- und Schweinehaltung sowie für Mehrzweckhallen, werden Investitionen von 28,6 Mio. EUR getätigt.

Der Fokus der Landwirte für Investitionen in bauliche Maßnahmen liegt im Wesentlichen auf der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Effizientere Produktionsverfahren sollen die Rentabilität sichern.

Durch die große Investitionsbereitschaft in der Landwirtschaft lagen am Jahresende für 85 Bauvorhaben mit einer Investitionssumme von 44,2 Mio. EUR Aufträge von Landwirten zur Durchführung einer Baumaßnahme vor.

Am 31.12.2013 ist die aktuelle Förderperiode für die einzelbetriebliche Förderung ausgelaufen. Nicht bewilligte Kreditanträge aus dem Jahr 2013 werden im Frühjahr 2014 mit Ablehnungsbescheiden beschieden und sollen im Laufe des Jahres bei den Bewilligungsstellen neu eingereicht werden. Alle bewilligten Verfahren der Förderperiode 2007–2013 sind bis Ende des Haushaltsjahres 2015 abzurechnen. Da die neuen Richtlinien für die einzelbetriebliche Förderung erst nach Genehmigung der Partnerschaftvereinbarung und des Landent-

wicklungsplanes durch die EU in Kraft treten, ist mit neuen Bewilligungen frühestens im Sommer 2014 zu rechnen.

Die guten Rahmenbedingungen in der deutschen Landwirtschaft führten auch 2013 wieder zu einer hohen Auslastung der landwirtschaftlichen Bauberatung, die von der Gesellschaft für das Land Hessen wahrgenommen wird. Die gut ausgebildeten Berater unserer Gesellschaft haben in 88 Vor-Ort-Beratungen Lösungen für den speziellen Fall für kostengünstige Maßnahmen nach dem neuesten Stand der baulichen und technischen Entwicklung erarbeitet. Dabei wurden nicht nur Baukonzepte für alle Nutztierarten, sondern auch für Spezialgebäude, Sonderkulturen und andere Bauprojekte für sonstige Einkommensquellen verfolgt. Der Schwerpunkt der Beratungstätigkeit lag im vergangenen Jahr auf dem Betriebszweig „Milchviehhaltung“. Daneben ist auch bei den Veredelungsbetrieben eine kontinuierliche Bautätigkeit zu beobachten und die Anfragen nach Legehennenställen sind deutlich gestiegen. Außerdem wurden 360 telefonische Beratungen durchgeführt.

Unter den sonstigen Baumaßnahmen und Planungsaufträgen wickelte die Gesellschaft u. a. 18 neue Planungsaufträge für landwirtschaftliche Bauvorhaben und 14 Finanzierungsbetreuungen ohne öffentliche Förderung ab. Außerdem wurden bei den noch vorhandenen Sanierungsmaßnahmen die Abrechnung fortgesetzt und die Entwicklungsmaßnahmen sowie eine Stadtumbaumaßnahme weitergeführt. Die Gebührenerträge betragen 360 TEUR.

Die Gebührenerträge aus den allgemeinen Geschäftsbesorgungsaufträgen lagen mit 301 TEUR über den Erwartungen für 2013. Im Rahmen dieses Geschäftszweiges konnte die Gesellschaft im Berichtszeitraum sieben neue Geschäftsbesorgungsverträge abschließen. Insbesondere durch die Anforderungen der Flughafengesellschaft Kassel-Calden sowie der neuen Auftraggeber konnten die Gebührenerwartungen aus dem Wirtschaftsplan 2013 mit 106 TEUR deutlich überschritten werden.

Im Fachbereich „Flächenmanagement Straßenbau“ hat sich die Zahl der zu bearbeitenden Projekte seit Übernahme dieses Aufgabengebietes auf 768 erhöht. Von diesen Projekten wurden bereits 660 strukturiert in die Datenbank GE/Office eingepflegt. Insgesamt hat die Gesellschaft bereits rund 700 Kaufverträge beurkundet und 1.800 Bauerlaubnisse für laufende Straßenbaumaßnahmen eingeholt. Für ihre Leistung hat die HLG im Jahr 2013 einen Nettobetrag von 2,9 Mio. EUR erhalten. Dieser Betrag beinhaltet insbesondere die Kosten im Bereich Grunderwerb für 24,13 Vollzeitkräfte. Damit hat die Gesellschaft die mit Hessen Mobil vereinbarten Vorgaben sowohl bei der Anzahl der Vollzeitkräfte als auch bei dem in Rechnung gestellten Betrag eingehalten.

Die Gebühren aus dem Auftrag mit dem Land Hessen zur Verwaltung der Domänen und des Domänenstreubesitzes auf der Basis der Personalkostentabelle des Landes Hessen belaufen sich im Jahr 2013 auf 1,1 Mio. EUR. Für das Jahr 2014 werden ähnliche Gebührenerträge erwartet.

Die Bewertungsänderungen im Bereich der Bodenbevorratung beruhen im Wesentlichen darauf, dass die Gesellschaft die in den Vorräten (einschl. Ökoagentur) aktivierten Zinsen am Jahresende wertberichtigt. Der Ertrag aus diesen Bewertungsänderungen resultiert dabei aus dem Rückgang der Zinsaufwendungen für die Bodenbevorratung (Fremdkapitalzinsen 5,0 Mio. EUR und Umlage Eigenkapitalzinsen 3,2 Mio. EUR) in Verbindung mit den aus den Verkäufen realisierten Zinsen in Höhe von 9,4 Mio. EUR sowie aus der Zuführung von Wertberichtigungen für Land in Höhe von 0,3 Mio. EUR. Die Zinsrealisierung ergab sich vorrangig aus den Verkaufserlösen im Bereich der Bodenbevorratung in Höhe von insgesamt 72,3 Mio. EUR. Außerdem hat die Gesellschaft auch in 2013 im Rahmen von Schlussabrechnungen nicht verwertete Grundstücksbestände auf Kommunen übertragen.

Der Rückgang der ordentlichen Erträge resultiert insbesondere aus dem Rückgang der Zinsmehrerträge im Segment der Bodenbevorratung. Durch die Senkung der Eigenkapitalverzinsung auf 2 % wurden mit 3,2 Mio. EUR fast 50 % weniger Zinsen erzielt als im Vorjahr. Dagegen konnten die Gebührenerträge dank der guten Verkaufszahlen in der BBV um mehr als 1,0 Mio. EUR gegenüber 2012 gesteigert werden.

Auch die ordentlichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 237 TEUR gesunken. Dies ist insbesondere auf geringere Aufwendungen für Steuerrückstellungen im Bereich der partiell steuerpflichtigen Ökoagentur zurückzuführen. Dagegen sind die Personalaufwendungen aufgrund tariflicher Gehaltserhöhungen leicht gestiegen. Der Sachaufwand fiel trotz der Abbildung vertraglicher Risiken in Rückstellungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum etwas geringer aus.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist weiterhin positiv. Dazu beigetragen haben insbesondere die Geldmittelzuflüsse aus den Grundstücksverkäufen. Die Finanzierung der erworbenen Grundstücke, vorrangig zur Daseinsvorsorge in den hessischen Kommunen, erfolgt auf der Grundlage der mit verschiedenen Instituten geschlossenen Kreditvereinbarungen mit Bürgschaften des Landes Hessen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch die Rückzahlung von Kapitalmarktdarlehen in Höhe von 53,0 Mio. EUR auf 135,5 Mio. EUR gesunken.

Durch die umfangreichen Verkäufe von Ländereien hat sich die Bilanzsumme auf insgesamt 240,5 Mio. EUR verringert. Die Eigenkapitalquote ist, insbesondere durch den Rückgang der Fremdfinanzierung sowie durch den Bilanzgewinn, auf 24,1 % angestiegen. Insgesamt ist die Vermögenslage der Gesellschaft geordnet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Ausblick auf den weiteren Geschäftsverlauf, Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Für das Jahr 2014 erwarten Wirtschaftsexperten eine deutlich anziehende Konjunktur. Die starke Binnennachfrage und die weiter steigende Beschäftigung bilden dabei eine wichtige Stütze des prognostizierten Wirtschaftswachstums. Steigende Einnahmen und eine Zunahme der monetären Sozialleistungen tragen zudem zu einer Ausweitung der privaten Konsumausgaben bei. Der deutsche Wohnungsbau profitiert nach wie vor von den günstigen Rahmenbedingungen. Die Zinsen sind niedrig, die Arbeitsplatzsicherheit ist hoch, die Mieten in den deutschen Ballungsräumen steigen und mit alternativen Anlagen wie deutschen Staatsanleihen können derzeit nur geringe Renditen erwirtschaftet werden. All das deutet darauf hin, dass sich die positive Entwicklung im Wohnbausektor weiter fortsetzt. Dieser Trend hat sich auch im Bereich der Bodenbevorratung und der Entwicklungsmaßnahmen im I. Quartal 2014 bestätigt, in dem die Gesellschaft ein gutes Verkaufsergebnis erzielen konnte.

Für das Jahr 2014 fällt die Prognose für die erwarteten Umsätze aus Grundstücksverkäufen dennoch vorsichtiger aus als im Vorjahr. Zum einen bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Vorzieheffekte im Zuge der Grunderwerbsteuererhöhung 2013 kurz- und langfristig auf die Ergebnisse der Bodenbevorratung auswirken werden. Zum anderen lässt auch die derzeit schwierige Akquise neuer Aufträge in der BBV die Erwartung für das Jahr 2014 verhaltener ausfallen. Mit der Senkung der Eigenkapitalverzinsung zu Beginn des Jahres 2013 hat die Gesellschaft jedoch einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung der „Bodenbevorratung“ geleistet. Mit der Anpassung an die aktuelle Marktsituation konnte der HLG-Mischzinssatz auf 2,65 % gesenkt werden und die Gesellschaft erhofft sich dadurch eine positive Auswirkung auf die Auftragslage in der BBV.

Die deutsche Agrarwirtschaft sieht weiter zuversichtlich in die Zukunft. Die positive wirtschaftliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe und die stabilen Erzeugerpreise sind auch 2014 Indikatoren für die gute Stimmungslage der deutschen Landwirte. Angesichts der hohen Investitionsbereitschaft zukunftsorientierter Landwirte geht die Gesellschaft auch 2014 von einer guten Auftragslage aus. Inwieweit die Zahl der Bewilligungen des Vorjahres auch in 2014 erreicht werden kann, ist gegenwärtig noch nicht abzuschätzen.

Da die neuen Richtlinien für die einzelbetriebliche Förderung erst nach Genehmigung der Partnerschaftsvereinbarung und des Landentwicklungsplanes durch die EU in Kraft treten, ist mit neuen Bewilligungen frühestens im Sommer 2014 zu rechnen.

Auch im Bereich der Geschäftsbesorgungsaufträge wird mit keinen wesentlichen Einbrüchen in der Auftragslage gerechnet. Gleiches gilt für die Ökoagentur, in der die Gesellschaft neben selbst erstellten Ökopunkten auch fremde Punkte zum Weiterverkauf erwirbt bzw. als Vermittler von Ökopunkten agiert, um die Nachfrage zu bedienen und die Ertragslage in diesem Segment auch zukünftig sicherzustellen.

Risiken in der Bodenbevorratung und bei den Treuhandverfahren sind über die Vertragsgestaltung ausgeschlossen. Bei den Geschäftsbesorgungsaufträgen bestehen in der Regel langfristige Verträge. Dies gilt insbesondere für die Aufträge des Landes Hessen im Bereich der Domänenverwaltung und der Bauberatung. In der Domänenverwaltung steht die Gesellschaft zudem in Verhandlungen mit dem Land Hessen zur Übernahme einer zusätzlichen Stelle für die Baulandentwicklung.

Im Aufgabengebiet für das „Flächenmanagement Straßenbau“ besteht eine Vertragsvereinbarung, aus der eine Kostendeckung gewährleistet ist. Da der Aufbau und die Implementierung dieses neuen Fachbereichs noch nicht vollständig abgeschlossen sind, wird die Gesellschaft auch in Zukunft die erforderlichen organisatorischen und finanziellen Schritte einleiten, um die Leistungsfähigkeit dieses Bereiches weiter zu optimieren.

Insgesamt geht die Gesellschaft auch im Jahr 2014 von einem positiven Betriebsergebnis aus. Inwieweit sich die Nachfrage nach Bauland auch in Zukunft auf diesem hohen Niveau bewegt, ist jedoch schwer abzuschätzen. Zudem befinden sich eine Vielzahl attraktiver neuer Gewerbe- und Wohnbaugebiete 2014 noch in der Entwicklung und können erst in den folgenden Jahren vermarktet werden. Unter diesen Voraussetzungen und unter vorsichtiger Kalkulation der Aufwendungen und Erträge rechnet die Gesellschaft mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1,5 Mio. EUR für das Jahr 2014. Die Höhe des Jahresüberschusses hängt letztlich von der zeitlichen Realisierung der kalkulatorischen Eigenkapitalzinsen im Rahmen von Grundstücksverkäufen ab.

Damit sich die HLG auch in Zukunft als ein stabiler und vertrauensvoller Partner für Land und Leute präsentieren kann, wird die Gesellschaft auch in 2014 ihren strategischen Entwicklungsansatz hinsichtlich der Kernkompetenz rund um das Grundstück konsequent verfolgen. Interne Strukturen und Prozesse sowie die Kontrollinstrumente wurden weiter optimiert und das Risikomanagement insbesondere durch das eingerichtete Baucontrolling ausgeweitet.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Siehe Lagebericht

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Siehe Lagebericht

Korruptions-Prävention

Die HLG betreibt umfangreiche Korruptions-Präventionen auf der Grundlage von Landes- und Bundesrechten.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die HLG keinen Zuschuss geleistet.

IdE Institut dezentrale Energietechnologien gemeinnützige GmbH

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 15445
Rechtsform:	gemeinnützige GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Die interdisziplinäre Bearbeitung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben auf dem Gebiet der Energiesystemtechnik, die Produktentwicklung und der Technologietransfer zu Unternehmen der regionalen Wirtschaft, die Durchführung öffentlich geförderter, anwendungsbezogener Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Kooperation mit regionalen Unternehmen, die Auftragsforschung zur Produktentwicklung und -weiterentwicklung bis zum Prototyp ("Null-Serie") für Unternehmen der regionalen Wirtschaft sowie die Unterstützung der Gesellschafter auf dem Gebiet dezentraler Energie- und Effizienztechnologien, die Durchführung von Anwendungs- und Demonstrationsprojekten in der Region sowie die Förderung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses.	
Eigentümer:	Universität Kassel K.d.ö.R., Kassel	50,0 %
	SMA Solar Technology AG, Niestetal	8,0 %
	EAM Beteiligungen GmbH, Kassel	8,0 %
	Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel	8,0 %
	Viessmann Werke GmbH & Co. KG, Allendorrf/Eder	8,0 %
	WINGAS GmbH & Co. KG, Kassel	8,0 %
	deENet Kompetenznetzwerk dezentrale Energietechnologien e. V.	5,0 %
	Gemeinde Niestetal	2,5 %
	Stadt Kassel	2,5 %
	Die Volkswagen AG ist über einen separaten Kooperationsvertrag fest in die Strukturen des IdE eingebunden und ständiger Gast in der Gesellschafterversammlung	
Beteiligungen:	-	
Kapitalangaben:	Stammkapital	25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 10.10.2011	
Wirtschaftsprüfer:	k-wis GmbH	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Dr.-Ing. Martin Hoppe-Kilpper	

Aufsichtsrat (oder Beirat):	-
Prokuristen:	Dr.-Ing. Clemens Mostert, MBA

Kennzahlen

		2012 IST	2013 IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.461	3.128
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	13	17
Bilanzsumme	TEUR	779	1.048
Investitionen	TEUR	64	39
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	41	57
Eigenkapitalquote	%	5	5
Cash flow (nur AFA)	TEUR	39	54
Gesamtverschuldung	%	85	88
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	60	55
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,65	0,71

Lagebericht (Kurzfassung)

Das Ziel des IdE ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der Energiesystemtechnik, insbesondere durch die interdisziplinäre Bearbeitung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, die Durchführung von Auftragsforschung und öffentlich geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie die Förderung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses. Die Aktivitäten im Berichtsjahr dienten insbesondere der weiteren Organisationsentwicklung und Verstetigung der Aufbauphase auf Grundlage des beschlossenen Wirtschafts- und Stellenplans:

- Etablierung der Fachabteilungen
- Bearbeitung von öffentlich geförderten F&E-Projekten und Forschungsaufträgen
- Intensivierung der Marketingarbeit
- Gremienarbeit u.a. Ständige Arbeitsgruppe „Programm- und Projektkoordination“, KMU-Netzwerktreffen, Sitzungen Wissenschaftliches Leitungsgremium
- Weiterentwicklung der strategischen Planung

Das IdE hat sich im Jahr 2013 organisatorisch und inhaltlich weiterhin sehr positiv entwickelt. Die wissenschaftliche Arbeit erfolgt in den sechs Fachabteilungen Dezentrale Energiekonzepte, Elektrische Energiesysteme, Thermische Energiesysteme, Produktion & Energie, Kommunikation & Software sowie Fahrzeugsysteme. Bei der Durchführung von anwendungsorientierten F&E-Vorhaben liegt der Anspruch des IdE hinsichtlich neuer Produkte und Dienstleistungen in der ganzheitlichen Bearbeitung des Zukunftsthemas Energiesystemtechnik. Mit der erfolgreichen Beantragung und Durchführung von Vorhaben, die als Leitprojekte in ihrem Wissensbereich gelten, ist das Institut sehr gut in die nationale Energieforschung eingebunden.

Im Jahr 2013 hat das IdE 12 öffentlich geförderte F&E-Projekte im Auftrag des Bundes (BMUB, BMWi und BMBF) sowie des Landes Hessen (Hessen Modellprojekte) bearbeitet. Die Zuschüsse für die Bearbeitung der Projekte, die eine Laufzeit zwischen 12 und 36 Monaten haben, betragen insgesamt 1.176 T€. Die Zuschussquote liegt zwischen 75% und 100%. Derzeit wichtigster öffentlicher Fördermittelgeber ist das BMUB (Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit). Daher wird das IdE in Zukunft verstärkt Projekte bei anderen Ministerien und ihren Projektträgern beantragen. Im Geschäftsjahr wurden darüber hinaus für die industriellen Gesellschafter und die Volkswagen AG sowie weitere Unternehmen und Kommunen Auftragsforschungen durchgeführt. So hat IdE in 2013 insgesamt 26 Forschungsaufträge mit einem Umsatzvolumen von 868 T€ bearbeitet.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Von den im Geschäftsjahr 2013 ausgewiesenen Erträgen aus Zuschüssen in Höhe von 2.260 T€ entfielen 1.176 T€ auf Zuschüsse für F&E-Projekte. Hinzu kamen Zuschüsse in Höhe von 1.084 T€ der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank) und der Gesellschafter zur Deckung der im Geschäftsjahr angefallenen Sach- und Personalaufwendungen zum Aufbau des Instituts. Die Erträge aus der Bearbeitung von Forschungsaufträgen betragen 868 T€. Insgesamt hat das IdE ein Jahresergebnis von 17,3 T€ nach Steuern erzielt.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Der Wirtschaftsplan 2014 rechnet mit Erlösen in Höhe von 4,10 Mio. € und mit Kosten von 4,04 Mio. Euro. Dabei handelt es sich um ein Maximalszenario, das einen oberen Entwicklungskorridor beschreibt. Das Ergebnis in Höhe von 60 T€ ist als Rücklage eingeplant. Die Planung der Fachabteilungen sieht Erlöse in Höhe von 2,76 Mio. € aus Drittmitteln vor. Davon sind zum 31. August 2014 etwa 2,05 Mio. € (1.200 T€ öffentlich geförderte F&E-Projekte, 850 T€ Forschungsaufträge) über Förderbescheide und Aufträge bereits gesichert. Für das Jahr 2014 ergibt sich damit eine weitere Umsatzsteigerung insbesondere im Bereich der öffentlichen Zuschüsse. Im Bereich der Grundfinanzierung sind ebenfalls zusätzliche Mittel eingeplant. Diese umfassen neben den EFRE-Mitteln des Hessischen Wirtschaftsministeriums auch bereits gezahlte, aber bisher noch nicht verausgabte Gesellschafterzuschüsse. Die Anforderungen an das Liquiditätsmanagement werden sich durch die wachsenden Umsätze weiter erhöhen. Die Liquiditätsplanung 2014 sieht vor, dass der Kontokorrentkredit in der zweiten Jahreshälfte weitestgehend ausgeschöpft wird.

Im Stellenplan 2014 sind als maximales Ausbauszenario insgesamt 58 Vollzeitstellen vorgesehen: 31 Stellen zur Bearbeitung von F&E-Projekten, 11 Stellen zur Bearbeitung von Forschungsaufträgen, sechs Stellen in den Fachabteilungen, acht Stellen im Institutsmanagement und zwei Stellen in der Geschäftsleitung. Unter Berücksichtigung des aktuellen Stellenschlüssels sind bis Ende 2014 etwa 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im IdE beschäftigt.

Im Rahmen der Aufbauphase ist das IdE einer Reihe von Risiken ausgesetzt, die im Falle ihres Eintritts einen negativen Einfluss auf die weitere Entwicklung des Instituts haben. Alle wesentlichen Risiken, die das Erreichen der strategischen Ziele des IdE gefährden, werden von der Geschäftsleitung im Rahmen einer jährlichen Risikoidentifikation ermittelt. Die Risiken werden nach Relevanz in geringe, mittlere und hohe Bedeutung unterteilt und entsprechende Indikatoren zur Analyse festgelegt. In monatlichen Treffen der Geschäftsleitung, Bereichsleitung Finanzen sowie Programm- und Projektkoordination werden die Risiken analysiert und bewertet. Bei einer gestiegenen Risikoeinschätzung werden Maßnahmen zur Risikoabwehr beschlossen. Die Ergebnisse der monatlichen Risikoanalyse werden schriftlich dokumentiert.

Beim IdE wurden im Wesentlichen Markt-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken identifiziert. Diese sind in der fünfjährigen Aufbauphase des IdE insgesamt als vertret- und beherrschbar einzuschätzen, was sich auch in der

weitgehend planmäßigen Umsetzung der Wirtschaftsjahre 2011, 2012 und 2013 zeigt. Auch hat sich die Verschiebung eines größeren Förderprojekts nicht auf das Ergebnis ausgewirkt, sondern „lediglich“ zu insgesamt weniger Forschungs- und Kooperationsleistungen im IdE geführt.

Korruptions-Prävention

Für korruptionsgefährdete Bereiche gilt das Mehraugenprinzip.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die IdE Institut dezentrale Energietechnologien gGmbH einen Zuschuss zur Ko-Finanzierung in Höhe von 20.000 € geleistet.

JAFKA – Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- u. Fortbildung mbH

Sitz:	34127 Kassel Hegelsbergstraße 24A	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 5051
Rechtsform:	gGmbH	
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist es, neue Formen von allgemeiner und beruflicher Bildung zu entwickeln. Darüber hinaus führt die Gesellschaft selbst Berufsausbildung durch oder ist Kooperationspartner von beruflicher Bildung. Die Gesellschaft bietet Beratungsdienstleistungen im Umfeld der Errichtung und Ausgestaltung von Arbeitsplätzen an. Für Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind, werden Qualifizierung und Beschäftigung ermöglicht.	
Eigentümer:	Stadt Kassel	100 %
Beteiligungen:	StadtBild gGmbH	
Kapitalangaben:	Stammkapital	1.108.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 20.09.1989 / letzte Änderung 12.04.2010	
Wirtschaftsprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Geschäftsführung:	Dipl. Oec. Jürgen Hartrumpf	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	entfällt	
Prokurist:	Dipl.Soz.Päd. Olaf Mauksch	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	3.078	2.726
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	4,3	68,2
Bilanzsumme	TEUR	3.597	3.469
Investitionen	TEUR	98	49,5
Fremd-Darlehen	TEUR	460	416
Personal	Anzahl	64	57
Eigenkapitalquote	%	73,3	78,0
Cash flow (nur AFA)	TEUR	77,4	125,9
Gesamtverschuldung	%	36,35	28,27
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	48,1	47,8
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,72	0,71

Lagebericht (Kurzfassung)

Der Aufgabenschwerpunkt der JAFKA gGmbH ist die Ausbildung und Berufsvorbereitung von benachteiligten Jugendlichen sowie die Qualifizierung von älteren Arbeitnehmern im Rechtskreis SGB II u. III. Die Gesellschaft bietet darüber hinaus Personal- u. Fachdienstleistungen an. Ein weiterer Schwerpunkt ist die pädagogische Begleitung von Schülern beim Übergang in das Berufsleben.

Zu Beginn des Ausbildungsjahres 2013 konnten insgesamt 36 neue Ausbildungsplätze in unterschiedlichen Berufen an die Gesellschaft gebunden werden. Hierbei wurde die Ausbildungsmaßnahme der Agentur für Arbeit für Rehabilitanden mit 4 neuen Ausbildungsplätzen (kooperativ) fortgesetzt. Die Stadtnetzausbildung konnte mit 16 Jugendlichen ebenfalls fortgesetzt werden. Diese 16 Plätze werden sowohl von der Stadt Kassel als auch vom Land Hessen finanziert. Diese Finanzierungsstruktur macht es erforderlich, dass die Jugendlichen bei der StadtBild gGmbH ihren Ausbildungsvertrag erhalten. Die Fachpraktische Ausbildung erfolgt weiter über die JAFKA gGmbH. Des Weiteren wurde die Reha-Ausbildung (integrativ) mit 12 Ausbildungsplätzen erfolgreich neu beworben. Die Bietergemeinschaft, bestehend aus dem VSB und JAFKA, konnten sich im Wettbewerb erfolgreich behaupten und insgesamt 12 Ausbildungsplätze (kooperativ) an die Gesellschaften binden. Hierbei werden 4 Jugendliche von der JAFKA gGmbH ausgebildet. Darüber hinaus wurde die BvB-Maßnahme mit 58 Teilnehmerplätzen im Jahr 2013 fortgeführt. Darüber hinaus konnten wir den Bereich der Berufsvorbereitung im Kontext der Maßnahme Qualifizierung und Beschäftigung weiter ausbauen. Hier begleiten wir 15 Jugendliche auf ihrem Weg in das Ausbildungs- u. Berufsleben. Durch die Vielzahl und Unterschiedlichkeit der Projekte konnte die Auslastung der Gesellschaft gesichert und die Marktposition gefestigt werden.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Gesellschaft ist weiterhin im geplanten Aufgabenfeld tätig und hat das Jahr 2013 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die zukünftige strategische Ausrichtung der Gesellschaft ist geprägt von einem sich ständig verändernden Dienstleistungsmarkt. Ziel ist es, weitere Aufgabenfelder im sozialen- u. arbeitsmarktpolitischen Umfeld zu generieren.

Festzustellen ist, dass sich die JAFKA gGmbH weiterhin in einem sehr schwierigen Marktumfeld befindet. Steigende Anforderungen der Auftraggeber bei gleichzeitiger Reduzierung der Kostensätze stellt eine hohe Herausforderung dar. Hierbei setzen wir auf Innovation, Erweiterung des Leistungsspektrums und Entwicklung neuer Produkte im Kontext unserer Arbeitsmarktdienstleistungen. Zielsetzung ist die Diversifizierung der Auftraggeber Seite und das Aufspüren kosten- u. gewineffizienter Projekte. Im Zuge dieser Strategie konnte das Land Hessen zunehmend, im Zusammenhang unterschiedlicher Projekte, als neuer Partner gewonnen werden. Die Gründung der StadtBild gGmbH aus der JAFKA gGmbH heraus, hat sich als überaus effizient erwiesen. Die inhaltliche und personelle Interaktion zwischen JAFKA und StadtBild bietet eine Reihe von Möglichkeiten und ein nicht unerhebliches Potential für die Zukunft. Trotz dieser Strategien werden die erheblichen Investitionen in die Infrastruktur, unter Berücksichtigung der Abschreibungs- u. Zinsbelastung, weiterhin dafür verantwortlich sein, dass wir schwache Jahresergebnisse erzielen. Der aktuelle Trend, insbesondere im Vergleich der Geschäftsjahre 2012 und 2013 lässt aber darauf hoffen, dass es uns mittelfristig gelingt, durch eine Verlagerung der Geschäftsfelder, die Gesellschaft weiterhin zu stabilisieren. Wir werden daher an unserer Strategie festhalten und die unternehmerischen Handlungen darauf ausrichten, zusätzliche Marktfelder zu erschließen, strategische Partnerschaften einzugehen sowie neue Kostenträger als Partner zu gewinnen. Die Diversifizierung und Erweiterung des Portfolios war in den letzten Jahren bereits sehr erfolgreich. Wir sehen daher zurzeit keine Tatsachen gegeben, die den Bestand des Unternehmens gefährden.

Korruptions-Prävention

Sämtlicher Angebots- u. Zahlungsfluss ist mit dem sog. Vier-Augenprinzip geregelt.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Förderung der Erziehung sowie der Volks- und Berufsbildung verwirklicht.

Bei der JAFKA gGmbH handelt es sich gemäß der HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft keinen Zuschuss geleistet.

StadtBild – Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- u. Fortbildung mbH

Sitz:	34127 Kassel	Hegelsbergstraße 24A
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 15626
Rechtsform:	gGmbH	
Tätigkeitsbereich:	Die Gesellschaft führt Qualifizierungs-, Beschäftigungs-, Bildungs- und Beratungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen des Ausbildungs- u. Arbeitsmarktes durch. Sie kooperiert hierbei eng mit den regionalen Akteuren des Ausbildungs- u. Beschäftigungsmarktes. Die Gesellschaft bietet unterschiedliche Formen der betrieblichen Ausbildung an, führt diese selbst durch oder interagiert mit Betrieben und Dienstleistern der heimischen Wirtschaft. Die Gesellschaft setzt Dienstleistungen und Beratungsangebote im Rahmen der sozialräumlichen Entwicklung von Stadtteilen um. Die Gesellschaft entwickelt unterschiedliche Formen von Beschäftigungs- u. Integrationsprojekten, führt diese selber durch oder ist Kooperationspartner beschäftigungsorientierter Dienstleistungsangebote	
Eigentümer:	JAFKA gGmbH	100 %
Beteiligungen:	keine	
Kapitalangaben:	Stammkapital	25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 19.07.2011	
Wirtschaftsprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Geschäftsführung:	Dipl. Oec. Jürgen Hartrumpf	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	entfällt	
Prokuristin:	Carmen Beutler	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	835,3	1.364,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	81,2	-3,9
Bilanzsumme	TEUR	247,4	263,6
Investitionen	TEUR	2,4	17,8
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	21	25
Eigenkapitalquote	%	44,2	40,0
Cash flow (nur AFA)	TEUR	84,5	-0,3
Gesamtverschuldung	%	126,1	149,8
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	39,8	54,6
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,51	0,50

Lagebericht (Kurzfassung)

Für die operative Umsetzung der Ausbildung nutzt die StadtBild gGmbH die vorhandenen personellen –und infrastrukturellen Ressourcen der JAFKA gGmbH. Diese werden über einen internen Leistungsaustausch verrechnet.

Zu Beginn des Ausbildungsjahres 2013 konnten insgesamt 16 neue Ausbildungsplätze in unterschiedlichen Berufen an die Gesellschaft gebunden werden. Die Umsetzung des Ausbildungs-programms erfolgt in Zusammenarbeit mit der JAFKA gGmbH. Auch in diesem Jahr konnten wir erfolgreich die Arbeit im Kontext der schulbezogenen Sozialarbeit fortsetzen. Wir arbeiten hierbei an Grund- u. Weiterführenden Schulen. Zielsetzung ist die Entwicklung und Implementierung eines Ganztagsangebotes. Des Weiteren übernehmen wir im Zuge des Projektes „Geld statt Stelle“ eine Reihe von Dienstleistungen und arbeiteten mit 10 Kasseler Schulen zusammen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft ihre sozialraumorientierte Stadtteilarbeit, im Zuge der Auftragsübernahme für die Entwicklung des „Integrierten Handlungskonzeptes“ in Rothenditmold, fortgesetzt.

Im Jahr 2013 haben wir das Projekt Ausbildungswerkstatt übernommen. Die Stadt Kassel hat uns im Zusammenhang mit diesem Projekt beauftragt 4 Jugendliche gezielt auf die Ausbildung in der städtischen Verwaltung vorzubereiten. Hierbei absolvieren die Jugendlichen in 3 Tagen in der Woche ein Praktikum im Rathaus, an einem Tag in der Woche werden sie durch uns betreut, an einem Tag in der Woche besuchen sie die Berufsschule. Am Ende einer erfolgreichen Teilnahme am Projekt wartet auf die Jugendlichen ein Ausbildungsplatz in der städtischen Verwaltung.

Die StadtBild gGmbH hat ihr Angebot im Bereich Übergang von der Schule in die Ausbildung erweitern können. Wir unterstützen Jugendliche mit dem Projekt „Berufsorientiert in Ausbildung“ (BoA) in den 10. Klassen an Gesamtschulen, die voraussichtlich ihren beabsichtigten Realschulabschluss nicht erwerben werden. Zielsetzung hierbei ist es, den Jugendlichen Perspektiven aufzuzeigen, das individuelle Qualifizierungsprofil durch geeignete Angebote zu erweitern, um so die Jugendlichen erfolgreich in eine Ausbildung vermitteln zu können.

Durch die Vielzahl und Unterschiedlichkeit der Projekte konnte die Auslastung der Gesellschaft gesichert und die Marktposition gefestigt werden.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die Gesellschaft ist weiterhin im geplanten Aufgabenfeld tätig und hat das Jahr 2013 mit einem leicht negativen Ergebnis abgeschlossen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die zukünftige strategische Ausrichtung der Gesellschaft ist geprägt von einem sich ständig verändernden Dienstleistungsmarkt. Ziel ist es, weitere Aufgabenfelder im sozialen- u. arbeitsmarktpolitischen Umfeld im Auftrag der Stadt Kassel zu generieren. Auf Grund der Ausrichtung der Gesellschaft, der momentanen Auftragslage und der aktuellen Vertragslaufzeiten sind die alle Handlungen darauf abgestimmt, auf kurzfristige Entwicklungen reagieren zu können. Die eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen, insbesondere Arbeitsverträge, sind an die Projektlaufzeiten angepasst. Darüber hinaus gehend personelle oder infrastrukturelle Verpflichtungen bestehen nicht. Wir sehen daher zurzeit keine Tatsachen gegeben, die den Bestand des Unternehmens gefährden.

Korruptions-Prävention

Sämtlicher Angebots- u. Zahlungsfluss ist mit dem sog. Vier-Augenprinzip geregelt.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Förderung der Erziehung sowie der Volks- und Berufsbildung verwirklicht.

Bei der StadtBild gGmbH handelt es sich gemäß der HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft keinen Zuschuss geleistet.

Kasseler Bank eG - Volksbank Raiffeisenbank in Kurhessen & Waldeck

Sitz:	34117 Kassel, Rudolf-Schwander-Straße 1
Genossenschaftsregister	Nr. 313
Rechtsform:	Eingetragene Genossenschaft
Tätigkeitsbereich:	Kreditgenossenschaft
Eigentümer:	374.064 Mitglieder mit 396.890 Geschäftsanteilen Stadt Kassel 1 Geschäftsanteil (50 €)
Beteiligungen:	Diverse
Kapitalangaben:	Geschäftsguthaben der Mitglieder 20.690.149,47 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Satzung
Wirtschaftsprüfer:	Genossenschaftsverband e. V., Neu Isenburg
Vorstand	Martin Schmitt (Vorsitzender) , Wolfgang Osse, Volker Stern
Aufsichtsrat:	Rolf Kühlborn, (Vorsitzender) Claus Winneknecht Robert Walter Dr. Burkhard Wilk Friedrich Brauner Zdenka Fischer Peter Kleinert Dr. Walter Lohmeier Hartwig Pietzcker
Anmerkung:	Minderbeteiligung der Stadt Kassel Bei weiterem Informationsbedarf können die Geschäftsberichte eingesehen werden.

Kassel Marketing GmbH

Sitz:	Obere Königsstraße 15, 34117 Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel HRB 4639	
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	<p>Stadtmarketing u. Durchführung von Veranstaltungen, die Geeignet sind, das Ansehen der Stadt Kassel als touristisches Reiseziel und Einkaufsstandort zu steigern.</p> <p>Insbesondere Tourismus-, Tagungs-, und Kurwesen, Marktforschung u. -beobachtung, Teilnahme an Messen u. Workshops, Bereitstellung von Prospekten, Betrieb und die inhaltliche Gestaltung von Tourismusinformationen und der Betrieb des Kongresspalais Stadthalle Kassel.</p>	
Eigentümer:	Stadt Kassel	100%
Beteiligungen:	Keine	
Kapitalangaben:	Stammkapital	500.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	(Gesellschaftsvertrag) vom 24. März 2010 Pachtvertrag mit der TSK GmbH vom 22. Dezember 2003	
Wirtschaftsprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Angelika Hüppe	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	<p>Dr. Jürgen Barthel (Vorsitzender)</p> <p>Jürgen Kaiser</p> <p>Christof Nolda</p> <p>Gerhard Jochinger</p> <p>Ralf Gude</p> <p>Wolfgang Decker</p> <p>Karl Schöberl</p> <p>Dr. Maik Behschad</p> <p>Birgit Trinczek</p>	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	4.119	4.247
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-2.114	-2.574
Bilanzsumme	TEUR	1.617	1.449
Investitionen	TEUR	206	383
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	47	51
Eigenkapitalquote	%	49,1	52,5
Cash flow (nur AFA)	TEUR	273	123
Gesamtverschuldung	%	-	-
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	87,6	83,3
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,53	0,55

Lagebericht (Kurzfassung)

Der Geschäftsverlauf war neben den laufenden Aufgaben geprägt von

- der Ernennung des Bergparks Wilhelmshöhe zum Weltkulturerbe und der Bereitstellung des touristischen Services
- dem Umzug der Tourist Information in die Wilhelmsstraße 23
- der weiteren Positionierung des Kongress Palais auf dem Veranstaltungsmarkt
- der Durchführung des Stadtfestes 2013
- der Organisation der Hessentagsstraße

Analyse des Geschäftsverlaufs

Die **Ertragslage** der Gesellschaft wird durch einen Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von T€ 2.583 (Vorjahr T€ 2.114) geprägt. Die Umsatzerlöse betragen T€ 4.247 (Vorjahr T€ 4.119).

Die Umsatzerlöse der Geschäftsbereiche betragen im Jahr 2013 in den Bereichen Vermietung Kongress Palais Kassel - Stadthalle T€ 2.538 (Vorjahr T€ 2.888), Märkte und Events T€ 751 (Vorjahr T€ 546), Bad Wilhelmshöhe T€ 52 (Vorjahr T€ 203), Touristik und Besucherservice T€ 462 (Vorjahr T€ 473), operatives Marketing T€ 7 (Vorjahr T€ 9) und Stadtmarketing T€ 0 (Vorjahr T€ 0). Die Umsatzerlöse der Hessentagsstraße betragen T€ 437.

Der Personalaufwand, einschließlich Mitarbeiter der Stadt Kassel betrug T€ 2.355 (Vorjahr T€ 2.189) Der Anteil der Personalaufwendungen an der Gesamtleistung betrug 54,0% (Vorjahr 51,2%). Die Materialquote betrug 48,5% (Vorjahr 45,1%). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei T€ 2.759 (Vorjahr T€ 2.503).

Die **Vermögenslage** ist dadurch gekennzeichnet, dass die langfristig verfügbaren Mittel neben dem Anlagevermögen auch die Vorräte und einen Teil der Forderungen decken. Der Anteil des Eigenkapitals von T€ 761 (Vorjahr T€ 794) an der Bilanzsumme von T€ 1.449 (Vorjahr T€ 1.617) beträgt 52,5% (Vorjahr 49,1%).

Trotz der Verringerung der netto verfügbaren flüssigen Mittel von T€ 601 auf T€ 275 ist die **Finanzlage** der Gesellschaft ausreichend.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Das Jahr 2014 wird geprägt sein von der Erstorganisation der Zisselmeile sowie dem weiteren Ausbau der Vermarktung der Tagungsdestination Kassel und des Kongress Palais.

Die Gesellschaft hat ihre Jahresziele aufgrund der Perspektiven der Balanced Score Card geplant und umgesetzt. Durch das konsequente Controlling wurden Planabweichungen frühzeitig erkannt und Maßnahmen eingeleitet. Im Rahmen des Risikomanagement fanden alle sicherheitsrelevanten Prüfungen statt und das Vieraugenprinzip wurde angewandt.

Die Geschäftsführung wird im Jahr 2014 alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um den Wirtschaftsplan einzuhalten. Bei planmäßiger Entwicklung sieht die Geschäftsführung keine Risiken.

Korruptions-Prävention

Die Kassel Marketing führt das Vier-Augen-Prinzip in allen Geschäftsvorfällen konsequent durch. Das Vorgehen im Falle der Annahme von Geschenken ist in der Betriebsordnung geregelt.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Kassel Marketing GmbH Kapital- und Investitionszuschüsse in Höhe von 2.550.000 € geleistet.

NB Nordhessenbus GmbH

Sitz:	34117	Kassel	Wilhelmshöher Allee 16
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 7504	
Rechtsform:	GmbH		
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs in Kassel und der Region sowie die Erbringung von Dienstleistungen für Verkehrsbetriebe.		
Eigentümer:	Stadt Kassel		100 %
Beteiligungen:	Keine		
Kapitalangaben:	Stammkapital		50.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 05.01.2001		
Wirtschaftsprüfer:	HTW Wirtschaftsprüfung GmbH		
Geschäftsführung:	Dipl.-Oec. Ulrich Freudenstein		
Aufsichtsrat (oder Beirat):	-		
Prokuristen:	-		

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	12.655,5	12.811,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	23,1	31,9
Bilanzsumme	TEUR	864,1	828,5
Investitionen	TEUR	0,0	0,0
Fremd-Darlehen	TEUR	0,0	0,0
Personal	Anzahl	0,0	0,0
Eigenkapitalquote	%	14,36	16,40
Cash flow (nur AFA)	TEUR	6,2	11,8
Gesamtverschuldung	%	85,64	83,60
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Die NB nimmt die Erstellerfunktion der Busverkehrsleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) der Stadt Kassel und benachbarter Gemeinden im Sinne des § 42 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) wahr. Bis zum 14.12.2013 war die NB Inhaberin der Genehmigung für die Verkehrserstellung im Linienbündel 109 „Lohfelden/Söhrewald“. Nach Auslaufen dieser Konzession zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 verfügt sie nunmehr noch über die Genehmigung für die Einrichtung und den Betrieb der Busverkehre des Linienbündels 11 „StadtBus Kassel“. Die verkehrlichen Anbindungen der Gemeinden Fuldabrück und Habichtswald sind Bestandteil dieses Linienbündels.

Die Betriebsführung für die mit den Genehmigungen verbundenen Linien obliegt der Kasseler Verkehrsgesellschaft AG (KVG), die Verkehrserstellung gleichwohl der NB.

Die NB bedient sich zur Erfüllung der Verkehrserstellung der Fahrer und Fahrzeuge der KVG sowie des Personals der KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN). Ein Teil der zu erbringenden Verkehrsleistung wurde insbesondere im Linienbündel 109 durch Subunternehmer erbracht. Diese decken darüber hinaus vor allem die Verkehrsspitzen (z. B. Schüler- und Berufsverkehr in den Morgen- und Mittagsstunden) ab.

Die NB ist ihrerseits 2013 auch noch als Subunternehmer tätig gewesen und hat im Rahmen dieser Beauftragung im Wesentlichen Verkehre auf den Linien 38 und 39 erstellt.

Die von der NB benötigten Verwaltungsdienstleistungen werden überwiegend von der KVV erbracht.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Im Jahr 2013 erwirtschaftete die NB mit der Erbringung der Busverkehrsleistung in Kassel und für das Linienbündel 109 „Lohfelden/Söhrewald“ Umsatzerlöse in Höhe von 12,8 Mio. EUR (Vorjahr 12,7 Mio. EUR).

Der Geschäftsverlauf im Jahr 2013 war ausgeglichen. Die NB schloss das Berichtsjahr mit einem Gewinn von 11,8 Tsd. EUR (Vorjahr 6,2 Tsd. EUR) ab.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Das Kerngeschäft des Busbetriebes der NB ist vertraglich im innerstädtischen Bereich Kassels mit dem Linienbündel 11 bis Ende 2014 gesichert.

Die Konzession für das Linienbündel 109 „Lohfelden/Söhrewald“ ist Ende 2013 ausgelaufen. Der daraus resultierende Wegfall von Verkehrsleistungen hat auf die Auslastung der originären Produktionsfaktoren der NB jedoch keinen nennenswerten Einfluss genommen, da größtenteils Subunternehmeranteile im Bündel 109 entfallen und die darüber hinaus eingesetzten Kapazitäten der KVG und KVN für die ab Fahrplanwechsel 2013/2014 neu hinzugekommenen Leistungen auf der Linie 17 benötigt werden.

Die dem Bezug von Produktionsfaktoren zugrunde liegenden Verträge sichern Preis- und Mengenrisiken auch für 2014 weitestgehend ab.

Es findet unter anderem eine unterjährige Überwachung der Erlös- und Kostensituation und der erbrachten bzw. bezogenen Leistungsmengen der NB statt. Dadurch sind frühzeitige Analysen des Geschäftsverlaufes durch die vorhandenen Controlling- und Risikomanagementsysteme möglich.

Die NB wird sich im Jahr 2014 auf den innerstädtischen Busverkehr der Stadt Kassel sowie die in diesem Linienbündel 11 enthaltene Anbindung verschiedener Umlandgemeinden konzentrieren und somit eine Verkehrsleistung im Umfang von ca. 4 Mio. Fahrplankilometern erstellen. Dies kann als ausschöpfende Auftragslage für die NB betrachtet werden.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel Sicherheiten (Bürgschaften) gegenüber der Gesellschaft gewährt.

Nordhessischer Verkehrsverbund & Fördergesellschaft Nordhessen mbH

Sitz:	Rainer-Dierichs-Platz 1, 34117 Kassel Telefon: (0561) 709 49 – 0, Telefax: (0561) 709 49 – 40 E-Mail: info@nvv.de Internet: www.nvv.de	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 5592
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	<p>Im Geschäftsbereich „Verkehrsverbund“ dient die Gesellschaft dem Zwecke der gemeinsamen Erfüllung der Aufgabe öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Gebiet der kommunalen Gesellschafter. Sie verfolgt das Ziel, für die Bevölkerung im Verbundraum der das Gebiet der kommunalen Gesellschafter umfasst, ein bedarfsgerechtes Nahverkehrsangebot als Daseinsvorsorge zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Im Geschäftsbereich „Fördergesellschaft“ fördert die Gesellschaft alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der nordhessischen Region dienen. Sie verfolgt diesen Zweck unter anderem durch Werbung für Nordhessen, Organisation gemeinsamer kultureller Aktivitäten, Förderung der Wirtschaft und des Fremdenverkehrs sowie durch die Vertretung gemeinsamer Interessen, insbesondere für die Finanz- und Infrastrukturausstattung der kommunalen Körperschaften.</p>	
Eigentümer:	Stadt Kassel	14,28%
	Landkreis Kassel	14,28%
	Schwalm-Eder-Kreis	14,29%
	Landkreis Hersfeld-Rotenburg	14,29%
	Landkreis Waldeck-Frankenberg	14,29%
	Werra-Meißner-Kreis	14,29%
	Land Hessen	14,28%
Beteiligungen:	Regionalmanagement Nordhessen GmbH	50,00%
Kapitalangaben:	Stammkapital	35.790 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	(Gesellschaftsvertrag und Verbundvertrag) vom 23. Juni 1994	
Wirtschaftsprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft	
Geschäftsführung:	Dr. Jürgen Barthel, Wolfgang Dippel,	

	Klaus-Peter Güttler (bis 30. November 2013), Wolfgang Rausch (ab 01. November 2013)
Aufsichtsrat:	Landrat Uwe Schmidt (Vorsitzender) Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher, Land Hessen (bis 30. September) Staatssekretär Steffen Saebisch, Land Hessen Oberbürgermeister Bertram Hilgen, Stadt Kassel Landrat Dr. Karl-Ernst Schmidt, Landkreis Hersfeld-Rotenburg Landrat Frank Martin Neupärtl, Schwalm-Eder-Kreis Landrat Reinhard Kubat, Landkreis Waldeck-Frankenberg Landrat Stefan Reuß, Werra-Meißner-Kreis
Prokuristen:	Jutta Viehmann

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	126.228	136.875
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	0	0
Bilanzsumme	TEUR	45.045	50.042
Investitionen	TEUR	0	0
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	53	65
Eigenkapitalquote	%	0,26	0,23
Cash flow (nur AFA)	TEUR	1.672	1.419
Gesamtverschuldung	%	0	0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	2.381	2.106
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,02	0,02

Lagebericht (Kurzfassung)

Geschäftsbereich Fördergesellschaft

Der Geschäftsbereich Fördergesellschaft ist verantwortlich für übergreifende kommunale Fragestellungen der Region Nordhessen und insbesondere auch für die strategische Ausrichtung der Tochtergesellschaft Regionalmanagement GmbH. Im Geschäftsbereich Fördergesellschaft werden Entscheidungen für die Sitzungen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung der Regionalmanagement Nordhessen GmbH vorbereitet. Der Geschäftsbereich bereitet die Aufsichtsratssitzungen der Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen organisatorisch vor.

Im Jahr 2013 wurden verschiedene gemeinsame nordhessische Interessenlagen abgestimmt. Hierzu gehörten schwerpunktmäßig die Beratungen über die weiteren organisatorischen Schritte zum flächendeckenden Aus-

bau des Breitbandnetzes in Nordhessen und die Fortsetzung der Finanzierung des bei der Regionalmanagement GmbH im Aufbau befindlichen Destination Management Center (DMC).

Für das Cluster regenerative Energien bei der Regionalmanagement GmbH wurde die Finanzierung durch die Landkreise und die Stadt Kassel sichergestellt.

Im Rahmen der koordinierenden Tätigkeiten zur Vernetzung und regionalen Identitätsstiftung von Standorten der Industriekultur Nordhessen (nino) wurde zum 5. Mal die nordhessenweite Veranstaltung „Blauer Sonntag“ mit dem Motto „Arbeitswelten“ am 16. und 18. August 2013 initiiert.

Geschäftsbereich Verkehrsverbund (NVV)

Die wesentlichen Arbeitsschwerpunkte des NVV stellen sich wie folgt dar:

In den Projekten der Rahmenvereinbarung Hessen wurde im Projekt Modernisierung des Bahnhofs Bebra der Umbau weiter vorangetrieben, sodass bis Ende des Jahres 2013 die Bahnsteige 3 und 5 sowie ein Großteil der Modernisierung der Personenunterführung abgeschlossen werden konnte.

Im Projekt Modernisierung des Bahnhofs Treysa wurde die Genehmigungsplanung und im Projekt Modernisierung des Bahnhofs Wabern die Entwurfsplanung erstellt.

Im Projekt Reaktivierung der Strecke Korbach - Frankenberg wurde die Genehmigungsplanung für die Bahnstrecke und für die P&R-Anlagen an den Bahnhöfen erstellt, weiterhin wurde auch die Genehmigungsplanung für den Umbau und die Modernisierung des Bahnhofsumfeldes in Frankenberg auf den Weg gebracht.

Das RegioTram Projekt 3. Gleis Obervellmar ist mit der Inbetriebnahme (IBN) im Dezember 2013 und das Projekt Umbau des Bahnhofes Espenau-Mönchehof mit der Fertigstellung im April 2013 baulich abgeschlossen worden.

Mit der Inbetriebnahme des RegioTram-Zielkonzeptes am 15. Dezember 2013 konnte der erfolgreiche Schlusspunkt unter eine mehr als 10jährige Entwicklungs-, Planungs- und Umsetzungsphase gesetzt werden.

Im Jahr 2013 wurde unter Beteiligung des NVV das Vergabeverfahren Sauerlandnetz (Strecke Kassel - Warburg - Hagen) abgeschlossen. Der Zuschlag fiel auf die Firma DB Regio. Das Unternehmen wird in dieser Relation ab Dezember 2016 Fahrzeuge des Typs Link des polnischen Fahrzeugherstellers Pesa einsetzen.

Im Bereich Verkehrsangebot Bus wurden fünf zum Jahreswechsel 2012/13 ausgeschriebene Busbündel in der ersten Jahreshälfte 2013 vertraglich abgeschlossen. Wie aus den Vergaben des Vorjahres zu erwarten, lagen die Kilometerpreise etwa 50% über den Wert vor acht Jahren. Lediglich das Bündel "Homberger Stern" lag unter dem Erwartungswert. In zweien dieser Bündel endete somit der Einsatz der Regionalverkehr Kurhessen, im Bündel "Lohfelden/Söhrewald" endete der Vertrag mit der "Nordhessenbus" (KVG). In diesem Bündel konnte die Deutsche Bahn mit ihrer Tochter BVH als Gewinner herausgehen. Die Bündel "Wolfhager Land" (HLB) und "Wesertal" (Sallwey/Uhlendorff) konnten von den bisherigen Betreibern gehalten werden. Das Bündel "Esse-Diemel" (bisher RKH) ging an die Firma Bonte und das Bündel "Homberger Stern" (bisher RKH) ging an die Firma Frölich. Die Betriebsstarts verliefen im Dezember 2013 - obwohl knapp 1/3 der NVV-Busleistung ausgeschrieben wurde - in der Gesamtbetrachtung unproblematisch.

Die Erstellung des regionalen Nahverkehrsplanes wurde in 2013 abgeschlossen, so dass dieser Anfang 2014 im Ausichtsrat beschlossen werden konnte. Im Bereich der Fahrzeugtechnik erprobt der NVV auf der Linie 37 im Stadt-Umland-Verkehr Kassel neue Gelenkbusse, die einen größeren Mehrzweckbereich aufweisen, so dass zum Beispiel zwei größere Rollstühle oder mehrere Kinderwägen, bzw. Rollatoren problemlos unterkommen. Zudem wurde der Zugang mittels Klapprampe nicht nur an der zweiten Tür vorgegeben, sondern auch beim Fahrer an der vorderen Tür. Der NVV möchte somit einen Beitrag leisten, auf die Bedürfnisse der älteren und mobilitätseingeschränkten Fahrgäste noch deutlicher einzugehen.

Das Land Hessen stellte im Rahmen des Landesprojektes „Mobilität im ländlichen Raum“ Fördergelder zur Finanzierung des „Modellvorhabens Werra-Meißner-Kreis“ zur Verfügung. Das Projekt versucht private Mobilität in den ÖPNV einzubinden und zwar unter Berücksichtigung einer Fahrplan- und Tarifintegration, ergänzt um die Komponenten „Mobilitätszentrale“, „Car-Sharing“, „BürgerBus“ und „E-Fahrrad“. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt von der Uni Kassel. Zum Jahresende 2013 waren etwa 600 Teilnehmer registriert, davon ca. 100 Fahrtenanbieter.

Der NVV ist dabei, ein einheitliches und flächendeckendes Dynamisches Fahrgastinformations- und Anschlusssystem (DFI/ANS) einzuführen und zu betreiben, um u.a. die Kundenzufriedenheit zu erhöhen. Einbezogen sind hierbei ÖPNV- und SPNV-Verkehre, mitsamt ihrer vorhandenen bzw. geplanten IT-Systeme. Das Gesamtprojekt soll stufenweise über die nächsten Jahre umgesetzt werden. Es ist in drei Unterprojekte gegliedert, zu denen bereits in 2012 drei Aufträge vergeben wurden. Hierzu zählen die Zentrale Datendrehscheibe (ZDD), DFI/ANS, ein NVV-eigenes, den Verkehrsunternehmen zur Verfügung gestelltes RBL-System und die DFI zur elektronischen Fahrgastinformation an den Haltestellen und Stationen. Diese sind in 2013 aufgebaut worden und laufen derzeit im Testbetrieb in Stufe 1. Hierzu gehört im ersten Schritt die Einbindung/Erfassung der RT, dann die Cantus-Bahnen und im Busbereich das Bündel Wesertal 101. Parallel sind bereits Schnittstellen zur KVG und DB aufgebaut worden. In Kürze folgt die Anbindung der KHB.

Die mobilen Fahrplanauskünfte der NVV-Seite und die in 2012 gestarteten APPs für die Betriebssysteme iOS (iphone), Android und Blackberry wurden optimiert und durch einen AST-Buchen Button ergänzt, sodass nun im gesamten Landkreis Waldeck-Frankenberg auch von unterwegs ein AST-Fahrzeug gebucht werden kann.

Im Jahr 2013 konnte nach den jetzt vorliegenden Daten ein Anstieg der Erlöse um 3,50 % erreicht werden. Die im Dezember 2012 vorgenommene Tarifierhöhung betrug durchschnittlich 3,41 %. Dies zeigt, dass trotz der demographischen Entwicklung bisher die Fahrgeldeinnahmen, auch bereinigt durch die Tarifierhöhung, noch leicht gesteigert werden konnten. Das deutet auf einen gestiegenen Anteil des ÖPNV im Gesamtverkehr hin.

Risikobericht

Eine Budgetvereinbarung wurde am 14.12.2009 mit dem Land Hessen für die Jahre 2010 bis 2014 unterzeichnet. Mit den darin bis 2014 vom Land Hessen zur Verfügung gestellten Finanzmitteln ist der Nordhessische Verkehrsverbund in der Lage, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen und die begonnenen Projekte weiterzuführen.

Eine neue Budgetvereinbarung für den Zeitraum ab 2015 bis 2019 ist noch nicht verhandelt.

Der NVV hat im Herbst 2013 eine mittelfristige Finanzplanung für den Zeitraum 2015 bis 2019 erstellt. Hier wurden auf der Einnahmenseite die Landesmittel für den Teil der KFA-Mittel in unveränderter Größenordnung

von rd. 23,75 Mio. Euro und die Regionalisierungsmittel mit einer jährlichen Steigerung von 1,5 % und einem NVV-Anteil daran von 19% budgetiert. Die unter diesen Annahmen aufgestellte Mittelfristplanung weist jährliche Deckungslücken auf. Lediglich unter der Annahme einer Übertragung nicht verbrauchter Mittel von der jetzigen Budgetperiode auf die neue entsteht in 2015 keine Deckungslücke. Bei der unter den o.g. Annahmen aufgestellten Finanzplanung beträgt die vorläufige Deckungslücke für den Zeitraum 2015 bis 2019 kumuliert 67,45 Mio. Euro.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft Zuschüsse und Umlagen in Höhe von 482.761,00 € geleistet.

Regionalmanagement Nordhessen GmbH

Sitz:	Ständeplatz 13 34117 Kassel
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel HRB 13092
Rechtsform:	GmbH
Tätigkeitsbereich:	Die Gesellschaft koordiniert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der nordhessischen Region dienen.
Eigentümer:	Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (für die Stadt Kassel und 5 Landkreise Nordhessens) 50 % Industrie- und Handelskammer Kassel 30 % Handwerkskammer Kassel 15 % Pro Nordhessen e. V. 5 %
Beteiligungen:	keine
Kapitalangaben:	Stammkapital 50.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	(Gesellschaftsvertrag) vom 11.01.2002
Wirtschaftsprüfer:	AKR Revisions GmbH Kassel
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Holger Schach
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Dem Aufsichtsrat gehören stimmberechtigte und nicht stimmberechtigte Mitglieder an. Stimmberechtigt sind: jeweils der Landrat des Landkreises Kassel, Werra-Meißner, Schwalm-Eder, Hersfeld-Rotenburg, Waldeck-Frankenberg, der Oberbürgermeister der Stadt Kassel, außerdem insgesamt 6 Vertreter von der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer Kassel und dem Verein Pro Nordhessen e. V. Nicht stimmberechtigt sind: je ein Vertreter des Landes Hessen, vertreten durch den Hessischen Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, des Verbandes Hessischer Unternehmen, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der nordhessischen Sparkassen, der nordhessischen Genossenschaftsbanken, der Universität Kassel, Phillips-Universität Marburg, Fachhochschule Fulda und der Volkswagen AG Betriebsstätte Baunatal.
Prokuristen:	keine

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	1.074,5	1.390,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-1.063,7	-1.197,8
Bilanzsumme	TEUR	1.073	916,3
Investitionen	TEUR	43	15,4
Fremd-Darlehen	TEUR		
Personal	Anzahl	38,5	43
Eigenkapitalquote	%	4,66	5,46
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-1-036,7	-1.171,4
Gesamtverschuldung	%	2.046	1.733
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	41,4	32,3
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	1,08	0,97

Lagebericht 2013 (Kurzfassung)**Geschäft und Rahmenbedingungen**

Die Gesellschaft wurde am 11. Januar 2002 von der Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH, der Industrie- und Handelskammer Kassel, der Handwerkskammer Kassel und Pro Nordhessen e. V. gegründet. Sie koordiniert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der nordhessischen Region dienen. Insofern ist Zweck der Gesellschaft, Projekte und Prozesse zur Regionalentwicklung zu initiieren und bis zur Umsetzung zu steuern, regionale Netzwerke (Cluster) aufzubauen sowie neue Produkte für die Region zu generieren und im Rahmen eines übergreifenden Standortmarketings zu vermarkten. Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet; vielmehr sollen die Ergebnisse ihrer Geschäftstätigkeit positive wirtschaftliche Effekte für die gesamte Region bewirken. Die Finanzeinlagen der Gesellschafter von 500 TEUR p.a. dienen somit vorrangig dem Verlustausgleich für die im Rahmen der Geschäftstätigkeit entstandenen Sach- und Personalaufwendungen. Darüber hinaus werden Projektbudgets akquiriert, die sich jeweils aus Finanzierungsbeiträgen der projektbeteiligten Partner, Sponsorengeldern sowie Fördermitteln zusammensetzen und nicht zu Lasten der Basisfinanzierung der GmbH gehen. Die Gesellschaft hat im Jahr 2013 insgesamt 45 Mitarbeiter, darunter 20 Mitarbeiter in Vollzeit und 14 Mitarbeiter in Teilzeit sowie 11 Praktikanten/Assistenten beschäftigt. Die Geschäftsbereiche Mobilitätswirtschaft, Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Standortmarketing, Dachmarke GrimmHeimat NordHessen und der Businessplanwettbewerb promotion Nordhessen verfügen über separate Budgetansätze. Darüber hinaus wurde im Jahr 2012 das Clustermanagement Dezentrale Energietechnologien und Energieeffizienz als zusätzliche Aufgabe fest implementiert und durch Sonderumlagen der Gesellschafter finanziert. Ebenso sollen aus dem Kreis der Gesellschafter beginnend ab 2012 befristet für drei Jahre zusätzliche Mittel zur Sicherung des Destinationsmarketings bereitgestellt werden.

Für das Berichtsjahr 2013 ist festzuhalten, dass sich die Region gemessen an den wichtigsten wirtschaftlichen Kennziffern Arbeitslosenquote, Bruttowertschöpfung etc. stabil und positiv entwickelt hat. Die Arbeitslosenquote lag mit 6,3 % nur geringfügig über dem Stand von 2012 und hat sich seit Gründung der Gesellschaft im Jahr 2002 mehr als halbiert. Die größte Entwicklungsdynamik ist im Bereich der definierten Cluster zu ver-

zeichnen. Dabei ist festzuhalten, dass der Abbau von Arbeitsplätzen in der Solarindustrie ohne nachteilige Folgen für den regionalen Arbeitsmarkt kompensiert werden konnte. Sie hat u.a. dazu geführt, den prognostizierten Fachkräftemangel abzufedern und den Bedarf an qualifizierten Mitarbeitern in den nordhessischen Unternehmen zu sichern. Auch neue Investitionen im Bereich der Logistikbranche sind Ergebnis der Positionierung Nordhessens als wichtigster Standort für Distributionslogistik in Deutschland. Insgesamt ist also eine hohe Übereinstimmung zwischen Zielen und Strategie der Regionalmanagement Nordhessen GmbH und der de facto realisierten Entwicklung festzustellen. Das operative Geschäft der Gesellschaft trägt dazu bei, regionale Netzwerke auszubauen und den Wissenstransfer, Unternehmenskooperationen und damit regionale Wertschöpfungskreisläufe zu unterstützen.

Im Rahmen der 10-Jahres-Zwischenbilanzkonferenz 2012 wurden Ziele und Aufgaben der Gesellschaft neu justiert. Insbesondere sollen Innovationen an den Schnittstellen der Cluster Mobilitätswirtschaft, Dezentrale Energietechnologien, Gesundheit und Tourismus gefördert werden. Darüber hinaus soll als Folge der positiven Arbeitsplatzbilanz die Sicherung von Fachkräften und die Entwicklung sowie Vermarktung der weichen Standortfaktoren stärker als bisher im Fokus stehen. Auf Basis dieses neuen Leitbildes wurden die Geschäftsprozesse und Projekte überprüft und weiterentwickelt. Das Clustermanagement ist als Informations-, Marketing- und Projektplattform etabliert und unverzichtbarer Bestandteil Nordhessens im Sinne eines regionalen Innovationsystems. Mittlerweile ist festzustellen, dass mit zunehmender Reife des Clustermanagements auch die Zahl der Netzwerkkontakte, der damit verbundenen Projekte und damit der Umsätze der Gesellschaft stetig ansteigt. Die Cluster Mobilitätswirtschaft, Dezentrale Energietechnologie und Gesundheit wurden im Jahr 2003 formal initiiert, so dass im Berichtsjahr entsprechende Jubiläen anstanden, u. a. 10 Jahre deENet e. V. und die 10. Kasseler Gesundheitstage. Diese Kontinuität ist Voraussetzung für die nunmehr angeschobenen Projekte FREE, NISTO, die All-Inclusive-Gästekarte „Meine-Card-Plus“ und den Ausbau eines regionalen NGA-Breitbandnetzes. Auch die Aktivitäten im Standortmarketing und der Fachkräfteakquisition profitieren von den gefestigten regionalen Netzwerken. Insofern ist Aufgabe aller Geschäftsprozesse und Projekte der Regionalmanagement Nordhessen GmbH, die übergeordneten Ziele gemäß Gesellschaftsvertrag zu erreichen, das Zusammenwirken der regionalen Akteure zu organisieren sowie den eigenen Aufwand ohne weitere Zuschüsse der Gesellschafter zu refinanzieren.

Drei Projektkategorien bzw. Geschäftsmodelle sind beispielhaft hervorzuheben:

- Im Querschnittsprojekt „FREE“ kooperieren Hotels, Verkehrsgesellschaften, Energieversorger, Fahrzeugproduzenten und Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung eines innovativen Mobilitätsangebotes mit touristischer Alleinstellung. Das Projektbudget in Höhe von rd. 4,4 Mio. Euro, das zur Hälfte von den Partnern sowie BMBF-Fördermitteln aufgebracht wird, fließt also sowohl in Investitionen (Elektrofahrzeuge, elektronisches Buchungssystem etc.), finanziert aber ebenso den Aufwand der Partner sowie die Managementkosten. Gleiches gilt für das Projekt NISTO (New Integrated Transport Options), das die Regionalmanagement Nordhessen GmbH gemeinsam mit sechs europäischen Mobilitätsclustern entwickelt hat und dort die Konsortialführerschaft übernimmt. Es trägt zur Erhöhung der internationalen Kontakte nordhessischer Unternehmen bei und refinanziert den Aufwand der Partner.
- Als touristisches Projekt mit hohem Innovations- und Netzwerkpotential ist die Gästekarte „MeineCardPlus“ zu bewerten. Im Rahmen eines Finanzierungspools der beteiligten 115 Hotels und 90 Freizeiteinrichtungen werden Umlagen auf die Übernachtungserlöse zusammengeführt und an die Freizeitbetriebe je nach Nutzungsintensität ausgeschüttet. Damit können die Gäste Freizeitangebote in Nordhessen sowie den ÖPNV kostenlos nutzen. Die hiermit verbundenen Geschäftsprozesse werden

im Regionalmanagement koordiniert, wobei sich der Managementaufwand aus den Projekterlösen refinanziert.

- Für den Aufbau eines regionalen Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzes (NGA) hat die Regionalmanagement Nordhessen GmbH die grundsätzliche Machbarkeit geklärt, Steuerungsstrukturen aufgebaut, eine Markterkundung bei potentiellen Betreibern und Nutzern durchgeführt und die Rahmenbedingungen für die Finanzierung verhandelt. Auf dieser Grundlage wurde im Berichtsjahr die Gründung einer regionalen Infrastrukturgesellschaft für den Breitbandausbau beschlossen. Auch dieser Prozess finanziert sich aus verschiedenen Quellen, u. a. Mitteln zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ), dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung, Eigenanteilen der Landkreise und Krediten der landeseigenen WIBank. Ziel ist die Errichtung einer zukunftsfähigen Breitbandinfrastruktur, die für die weitere Entwicklung des Standorts Nordhessen unverzichtbar ist. Da private Marktteilnehmer nicht investieren werden, ist das regionale Eigenausbaumodell auch sinnvoll, kann wirtschaftlich betrieben werden und ist beihilferechtlich zulässig. Mit Gründung der Infrastrukturgesellschaft ist die Tätigkeit der Regionalmanagement Nordhessen GmbH abgeschlossen.

Daneben wurden zahlreiche weitere Maßnahmen mit Partnern umgesetzt, die den Zielen Clusterentwicklung, Gründerförderung, Unternehmensakquisition, Standortmarketing und Fachkräftemarketing dienen. Zu nennen sind Formate wie die Logistik-Nacht, transport logistic, Expo Real, promotion Nordhessen, Messe- und Marketingaktivitäten im Tourismus oder Kooperationsforen in den Bereichen Erneuerbare Energien und Mobilität, ebenso die 10. Kasseler Gesundheitstage als Großveranstaltung mit 15.000 Besuchern. Allen Projekten ist gemein, dass sie nur bei entsprechender Beteiligung Dritter umsetzbar und finanzierbar sind. Für das Berichtsjahr festzuhalten ist, dass das in den vergangenen Prognosen im Rahmen der Jahresabschlüsse formulierte Ziel, bei rückläufiger Förderkulisse zusätzliche Drittmittel zu akquirieren, in Teilen umgesetzt werden konnte. Beispielfür hierfür stehen Projekte wie die Logistik-Nacht, die Nahverkehrstage oder die Kasseler Gesundheitstage, die sich ohne Zuschüsse vollständig refinanzieren konnten. Andere Projekte wie der Ausbau des Jobportals befinden sich im Initialstadium, werden aber in den nächsten Jahren mit der Einwerbung weiterer Partner wachsen können.

Analyse des Geschäftsverlaufs und der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens

Der Umfang der Geschäftstätigkeit konnte im Geschäftsjahr 2013 in weitgehender Übereinstimmung mit der Prognose ausgebaut werden. Dabei hat sich der Betriebsaufwand mit rd. 3,8 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr um rd. 583 TEUR deutlich erhöht, ebenso wie die Betriebsleistung, also die Summe aller betrieblichen Erträge, um rd. 450 TEUR auf 2,6 Mio. Euro. Diese Zahlen belegen, dass es gelungen ist, weitere Projektmittel einzuwerben und in Projekte zum Ausbau der Cluster und der Regionalentwicklung insgesamt zu investieren. Dennoch hat sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um 134,1 TEUR verschlechtert, weil der gleichzeitige Anstieg der Personal- und Projektkosten durch die Einwerbung von Drittmitteln nicht vollständig kompensiert werden konnte. Auch in diesem Jahr wurden über die regulären Gesellschaftereinlagen hinaus Sonderumlagen in Höhe von 579,1 TEUR für das Destinationsmanagement und das Cluster Dezentrale Energietechnologien bereitgestellt. Das diesjährige Ergebnis mit insgesamt 1.197,8 TEUR wird aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Da die Gesellschaftereinlagen 2013 inkl. Sonderumlagen für den Ausgleich des Jahresfehlbetrages nicht ausreichten, verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern unter 500 TEUR. Diese Zielgröße wird grundsätzlich angestrebt, um die Vorfinanzierung bzw. nötige Liquidität für die laufenden Projekte sicherzustellen. Insofern wurden im Berichtsjahr Überschüsse abgebaut und in die Finanzierung von Projekten investiert. Das nunmehr der Zielwert um 70 TEUR unterschritten wurde, ist auf die insgesamt geringer als geplant ausgefallenen Sonderumlagen bzw. entgangenen Planerlöse im Bereich der Sponsoringgelder und Dritt-

mittel zurückzuführen. Insofern ist für das kommende Geschäftsjahr anzustreben, diese Differenz durch ein entsprechend verbessertes Ergebnis auszugleichen.

Zur Risikoanalyse ist festzustellen, dass angesichts des aktuellen Betriebsaufwands in Höhe von rd. 3,8 Mio. Euro die Personal- und Sachkosten die jährlichen Gesellschaftereinlagen zzgl. Sonderumlagen und Finanzierungsbeteiligungen des Landes deutlich überschreiten. Der Großteil der Personalkosten ist deshalb über die teilweise jährlich neu einzuwerbenden Projektbudgets zu refinanzieren. Die seit Ende 2010 für die Cluster Mobilitätswirtschaft, Tourismus, Gesundheit und Dezentrale Energietechnologien weggefallenen Fördermittel konnten seitdem jeweils durch Projektmittel auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie Projektbeteiligungen Dritter ausgeglichen werden. Für jedes Geschäftsjahr ist aber nicht auszuschließen, dass die im Wirtschaftsplan festgelegten Projekte abhängig von der Einwerbung von Drittmitteln defizitär abgeschlossen werden können. Dieses in den letzten Jahren nicht eingetretene Risiko hat sich im Berichtsjahr erstmals in einer negativen Ergebnisabweichung von den Planzahlen um rd. 10 % realisiert. Sollten trotz der im laufenden Geschäftsjahr zu verstärkenden Akquisitionsbemühungen weiterhin unplanmäßige Verluste bei Projekten zu verzeichnen sein, sind diese aus den Rücklagen auszugleichen. Anschließend ist zu entscheiden, in welcher Form diese Projekte fortgeführt oder ggf. eingestellt werden sollen.

Eine Sondersituation ergibt sich im Bereich der Tourismusfinanzierung, die für das Jahr 2014 gesichert, für die Folgejahre aber noch zu verhandeln ist. Mit dem Projekt Gästekarte wurde im Berichtsjahr erstmals ein Geschäftsmodell in die Abläufe der Gesellschaft integriert, dessen Risiko mit einem maximalen Verlust von 200 TEUR klar definiert und damit für die Gesellschaft kalkulierbar ist.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass mit der Ausweitung der Geschäftstätigkeit die Rolle der Gesellschaft als gestaltender Akteur der Regionalentwicklung zunehmend wichtiger wird. Dabei ist das Risiko struktureller Defizite in den einzelnen Projektbereichen besonders zu beachten. Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens ist stabil und mittelfristig nicht gefährdet.

Prognose

Im aktuellen Geschäftsjahr 2014 sind Betriebsausgaben gemäß Wirtschaftsplan in Höhe von rd. 4,65 Mio. Euro geplant. Das Projektvolumen wird sich damit nochmals erhöhen, der Personalkostenanteil erhöht sich geringfügig durch moderate Gehaltsanpassungen im Berichtsjahr. Die Planung beinhaltet laufende und neu zu akquirierende Projektmittel in den Clustern sowie Querschnittsaktivitäten wie promotion Nordhessen, Standortmarketing, GrimmHeimat NordHessen und Umsetzung der NGA-Breitbandstrategie. Im Sinne des aktuellen Leitbildes werden insbesondere Projekte an Schnittstellen der Cluster entwickelt, u. a. das Projekt FREE (Freizeit- und Eventverkehre mit intermodal buchbaren Elektrofahrzeugen) unter Einbeziehung von Verkehrsunternehmen, Hotelbetreibern, Energieversorgern und Fahrzeugproduzenten mit einem Volumen von rd. 4,4 Mio. Euro, darunter für die beiden kommenden Jahre noch 425 TEUR für Koordinierungsleistungen im Regionalmanagement. Auch internationale Projekte wie NISTO, ENEVATE und Sintropher erzielen Erlöse von rd. 900 TEUR. Für den Bereich Gesundheit auf europäischer Ebene erschließen sich auch künftig Finanzierungspotentiale für Verbundprojekte des Regionalmanagements, insbesondere im Rahmen der Förderkulissen Interreg IVb und HORIZON 2020. Im Cluster Gesundheit befindet sich das BMBF-Forschungsprojekt FvOS mit einem Volumen von 540 TEUR über drei Jahre in Akquisition. Das Berichtsjahr hat gezeigt, dass Projekte wie die Logistik-Nacht oder die Nahverkehrstage vollständig refinanziert werden können. So sollen auch künftig die Kasseler Gesundheitstage weitergeführt und über Ausstellereinnahmen refinanziert werden, ebenso das wiederkehrende Format Logistik-Tag. Mit dem Projekt Gästekarte GrimmHeimat NordHessen wird seit April 2013 erstmals ein eigenständiges Geschäftsmodell realisiert, das mit einem geplanten Einnahmenvolumen von rd. 800 TEUR zur

Steigerung der Betriebsleistung beiträgt. Sollte dieses Projekt mangels Nachfrage eingestellt werden, beläuft sich das Risiko auf max. 200 TEUR. Für die Prognose relevant ist die Sicherstellung der Tourismusfinanzierung. Die vereinbarten Gesellschafterumlagen seitens IHK und Fördergesellschaft in Höhe von jeweils 250 TEUR sind bis 2014 in Aussicht gestellt. Dieses Budget konnte bisher über Drittmittel verdoppelt werden und trägt damit zur leistungsfähigen Vermarktung der Destination GrimmHeimat NordHessen bei. Derzeit werden neue Finanzierungsinstrumente auf Landesebene verhandelt. Sollte es eine landesweite Lösung nicht geben, sind Alternativen auf regionaler Ebene erforderlich.

Die Erfahrung im Berichtsjahr 2013 hat gezeigt, dass trotz sinkender Förderkulisse auf Landesebene neue Projekte entwickelt werden können. Dabei hat sich der Prognoseansatz der letzten Jahre bestätigen lassen, dass regionale Partner bis hin zu einer Vollfinanzierung von Projekten eingebunden werden können und zusätzlich verstärkt Finanzierungsquellen auf Bundes- und EU-Ebene einzuwerben sind. Zusätzlich stehen ab 2014 erneut EFRE-Mittel zur Verfügung, wobei die Ziele des EFRE-Programms weitgehend kongruent mit den Handlungsfeldern der Regionalmanagement Nordhessen GmbH sind. Deshalb ist für die weitere Entwicklung der Gesellschaft nicht die Verfügbarkeit von Fördermitteln, sondern die Einwerbung von Komplementärmitteln über Projektpartner und Drittmittelgeber der begrenzende Faktor. Sollte es nicht gelingen, eine hinreichende Finanzierungsbasis einzuwerben oder sollten sich strukturell defizitäre Projekte abzeichnen, ist der Betriebsaufwand im Bereich der Personalkosten der tatsächlichen Betriebsleistung anzupassen. Der Fortbestand der Gesellschaft ist angesichts gesicherter Einlagen langfristiger Kooperationspartner nicht gefährdet.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft keinen Zuschüsse geleistet.

Parkhausgesellschaft der Stadt Kassel mbH

Sitz:	34117 Kassel, Neue Fahrt 12	
Handelsregister:	Amtsgericht	HRB4509
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Planung, Errichtung, Vermietung sowie der Betrieb von eigenen und gepachteten Einrichtungen des ruhenden Straßenverkehrs und die Beteiligung an Objekten ähnlicher Art.	
Eigentümer:	Stadt Kassel	50,0 %
	Jochinger Bauconsulting und Projektmanagement und GmbH, Kassel	50,0 %
Beteiligungen:	keine	
Kapitalangaben:	Stammkapital	281.211 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag	
Wirtschaftsprüfer:	GBZ Revisions und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Gerhard Jochinger	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Die Gesellschaft hat einen Beirat, bestehend aus je 3 Mitgliedern der beiden Gesellschafter sowie dem Vorsitzenden der Kasseler Sparkasse als Beiratsvorsitzendem	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	2.508,2	2.268,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	674,5	495,3
Bilanzsumme	TEUR	1.417,4	1.453,1
Investitionen	TEUR	266,7	0,0
Fremd-Darlehen	TEUR	0,0	0,0
Personal	Anzahl	1,0	1,0
Eigenkapitalquote	%	51,0	40,95
Cash flow (nur AFA)	TEUR	767,4	535,7
Gesamtverschuldung	%		
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	2.508,2	2.268,5
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	TEUR		

Lagebericht (Kurzfassung)

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist abhängig von der Einzelhandelskonjunktur der Innenstadt und hat im Vergleich zu 2012 einen Rückgang der Umsätze um circa 10% zu verbuchen. Dies ist den höheren Umsätzen im documenta Jahr geschuldet. Dieser Rückgang konnte durch die Einführung eines neuen Tarifmodells für Kurzparker in 2012 und eine Preiserhöhung für Dauerstellplätze in 2013 ausgeglichen werden und bewirkte, zum Teil eine Steigerung der Umsatzerlöse bezogen auf 2011 um ca. 220 TEUR. Um einen aussagekräftigen Vergleich zu erhalten, dient das Jahr 2011 als Basis, da in 2012 das Ergebnis zu stark durch die documenta beeinflusst wurde. Die Betriebsaufwendungen für das operative Geschäft sind weitgehend konstant geblieben. Das Jahresergebnis liegt durch die Umsatzsteigerungen mit 207.000,00 EUR über dem von 2011 und rund 122 TEUR unter dem Ergebnis des Documenta Jahres 2012.

Die Gesellschaft verfügt über eine ausreichende Kapitalausstattung. Wir schlagen für das Geschäftsjahr 2013 der Gesellschafterversammlung eine Ausschüttung in Höhe von 310 TEUR vor.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Vermögenslage

Kennzahlen zur Vermögenslage	<u>2012</u>	<u>2013</u>
Anlagenintensität (in %)	25,21%	23,20%
Eigenkapitalquote (in %)	50,98%	40,95%

Finanzlage

Kennzahlen zur Finanzlage	<u>2012</u>	<u>2013</u>
	TEUR	TEUR
Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	767,4	535,7
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-266,7	- 24,3
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	- 100,0	- 44,0

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Derzeit sind keine Risiken erkennbar, die zu einer Überschuldung bzw. Zahlungsunfähigkeit führen könnten. Der Fortbestand des Unternehmens ist nicht gefährdet.

Ein weiterer Anstieg der Treibstoffpreise könnte zu einem Ausweichen der Innenstadtbesucher auf öffentliche Verkehrsmittel führen, wodurch unsere Einnahmen sinken würden.

Die Ansiedlung von Centerflächen am Rande der City würde wegen ausbleibender Kunden in der Stadt eine erhebliche Gefahr für die Rentabilität der Parkhausgesellschaft bedeuten.

Attraktivitätssteigerungen der Innenstadt könnten zu einer höheren Besucherfrequenz führen, wovon wir durch mehr Einfahrten profitieren würden; dies sehen wir als Chance für das Unternehmen. Auch die Erhöhung der Parkgebühren für oben irdisches Parken in der Stadt, kann zu höheren Erträgen bei der Parkhausgesellschaft führen.

Das Ergebnis des Jahres 2014 und folgender Jahre wird nachhaltig von der allgemeinen Einzelhandelskonjunktur bestimmt, die unverändert kein nachhaltiges Wachstum aufweist.

2014 sind auf der Basis der Vorjahreszahlen keine Umsatz- und Ertragssteigerungen zu erwarten.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft keinen Zuschüsse geleistet.

Projektentwicklungsgesellschaft Kassel Unterneustadt und Konversion in Kassel mbH i. L.

Sitz:	Kassel	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRB 6407
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Städtebauliche Entwicklungsplanung sowie Erschließung der zu entwickelnden neuen Baugebiete in Kassel, insbesondere des Gebietes Kassel-Unterneustadt sowie die Konversion und Entwicklung der Kasernengelände der Hindenburg-, Lüttich-, Wittich- und Graf-Haeseler-Kasernen. Die Gesellschaft ist seit 31.05.2012 in Liquidation	
Eigentümer:	Stadt Kassel	100,00 %
Beteiligungen:	keine	
Kapitalangaben:	Gezeichnetes Kapital	52.151,77 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	(Gesellschaftsvertrag) vom 12.09.1995	
Wirtschaftsprüfer:	AUTAC Revision und Treuhand GmbH, Nürnberg	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Liquidator: Heinz Spangenberg	
Aufsichtsrat:	-	
Prokuristen:	-	

Die Gesellschaft wurde liquidiert. Die Löschung aus dem Handelsregister steht derzeit noch aus.

Schlachthof Kassel GmbH & Co. Verwaltungs-KG

Sitz:	Werner-Heisenberg-Straße 20, 34123 Kassel Tel. 0561/9986340 Fax: 0561/9986343 Email: info@schlachthof-kassel.eu		
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRA 8590	
Rechtsform:	GmbH & Co.KG		
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist die Einrichtung, Unterhaltung und der Betrieb eines öffentlichen Schlacht- und Viehhofes in Kassel.		
Eigentümer:	Stadt Kassel	73,710074	%
	Landkreis Kassel	19,656020	%
	T.S.P.Frischfleisch GmbH Kassel	3,931204	%
	Nuhn, Kassel	1,965602	%
	Fleischerinnung Kassel	0,737100	%
Beteiligungen:	Keine		
Kapitalangaben:	1.040.478,97 €		
Satzungen / Unternehmensverträge:	(Gesellschaftsvertrag) vom 01.06.2009		
Wirtschaftsprüfer:	Steuerberater Frank Heerdt, Langgöns		
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Thomas Hoenig, Henning Wambach		
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Frank Tischner 1.Vorsitzender Peter Kohrock, stellv. Vorsitzen- der		
Prokuristen:	keine		

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	896	852
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	0,5	./ 92,3
Bilanzsumme	TEUR	581	447
Investitionen	TEUR	15	41,1
Fremd-Darlehen	TEUR	-	-
Personal	Anzahl	13	13
Eigenkapitalquote	%	74,1	74,1
Cash flow (nur AFA)	TEUR	54,4	./ 36,1
Gesamtverschuldung	%	25,9	25,8
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	69	61
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	0,31	0,41

Lagebericht (Kurzfassung)

Im Jahr 2013 konnte der Schlachthof in Kassel seiner regionalen Bedeutung gerecht werden.

Die finanzielle Eigenkapitalausstattung ist auf Grund der Ausscheidens von Kommanditisten in den vergangenen Jahren gemindert. Daneben belasten die in den letzten Jahren erwirtschafteten Verluste zunehmend die Eigenkapitalbasis. Aufgrund des strikten Kostenmanagements und durch Erhöhung der Schlachtpreise ab August 2011 wurde im Geschäftsjahr 2012 ein gegenüber dem Vorjahr um TEUR 41 auf TEUR ./ 6 verbessertes Ergebnis erwirtschaftet.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Der Umsatz betrug im Geschäftsjahr 2013 TEUR 852 (Vorjahr TEUR 896) und beinhaltet im wesentlichen Schlachtgebühren. Die Umsatzsteigerung begründet sich mit der Erhöhung der Schlachtgebühren. Im Geschäftsjahr 2013 sind Ersatz- und Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von TEUR 115 angefallen. Es soll ein Satteldach über Zerlegung / Kühlhaus gebaut werden.

Der durchschnittliche Personalbestand setzt sich aus 1 Geschäftsführer, 10 Metzgern, einem Techniker, einer Bürokräft sowie einer Reinigungskraft zusammen.

Die Schlachtzahlen bei Schweinen, Schafen und Großvieh haben in 2013 leicht nachgelassen.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Eine Steigerung der Schlachtzahlen wird angestrebt, wird aber nur durch zusätzlichen Nutzer möglich sein. Eine Verbesserung der Ertragslage kann alternativ durch eine weitere Anhebung der Schlachtentgelte erzielt werden.

Chancen Risiken der künftigen Entwicklung

Wir haben organisatorische Regelungen und Maßnahmen getroffen, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Die eingesetzten Instrumentarien dazu sind:

- Monatliche Erstellung von betriebswirtschaftlichen Auswertungen mit Gegenüberstellung zu den Daten des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes
- Monatliche Überwachung der Kostenstruktur durch Auswertung der Kostenarten
- Permanente Überwachung des Schlachtvolumens und der damit verbundenen Kapazitätsauslastung anhand monatlicher Schlacht- und Umsatzstatistiken differenziert nach einzelnen Nutzern und mit Gegenüberstellung zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum
- Analyse der kurz-, mittel- und langfristig zu erwartenden Ersatz- und Instandhaltungsmaßnahmen

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. . Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Gesellschaft keinen Zuschüsse geleistet.

Science Park Kassel GmbH

Sitz:	34109	Kassel	Ludwig-Erhard-Str.	10
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel		HRB 15030	
Rechtsform:	GmbH			
Tätigkeitsbereich:	Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft, insbesondere die Planung, Errichtung, Verwaltung sowie das Betreiben von Zentren, die Unternehmensgründungen sowie die systematische Zusammenarbeit von Universität und innovativen Wachstumsträgern der Region unterstützen.			
Eigentümer:	Stadt Kassel			50,00 %
	Universität Kassel			50,00 %
Beteiligungen:	keine			
Kapitalangaben:	Stammkapital			25.000 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 21.12.2009			
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger + Partner, Kassel			
Geschäftsführung (oder	Dr. Oliver Fromm			
Aufsichtsrat	-			
Prokuristen:	-			

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	6	19
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-48	-120
Bilanzsumme	TEUR	1326	6897
Investitionen	TEUR	740	4390
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	41	57
Eigenkapitalquote	%	42,60	15,0
Cash flow (nur AFA)	TEUR	-103	-117,1
Gesamtverschuldung	%	0,00	0,00
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	2	4,75
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	3,94	1,78

Lagebericht (Kurzfassung)

Der Bau des Science Park Kassel wurde mit Detaillierung der Pläne und Bauantragstellung vorbereitet. Nach Genehmigung wurde im Dezember 2012 der Herstellung des Gründungspolsters begonnen. Mit leichter Verzögerung durch die lange Winterperiode begann der Bau im April und verlief bis Ende des Jahres im Rahmen des durch die Planer erstellten Bauzeitenplanes.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die laufenden Kosten für den Geschäftsbetrieb wurden mit Kapitaleinlagen der Gesellschafter in Höhe von je TEUR 125 abgesichert. Eine Kostenberechnung gemäß DIN 276 nach Fertigstellung der Objektplanung ergab eine Summe von TEUR 15.307,6. Davon werden durch EFRE-Förderung des Landes 50 % finanziert. Die Ko-Finanzierung wurde durch Beschlüsse der städtischen Gremien sowie der Gremien der Universität Kassel und Gesellschafterbeschlüsse der Science Park Kassel GmbH sichergestellt.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Als Hauptrisiken werden mögliche Steigerungen der Projektkosten gesehen. Die berechneten Kosten sind gedeckt und stehen als Investitionsmittel zur Verfügung. Dieses Risiko wird durch die Entscheidung gemindert, die Bauleistung in Einzelgewerken zu vergeben.

Korruptions-Prävention

Eine den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechende Geschäftsordnung mit detailliertem Geschäftsverteilungsplan mit Zuständigkeiten und Weisungsbefugnissen sowie Berechtigungen liegt vor. Zustimmungsbefähigte Geschäfte und deren Vollzug sind im Gesellschaftsvertrag aufgeführt. Ein Vier-Augen-Prinzip für Zahlungsvorgänge ist eingeführt. Weitere institutionalisierte Vorkehrungen zur Korruptions-Prävention bestehen nicht und wurden nicht dokumentiert.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Science Park Kassel GmbH einen Zuschuss zur Finanzierung des Neubaus in Höhe von 2.275.956,6 € und eine Kapitaleinlage in Höhe von 125.000,00 € geleistet.

TSK Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH

Sitz:	Kassel
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel HRB 5233
Rechtsform:	GmbH
Tätigkeitsbereich:	Gegenstand des Unternehmens ist das Gebäudemanagement des gesamten Stadthallenkomplexes als Tagungszentrum der Stadt Kassel und die Bewirtschaftung der beiden Parkhäuser in der Baumbach- und Kattenstraße.
Eigentümer:	Stadt Kassel 100 %
Beteiligungen:	Keine
Kapitalangaben:	Eigenkapital 6.700.819,98 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 20.12.1990 in der Fassung vom 09.06.2005; Geschäftsbesorgungsvertrag mit der GWG vom 15.12.1999; Pachtvertrag mit Kassel Marketing GmbH vom 22.12.2003; 1. Nachtrag zum Pachtvertrag mit Kassel Marketing GmbH vom 25.07.2011
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Peter Ley
Aufsichtsrat (oder Beirat):	ohne
Prokuristen:	-

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	611	584
Ergebnis	TEUR	-1.734	-1.730
Bilanzsumme	TEUR	32.334	32.041
Anlagevermögen	TEUR	32.052	31.879
Investitionen	TEUR	810	684
Fremd-Darlehen	TEUR	26.190	25.326
Personal	Anzahl	0	0
Eigenkapitalquote	%	18,9	20,9
Cash flow	TEUR	-913	-880
Gesamtverschuldung	%	81,0	79,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	-	-
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	-	-

Lagebericht (Kurzfassung)

Der Standort Kassel entwickelt sich ausgesprochen positiv. Dies spiegelt sich auch in der Attraktivität Kassels als Tagungs- und Veranstaltungsort wider. Gemeinsam mit dem Kooperationspartner Kassel Marketing wird das Tagungszentrum Kongress Palais Kassel kontinuierlich weiterentwickelt.

Das Kongress Palais wurde 1994/1995 umfassend saniert. Durch die (gewünschte) intensive Nutzung unterliegt das Gebäude einer zunehmenden Abnutzung. Um eine künftige Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen, sind umfangreiche Sanierungsmaßnahmen des Bestandsgebäudes notwendig. Hierfür sind weitere finanzielle Mittel der Gesellschafterin erforderlich.

Analyse des Geschäftsverlaufes

Die tendenziell positive Umsatzentwicklung war im Wesentlichen auf die Vermarktung des Mitte 2011 in Betrieb genommenen Kolonnadenflügels zurückzuführen. Der leichte Umsatzrückgang zum Vorjahr ist laut Kassel Marketing aufgrund des Nichtzustandekommens einer Großveranstaltung entstanden. Auch wenn sich die Einnahmesituation aufgrund der gestiegenen Auslastung zwischenzeitlich verbessert hat, wird der Betrieb des Kongress Palais auch in Zukunft defizitär bleiben.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Mit den jährlichen Zahlungen der Stadt Kassel sind zumindest mittelfristig die wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen, um den Betrieb des Kongress Palais aufrecht zu erhalten. Die Chance für die TSK besteht grundsätzlich in der Erhöhung der Umsatzpacht aufgrund einer noch optimaleren Auslastung des Kongress Palais durch Kassel Marketing.

Korruptions-Prävention

Zur Korruptions-Prävention wurden 2010 „Verhaltensrichtlinien der TSK gegen Vorteilsnahme und Korruption“ erstellt und umgesetzt.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) in Höhe von 21.178.201,56 € gewährt. Für die Gesellschaft wurden von der Stadt Kassel im Haushalt 2013 insgesamt 2.309.000,00 € an Kapital- und Investitionszuschüssen gegenüber der TSK geleistet.

Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH

Sitz:	34117 Kassel Kurfürstenstraße 9	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRA 4802
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt und des Landkreises Kassel, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dienen. Im Rahmen dieser Zweckbestimmung berät die Gesellschaft insbesondere die in der Region Kassel ansässigen Unternehmen und Unternehmensneugründungen und unterstützt sie in ihrer Entwicklung; betreut Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen und führt Standortmarketing durch. Zudem ist die GmbH mit dem Führen der GVZ-Projektgesellschaft mbH (Containerterminal) betraut, mit einem Gesellschaftsanteil von 50 %.	
Eigentümer:	Stadt Kassel	25,53 %
	Landkreis Kassel	25,53 %
	Kasseler Sparkasse	24,46 %
	Kasseler Bank	10,64 %
	Industrie- und Handelskammer	10,29 %
	Handwerkskammer	3,55 %
Beteiligungen:	GVZ-Projektgesellschaft Kassel mbH (Containerterminal) mit 50 %	
Kapitalangabe	72.110 € Stammkapital	
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 03.08.1988	
Wirtschaftsprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Kai Lorenz Wittrock	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Beirat: Vorsitzender Alfred Schmidt, Staatsminister a.D. 16 Mitglieder	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	494	506
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	-504	-516
Bilanzsumme	TEUR	551	475
Investitionen	TEUR	6	26
Fremd-Darlehen	TEUR	0	0
Personal	Anzahl	9	9
Eigenkapitalquote	%	13	15
Cash flow (nur AFA)	TEUR	411	556
Gesamtverschuldung	%	0	0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	55	56
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	-		

Lagebericht (Kurzfassung)

Finanz-, Vermögens- und Ertragslage

Zweck der Gesellschaft ist es, durch unterschiedliche Maßnahmen die Wirtschaftskraft der Region Kassel zu stärken. Die Arbeit und der Erfolg der WFG lässt sich insbesondere in Ergebnissen in der Firmenbetreuung und Projektarbeit messen.

Die anhaltend guten wirtschaftlichen Rahmendaten der Region haben die Arbeit der WFG positiv beeinflusst, dies spiegelt sich auch in der Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens wider.

Obwohl die Gesellschaft so strukturiert ist, dass sie nicht auf Gewinnerzielung ausgelegt ist, konnten die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr leicht um TEUR 4,1 gesteigert werden. Dagegen sind die Zuschüsse für Projekte, die über sonstige betriebliche Erträge verbucht werden, weiterhin rückläufig. Hier wirkt es sich aus, dass ein EFRE – Antrag aus 2012 immer noch nicht von der WIBank beschieden wurde. Die WFG hatte daher vorsorglich auch die für das Förderprojekt vorgesehenen Ausgaben reduziert.

Insgesamt wurde der Wirtschaftsplan 2013 eingehalten. Der im Jahresabschluss ausgewiesene Jahresfehlbetrag lag mit TEUR 148,5 unter dem geplanten Jahresfehlbetrag des Wirtschaftsplans. Bei diesem Vergleich ist allerdings noch zu berücksichtigen, dass in dem Wirtschaftsplan auch ein Ruhegehalt enthalten ist, das im ausgewiesenen Jahresfehlbetrag des Jahresabschlusses nicht abgebildet wird.

Gegenüber dem Vorjahr sind die liquiden Mittel zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr dennoch um TEUR 89,6 auf den Stand von TEUR 383,6 gesunken. Dies begründete sich dadurch, dass der Landkreis Kassel seine Schlussrate der Gesellschaftereinzahlung für 2013 i. H. v. TEUR 110,0 zu Beginn des Jahres 2014 geleistet hat. Dies hatte zum Bilanzstichtag auch zu einem Rückgang der Gesellschafterverbindlichkeiten geführt.

Firmenbetreuung

In der Wirtschaftsregion Kassel ist die Zahl der Unternehmen weiter leicht angestiegen und hat die Marke von 30.000 inzwischen überschritten. Eine Hauptaufgabe der WFG liegt darin, die Belange der Unternehmen aufzunehmen und sie im Rahmen der Kunden- und Kontaktpflege z.B. in die Verwaltungen der Städte und Gemeinden sowie in die Förderinstitute oder zu anderen Partnern zu tragen. Das Spektrum der Firmenbetreuung umfasst dabei die Bereiche Investitionen, Leistungsvermittlung sowie Standortsicherung. Wiederum kristallisierte sich vor allem das Thema Internationalisierung als eine zunehmende Schwerpunktaufgabe in der Firmenbetreuung heraus. Zudem ermöglichte uns der intensive Informationsaustausch mit den Unternehmen immer wieder Kenntnisse nicht nur zur Standortsituation, sondern auch über technologische Innovationen zu erhalten. Dabei konnten wir in zahlreichen Fällen Kooperationen anstoßen, sei es zu anderen Unternehmen oder zu universitären Einrichtungen und in der Folge Investitionen auslösen. Infolge der guten konjunkturellen Situation entwickelten sich auch die Anfragen nach Standorten zur Ansiedlung bzw. Betriebserweiterung weiterhin positiv, wobei es aufgrund der zunehmenden Knappheit von bedarfsgerechten Flächen oder Bestandsimmobilien – vor allem in den Top-Lagen – schwieriger wird, die jeweiligen Standortwünsche in unserer Region zu bedienen.

Standortmarketing

Die in den vergangenen Jahren für das Standortmarketing durchgeführten Aktivitäten, die bis 2012 mit EFRE Mitteln vom Land Hessen unterstützt worden sind, wurden auch in 2013 fortgesetzt. Unterstützt wurden diese Maßnahmen wiederum durch zahlreiche positive Unternehmensnachrichten und die in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich zurückgegangene Arbeitslosigkeit. Aufgrund der guten Wirtschaftsdaten konnte die Region in den publizierten Städterankings wiederholt sehr gute Platzierungen erreichen. Dies führte dazu, dass sich auch das von der Presse vermittelte Bild der Region inzwischen deutlich gewandelt hat, was zunehmend auch überregional bemerkt wird. Investoren nehmen die Region Kassel bei ihrer Suche nach Anlagemöglichkeiten inzwischen als wichtigen und lohnenden Wirtschaftsstandort wahr. Hier setzten auch die Standortmarketingaktivitäten der WFG an und bedienen das Interesse von bundesweit anfragenden Projektentwicklern mit bedarfsgerechtem Informationsmaterial und vor allem auch durch die Pflege persönlicher Kontakte. Eine entscheidende Rolle kommt hier auch dem Internetportal der WFG zu, so wurde auch in 2013 in Redaktion und Inhalt erheblich investiert. Andere Aktivitäten waren stark vertriebsorientiert, z.B. Besuche/Mitwirkung bei zielgruppenspezifischen Messen und Kongressen. Die Vertriebsaktivitäten wurden durch Pressearbeit, Anzeigenwerbung in bestimmten Projektbeilagen (z.B. Welt, HNA) und durch Bannerwerbung im Internet unterstützt.

Projekte

Der interkommunale Industriepark Kassel zählt mit über 500 überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen und mehr als 10.000 Beschäftigten inzwischen zu dem profiliertesten Standort zwischen Hannover und Frankfurt. In Folge der individuellen Firmenbetreuung und des Projektmanagements im Rahmen des von der WFG organisierten Netzwerks „Industriepark Kassel“ konnten bei einigen Unternehmen wiederum erfreuliche Beschäftigungszuwächse festgestellt werden. Zudem konnten von der WFG auch in 2013 mehrere Projektentwicklungen bei gewerblichen Bestandsimmobilien und Neubauten vermittelt werden. Themen zum Fachkräftebedarf oder zur Exportorientierung bleiben dabei ständige Bestandteile der durch die Betriebe nachgefragten Betreuungswünsche an die WFG, die auch im Rahmen der Veranstaltungsplanungen aufgegriffen wurden. Infolge der hohen Auslastung des GVZ-Umschlagbahnhofs ist die Verkehrssituation im räumlichen Umfeld

inzwischen sehr angespannt. In enger Kooperation mit der Stadt Kassel wurde daher ein Auftrag an ein spezialisiertes Planungsbüro vergeben, um entsprechende Lösungen zu erarbeiten.

Das zum Thema Außenwirtschaft von der WFG gegründete Sonderprojekt „Netzwerk Hessen China“, das im Berichtsjahr sein 10jähriges Bestehen feierte, hat auf Wunsch seiner Mitgliedsunternehmen in 2013 unter vielen anderen Networking-Aktivitäten auch wieder eine Geschäftsreise nach China organisiert. Mit den chinesischen Partnern konnten dabei verbindliche Gespräche in den Bereichen Bahntechnik, Automotive und Luftverkehr geführt werden. Das „Netzwerk Hessen China“ ist inzwischen als ein namhaftes Netzwerk von Unternehmen, Organisationen und Universitäten in ganz Deutschland anerkannt. Dies wird auch daran deutlich, dass das Netzwerk den Vorentscheid für die European Enterprise Promotion Awards 2013 gewann. Die Zusammenarbeit mit dem Hessischen Wirtschaftsministerium und der Hessen-Agentur hat sich inzwischen etabliert. Um dem steigenden Bedarf der Unternehmen entgegen zu kommen, wird sich die WFG perspektivisch mit weiteren Zielmärkten befassen. Als erste Schritte wurden dazu bereits Gesprächsrunden zum Thema Russland und Moldawien organisiert.

Auch das Netzwerk „Competence Center Aerospace“ (CCA), das die im Bereich Luft- und Raumfahrt aktiven Unternehmen in der Region Kassel bündelt, weist seit seiner Gründung im Jahr 2010 eine beständig positive Entwicklung auf. Neben dem europäischen EFRE-Fonds und dem Hessischen Wirtschaftsministerium unterstützen die beiden strategischen Projektpartner – die Flughafen GmbH Kassel und die Universität Kassel – sowie die IHK Kassel, die Kasseler Sparkasse, die Kasseler Bank und der Verband der Metall- und Elektro-Unternehmen Hessen/Bezirksgruppe Nordhessen das CCA-Projekt. Darüber hinaus engagieren sich rund 50 Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen mit finanziellen und ideellen Beiträgen. Zu den Netzwerk-Aktivitäten, die die WFG organisierte, gehörten auch in 2013 eine Vielzahl von Geschäftsreisen zu potenziellen Auftraggebern, Fachgesprächen, Fachveranstaltungen sowie das schon etablierte „CCA-Sommerfest“. Besonders intensiviert und auf eine vertragliche Grundlage gestellt wurde im Berichtsjahr die Kooperation mit dem „House of Logistik And Mobility (HOLM)“ des Landes Hessen. Neben der EFRE-Förderung, die 50 % umfasst, können die weiteren 50 % der CCA-Aufwendungen inzwischen über Sponsorenbeiträge gedeckt werden. Strategisches Ziel ist es, den Sponsorenanteil weiter zu erhöhen, um die in den Folgejahren vermutlich auslaufende EFRE-Förderung aufzufangen.

Das Projekt Perspektive 50plus-Beschäftigungspakt Nordhessen, das wir als Dienstleister für die Jobcenter der Region Nordhessen durchführen, hat auch in 2013 eine Vielzahl von Vermittlungen älterer Langzeiterwerbsloser in den ersten Arbeitsmarkt erreichen können, jährlich ist dabei von ca. 1200 bis 1300 Vermittlungen auszugehen. Nach wie vor ist das Projekt mit einer Zielerreichung von weit über 100% auch im bundesweiten Vergleich ganz vorn mit dabei. Es gibt derzeit keine Anzeichen des Bundes, das Projekt auslaufen zu lassen, so dass wir auch in den Folgejahren von einer weitgehenden Refinanzierung des Beschäftigungspaktes ausgehen können.

Das von uns zum Thema „Fachkräftemobilisierung“ betreute Netzwerk Personalleiter von Großunternehmen hat im Berichtsjahr drei Sitzungen zzgl. mehrere Projektgruppenworkshops durchgeführt. Dabei haben sich die Teilnehmer u.a. mit den Themen Dual-Carrier und Internationale Schule befasst. Zusätzlich haben drei Sitzungen des seit 2012 stattfindenden Personalleiterkreis mittelständischer Unternehmen stattgefunden, der gemeinsam mit der IHK Kassel bereit wird.

Ein neues Projekt wurde im Berichtsjahr mit dem Bereich Unitransfer der Universität Kassel sowie der führenden bundesweiten Crowdfunding-Plattform StartNext.de entwickelt, das insbesondere Gründern aus der Hochschule ein zusätzliches Finanzierungsinstrument mittels Crowdfunding erschliessen soll. Dazu wurden in

2013 die erforderlichen programmtechnischen Entwicklungen für die neue Internet-Präsenz getätigt, in 2014 wird die Plattform ans Netz gehen.

Nach wie vor sind wir bei weiteren wichtigen Projekten der Region beteiligt, z.B. bei der Vermarktung der Gewerbeflächen im Landkreis Kassel, insbesondere am neu errichteten Flughafen Calden, der im Berichtsjahr pünktlich eingeweiht werden konnte. Auch bei den Vereinen deEnet e.V., dem Verein Region Kassel Land e.V. sind wir durch Vorstandsarbeit bzw. Vorstandsrat-Tätigkeit eingebunden.

Beteiligungsunternehmen

Die GVZ Projektgesellschaft Kassel mbH hat sich im Berichtsjahr positiv verstetigt. Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme der KV-Terminalerweiterung und der Erweiterung des Service-Bereichs findet deren Nutzung mit hoher Auslastung statt. Auch die Nachfrage nach weiteren intermodalen Verkehren ist unverändert hoch, so dass die in den Vorjahren akquirierten Züge umfänglich genutzt werden. Die Umsätze und das Ergebnis lagen auch in 2013 über dem Planansatz.

Wirtschaftsplan

Die Jahresfehlbeträge der WFG sind grundsätzlich durch die Struktur des Unternehmens und die Vorgaben der Gesellschafter bedingt; der Auftrag ist nicht auf Gewinnerzielung ausgelegt, dennoch wurden auch im Berichtsjahr zur Entlastung der öffentlichen Haushalte neben einer EFRE-Förderung für das Projekt CCA auch Vermarktungserlöse, Projektkostenerstattungen sowie Sponsoring-Beiträge eingeworben. Diese trugen im Jahr 2013 mit einem Anteil von rund 42% erheblich zur Finanzierung des Budgets bei. Aufwendungen der Gesellschaft, soweit sie nicht durch Kostenübernahme Dritter und durch Umsatzerlöse gedeckt waren, wurden von den Gesellschaftern vertragsgemäß ausgeglichen.

Chancen und Risiken – Aussichten

Negative und unerwartete Entwicklungen von wirtschaftlicher Bedeutung sind derzeit nicht erkennbar. Die Liquidität der Gesellschaft wird regelmäßig durch den Abruf von Gesellschaftereinlagen sichergestellt. Die voraussichtlichen Verluste des laufenden Geschäftsjahres 2014 werden lt. Vertrag wieder durch Gesellschaftereinlagen und ggfs. die Verrechnung mit Rücklagen ausgeglichen, so dass die finanzielle Stabilität der Gesellschaft nicht gefährdet ist.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Aufwendungen der Gesellschaft, soweit sie nicht durch Zuwendungen Dritter und durch Umsatzerlöse gedeckt sind, werden durch die Gesellschafter im Rahmen eines bewilligten Wirtschaftsplans ausgeglichen. Es ist nicht erkennbar, dass die Gesellschafter diese bewährte Finanzierungsstruktur ändern werden.

Der Wirtschaftsplan für 2014 wurde durch die Gesellschafterversammlung am 12.11.2013 beschlossen; er bildet die Basis unserer Arbeit in 2014. Negative Entwicklungen von wirtschaftlicher Bedeutung für die WFG sind nicht erkennbar.

Die Liquidität wird durch den Abruf von Gesellschaftereinlagen, Fördermittelzuwendungen und Sponsorengelder regelmäßig sichergestellt. Die voraussichtlichen, geplanten Verluste des laufenden Geschäftsjahres werden

durch die Gesellschaftereinlagen ausgeglichen, sodass die finanzielle Sicherheit der Gesellschaft nicht gefährdet ist.

Korruptions-Prävention

Nach § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH ist die Gesellschafterversammlung das oberste Organ der Gesellschaft. Darüber hinaus regelt § 14 des Gesellschaftsvertrages in Abs. 1 a), dass die Richtlinien für die Gesellschaftspolitik durch die Gesellschafterversammlung festzulegen sind.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH einen Zuschuss für die lfd. Geschäftstätigkeit in Höhe von 340.671,60 € geleistet.

GVZ-Projektgesellschaft Kassel mbH

Sitz:	34117 Kassel Kurfürstenstraße 9	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRA 7362
Rechtsform:	GmbH	
Tätigkeitsbereich:	Planung, Bau und Vermietung des KV-Terminals im GVZ (Güterverkehrszentrum) Kassel, Industriepark Waldau/GVZ. Die GVZ (Projektgesellschaft) wurde gegründet, um die Umschlaganlage für den kombinierten Verkehr (KV) zu realisieren. Die GVZ-P ist die Empfängerin der Bundeszuschüsse. Die Stadt Kassel und der Landkreis Kassel sind an der GVZ-P indirekt über die Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH beteiligt, die 50% an der Gesellschaft hält. Weitere Gesellschafter sind die Gemeinden Lohfelden und Fuldabrück.	
Eigentümer:	Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH	50 %
	Gemeinde Fuldabrück	25 %
	Gemeinde Lohfelden	25 %
Beteiligungen:	Keine	
Kapitalangaben:	Stammkapital 25.000 €	
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 22.05.2000	
Wirtschaftsprüfer:	Strecker, Berger & Partner, Kassel	
Geschäftsführung (oder Vorstand):	Thilo von Trott zu Solz	
Aufsichtsrat (oder Beirat):	Entfällt	
Prokuristen:	-	

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	309	307
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	34	22
Bilanzsumme	TEUR	4.756	4.429
Investitionen	TEUR	0	0
Fremd-Darlehen	TEUR	785	687
Personal	Anzahl	1	1
Eigenkapitalquote	%	2,2	2,7
Cash flow (nur AFA)	TEUR	72	32
Gesamtverschuldung	%	15,9	15,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	n.a.	n.a.
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	-		

Lagebericht (Kurzfassung)

Im Berichtsjahr 2013 haben sich die Umsatzerlöse um minus TEUR 1,8 auf TEUR 307,8 weitestgehend vermindert; dies betrifft die Stammgleisgebühren, die sich allerdings auf einem in mittelfristiger Betrachtung hohen Niveau befinden. Die allgemeine Wirtschaftsentwicklung verlief positiv, sodass sich auch die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen im GVZ Kassel auf den schienengebundenen Güterverkehr positiv auswirkte. Ferner konnte eine Destination 3-mal wöchentlich nach Italien auf 5-mal wöchentlich ausgebaut werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge konnten um TEUR 6,8 auf TEUR 219,4 gesteigert werden, mit der Folge, dass sich die Gesamtleistung der GVZ-P um TEUR 5,0 erhöhte. Dem gegenüber standen auch ein um TEUR 5,0 erhöhter Personalaufwand sowie um TEUR 23,1 höhere sonstige betriebliche Aufwendungen. Hiervon entfallen auf die Betriebskosten ca. TEUR 10,0 aufgrund gestiegener Reparaturen und Instandhaltungen der Gleisanlagen. Weitere ca. TEUR 13,5 entfallen auf höhere Verwaltungskosten. Insgesamt konnte das Betriebsergebnis ggü. dem Vorjahr nicht gehalten werden, fiel aber mit TEUR 14,7 dennoch in den Rahmen des Wirtschaftsplans. Das Angebot der Gesellschaft führte wiederum zu einem unverzichtbaren Beitrag im schienengebundenen Güterverkehr in der Wirtschaftsregion Kassel.

Der in 2010/2011 durchgeführte Ausbau des KV Terminals und die Erweiterung des Container Service Centers durch den Mieter helfen, die weiter wachsende Güterverkehrsnachfrage zu befriedigen. Allerdings wird das Wachstum durch technische und geographische Gegebenheiten begrenzt. Unser Mieter, die DB Intermodal Services GmbH, wird Möglichkeiten der Anpassung betrieblicher Kapazitäten weiterhin prüfen. Wir begleiten diese Überlegungen unterstützend.

Die GVZ-P hat die HLB Basis AG, Kassel, eine Gesellschaft der Hessische Landesbahn GmbH, im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages weiterhin beauftragt, die Funktion des Eisenbahninfrastrukturunternehmers gemäß Allgemeinen Eisenbahngesetz zu übernehmen. Die Zusammenarbeit gestaltete sich ebenso wie die mit dem Mieter, den Gesellschaftern und unserem Dienstleister für allgemeine Büroarbeiten, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kassel GmbH (WFG), reibungslos und erfreulich.

Prognosebericht/Risikoeinschätzung

Die Risiken durch einen möglichen Ausfall von Forderungen sind aufgrund des Standings und der Eigentümerstrukturen der Verpflichteten gering. Die positiven Erfahrungen durch die langjährige Zusammenarbeit mit der DB Intermodal Services und der DB Schenker Rail halten die Risiken für die Gesellschafter in sehr engen Grenzen.

Der Wirtschaftsplan für 2014 wurde in der Gesellschafterversammlung am 6.12.2013 beschlossen; er bildet die Grundlage für die Ausgaben und Einnahmen in 2014. Negative Entwicklungen von Relevanz für die GVZ-P sind nicht erkennbar.

Die Liquidität wird durch vereinbarte ¼-jährliche Zahlungen für die Miete und die Stammgleisgebühren sichergestellt.

Korruptions-Prävention

Aufgrund der Struktur und Größe der Gesellschaft sowie der vertraglichen Bindungen und regelmäßig stattfindender Gesellschafterversammlungen ist der Korruptionsprävention u.E. Genüge getan.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Kalenderjahr 2013 hat die Stadt Kassel Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) in Höhe von 747.187,08 € gegenüber der Gesellschaft gewährt.

Vereinigte Wohnstätten 1889 eG

Sitz:	34119 Kassel, Geysstraße 24A und 26
Genossenschaftsregister	Nr. 305
Rechtsform:	Eingetragene Genossenschaft
Tätigkeitsbereich:	Vermietungsgenossenschaft
Eigentümer:	7.899 Mitglieder mit 23.218 Anteilen Stadt Kassel 10 Geschäftsanteile (6.200 €)
Beteiligungen:	100 % egenotec 1889
Kapitalangaben:	Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder 14.335.803,22 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	
Wirtschaftsprüfer:	Verband der Südwestdeutschen Wohnungs- wirtschaft e. V., Frankfurt/Main
Vorstand	Uwe Flotho Britta Marquardt
Aufsichtsrat:	Harald Loth, Vorsitzender Klaus Weidner stellv. Vorsitzender Thomas Bachmann Ute Bischoff Petra Krug Ralf Kruse Jutta Reinbold-Schaefers Armin Wolf

Kennzahlen		2012	2013
Bilanzsumme	TEUR	101.027	103.192
Anlagevermögen	TEUR	95.436	97.770
Eigenkapital	TEUR	51.335	52.497
Eigenkapitalquote	%	50,8	50,9
Verbindlichkeiten	TEUR	49.078	50:241
Jahresüberschuss	TEUR	1.021	984
Cash-Flow (vor Tilgung)	TEUR	4.557	4:314
Umsatzerlöse			
› aus der Hausbewirtschaftung	TEUR	18.943	19.177
› aus dem Verkauf von Gebäuden	TEUR	0	0
Instandhaltungsaufwand (Fremdaufwand)	TEUR	5.368	5.526
Modernisierungsaufwand	TEUR	4.095	5.505
Abschreibungen	TEUR	3.601	3.493
Wohnungsbestand	WE	4.466	4.462
Mitglieder	Anzahl	7.355	7.899

Lagebericht (Kurzfassung)

Die Vereinigte Wohnstätten 1889 eG ist eine Wohnungsbaugesellschaft in der Rechtsform einer Genossenschaft mit einem Wohnungsbestand von rund 4.460 Wohnungen, von denen ca. 4.000 in Kassel, 420 in Bad Wildungen und 40 Wohnungen in Waldeck liegen. Das Kerngeschäftsfeld ist die Bewirtschaftung dieses Wohnungsbestandes. Daneben werden über die Tochtergesellschaft egenotec 1889 GmbH in begrenztem Umfang wohnungswirtschaftliche Dienstleistungen erbracht. Das Kerngeschäft ist von hoher Konstanz gekennzeichnet. Die Nutzungsentgelte für die Wohnungen sind in der Regel zum Monatsanfang fällig. Von diesen Entgelten werden die laufenden Ausgaben des Unternehmens bestritten. Das sind vor allem die Gehälter der Mitarbeiter, der Kapitaldienst, bestehend aus Tilgungen und Zinsen für die aufgenommenen Darlehen, die Reparaturen (Instandhaltung), die Betriebskosten, sonstige Aufwendungen für den Betrieb des Unternehmens sowie zum Teil die Investitionen in die Modernisierung der Gebäude. Für den investiven Teil werden über die eigenen Mittel hinaus Darlehen aufgenommen. Die Refinanzierung erfolgt hier über eine Anpassung der Mieten.

Der Wohnungsmarkt in Kassel ist aufgeteilt in einen Anteil von ca. 40 % in den Händen gewerblicher Vermieter und ca. 60 % in den Händen privater Vermieter. In Bad Wildungen und Waldeck ist der Anteil privater Vermieter deutlich höher (ca. 80 %). Die Vereinigten Wohnstätten sind in Kassel der viertgrößte Anbieter, in Bad Wildungen gemeinsam mit der Nassauischen Heimstätte der größte Anbieter von Wohnraum. In den vergangenen 10 Jahren hat sich der Wohnungsmarkt insbesondere in Kassel von einem Mietermarkt zu einem Vermietermarkt gewandelt. Zurzeit ist das Angebot geringer als die Nachfrage, was sich in der bereits geschilderten Preisentwicklung niederschlägt. Die Konkurrenzsituation zwischen den verschiedenen Wohnungsanbietern ist infolgedessen entspannt. Die großen gewerblichen Mitanbieter versuchen sich durch die Qualität ihrer jeweiligen Bestände, die Preispolitik und die Serviceleistungen aber auch durch Beteiligung an Stadtentwicklungsprozessen voneinander abzugrenzen. Es herrscht vielfach eine hohe Wertschätzung für das Engagement der Wohnungsbaugesellschaften. Der Wohnungsmarkt wurde in den vergangenen Jahren von einer Vielzahl neuer gesetzlicher Bestimmungen geprägt. Dazu gehören vor allem Anforderungen an die technische Gebäudeausrüstung (z.B. Energieeinsparverordnung, Trinkwasserverordnung, Hessische Bauordnung, Eigenkontrollverordnung), aber auch Anforderungen im Bereich der Vermietung (z.B. Antidiskriminierungsgesetz, Änderung des

Mietrechts im BGB). In jüngster Zeit gibt es Überlegungen, mit einer sog. Mietpreisbremse den teilweise starken Mietpreisanstieg in einigen Ballungsräumen Deutschlands weiter zu regulieren. Die Freiheit des Marktes wird durch die Regulierungsflut immer weiter eingeschränkt. Vor allem Wohnungsbaugenossenschaften haben sich in der Vergangenheit in technischer Hinsicht als innovativ und als Vermieter als sozial und fair gezeigt. Sie haben das nachbarschaftliche Miteinander in ihren Beständen gefördert und neue Dienstleistungen für die Menschen in ihren Beständen entwickelt. Die Einführung weiterer gesetzlicher Bestimmungen und Beschränkungen des Marktes wird hier eher als kontraproduktiv gesehen.

Das Geschäftsjahr 2013 war ein normales Geschäftsjahr für die 1889 ohne besondere Vorkommnisse. Das Geschäftsjahr war geprägt von einigen wichtigen organisatorischen Entscheidungen und Projekten. Dazu gehörte an erster Stelle die Umstellung der wohnungswirtschaftlichen Software auf ein neues System und an zweiter Stelle die Erfassung des technischen Zustands aller Gebäude in einem eigenen System.

2013 beschlossen Aufsichtsrat und Vorstand eine weitere Beschränkung der Anteilszeichnungen auf maximal 5 Geschäftsanteile pro Mitglied. Die Zinsentwicklung in den vergangenen Jahren hatte dazu geführt, dass die Genossenschaftsanteile deutlich höhere Dividenden einbrachten als auf dem Kapitalmarkt zu erzielen sind. Mit der Begrenzung der maximalen Anzahl von Anteilen soll hier spekulativen Interessen entgegengewirkt werden. Die Zahl der Mitglieder stieg um 307 Personen auf 7.899. Die Nettoveränderung der Geschäftsguthaben führte zu einem Finanzmittelzufluss von rd. 801.600 €.

Veränderungen ergaben sich aus der Zusammenlegung von Wohnungen, dem Ankauf einer Dauerwohnrechtswohnung und dem Rückbau von Mansarden. Der Verkauf der Otto-Baumbusch-Straße 4 wurde in 2013 wirksam. Neubautätigkeit gab es 2013 nicht. Auch in 2013 wurde wieder ein Gebäude der Vereinigten Wohnstätten altersgerecht umgebaut. In der Goethestr. 154 wurden 15 barrierefreie bzw. barrieregeduzierte Wohnungen geschaffen. Die Wohnungen wurden überwiegend unseren Nutzern aus der näheren Umgebung angeboten. Damit konnten wir dem zunehmenden Bedarf an altersgerechten Wohnungen in unserem Bestand gerecht werden, zusätzlich wurden größere Wohnungen für Familien frei. Der Bezug erfolgte im Februar 2014. In den kommenden Jahren werden wir weiteren altersgerechten Wohnraum schaffen.

In 2013 wurde eine weitere Gästewohnung in der Menzelstraße 22 in das Angebot der Genossenschaft gebracht. Diese barrierearme Wohnung rundet das Angebot in der Südstadt ab. Damit verfügt die 1889 über 3 Gästewohnungen, die den Mitgliedern angeboten werden können. Darüber hinaus können seit dem vergangenen Jahr auch die Wohnungen anderer Genossenschaften im Rahmen einer bundesweiten Kooperation von Wohnungsbaugenossenschaften genutzt werden. Zwei weitere Wohnungen, eine in der Goethestr. 154 in Kassel und eine im Talquellenweg 9 in Bad Wildungen, sind Anfang 2014 hinzugekommen.

Die Durchführung der Erfassung des technischen Zustands der Gebäude in 2013 führte zu Erkenntnissen über den Finanzbedarf der Genossenschaft für Modernisierung und Instandhaltung in den nächsten Jahren und zeigt die räumliche Verteilung der notwendigen Investitionen in den Quartieren der 1889 auf. Damit kann dieses Instrument für die Planungen der nächsten Jahre optimal genutzt werden.

Die Anzahl der Mieterwechsel im Berichtsjahr betrug 329 Kündigungen (2012: 323), davon 79 (2012: 77) wegen Umzugs innerhalb des Bestandes. Die Kündigungsquote lag bei 7,4 % während sie in 2012 bei 7,2 % gelegen hatte. Berücksichtigt man nur die Wegzüge außerhalb der Genossenschaft, so beträgt die Quote 5,6 %. Die Nutzer der Vereinigten Wohnstätten verweilen sehr lange in ihren Wohnungen. Die durchschnittliche Mietdauer beträgt 11,5 Jahre.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel an die Vereinigte Wohnstädten 1889 e.G. keinen Zuschuss geleistet.

WOHNSTADT Hessen GmbH

Sitz:	34117 Kassel, Wolfsschlucht 18	
Handelsregister:	Amtsgericht Kassel	HRA 2157
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Tätigkeitsbereich:	<p>Die Gesellschaft errichtet, betreibt, verwaltet und veräußert Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, die dem Gegenstand des Unternehmens dienlich sind.</p> <p>Die Gesellschaft hat darüber hinaus die Aufgabe, die Wohnungs- und Städtebaupolitik des Landes Hessen und der Gebietskörperschaften zu unterstützen.</p> <p>Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten. Sie kann zur Erreichung ihres Gesellschaftszweckes andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen. Sie kann solche Unternehmen leiten oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Bei diesen Unternehmen kann es sich auch um solche handeln, die die in den Absätzen 1 - 2 genannten Tätigkeiten ganz oder teilweise zum Unternehmensgegenstand haben.</p> <p>Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu gründen, zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.</p>	
Eigentümer:	Nassauische Heimstätte GmbH, Frankfurt am Main	41,725 %
	SV Sparkassen-Versicherung Gebäudeversicherung Baden Württemberg AG	2,247 %
	Stadt Kassel	1,303 %
	Kreissparkasse Schwalm-Eder	0,866 %
	Kasseler Sparkasse	0,237 %
	Sparkasse Werra-Meißner	0,141 %
	Sparkasse Marburg-Biedenkopf	0,108 %
	Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg	0,087 %
	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH der Stadt Marburg	0,060 %
	Stadt Kirchhain	0,018 %
	GAGFAH GROUP, Invest GmbH & Co. KG Essen	0,015 %
	Handwerkskammer Kassel	0,015 %
	Stadt Bad Wildungen	0,015 %
	Stadt Großalmerode	0,015 %
	Stadt Hessisch Lichtenau	0,015 %
	Stadt Homberg	0,015 %
	Stadt Wolfhagen	0,015 %
	Sparkasse Fulda	53,088 %
	Wohnstadt (eigene Anteile)	

Beteiligungen:	MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsge- sellschaft mbH	100,00 %
Kapitalangaben:	Stammkapital	36.722.950 €
Satzungen / Unternehmensverträge:	Gesellschaftsvertrag vom 22.06.2006	
Wirtschaftsprüfer:	Domizil-Revisions AG, Frankfurt	
Geschäftsführung:	Prof. Thomas Dilger (bis 30.09.2013), Leitender Geschäftsführer Dirk Schumacher (bis 31.10.2013), Geschäftsführer Dr. Thomas Hain (ab 01.04.2013), Geschäftsführer (ab 01.10.2013) Leitender Geschäftsführer Dr. Constantin Westphal (ab 01.07.2013), Geschäftsführer Prof. Dr. Joachim pös (ab 01.10.2013), Geschäftsführer	
Prokuristen	Luckey, Günter, Dipl.-Ing., Habichtswald Schomburg, Henning, Rodgau, Schreier, Michael, Frankfurt am Main,	
Beirat:	Herr Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke	Regierungspräsidium Kassel
	Frau Claudia Ravensburg, MdL	CDU-Fraktion
	Herr Uwe Frankenberger, MdL	SPD-Fraktion
	Herr Jürgen Lenders, MdL	FDP-Fraktion
	Herr Kai Klose	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
	Frau Marjana Schott, MdL	Fraktion Die Linke
	Herr Eberhard Fischer	Kassel
	Frau Ministerialrätin Dr. Helga Jäger	Hess. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Wiesbaden
	Herr Baudezernent Christof Nolda	Magistrat der Stadt Kassel
	Herr Heinrich Gringel	Präsident der Handwerkskammer, Kassel
	Herr Geschäftsführer Bernd Schulte	Gemeinnützige Wohnungsbaue- sellschaft Marburg-Lahn
	Herr Oberbürgermeister Egon Vaupel	Magistrat der Stadt Marburg
	Frau Marjana Schott, MdL	Fraktion Die Linke
	Frau Stadtbaurätin Cornelia Zuschke	Magistrat der Stadt Fulda
	Herr Bürgermeister Volker Zimmermann	Magistrat der Stadt Bad Wildungen
	Herr Bürgermeister Andreas Nickel	Magistrat der Stadt Großalmerode
	Frau Geschäftsführerin Dr. Monika Meyer	Institut Wohnen und Umwelt
	Herr Bürgermeister Martin Wagner	Magistrat der Stadt Homberg
	Herr Bürgermeister Thomas Fehling	Magistrat der Stadt Bad Hersfeld
	Herr Sparkassendirektor Thomas Gille	Kreissparkasse Schwalm-Eder

Kennzahlen

		2012	2013
		IST	IST
Umsatzerlöse	TEUR	101.798,6	104.878,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	TEUR	796,7	5.087,2
Bilanzsumme	TEUR	626.399,4	605.369,7
Investitionen	MIO	18	21
Fremd-Darlehen	TEUR	477.779,2	455.735,8
Personal*	Anzahl	0	0
Eigenkapitalquote	%	10,4	11,6
Cash flow lfd. Geschäftstätigkeit	TEUR	16.531	k.A.
Gesamtverschuldung (Fremdkapital)	%	89,6	88,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	k.A.	k. A.
Anteil Personalkosten an 1 € Umsatzerlösen	€	k.A.	k.A.

Lagebericht (Kurzfassung)

Die WOHNSTADT ist im Unternehmensverbund mit der Nassauischen Heimstätte, Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH – Organ der Staatlichen Wohnungspolitik-, Frankfurt am Main, in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Die Unternehmensgruppe zählt mit 60.699 eigenen Wohnungen zu den großen Immobilienkonzernen in Deutschland. Neben dem Geschäftsfeld Immobilienbewirtschaftung mit der Verwaltung des eigenen Bestandes und dem Portfolio-Management werden vielfältige Leistungen für Dritte rund um die Immobilie angeboten. Dazu gehören die Projekt- und Flächenentwicklung insbesondere für öffentliche Auftraggeber sowie die Geschäftsbesorgung für die MET. Die Etablierung als einzige hessenweit agierende Entwicklungsgesellschaft mit öffentlichem Hintergrund und starker Verankerung in den Kommunen eröffnet besondere Marktchancen.

Seit Schaffung des Unternehmensverbundes Nassauische Heimstätte/Wohnstadt im Jahr 2005 werden die Geschäftsbereiche beider Unternehmen zunehmend konsolidiert und vereinheitlicht. Die Übernahme der WOHNSTADT war als Anteilerwerb erfolgt, sodass die bestehende rechtliche Struktur erhalten geblieben ist. Die Nassauische Heimstätte nimmt die Aufgaben einer Holding wahr. Die WOHNSTADT ist weiterhin Besitzgesellschaft für den eigenen Wohnungsbestand. Die operativen Teilleistungen sind im Rahmen einer Geschäftsbesorgungsvereinbarung überwiegend auf die Nassauische Heimstätte übertragen.

Geschäftsverlauf in den einzelnen Sparten

Wohnungsverwaltung

Schwerpunkt unserer Tätigkeit im Berichtsjahr war die Bewirtschaftung der 20.767 (Vorjahr 21.260) eigenen Verwaltungseinheiten, davon 18.751 Wohnungen. Die Tätigkeit der WOHNSTADT erstreckt sich fast ausschließlich auf die Regionen Nord- und Osthessen.

Die Situation in Deutschland war weiterhin gekennzeichnet von gespaltenen Wohnungsmärkten. Wohnungsleerstand und Wohnungsmangel sind regional unterschiedlich auftretende Phänomene, die insbesondere geprägt sind von der Wirtschaftskraft der Teilmärkte und den damit verbundenen Wanderungsbewegungen hin zu vorhandenen oder neu geschaffenen Arbeitsplätzen.

Während sich insgesamt in Nord- und Mittelhessen der Wohnungsmarkt entspannt, ist in einzelnen regionalen Teilmärkten die Wohnungssuche für Menschen mit niedrigem Einkommen schwierig.

Das Wohnungsangebot für Mietparteien mit niedrigem bis mittlerem Einkommen im preisgebundenen wie im preisfreien Wohnungsbestand wird aufgrund dieser Situation deshalb weiterhin eine wichtige Aufgabe unseres Unternehmens bleiben. Sowohl bei der Neubau- wie auch bei der Bestandspolitik sind hierbei die spezifischen regionalen Besonderheiten und der Bedarf der Zielgruppen, insbesondere aufgrund der gravierenden demografischen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, von besonderer Bedeutung.

Die durchschnittliche Fluktuationsquote von 8,9 % (Vorjahr 9,9 %) konnte weiter gesenkt werden. Trotz eines regionalen Überangebots von Wohnungen in Teilmärkten Nord- und Ost Hessens, insbesondere in den strukturschwachen Regionen Werra-Meißner Kreis und Landkreis Hersfeld-Rotenburg, bewegt sich der Leerstand mit 3,0 % weiterhin auf vergleichsweise niedrigem Niveau.

Die Wohnungsbestände der 50er und 60er Jahre erfordern weiterhin hohe Bestandsinvestitionen. Im Berichtsjahr wurden 15,2 Mio. EUR für nicht mietwirksame und mietwirksame Instandhaltungsmaßnahmen aufgewandt. In aktivierungspflichtige Modernisierungsmaßnahmen wurden darüber hinaus 5,8 Mio. EUR investiert. Dies waren zusammen 16,86 EUR pro qm Wohnfläche.

Das Investitionsprogramm wird durch eine marktgerechte wie sozial ausgewogene Mietenpolitik flankiert. Hierbei wird gleichermaßen der Verpflichtung aus dem Gesellschaftsvertrag, breite Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen, wie auch dem Anspruch an eine wirtschaftliche Unternehmensführung Rechnung getragen. Der Anstieg der Wohnnebenkosten ist ungebrochen. Insbesondere die Betriebskosten der öffentlichen Art sowie die weiterhin hohen Heiz- und Warmwasserkosten begrenzen die Mietzahlungsspielräume unserer Mieter in zunehmendem Maße.

Der Einsatz von Haus- und Siedlungsbetreuern trägt wesentlich dazu bei, die Kundennähe zu verbessern und soziale Kontrollfunktionen in den Siedlungen besser wahrnehmen zu können. Die Mitarbeiter sind den jeweiligen Serviceeinheiten zugeordnet und direkter Ansprechpartner für die Mieter „vor Ort“.

Im Leistungsbereich Verwaltung für Dritte betreut das Unternehmen 403 Wohnungen mit technischen und kaufmännischen Verwaltungsleistungen.

Portfolioentwicklung

Im Rahmen der Portfolioentwicklung wurden in 2013 veräußert:

-	Kassel	Einzelverkäufe	70 Wohnungen
-	Kassel-Land	Einzelverkäufe	65 Wohnungen
-	Fulda	Einzelverkäufe	46 Wohnungen
-	Hersfeld-Rotenburg	Einzelverkäufe	25 Wohnungen
-	Marburg	Einzelverkäufe	47 Wohnungen
-	Schwalm-Eder	Einzelverkäufe	6 Wohnungen
-	Waldeck-Frankenberg	Einzelverkäufe	36 Wohnungen
-	Werra-Meißner	Einzelverkäufe	86 Wohnungen
-	Werra-Meißner	Blockverkäufe	114 Wohnungen
-	Übrige	Einzelverkäufe	7 Wohnungen
			<u>502</u> Wohnungen

Der Immobilienhandel stellt auch in den kommenden Jahren ein wichtiges Geschäftsfeld dar. Im Rahmen der Portfoliostrategie soll auch zukünftig eine Arrondierung des Bestandes und ein Verkauf von Objekten mit technisch schlechtem Zustand erfolgen. Hierdurch wird neben der Generierung von Erträgen eine zielgerichtete Steuerung der knappen Ressourcen und Optimierung der Bestandsbewirtschaftung erreicht.

Neubautätigkeit - Anlagevermögen

In Anlehnung an die beschlossene Wirtschaftsplanung 2014 bis 2018 soll die Neubautätigkeit bzw. der Erwerb von Wohnungen in der Wohnstadt nach 2008 (Bezug von 7 RH in Lohfelden) erstmals wieder in 2014 (mit bis zu 150 WE im Erwerb und 30 WE im Neubau) greifen.

Somit findet auch der nordhessische Teilmarkt in den Investitionsprogrammen der Unternehmensgruppe zukünftig seine angemessene Berücksichtigung.

Stadtentwicklung

Die WOHNSTADT ist treuhänderisch oder beratend und als Projektentwickler an den Standorten Kassel und Weimar in 58 Städten und Gemeinden tätig. Das Auftragsvolumen umfasst 76 Aufträge bei der Realisierung von städtebaulichen Maßnahmen wie städtebauliche Sanierungsmaßnahmen, Freiraumplanungen sowie in Hessen Maßnahmen der Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Hessen“.

Neu hinzugekommen sind in Hessen Aufträge im Bereich des Programms „Aktive Kernbereiche“ sowie Flächenentwicklungen für private Auftraggeber. Im Bereich der Wohnungswirtschaft arbeiten wir an der energetischen Sanierung von Wohnungsbeständen Dritter und dem generationsübergreifenden Stadtumbau.

Darüber hinaus sind wir in mehreren größeren Maßnahmen in der Umwandlung von Industriebrachen als Berater und Prozesssteuerer tätig.

Durch die Erkenntnis, dass der demographische Wandel in Nordhessen und Thüringen gravierende Folgen nach sich ziehen wird, gibt es in den Kommunen einen hohen Bedarf an Beratung, dem wir als kompetenter Partner nachkommen.

Für die von uns treuhänderisch durchgeführten städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen kamen im Geschäftsjahr 2013 Finanzierungsmittel von rd. 16,5 Mio. EUR (Vorjahr 10,8 Mio. EUR) zur Verwendung.

Risikobericht

Die rechtzeitige Identifikation, Bewertung, Analyse, Steuerung und Kontrolle der Risiken, die sich naturgemäß aus der geschäftlichen Tätigkeit ergeben, obliegt den Sorgfaltspflichten der Geschäftsführung. Dieser Aufgabe wird über die verbindliche Festlegung von aufbau- und ablauforganisatorischen Maßnahmen sowie deren Überwachung im Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem nachgekommen. Das Risikomanagement erfolgt zentral bei der Geschäftsbesorgerin und Konzernmutter Nassauische Heimstätte und erstreckt sich auf alle Gesellschaften der Unternehmensgruppe.

Die getroffenen Maßnahmen richten sich unter operativen und strategischen Gesichtspunkten auf die Sicherung des Unternehmens gegen Gefahren, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, oder die Erreichung festgelegter Ziele gefährden könnten.

Neben den dezentralen Maßnahmen in den Unternehmensbereichen durch die Risikoverantwortlichen handelt es sich um zentrale Instrumente des Unternehmens, die mit einheitlichen Ansätzen die o. g. Aufgaben zu erfüllen haben.

Das Risikomanagement im Fachbereich Finanzmanagement und Controlling führt frühzeitig die notwendigen Informationen über risikobehaftete Entwicklungen zusammen, bewertet diese und berichtet darüber. Dies umfasst Ereignisse, die die Liquidität, die Wirtschaftlichkeit, das Vermögen oder betriebliche Vorgänge des Unternehmens bzw. der Unternehmensgruppe gefährden könnten. Hierbei werden auch kumulative und/oder korrelierende Entwicklungen berücksichtigt.

Darüber hinaus erfolgen über diese Stelle die Pflege des Risikohandbuchs, die Entwicklung von geeigneten Instrumenten, die Überwachung der Zweckmäßigkeit, die Weiterentwicklung des Prozesses zum Risikomanagement und das Reporting.

Die einzelnen Elemente und Maßnahmen zum Risikomanagement werden im Risikohandbuch dokumentiert. Neben der Beschreibung der wichtigsten Unternehmen der Unternehmensgruppe und der Tätigkeitsfelder sind dort auch das Risikoinventar, die wesentlichen Instrumente des internen Kontrollsystems, die Maßnahmen zur Erkennung und Steuerung von Risiken und das Verfahren im Risikomanagement beschrieben (Risikomanagementprozess). Ergänzt wird der Inhalt durch eine Übersicht über die für das Unternehmen relevanten Kennzahlenentwicklungen. Das Handbuch erfährt eine jährliche Fortschreibung in Bezug auf die jeweils aktuellen Sachstände und Entwicklungen.

Die Ergebnisse zu Erkenntnissen über wesentliche oder bestandsgefährdende Risiken bzw. zu Zielabweichungen erfolgen über einen jährlichen Risikobericht im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss gemäß Risikomanagementprozess, der im Bedarfsfall auch über Ad-hoc-Meldungen unterjährig vorgenommen wird. Wesentlichste Instrumente des Controllings in der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/WOHNSTADT im Rahmen des Risikomanagements sind:

- Mehrjähriger Wirtschafts- und Finanzplan.
- Regelmäßige Auswertungen der Quartalsergebnisse zur Überprüfung der Ansätze und Ziele aus dem laufenden Wirtschaftsplan. Hierbei sind die Ergebnisse in vielen Fällen an Schwellenwerte gebunden, bei deren Überschreitung weitere Analysen, Meldungen und Kommentierungen, u. a. an die Geschäftsleitung, vorgegeben sind.
- Budgetierungen im Rahmen des Wirtschaftsplanes.
- Kennzahlenvergleiche.

Der Bereich Finanzmanagement setzt verschiedene Instrumente zur Steuerung der finanzwirtschaftlichen Risiken ein, z. B. Liquiditäts- und Dispositionsplanung Kredit- und Beleihungsmanagement, sowie Analysen und Berechnungen zu Zinsänderungsrisiken.

Im Fachbereich Portfolio- und Mietenmanagement werden Portfolio-Analysen zur Entscheidungsfindung bezüglich Investitionen in und Desinvestitionen aus dem Anlagevermögen durchgeführt. Hierzu werden systematische Standort- und Marktanalysen unter Berücksichtigung regional unterschiedlicher Entwicklungsprognosen, technische Objektanalysen sowie betriebswirtschaftliche Auswertungen mit Hilfe der integrierten dynamischen Investitionskalkulation und Szenariorechnungen vorgenommen.

Aufgrund der Bedeutung der Ergebnisse aus der Bestandsbewirtschaftung für das Unternehmen (Kerngeschäft) erfolgt eine ständige Beobachtung relevanter Erfolgskennzahlen im zuständigen Unternehmensbereich, sowohl für das Gesamtunternehmen als auch nach Geschäftsstellen.

Dies sind im Wesentlichen:

- Wohnungsleerstände
- Fluktuation
- Sollmietenentwicklung und Erlösschmälerungen
- Betriebskostenentwicklung
- Deckungsbeiträge
- Instandhaltungsaufwendungen und Instandhaltungsaufträge
- Sonstige Bestandsanalysen

Viele dieser Kennzahlen fließen in eine SAP-gestützte regelmäßige zentrale Analyse über die Regional- und Servicecenter ein.

Das interne Kontrollsystem besteht aus allen organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Einhaltung gesetzlicher und unternehmerischer Vorgaben sowie Anweisungen, um den betrieblichen Ablauf sicher zu stellen und zu steuern. Die Kontrolle und Überwachung der getroffenen Maßnahmen erfolgt durch die Innenrevision.

Durch eine ständige Weiterentwicklung und Anpassung des Risikomanagements an sich ändernde Rahmenbedingungen und Prozesse im Unternehmen und Änderungen am Markt wird sichergestellt, dass alle Vorkehrungen für das frühzeitige Erkennen von risikobehafteten Entwicklungen für das Unternehmen gegeben sind. Dies betrifft auch möglich Risiken, die derzeit noch unbekannt sind (Restrisiko).

Seit 2007 werden Zinsderivate eingesetzt. Zum 31.12.2013 sind Zinsderivate mit einem Gesamtvolumen von 13,7 Mio. EUR mit verschiedenen Laufzeiten – längstens bis zum 30.06.2017 – abgeschlossen. Es handelt sich um Payer-Zinsswaps, die zur langfristigen Zinssicherung von Darlehen mit variabler Verzinsung eingesetzt werden. Die Zinsswaps sind mit einem fristen-, betrags- und zinskongruenten Grundgeschäft in Form eines

variablen Darlehens unterlegt, so dass keine offenen Positionen durch Über- und Untersicherung entstehen können.

Wesentliche finanzielle Schulden der Gesellschaft sind die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern. Hierfür besteht bei Prolongationen in Folge einer Erhöhung des Marktzinses ein potentielles Zinsänderungsrisiko. Durch den Abschluss langfristiger Zinsbindungen und zinsgünstiger Förderdarlehen wird dieses Risiko deutlich vermindert. Branchenunübliche finanzwirtschaftliche Risiken, die einer besonderen Absicherung bedürfen, sind derzeit nicht erkennbar.

Nachhaltigkeitsbericht

Nachhaltigkeit ist kein "nice to have", sondern eine Notwendigkeit für erfolgreich agierende Unternehmen. Die Immobilienwirtschaft im Allgemeinen und wir im Besonderen stehen im Fokus besonders vielfältiger Ansprüche unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen (stakeholder). Kreditgeber zum Beispiel achten verstärkt auf die Einhaltung ökonomisch nachhaltiger Prinzipien. Sie haben ein ausgeprägtes Interesse an der langfristigen Entwicklung unserer Unternehmensgruppe (unseres Unternehmens) und einer dauerhaft positiven und sicheren Ertragslage. Andere Interessengruppen wie unsere öffentlichen Eigentümer, Mieter und Mitarbeiter fordern hingegen vor allem ein ökologisch und soziokulturell nachhaltiges Verhalten. Der dauerhafte Erfolg eines Unternehmens stellt sich daher nur dann ein, wenn alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen in die unternehmerischen Entscheidungen einbezogen werden und sich im unternehmerischen Handeln niederschlagen. Die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt hat in 2014 ein Prozess gestartet, um 2015 einen ersten Nachhaltigkeitsbericht vorzulegen. Im Zuge dieses Prozesses werden wir unsere Steuerungs- und Führungsinstrumente sowie unsere Unternehmensstrategie konsequent an nachhaltigen Kriterien ausrichten und so die Einhaltung anerkannter Standards sicherstellen.

Prognosebericht (Ausblick Chancen und Risiken)

Mit der Implementierung eines standardisierten Berichtswesens und der Einführung von neuen Sitzungsstrukturen und –instrumenten wurde das von der Geschäftsführung initiierte Organisationsprojekt Fokus 2015+ erfolgreich abgeschlossen. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, um mit unternehmensweiten Kommunikationsstandards mehr Transparenz, eine gemeinsame Sprache und eine zielgerichtete Kommunikation zu erreichen.

Das Investitionsvolumen in Instandhaltung und Modernisierung wird in den kommenden Jahren gegenüber früheren Jahren deutlich ausgeweitet. Im Jahr 2014 sind Fremdkosten für Instandhaltung in Höhe von 17,7 Mio. EUR und aktivierungspflichtige Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 6,1 Mio. EUR für ca. 176 Wohnungen geplant. Die Investitionen werden den Ausstattungsstandard unserer Wohnungen und damit deren Vermietbarkeit weiter verbessern. Die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens und dessen wirtschaftliche Stabilität werden hierdurch gesichert. Flankiert werden die baulichen Erneuerungsinvestitionen durch Maßnahmen der sozialen Stabilisierung der Siedlungsstrukturen im Sinne des Programms „Soziale Stadt“.

Einen wesentlichen Beitrag für den geplanten Unternehmenserfolg soll auch in den kommenden Jahren neben der Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes die Veräußerung von Bestandswohnungen im Rahmen von Einzelprivatisierung sowie von En-bloc-Verkäufen leisten.

Darüber hinaus plant die WOHNSTADT für das Geschäftsjahr 2014 mit Umsatzerlösen aus der Hausbewirtschaftung von 92,9 Mio. EUR sowie aus dem Verkauf von Grundstücken von 13,8 Mio. EUR. Diesen Erlösen

stehen vor allem die geplanten Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung von 51,3 Mio. EUR, Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen von 19,8 Mio. EUR, Zinsaufwendungen von 14,7 Mio. EUR sowie Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke von 8,3 Mio. EUR gegenüber.

Für das Geschäftsjahr 2014 wird gemäß aktueller Planung ein Jahresüberschuss von 4,2 Mio. EUR veranschlagt. Beeinträchtigungen der künftigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft sind insbesondere hinsichtlich der Entwicklung des Kernrisikos Wohnungsleerstand derzeit nicht erkennbar.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Stand Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehung zum Haushalt

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Im Wirtschaftsjahr 2013 hat die Stadt Kassel keine Zuschüsse an die Gesellschaft geleistet.

Anhang

Übersicht über die Offenlegung der Bezüge

Gesundheit Nordhessen Holding AG

Offenlegung der Bezüge 2013

Name, Vorname	Funktion	Bezüge fest p.a.€	Bezüge variabel p.a.€	Geldw-ter Vorteil €	Versor-gungsrege-lung €	Gesamtbe-trag €
Dr. Sontheimer, Gerhardt	Vorstandsvorsitzender GNH AG, Geschäftsführer Klinikum Kassel, Bad Arolsen, Rehzentrum, Seniorenwohnanlagen, ZMV, ökomed, Kassel School of Medizin	247.684,92	39.901,59	6.111,67	50.283,00	342.981,18
Dilchert, Birgit	Personalvorstand GNH Holding AG, Geschäftsführerin Klinikum Kassel GmbH	162.260,52	29.265,61	12.736,08	20.000,00	224.262,21
Sokoll, Karsten	Geschäftsführer ökomed GmbH	93.000,00	11.734,50	5.758,56		110.493,06
Tilenius, Bernd	Geschäftsführer Krankenhaus Bad Arolsen GmbH	129.000,00	17.000,00	6.138,24		152.493,06
Prieß, Julia	Geschäftsführerin Kreisklinken Kassel GmbH	71.643,22	15.000,00	5.382,15		92.025,37
Dr. Brand, Werner	Geschäftsführer Reha- Zentrum GmbH	175.000,00	30.000,00			205.000,00
Zeilfelder, Helmut	Pflegedirektor, Geschäftsführer Klinikum Kassel GmbH	95.000,00	14.250,00	8.411,52	5.803,44	123.464,96

Gesundheit Nordhessen Holding AG							
Offenlegung der Bezüge 2013							
Name, Vorname	Funktion	Bezüge fest p.a.€	Bezüge variabel p.a.€	Geldwerter Vorteil €	Versorgungsregelung €	Gesamtbetrag €	
Dr. Raible, Manfred	Chefarzt Unfallchirurgie, Ärztlicher Direktor, Geschäftsführer Klinikum Kassel GmbH	0,00	0,00	0,00	0,00	keine weiteren Bezüge für Geschäftsführungstätigkeit	
Schwarz, Wolfgang	Geschäftsführer SWA GmbH	149.415,75	11.000,00	9.517,20	11.398,08	181.331,03	
Greiner-Matzen-Sohn, Frances	Geschäftsführer ZMV GmbH, Mitarbeiter GNH	0,00	0,00	0,00	0,00	keine weiteren Bezüge für Geschäftsführungstätigkeit	
Liebe, Knut PD	Geschäftsführer ZMV GmbH	124.872,48	19.200,00			144.072,48	
Dr. Unzicker, Christian	Geschäftsführer Kassel School of Medicine gGmbH	0,00				keine weiteren Bezüge für Geschäftsführungstätigkeit	
Aufsichtsratsmitglieder	GNH AG	500,00				500,00	
Aufsichtsratsmitglieder	Klinikum Kassel GmbH	500,00				500,00	

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs- GmbH

Offenlegung der Bezüge 2013

Name, Vorname	Funktion	Bezüge fest p.a.€	Bezüge varia- bel p.a.€	Geldwerter Vorteil €	Versorgungs- regelung €	Gesamtbetrag €
Schreyer, Karl-Heinz	Geschäftsführer Kasseler Fernwärme GmbH, Kasseler Entsorgungsgesellschaft mbH, Müllheizkraftwerk GmbH,	147.689,94	25.000,00	34.520,85		207.210,79
Dr. Ebert, Thorsten	Vorstand Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG	177.038,04	35.000,00	3.770,40		215.808,44
Helbig, Andreas	Geschäftsführer Kasseler Verkehrs- und Versor- gungs-GmbH, Kasseler Verkehrsgesellschaft AG, Kasseler Fernwärme GmbH, Städtische Werke AG	195.161,64	90.000,00	14.396,04		299.557,68
Witte, Norbert	Geschäftsführer Kasseler Verkehrs- und Versor- gungs-GmbH, Kasseler Verkehrsgesellschaft AG,	184.612,44	35.000,00	10.484,58		230.097,02
Möller, Sven	Geschäftsführer KVV Verk. Nordhessen GmbH	8.436,86	3.000,00	1.447,31		12.884,17
Jerlitschka, Bruno	Geschäftsführer KVV Bau- Verkehrs- Consulting GmbH	8.142,70	6.000,00	1.510,69		15.653,39
Luttrup-Bauer, Karsten	Geschäftsführer KVV - Bau- Verkehrs- Consulting GmbH	-	6.000,00	-		6.000,00
Dr. Ebert, Thorsten	Geschäftsführer Regionalbahn Kassel GmbH	4.920,00	-	558,60		5.478,60

KVV									
Offenlegung der Bezüge 2013									
Name, Vorname	Funktion	Bezüge fest p.a.€	Bezüge variabel p.a.€	Geldwerter Vorteil €	Versorgungsgelung €	Gesamtbeitrag €			
Salzmann, Veit	Geschäftsführer Regionalbahn Kassel	4.800,00	-	1.53,92		6.253,92			
Welsch, Stefan	Vorstand Städtische Werke AG	150.854,76	50.000,00	10.582,68		211.437,44			
Kreher, Andreas	Geschäftsführer Städtische Werke Netz+ Service GmbH	131.865,96	25.000,00	30.301,12		179.900,56			
Weldner, Eike	Geschäftsführer Städtische Werke Netz+ Service GmbH	131.865,96	25.000,00	19.547,93		176.413,89			
Raabe, Günther	Geschäftsführer Großalmerode Verwaltungs- GmbH	4.800,00	-	1.453,92		6.253,92			
Heibert, Roland	Geschäftsführer Großalmerode Verwaltungs- GmbH	4.800,00	-	1.453,92		6.253,92			
Richter, Frank	Geschäftsführer Netcom Kassel GmbH	101.892,00	31.212,00	24.088,92		157.192,92			
Rühl, Martin	Geschäftsführer SUN Verwaltungs- GmbH	68.750,00		8.971,74		77.721,74			
Aufsichtsratsvorsitzender	KVG Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG	1.216,89				1.216,89			
Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender	KVG Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG	766,92				766,92			
Mitglieder des Aufsichtsrates	KVG Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG	511,28				511,28			

KVV									
Offenlegung der Bezüge 2013									
Name, Vorname	Funktion	Bezüge fest p.a.€	Bezüge variabel p.a.€	Geldwerter Vorteil €	Versorgungsregelung €	Gesamtbeitrag €			
Aufsichtsratsvorsitzender	Städtische Werke AG, Städtische Werke Energie und Wärme GmbH	1219,89				1216,89			
Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender	Städtische Werke AG, Städtische Werke Energie und Wärme GmbH	766,92				766,92			
Mitglied des Aufsichtsrates	Städtische Werke AG, Städtische Werke Energie und Wärme GmbH	511,28				511,28			
Aufsichtsratsvorsitzender	KVV Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH, KVC GmbH	1.216,89				1.216,89			
Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender	KVV Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH, KVC GmbH	766,92				766,92			
Mitglied des Aufsichtsrates	KVV Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH, KVC GmbH	511,28				511,28			
Aufsichtsratsvorsitzender	Städtische Werke Netz und Service GmbH	1.216,89				1.216,89			
Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender	Städtische Werke Netz und Service GmbH	766,92				766,92			
Mitglied des Aufsichtsrates	Städtische Werke Netz und Service GmbH	511,28				511,28			

KVV							
Offenlegung der Bezüge 2013							
Name, Vorname	Funktion	Bezüge fest p.a.€	Bezüge variabel p.a.€	Geldwerter Vorteil €	Versorgungsregelung €	Gesamtbeitrag €	
Aufsichtsratsvorsitzender	MHKW Mühlheizkraftwerk Kassel GmbH	511,42				511,28	
Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender	MHKW Mühlheizkraftwerk Kassel GmbH	511,28				511,28	
Mitglied des Aufsichtsrates	MHKW Mühlheizkraftwerk Kassel GmbH	511,28				511,28	

Sonstige Gesellschaften							
Offenlegung der Bezüge 2013							
Name, Vorname	Funktion	Bezüge fest p.a.€	Bezüge variabel p.a.€	Geldwerter Vorteil €	Versorgungs- gelung €	Gesamtbe- trag €	
Leifeld, Bernd	Geschäftsführer documenta und Museum Fridericianum Verwaltungs- GmbH	138.053,89				138.053,89	
Aufsichtsratsmitglieder	documenta und Museum Fridericianum Verwaltungs- GmbH		25,56 pro Sitzung			51,12	
Freudenstein, Ulrich	Geschäftsführer NB Nordhessen Bus GmbH	16.200,83	0,00	2.669,08		18.869,91	
Ley, Peter	Geschäftsführer GWG mbH	112.190,65	56.612,00	9.586,32	5.025,44	183.414,41	
Ley, Peter	Geschäftsführer TSK GmbH	3.600,00				3.600,00	
Rost, Rainer	Geschäftsführer JAFKA gGmbH	57.313,85				57.313,85	
Hartrumpf, Jürgen	Geschäftsführer JAFKA gGmbH	85.999,92				85.999,92	
Dr. Kreuter, Gerold	Geschäftsführer Science Park Center Kassel	12.000,00				12.000,00	
Dr. Fromm, Oliver	Geschäftsführer Science Park Center Kassel			7.467,04		7.467,04	
Dr. Kreuter, Gerold	Geschäftsführer FiDT GmbH	43.545,83		13.778,82		57.324,65	
Hüppe, Angelika	Geschäftsführerin Kassel Marketing GmbH	84.378,96	15.000,00	426,00		99.804,96	
Jochinger, Gerhard	Geschäftsführer Parkhausgesellschaft der Stadt Kassel GmbH	6.135,48				6.135,48	

Sonstige Gesellschaften							
Offenlegung der Bezüge 2013							
Name, Vorname	Funktion	Bezüge fest p.a.€	Bezüge variabel p.a.€	Geldwerter Vorteil €	Versorgungsgelung €	Gesamtbetrag €	
Thilo von Trott zu Solz	Geschäftsführer GVZ - Projektgesellschaft Kassel mbH	38.421,20				38.421,20	
Wittrock, Kai Lorenz	Geschäftsführer Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH ab. Juli 2012	105.612,50	0,00	5.377,50	1.752,00	112.742,00	
Ruchhöft, Detlev	Liquidator Arbeitsförderung Kassel GmbH i. L.	0,00				keine weiteren Bezüge für Geschäftsführungstätigkeit	
Halm, Gerhard	Geschäftsführer Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen GmbH	6.282,12				6.282,12	
Fehr, Andreas	Geschäftsführer Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen GmbH	1.200,00				1.200,00	
Völker, Susanne	Geschäftsführerin Grimmwelt Kassel gGmbH	0,00				keine weiteren Bezüge für Geschäftsführungstätigkeit	
Spangenberg, Heinz	Liquidator Projektentwicklungsgesellschaft Unterneustadt	3.681,27				3.681,27	

Kassel documenta Stadt

Amt Kämmerei und Steuern
-Finanzmanagement, Beteiligung
und Verwaltung-
Obere Königstraße 8
34117 Kassel
Tel.: 0561/787-1229
Fax: 0516/787-2217
E-Mail: kaemmerei-steuern@kassel.de

Titelbild: Grimmwelt Kassel
© kadawittfeldarchitektur

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.17.1518

17. November 2014
1 von 2

Beratungsstelle für Eltern mit behinderten Kindern

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen und in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird beauftragt eine Beratungsstelle einzurichten, in der Eltern von Kindern mit Behinderung eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen.

Begründung:

Am 28.08.2008 wurde der Magistrat mit einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung beauftragt, die Möglichkeiten für eine solche Beratungsstelle zu prüfen. Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die laut Beschlusskontrolle vom 23.02.2009 die Situation darlegte und die Problematik aufgrund der Zuständigkeit verschiedener Ämter unterstrich. Die Stadtverordneten wurden jedoch nicht über Ergebnisse der folgenden Treffen der Arbeitsgruppe in Kenntnis gesetzt.

Stattdessen gibt es Hinweise, dass die Regeln und Zuständigkeiten für Eltern weiterhin unklar sind und zum Beispiel die Zeit von der Beantragung bis zur Genehmigung der Schulassistenz Monate dauern kann.

Die Einrichtung einer gemeinsamen Beratungsstelle, die ämterübergreifend arbeitet, sollte Eltern erheblich unterstützen

- durch gebündelte Informationen,
- Unterstützung bei der Antragstellung für verschiedenen Fördertöpfe und Zuständigkeiten,

- verbindliche und kurzfristige Bearbeitung von Anträgen über Fördermöglichkeiten
- durch eine permanente Anlaufstelle in verschiedenen Lebensabschnitten (z.B. Übergang KiTa – Grundschule – weiterführende Schule).

2 von 2

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3310
Telefax 0561 787 3312
info@fdp-fraktion-kassel.de
www.FDP-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.17.1625

10. März 2015
1 von 1

ÖPNV

Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, Vertreter der Geschäftsführung von NVV und KVG einzuladen, um darzulegen, wie sich die Deckelung der Regionalisierungsmittel des Bundes auf das ÖPNV-Angebot der Gesellschaften im städtischen Bereich auswirken wird, und welche Maßnahmen ergriffen werden, um die fehlenden finanziellen Mittel auszugleichen.

Berichterstatter: Stadtverordneter Frank Oberbrunner

gez. Frank Oberbrunner
Fraktionsvorsitzender



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3310
Telefax 0561 787 3312
info@fdp-fraktion-kassel.de
www.FDP-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.17.1627

10. März 2015
1 von 1

Kosten Gutachten

Anfrage

**zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen**

Wir fragen den Magistrat:

Wie hoch waren die Kosten für die Erstellung von Gutachten im Bereich
Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr in den Jahren 2012-2014 insgesamt
sowie aufgeschlüsselt im Einzelnen auch nach Anzahl und Aufgabenstellungen
im selben Zeitraum?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Frank Oberbrunner

gez. Frank Oberbrunner
Fraktionsvorsitzender

Anfrage der FDP-Fraktion zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 22. April 2015

Vorlage Nr. 101.17.1627

Frage:

Wie hoch waren die Kosten für die Erstellung von Gutachten im Bereich Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr in den Jahren 2012-2014 insgesamt sowie aufgeschlüsselt im Einzelnen auch nach Anzahl und Aufgabenstellung im selben Zeitraum?

Antwort:

Anlass / Projekt	Amt	Zeitraum	Betrag (EUR)	Bemerkung
Entwicklungskonzept Kasseler Osten	Stadtplanung	2012	171.360,00	
Baugrunduntersuchungen Areal Hauptbahnhof Nord/Fraunhofer	Stadtplanung	2012	39.944,53	
Broschüre Villenkolonie Muliang	Stadtplanung	2013	24.979,13	
Untersuchungen Baulandentwicklung Ortsrand Nordshausen	Stadtplanung	2013 - 2014	38.660,05	
Sonstige	Stadtplanung	2012 - 2014	22.729,53	kleinere Gutachten
VEP Kassel 2030	Straßenverkehr u. Tiefbau	2012 - 2014	455.200,00	
Platz der Deutschen Einheit (PDE)	Straßenverkehr u. Tiefbau	2012	24.300,00	
Variantenvergleich PDE	Straßenverkehr u. Tiefbau	2012	9.200,00	
Vegetationskonzept Holländische Straße	Straßenverkehr u. Tiefbau	2012 - 2013	30.900,00	
System repräsentativer Verkehrsverhaltensbefragungen	Straßenverkehr u. Tiefbau	2013	12.700,00	
Carsharing Entwicklungskonzept	Straßenverkehr u. Tiefbau	2013 - 2014	17.300,00	
Verkehrsbeziehungen Universität	Straßenverkehr u. Tiefbau	2013 - 2014	58.000,00	
Integriertes Klimaschutzkonzept	Umwelt und Garten	2011 - 2012	76.636,00	zzgl. Fördermittel 114.954 EUR
Lärmkartierung Hessen - Datenaufbereitung	Umwelt und Garten	2012	9.401,00	
Energetisches Quartierskonzept "Südliche Eichwaldsiedlung"	Umwelt und Garten	2012 - 2014	20.860,00	zzgl. Fördermittel 67.795 EUR
Verkehrszählung Rathauskreuzung	Umwelt und Garten	2013	743,00	
Klimaschutzmanagerin	Umwelt und Garten	2014 - 2017	25.735,00	zzgl. Fördermittel 145.833 EUR
		Summe:	1.038.648,24	

Anlage zu TOP 7:





Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3310
Telefax 0561 787 3312
info@fdp-fraktion-kassel.de
www.FDP-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.17.1650

25. März 2015
1 von 1

Sporthalle Marbachshöhe

Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und
Grundsatzfragen**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, noch in diesem Jahr die finanziellen Mittel zur Sanierung der Sporthalle Marbachshöhe bereitzustellen und mit der Planung der Durchführung zu beginnen.

Begründung:

Berichterstatter: Stadtverordneter Frank Oberbrunner

gez. Frank Oberbrunner
Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.17.1657

19. März 2015
1 von 2

Friedrich-Ebert-Straße Umbau fortsetzen - Geld bereitstellen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Friedrich-Ebert-Straße wird im Abschnitt Annastraße bis Bebelplatz umgebaut. Die notwendigen Mittel werden im Haushalt 2015 bereitgestellt.

Begründung:

Die in Jahren mit vielen Akteuren bearbeitete Planung liegt baureif vor. Die Bündelung von Maßnahmen der Kanal-, Leitungserneuerung, Hausanschlussanierung, Erneuerung der Schieneninfrastruktur und Verkehrsflächen ist in dem Projekt gelungen.

Die genehmigte Finanzierung sieht die Verwendung von Fördermitteln aus dem Programm „Aktive Kernbereiche in Hessen“ und Mitteln aus dem GVFG-Landesprogramm vor. Die Komplementärmittel der Stadt Kassel von unter 3.1 Millionen Euro für den letzten verbliebenen Abschnitt waren am 26. Januar von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung in das Lange Feld umgeschichtet worden.

Mit einem rechnerischen Jahresüberschuss von 8.2 Mio Euro im genehmigten Ergebnishaushalt 2015 stehen ausreichende Mittel für die Aufstockung des Finanzhaushaltes für diesen Posten zur Verfügung. Wenn die Komplementärmittel nicht bereitgestellt werden, ist der zeitnahe Umbau unwahrscheinlich und die bereits bewilligten Zuschüsse verloren. Das sollte sich eine angespannte Stadtkasse nicht erlauben: viel Geld und Aufwand in eine baureife Planung zu stecken, Fördermittel zu akquirieren und dann kurz vor der Umsetzung einer guten Planung alles wegzuschmeißen.

Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Umbau bestehen nach wie vor:

Städtebauförderprogramm Aktive Kernbereiche in Hessen Fördergebiet Friedrich-Ebert-Straße Abgrenzung des Fördergebietes nach § 171 b Abs. 1, 2 Baugesetzbuch (BauGB) Vorlage des Magistrats - 101.16.1356 - am 6.7.2009 einstimmig von Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Umgestaltung der Friedrich-Ebert-Straße Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne - 101.16.1376 am 5.10.2009 von der Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG beschlossen

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

gez. Axel Selbert
Stellv. Fraktionsvorsitzender